



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

12. Sitzung

5. Wahlperiode

---

Donnerstag, 1. Februar 2007, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

**Inhalt****Erweiterung der Tagesordnung**

<b>gemäß § 74 Ziffer 1 GO LT</b> .....	4
Raimund Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung) .....	4
Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung) .....	4
<b>B e s c h l u s s</b> .....	4

**Aktuelle Stunde**

<b>Ergebnisse der Realschulabschluss- und Abiturprüfungen des Jahrgangs 2005/2006 – Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern</b> .....	4
Marc Reinhardt, CDU .....	4
Minister Henry Tesch .....	5
Heike Polzin, SPD .....	8
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS .....	9, 15
Hans Kreher, FDP .....	11
Michael Andrejewski, NPD .....	12
Jörg Vierkant, CDU .....	13

**Fragestunde**

– Drucksache 5/170(neu) – .....	15
Sebastian Ratjen, FDP .....	16
Ministerin Uta-Maria Kuder .....	16
Udo Pastörs, NPD .....	16, 17
Minister Jürgen Seidel .....	16, 17
Raimund Borrmann, NPD .....	17, 18
Minister Dr. Till Backhaus .....	17, 18
Stefan Köster, NPD .....	18, 19
Minister Erwin Sellering .....	18, 19
Michael Andrejewski, NPD .....	19

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

<b>Tariflicher Mindestlohn ist unverzichtbares Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge</b> – Drucksache 5/155 – .....	19
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS .....	19
Minister Jürgen Seidel .....	21
Jochen Schulte, SPD .....	23
Michael Roolf, FDP .....	27
Wolfgang Waldmüller, CDU .....	29
Tino Müller, NPD .....	30
Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS .....	31
<b>B e s c h l u s s</b> .....	33

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

**Modellprojekt für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfängern sowie von Nichtleistungsbezieherinnen und -beziehern**

– Drucksache 5/156 – .....	33
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS .....	33, 41
Minister Jürgen Seidel .....	34
Jochen Schulte, SPD .....	37
Michael Roof, FDP .....	39
Mathias Löttge, CDU .....	39
Stefan Köster, NPD .....	40

B e s c h l u s s .....

Antrag der Fraktion der FDP:

**Neuregelung der Abwesenheitsregelung in vollstationären Pflegeeinrichtungen**

– Drucksache 5/148 – .....	42
Ralf Grabow, FDP .....	42
Minister Erwin Sellering .....	43
Jörg Heydorn, SPD .....	43
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS .....	44
Werner Kuhn, CDU .....	44
Stefan Köster, NPD .....	44

B e s c h l u s s .....

Antrag der Fraktion der NPD:

**Nein zur Rente erst ab 67**

– Drucksache 5/105 – .....	45
Stefan Köster, NPD .....	45
Jörg Heydorn, SPD .....	47
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS .....	49
Birger Lüssow, NPD .....	50

B e s c h l u s s .....

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

**Für ein solidarisches und nachhaltiges Gesundheitskonzept**

– Drucksache 5/160 – .....	51
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS .....	51
Minister Erwin Sellering .....	52
Günter Rühls, CDU .....	54
Sebastian Ratjen, FDP .....	56
Stefan Köster, NPD .....	56
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS .....	57

B e s c h l u s s .....

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

**Nichtraucherschutz**

– Drucksache 5/161 – .....	59
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS .....	59
Minister Erwin Sellering .....	61
Sebastian Ratjen, FDP .....	63
Minister Jürgen Seidel .....	64
Dr. Norbert Nieszery, SPD .....	65
Raimund Borrmann, NPD .....	65
Harry Glawe, CDU .....	66
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS .....	67

B e s c h l u s s .....

Antrag der Fraktion der NPD:

**Den Entwurf des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV im Bundesrat ablehnen**

– Drucksache 5/145 – .....	68
Stefan Köster, NPD .....	68
Günter Rühls, CDU .....	70
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS .....	70
Udo Pastörs, NPD .....	71
Sebastian Ratjen, FDP .....	72

B e s c h l u s s .....

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

**Förderung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zur Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses von Schülerinnen und Schülern**

– Drucksache 5/158 – .....

**Änderungsantrag der Fraktion der NPD**

– Drucksache 5/202 – .....	72
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS .....	72
Minister Henry Tesch .....	73
Heike Polzin, SPD .....	75
Hans Kreher, FDP .....	76
Marc Reinhardt, CDU .....	76
Birger Lüssow, NPD .....	77
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS .....	78

B e s c h l u s s .....

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

**Entschließung „Informationsfreiheitsgesetz  
bürgerfreundlich umsetzen“**

– Drucksache 5/159 – .....	79
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS .....	79
Minister Lorenz Caffier .....	81
Heinz Müller, SPD .....	82
Gino Leonhard, FDP .....	84
Wolf-Dieter Ringguth, CDU .....	84
Raimund Borrmann, NPD .....	85
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS .....	85
<b>B e s c h l u s s</b> .....	86

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

**2007 – „Europäisches Jahr  
der Chancengleichheit für alle“ –  
auch in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 5/154 – .....	86
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS .....	87
Minister Erwin Sellering .....	88
Sebastian Ratjen, FDP .....	89
Dr. Margret Seemann, SPD .....	89
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS .....	92
Beate Schlupp, CDU .....	93
Raimund Borrmann, NPD .....	94
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS .....	96
<b>B e s c h l u s s</b> .....	97

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 28. März 2007 .....	97
-------------------------------	----

**Beginn: 9.04 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 12. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/201 ein Antrag zum Thema „Kein weiterer Abriss von Gebäuden der so bezeichneten ‚Perlenkette‘ in Heiligendamm“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages erhält der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Der Philosoph!)

**Raimund Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit unserem Antrag möchten wir erreichen, dass das einzigartige Gebäudeensemble der Perlenkette in Heiligendamm nicht weiter von der Abrissbirne bedroht ist. Der Abriss eines ersten Gebäudes in Heiligendamm war schon ein Ausdruck der Ohnmacht dieser Landesregierung. Oder aber die Landesregierung nimmt den Abriss dieser unter Denkmalschutz stehenden Gebäude billigend in Kauf, um mit dem G8-Gipfel-Spektakel im Sommer eine Fernsehkulisse für die großen Staatsführer dieser Welt herzustellen. Auch hier gilt offensichtlich, dass der Denkmalschutz dann nichts mehr wert ist, wenn es um derartige Treffen und deren Vorbereitungen geht.

Der Landtag ist jetzt in der dringlichen Pflicht, hier klar und deutlich und unmissverständlich Position zu beziehen. Der Landesregierung muss klargemacht werden, dass die Zerstörung dieses einzigartigen Baudenkmals im ersten deutschen Seebad Heiligendamm nicht akzeptiert wird. Die Untätigkeit der Landesregierung ist in diesem Punkt erschreckend. Aber auch die Lippenbekenntnisse der sogenannten demokratischen Fraktionen für den Denkmalschutz in Heiligendamm taugen nichts, wenn nicht heute der Landesregierung die Meinung des Volkes kundgetan wird. Die Steuerverschwendung um den G8-Gipfel herum ist schon schlimm genug. Wenn aber jetzt auch noch ein Gebäude nach dem anderen in Heiligendamm abgerissen wird, ist das nicht hinnehmbar und wir müssen darüber dringend debattieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sollten zumindest der Behandlung dieses Antrages hier und heute zustimmen, damit diese für dieses Land wichtige Frage hier im Landtag diskutiert und entschieden werden kann! Wir können sehr wohl die Landesregierung verpflichten, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um die Perlenkette in Heiligendamm erhalten zu können. George Bush und sein Gefolge werden nach Heiligendamm kommen und sie werden es wieder verlassen. Es wäre sehr schade, wenn dieser einmalige historische Gebäudekomplex dann verschwunden wäre. Zur Kultur unseres Landes gehört unzweifelhaft der Denkmalschutz hinzu. Denkmalschutz, welcher nur für kleine Leute gilt, ist kein wirksamer Denkmalschutz. Für die Sanierung und Erhaltung der Gebäude in Heiligendamm war Zeit genug. Jetzt

ist es Zeit für uns zu handeln! Zeit, welche die Landesregierung hat untätig verstreichen lassen, dürfen nicht auch wir noch verstreichen lassen. Jetzt sollte für einen wirksamen Denkmalschutz heute die Notbremse gezogen werden. Ich bitte um Zustimmung zur Dringlichkeit unseres Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank.

Das Wort zur Gegenrede erhält der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

**Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung):** Sehr verehrte Damen und Herren! Die Dringlichkeit kann ich nicht sehen, denn dass dort ein Gebäude abgerissen werden soll, war länger bekannt, auch vor Antragschluss. Vermutlich hat die NPD die Antragsfrist verbaselt

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und will jetzt dazu etwas über einen Dringlichkeitsantrag öffentlichkeitswirksam sagen. Und woher die Kenntnisse der NPD sind, dass weitere Abrisse in diesem Ensemble erfolgen sollen, entzieht sich meiner Kenntnis. Namens der Regierungsfractionen lehnen wir die Dringlichkeit ab.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Ablehnung durch alle übrigen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Ergebnisse der Realschulabschluss- und Abiturprüfungen des Jahrgangs 2005/2006 – Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

**Aktuelle Stunde****Ergebnisse der Realschulabschluss- und Abiturprüfungen des Jahrgangs 2005/2006 – Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern**

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Marc Reinhardt von der Fraktion der CDU.

**Marc Reinhardt, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildungspolitik ist mit Sicherheit immer ein aktuelles Thema. Insofern bin ich als Bildungspolitiker meiner Fraktion dankbar und auch glücklich, dass wir zu Beginn der Legislatur dieses Thema auf die Tagesordnung der Aktuellen Stunde gesetzt haben.

Die Grundschulvergleichsarbeiten, auch VERA genannt, und auch die Abschlussarbeiten der Realschulprüfungen und Abiturprüfungen von 2005 und 2006 liegen uns vor. Vor allem in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch können wir dabei im Vergleich zu den letzten Jahren keine nennenswerten Verbesserungen erkennen. Zum Beispiel liegen die durchschnittlichen Leistungen bei den Realschulprüfungen im Fach Mathematik immer noch wesentlich dichter an der Note 4 als an der Note 3. Und das freut sicherlich niemanden hier bei uns im Haus. Bei den Schülern zeigt sich neben der Rechenschwäche vor allem eine Schwäche im Verstehen. Wir wissen alle, wer

die Aufgabe, die er liest, nicht verstehen kann, der kann sie letztendlich auch nicht lösen. Wir haben hier sicherlich ein deutliches Problem, den Leistungsmangel im verstehenden Lesen zu beheben.

Vielen Kindern fehlt es somit von Anfang an, an dem nötigsten Handwerkszeug, das sie brauchen, um in Zukunft auch lebenslang lernen zu können. Diese Defizite beginnen bereits nicht erst bei den Viertklässlern, aber dort haben wir die Vergleichsarbeiten gemacht, und ziehen sich bis zu den Realschülern hoch. Hier müssen wir mit allen Beteiligten ansetzen und in den nächsten Jahren zu gravierenden Veränderungen kommen, weil wir es so wollen und weil wir unsere Jugend dahin bringen wollen, dass sie im späteren Leben auch lebenslang lernen kann. Und das kann man nur, wenn man lesen kann, wenn man auch versteht, was man liest. Hieraus, aus diesen Vergleichsarbeiten und auch ...

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist wahr.)

Vielen Dank, Herr Bluhm, ich freue mich immer, wenn Sie mir zustimmen. Ich hoffe, dass wir das im Bildungsausschuss so fortsetzen werden.

(Heiterkeit bei  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Wollen wir mal gucken.)

Hieraus müssen wir Schlussfolgerungen ziehen, was wir in dieser Legislaturperiode im Bildungsbereich umsetzen müssen. Schwerpunkt unseres Handelns muss sein, die Teilbereiche Lesen, das verstehende Lesen und auch das Sachrechnen entscheidend voranzubringen und hier die Qualitäten unserer Schüler zu verbessern. Nach dem, ich will es einmal Strukturchaos des letzten anderthalb Jahrzehnts nennen, ich will davon keine Regierung ausnehmen, ist es wichtig – und dazu haben sich ja eigentlich alle in diesem Hohen Haus bekannt –, dass wir zur Kontinuität, was die Strukturen betrifft, an unseren Schulen kommen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist das Steigern der Motivation der Lehrer und auch der Schüler im Allgemeinen.

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Nur die Schüler, die einen motivierten Lehrer vor sich haben, werden auch einen qualitativ hohen Unterricht genießen können.

Eine zweite Sache, die wir uns auf die Fahnen geschrieben haben, ist das sogenannte Einführen von Kopfnoten. Viele von Ihnen kennen das. Ich selbst kenne das auch noch, denn ich habe als Zwölfjähriger auch noch Kopfnoten erhalten für Mitarbeit, Betragen, Fleiß und Ordnung.

(Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Wie sahen die aus?)

Ich habe das damals nicht gemocht, Herr Methling, ganz ehrlich.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU,  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Es waren auch nicht immer nur Einsen und Zweien.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Aber aus heutiger Sicht weiß ich, dass mir das nicht geschadet hat. Insofern ist es durchaus eine sinnvolle Maßnahme, hier das Sozialverhalten der Schüler zu bewerten, und wir wollen dies einführen.

Zweitens. Ich bin dem Bildungsminister schon heute sehr dankbar, dass er gleich in seiner ersten Phase seines Amtsantritts eine sogenannte Deregulierungsoffensive gestartet hat. Er hat nämlich alle Schulleiter und Schullehrer aufgefordert, ihm mitzuteilen, welche Regelungen und Verordnungen überflüssig sind und welche wir dementsprechend demnächst abschaffen können. Ich bin schon sehr gespannt auf die Ergebnisse, lieber Herr Tesch, die wir dann hier umsetzen können. Sie werden uns bestimmt auch rechtzeitig davon informieren.

Eine weitere Schlussfolgerung ist der Modellversuch „Freie Schule“, entschuldigen Sie, „Selbstständige Schule“ meine ich. Der ist mit Sicherheit im ganzen Land als Erfolg zu werten. Das kann man sicherlich neidlos anerkennen. Deshalb haben wir uns auf die Fahnen geschrieben, diesen Versuch an mehr und mehr Schulen auszuweiten und möglichst ins ganze Land hineinzutragen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal sagen, all unsere Bemühungen müssen sicherlich mehreren Zielen gewidmet sein. Ich möchte zum Beispiel, dass in Zukunft mehr als 20 Prozent der Abgänger an allgemeinbildenden Schulen das Abitur in der Tasche haben. Ich möchte außerdem, dass weniger als 10 Prozent aller Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne Schulabschluss verlassen. Hier ist es am besten, es ist gar keiner, aber davon sind wir sicherlich noch weit von entfernt. Und ich möchte drittens, dass jeder, der eine Berufsausbildung aufnimmt, diese auch abschließt, nicht so, wie zum Beispiel im Jahr 2003/2004, dass 25 Prozent ihre Erstausbildung ohne Abschluss abbrechen. Dieses sind große Herausforderungen. Ich freue mich als Bildungspolitiker hierauf und wünsche mir eine ideenreiche und qualitativ hochwertige Zusammenarbeit. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Reinhardt.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

**Minister Henry Tesch:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Prüfungen sind in unserem Leben immer wieder bedeutsame Ereignisse, so auch in unseren Schulen. Lassen Sie mich ein paar Zahlen aus dem letzten Schuljahr zu Beginn meiner Ausführungen nennen: Im Einzelnen gab es im Abitur 22.566 Prüfungen mit 7.099 Prüflingen. Um auch einmal die Dimensionen klarzumachen, in der Realschulabschlussprüfung waren es 43.756 Prüfungen mit 10.956 Prüflingen, in der Übergangsprüfung 18.828 Prüfungen mit 6.276 Prüflingen und in der Feststellungsprüfung 4.472 Prüfungen mit 2.236 Prüflingen. Dies verdeutlicht, Prüfungen sind viel Arbeit für Schüler, für Lehrer, für die Organisatoren in der Schule, im Landesinstitut, aber auch in meinem Haus.

Was sagen die Prüfungsergebnisse nun aus? Die Ergebnisse in den schulischen Prüfungen sind, wie gesagt, für den Einzelnen ein Spiegel der geleisteten Arbeit. Die Leistungen bilden für die Schülerin und den Schüler ein Fundament für den weiteren Bildungsweg. Für die Bil-

dungspolitik sind die Ergebnisse ein Gradmesser für die Effektivität der Aufwendungen des Landes in unserem Schulsystem. Und für die politisch und schulfachlich Verantwortlichen bilden diese Ergebnisse letztendlich die Grundlage für die Weiterentwicklung der schulischen Arbeit.

Wichtig ist, seit vielen Jahren werden in den schulischen Abschlussprüfungen zentral erarbeitete Anforderungen gestellt. Das ist nicht in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland der Fall. Wie in den Vorjahren wurde das umfangreiche Prüfungsgeschehen rechtlich, fachlich und logistisch durch das Landesinstitut vorbereitet und an den Schulen ohne einschneidende Probleme durchgeführt. Und vielleicht noch eine Zahl: Dazu mussten 136 verschiedene Prüfungsarbeiten erstellt werden. Zu verdanken ist der reibungslose Ablauf der Prüfungen der Disziplin, der koordinierten und präzisen Arbeit aller daran Beteiligten. Aber ich denke, auch in diesem Hohen Hause sagen zu dürfen, besonderer Dank gebührt den Lehrerinnen und Lehrern für die reibungslosen Korrekturen der Prüfungsarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Insgesamt, um das einmal zusammenzufassen, wurden in diesem Verfahren an den Schulen 89.622 schriftliche Prüfungen bewertet, mehrfach ausgewertet und dann begutachtet. Ich denke, das ist ein Dankeschön wert. Auch die Mitglieder der Aufgabenkommissionen, die das teilweise unter sehr erschwerten Bedingungen in diesem Land machen, worüber wir auch noch einmal reden müssen, haben hier ein sehr anspruchsvolles und leistbares Prüfungsniveau zugrunde gelegt.

Lassen Sie mich jetzt etwas zu den Abiturprüfungen sagen. Wie bereits gesagt, waren im letzten Jahr 67 Gymnasien beteiligt, 20 Fachgymnasien, 10 Gesamtschulen, 4 Abendgymnasien und 4 Privatschulen. Und insgesamt wurden, wie gesagt, 7.099 Abiturienten zum Abitur zugelassen, davon haben 6.840 Abiturienten die Prüfung mit Erfolg bestanden. Wenn wir das einmal in Prozent umrechnen wollen, sind das circa 96,3 Prozent, also eine relativ hohe Quote derer, die sozusagen diese Prüfung bestehen. Manchmal geistern auch Zahlen von einem Drittel Abbrecher durch den Raum. Wie gesagt, 96,3 Prozent haben diese Prüfung bestanden.

Für Sie ist es vielleicht interessant, dass den Schwerpunkt der schriftlichen Abiturprüfung bezüglich der Anzahl der Prüfungsteilnehmer landesweit interessanterweise nur wenige Fächer bilden. Ich will Ihnen das gerne sagen: In den Leistungskursen sind das Englisch mit circa 4.210 Schülern, in Mathematik 2.934 Schüler, in Deutsch 2.017 Schüler, in Biologie noch 1.990 und, wie gesagt, in Physik 713 Prüflinge. Wenn man sich das auch noch einmal in den Grundkursen verinnerlicht, bedeutet es in Deutsch 2.259 Schüler, in Mathematik 1.456 Schüler, Englisch mit 1.078 Schülern und Biologie mit 894 Prüflingen. Ich möchte darauf hinaus, dass das Wahlverhalten ganz deutlich zeigt, dass die mit der neuen Oberstufenverordnung getroffene Einteilung in Haupt- und Nebenfächer durchaus gerechtfertigt ist. Das machen diese Zahlen ganz klar deutlich.

Auffälliges Merkmal der allgemeinen Statistik ist auch in diesem Jahr das Geschlechterverhältnis, denn 3.914 Abiturientinnen stehen nur 2.926 Abiturienten gegenüber. Unter Gleichstellungsgesichtspunkten ist dieser Sachverhalt auch sehr bedenklich.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU,  
Hans Kreher, FDP, und Udo Pastörs, NPD –  
Zuruf aus dem Plenum: Sehr wohl.)

Wir müssen uns mehr um die jungen Männer kümmern. Das sehen wir auch an anderer Stelle, dass wir da viel zu tun haben.

Der Gesamtdurchschnitt des Abiturs 2006 liegt bei 2,41. Das entspricht unseren Erwartungen. Bezieht man nun, um wirklich noch realistischer heranzugehen, die Prüflinge mit ein, die die Prüfung nicht bestanden haben, und bewertet diese mit der Note 6, also rechnen wir das noch einmal mit ein, dann kommen wir auf einen landesweiten Durchschnitt von 2,51. Und das ist ein akzeptabler Wert. Nach Schularten differenziert haben wir uns das noch einmal angesehen. Danach entsprechen die geringfügig, ich betone, die geringfügig schlechteren Ergebnisse der Abendgymnasien, Fachgymnasien und Gesamtschulen gegenüber den Gymnasien im Landesdurchschnitt auch den Erwartungen. Hier müssen wir ganz deutlich sagen, damit auch kein Missklang hineinkommt, die Abweichungen sind mit dem damit verbundenen Umweg zum Abitur durchaus erklärbar. Das Gymnasium würde alleine bei 2,37 im Landesdurchschnitt liegen, die Abendgymnasien, wie gesagt, bei 2,43, die Gesamtschulen bei 2,58 und die Fachgymnasien hätten einen Durchschnitt von 2,65. Diese Notendurchschnitte haben sich in den letzten Jahren nicht wesentlich geändert. Und ich muss an dieser Stelle sagen, Vergleichswerte aus anderen Ländern liegen nach meiner Einschätzung leider nicht vor.

Auch hier müssen wir uns fragen, woran liegt das denn. Wir müssen uns nicht verstecken, denn wir geben diese bekannt. Wir würden gerne in diesen Wettbewerb eintreten. Und wenn Sie in die Koalitionsvereinbarung sehen, sehen Sie auch, dass wir bestimmte zentral gesteuerte Mechanismen in der Bundesrepublik Deutschland durchaus für sinnvoll halten, zumindest im schulischen Bereich. Im Hochschulbereich kann der Student ja wählen, an welche Universität er geht. Im schulischen Bereich sollte kooperativer Föderalismus eigentlich mehr greifen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Da sind wir natürlich als Land Mecklenburg-Vorpommern nun nicht die gewichtigste Stimme, aber, wie gesagt, wir sollten dieses dennoch immer wieder zu Gehör bringen.

Wie sehen die Ergebnisse nun an den Realschulen aus? Landesinterne Schulleistungsuntersuchungen sowie die nationalen und internationalen Schulleistungsvergleiche, Sie kennen sie alle, zeigen auf, dass eine relativ hohe Anzahl der Schüler – die Zahl fiel auch schon, über 20 Prozent vermuten wir –, insbesondere in den nichtgymnasialen Bildungsgängen, und das ist das Erschreckende, infolge von hohen Defiziten im Bereich der sogenannten Symbolerschließungskompetenzen, das wären Lesen, Schreiben und Mathematik, am gesellschaftlichen Leben nur eingeschränkt teilnehmen kann beziehungsweise nur bedingt berufsbildungsreif ist.

Auch die sich in den letzten Jahren verschlechternden Ergebnisse der Realschulabschlussprüfungen sind ein klares Indiz für sinkende Gesamtleistungen. Durchschnittlich nur Gesamtnoten um die 3, und wir haben heute Morgen schon gehört von Herrn Reinhardt, eher in Richtung 4, und Notendifferenzen zwischen Einzelschulen zwischen 1,8 und 1,9 halte ich im Interesse von Chancengerechtigkeit auf Dauer nicht für hinnehmbar. Diese Entwicklung hat unter anderem auch zur Folge, dass

jährlich bis zu circa 25 Prozent der Azubis ihre Ausbildung, besser gesagt ihre Erstausbildung, abbrechen. Wir haben die zweithöchste Abbrecherquote in Deutschland, meine Damen und Herren. Hier sehen die Ergebnisse also nicht so erfreulich aus. Die Anzahl der Absolventen der allgemeinbildenden Schule ohne Abschluss hat sich in den letzten zehn Jahren von 5,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern auf über 11 Prozent nahezu verdoppelt. Ihre Anzahl beträgt nun im Durchschnitt circa 3.000 pro Jahr. Auch wenn Schule auf alle diese Fragen nicht alleine eine Antwort geben kann, so muss sie sich doch mit ihrer Struktur, ihrer Organisation und vor allem ihren Inhalten auf diese Herausforderungen einstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, das kann uns angesichts der bedrohlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt und der demografischen Entwicklung in unserem Land überhaupt nicht egal sein. Und aufgrund der Abwanderung und der niedrigen Geburtenrate werden wir künftig weniger arbeitsfähige Fachkräfte haben, die wir aber dringend benötigen. Schlecht ausgebildete junge Menschen kann sich Mecklenburg-Vorpommern nicht leisten. Und ich bin der Meinung, wir dürfen kein Kind zurücklassen.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Gute Schulabschlüsse sichern nicht nur den individuellen Wohlstand einer Gesellschaft, sondern den einer ganzen Gesellschaft. Ziel der zukünftigen Maßnahmen zur pädagogischen Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Schulwesens muss es daher sein, so, wie die Koalitionsparteien es vereinbart haben, die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss signifikant zu senken, die berufliche Ausbildungsreife zu verbessern und die Anzahl der vergebenen Abschlüsse „Berufsreife“ und „Mittlere Reife“ zu erhöhen. Das entspricht auch den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages.

Und nun sage ich ganz deutlich, nach den Zeiten der schier endlosen Strukturänderungen muss es nun endlich eine überlegte, und dazu sind alle herzlich eingeladen, und eine gezielte pädagogische Entwicklung gemeinsam mit den Lehrkräften an den Schulen geben. Dafür brauchen wir noch mehr Qualität an unseren Schulen. Und wir brauchen selbstständig und eigenverantwortlich handelnde Einzelschulen. Das heißt, wir wollen die Grundkenntnisse aus dem Modellprojekt mit den 20 selbstständigen Schulen stufenweise auf das Land übertragen, sodass das Wirkung entfalten kann.

Ich darf Ihnen sagen, die Arbeiten dafür haben begonnen. Schulaufsicht und die Lehreraus- und -fortbildung haben sich auf diese Entwicklungen und ihre neuen Aufgaben einzustellen. Auch das müssen wir klar und deutlich sagen. Mehr Selbstständigkeit für Schulen heißt auch mehr Beratung und mehr Kontrolle. Dafür brauchen wir ebenfalls gut ausgebildete Lehrkräfte. Das Kurssystem, wenn Sie so wollen, die äußere Fachleistungsdifferenzierung, das 2002 in der neuen Regionalen Schule eingeführt wurde, hat sich nach meiner Einschätzung in seiner unflexiblen Form der Förderung nicht wirklich überall bewährt. Die Schulen haben insbesondere dadurch, dass es keine gesonderten Förderstunden ab Jahrgangsstufe 7 gibt, kaum Möglichkeiten der individuellen Förderung. Ich denke, da müssen wir ran! Wir brauchen Instrumente, um den Einzelnen und die Einzelschule zu entwickeln.

Mittel zur Förderung im Umfang von 100 Lehrerstellen sind jetzt durch den Nachtragshaushalt für die Regionalen Schulen eingestellt, aber die Einzelschule hat

bisher keine Entscheidungsmöglichkeit, entsprechend ihrem Bedarf handeln zu können. Um das zu verbessern, wird ab dem nächsten Schuljahr die alternative Nutzung der Mittel für diese, wie gesagt, äußere Fachleistungsdifferenzierung der Jahrgangsstufen 7 bis 9 für individuelle Förderung bis zur Jahrgangsstufe 10 entsprechend den Schulprogrammen und den schulischen Förderkonzepten ermöglicht. Trauen wir unseren Schulen einfach mehr zu und stärken wir ihre Kompetenz!

Nur durch die schrittweise Einführung eines Gesamtförderbudgets in Verantwortung der Einzelschule kann nach meiner Überzeugung ein flexibles, und darauf müssen wir Wert legen, effektives Fördersystem entstehen. Damit können auch optimale Abschlüsse für Benachteiligte erreicht werden, um diesen Schülern – und darum muss es uns allen gehen – einen besseren Start in das Berufsleben zu ermöglichen. Die Quote der Abgänger ohne Abschluss sollte so sichtbar, aus meiner Sicht, wieder zu senken sein.

Seit November 2006 werden deshalb unter Federführung meines Hauses Ideen aus der letzten Legislaturperiode und neue Konzepte mit hoher Intensität weiterentwickelt beziehungsweise neu erstellt. Wir gehen auch so weit, dass wir dafür unsere internationalen Expertenkontakte über das europäische 9-Staaten-Netzwerk „EducationGate“ nutzen. Ich darf Ihnen sagen, in dem Projekt sind wir als Land federführend im Teilprojekt der Schulabgänger ohne Abschluss. Und wir wollen diese Erkenntnisse in unsere Arbeit mit einfließen lassen. Ich darf Ihnen sagen, die Ergebnisse werden im März 2007 im Internet veröffentlicht, sodass es auch für Sie nachlesbar ist. Diese Erkenntnisse fließen dann unmittelbar in unsere Maßnahmenkonzepte ein, deren Umsetzung in diesem Jahr beginnt und deren letzte Details im Schuljahr 2010/2011 umgesetzt sein werden.

Aus dem Gesamtblick auf das Schulsystem ergeben sich in Zusammenhang mit den zentralen Prüfungen folgende Schlussfolgerungen:

1. Der Prozess der Ausrichtung der Abschluss- und Berufsreifeprüfungen an den Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss ist behutsam weiterzuführen.
2. Die neue Lesart der gültigen Rahmenpläne zur Umsetzung der Bildungsstandards muss in allen Schulen umgesetzt werden.
3. Die Vergabe von Prüfungszertifikaten ist stärker an das Vorhandensein von Kompetenzen, Qualifikationen, Wissensstrukturen, Einstellungen, Überzeugungen, Werthaltungen bei den Schülerinnen und Schülern zu knüpfen, mit denen die Basis für ein lebenslanges Lernen zur persönlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Beteiligung gelegt ist.
4. Prüfungsaufgaben müssen Beispielfunktion im täglichen Unterricht haben, das bezieht sich besonders auf die Aufgabenkonstruktion und die Lernplanung. Es ist stärker auf Anwendungswissen und Problemlösungskompetenz zu achten.
5. Die Entwicklung der Lesekompetenz in allen Fächern muss auch aus den Prüfungen heraus als wesentliches Ziel erkannt werden.
6. Im Prüfungsfach Deutsch wurden in den vergangenen Jahren mehrfach Defizite im Bereich der Lesekompetenz, also der Textverstehenskompetenz konstatiert, übrigens in auffälliger Analogie zu den dann später

veröffentlichten PISA-Ergebnissen. Darauf haben wir mit einem Bündel von Maßnahmen reagiert, um in allen Schulstufen die Lesekompetenz zu verbessern. Lesen ist Angelegenheit aller Fächer. Das bekannte „muttersprachliche Prinzip“ hatte in früheren Jahren Gültigkeit, es gilt auch heute noch.

(Heike Polzin, SPD: Sehr vernünftig.)

7. Die derzeitigen strukturellen Veränderungen der gymnasialen Oberstufe in Mecklenburg-Vorpommern bringen es mit sich, dass die Formate der zentralen Prüfungsaufgaben für das Abitur 2008 – Sie sprachen davon – modifiziert werden müssen. Inhaltlich gelten weiterhin die bereits vertrauten und allseits verinnerlichten Vorgaben der bundesweit verbindlichen einheitlichen Prüfungsanforderungen, also der EPA. Prüfungsdidaktisch werden wir sozusagen da an die guten Erfolge anknüpfen.

Ich muss jetzt ein bisschen schneller werden.

8. Die Regelungen zur pädagogischen Weiterentwicklung der Regionalen Schule mit dem Ziel der Stärkung der pädagogischen Eigenverantwortung der Schule müssen erfolgen. Dabei geht es auch um die Verbesserung der Leistungsbereitschaft der Schüler sowie um Verbesserung der Berufsorientierung und Berufswahlentscheidung von Schülern in der Sekundarstufe I.
9. Die Mittel für die äußere Fachleistungsdifferenzierung müssen wesentlich mehr für individuelle Förderung eingesetzt werden.
10. Die Einführung eines Gesamtförderbudgets muss erfolgen.
11. Es geht um die Entwicklung einer flexiblen Schulausgangsphase an der Regionalen Schule und im Sekundarbereich an Gesamtschulen. Kern bilden die weiterzuentwickelnden Konzepte des Landes zur Integration der Sekundarstufe I und für das produktive Lernen. Und lassen Sie es mich an dieser Stelle noch sagen: Der Kabinettsbeschluss vom Januar 2007 hat hierfür 4,2 Millionen Euro gebunden und weitere 2,3 Millionen Euro für die Lehrkräfte, damit diese aus- und weitergebildet werden können.
12. Die Schulaufsicht sowie die Lehreraus- und -fortbildung müssen den neuen Aufgaben entsprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, FDP und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

**Heike Polzin, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, zu diesem Thema auch den Vorsitzenden der Bildungskommission, die wir am Ende der letzten Legislatur mit auf den Weg gebracht haben, Herrn Domisch, begrüßen zu können. Also Helsinki guckt in diesem Falle auch zu uns herüber. Das kann uns eigentlich nur sehr freuen. Seien Sie herzlich willkommen!

Ich denke, der Minister hat uns eine sehr klare Analyse dargestellt, und die Schlussfolgerungen, die er hier so kurz und knackig aufgezählt hat, entsprechen unserem

Wollen. Das findet sich zum größten Teil auch schon im Koalitionsvertrag wieder. Mir bleibt also, um hier nichts zu wiederholen, ein anderer Blickwinkel und den möchte ich mir auch gestatten. Ich habe beim Lesen des Themas gedacht: Ist das nicht ein bisschen kurz gesprungen, wenn man von Prüfungsergebnissen gleich zu Schlussfolgerungen auf bildungspolitische Optionen kommt? Ich habe in den Redebeiträgen gemerkt, dass es so im Grunde auch nicht gemeint war.

Ich will es einfach noch einmal sagen: Prüfungen sind ein wichtiger Punkt im Leben der Prüflinge und der Lehrer. Sie sind eine Widerspiegelung, aber sie sind auch nur eine Momentaufnahme. Wir haben uns zwar wirklich darauf verständigt, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern auch im Realschulbereich eine zentrale Abschlussprüfung vorzuhalten. Das war damals parteiübergreifend auch von den Lehrern gewollt und wurde gleich Anfang der 90er Jahre eingeführt. Wir finden da kaum in einem anderen Bundesland diese Verständigung. Dadurch haben wir auf der einen Seite eine landesweite Übersicht über Momentaufnahmen und wenn man dann im Einzelnen tatsächlich einmal hineinguckt, was während dieser Prüfung eigentlich passiert ist, dann gibt es eine Menge Aspekte, die sich auch auf Ergebnisse niederschlagen, aber ich meine, nicht unbedingt auf Kompetenzen.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Im Jahr 2005, Mathematikprüfung Klasse 10, habe ich mir den Spaß gemacht, weil ich ziemlich viele schimpfende Fachlehrer hörte, nachdem diese Prüfung geschrieben wurde, zu sehen, was da wohl abgelaufen ist. Es war ein relativ schlechtes Ergebnis in diesem Jahr: 3,91 in Mathematik. Und die Frage lautet: Haben die Schüler dieses Jahrganges denn in der Mathematik nicht so viel begriffen, dass sie ein solches Ergebnis abliefern?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, machen Sie sich mal den Spaß und gucken Sie sich die Prüfungsaufgaben an. Die Fachlehrer – und ich kann mich denen nur anschließen – sagen: Die Schüler sind regelmäßig nicht an mathematischen Sachverhalten gescheitert, sondern am verstehenden Lesen und auch daran, dass sie die Dinge, die dort beispielsweise in den Sachaufgaben aufgebracht wurden, nicht kennen. Das geht rein bis in Sozialkunde. Da war zum Beispiel eine Wahlaufgabe, in der die Schüler in Prozentrechnung befragt wurden, wie viele gültige und wie viele abgegebene Stimmen es gab. Und die Schüler haben nicht missverstanden, wie Prozentrechnung zu machen ist, aber den Unterschied zwischen abgegebenen und gültigen Stimmen haben die meisten nicht beherrscht. Übrigens – Testfrage – würden viele Erwachsene schon daran scheitern.

Was will ich eigentlich damit sagen? Ich will sagen, diese Kompetenz in Mathematik muss eine viel breitere werden. Und es geht nicht nur darum, dass die Aufgabe sinnerfassend verstanden wird, sondern sie auch wesentlich komplexer an das ganze Thema herangehen müssen. Auch das ist die PISA-Problematik bei unseren Schülern. Der Minister hat das als eine Schlussfolgerung genannt. Ich meine, man kann dem auch nur antworten mit der Änderung von Unterricht.

Ich sage es also noch einmal: Für mich ist es zu kurz gesprungen, anhand von Prüfungsergebnissen zu bewerten, ob wir hier eine gute oder eine schlechte Schule haben. Zum Bild gehört sehr viel mehr. Dazu gehören wesentlich mehr Kompetenzen eines Schülers, die sich

nicht unbedingt an diesem einen Tag mit der jeweiligen Tagesform und mit dem jeweiligen Schwierigkeitsgrad einer Prüfung abzeichnen. Und insofern müssen wir uns bei den Schlussfolgerungen auch wirklich fragen: Was kann man von zentraler Stelle auch in Richtung Aufgabenstellung organisieren?

Sie haben sicherlich gut zugehört, als der Minister deutlich gemacht hat, wie viel Arbeitsaufwand in diesem Standardabgleich steckt. Und ich denke, man muss an der Stelle auch einmal sehen, wie man da vor allem die Lehrerinnen und Lehrer ein bisschen unterstützen kann. Es ist ein riesengroßer Aufwand, der betrieben wird, und das teilweise, weil da Etliches überreguliert ist. Ich kann nur hoffen, dass auf der Strecke – das ist, denke ich, auf die Bahn gebracht – einiges verbessert wird, was nun Arbeitserleichterung bringt.

(Beifall Hans Kreher, FDP)

Aber das ist auch nicht das Hauptthema. Wir werden bei all dem, was in Diskussion steht mit Schule, die Selbstständigkeit, die wir vor vier Jahren auf den Weg gebracht haben, die sich im Zwischenbericht als Erfolg erweist, natürlich für das Land ausbauen. Wir müssen also auch die Kolleginnen und Kollegen an jeder einzelnen Schule mitnehmen.

Aber auch das ist nur ein Drittel der Wahrheit, denn wenn es uns nicht gelingt, Leistungsbereitschaft und Motivation von Schülerinnen und Schülern signifikant zu verbessern, dann ist auch ein Lehrer, so motiviert er sein mag, ziemlich hilflos. Man muss einfach sagen, dass teilweise die Arbeit in den einzelnen Schulen sehr schwierig geworden ist und sehr wenig Unterstützung bekommt. Und da ist auch das Thema Elternhaus für mich ganz deutlich noch einmal zu benennen. Es muss uns gelingen – und dafür sind wir als Politiker verantwortlich –, mehr Verbindlichkeit in dieses System zu bekommen. Es muss einfach mehr gesamtgesellschaftliche Unterstützung für den Lehrer geben, der eine besondere Kompetenz hat. Ich weiß, bei Schule kann jeder mitreden, jeder weiß es besser, er ist immerhin auch mal zur Schule gegangen. Aber ich denke, dieser Trend hat inzwischen dazu geführt, dass wir positive Leitlinien, Autoritäten im Sinne von Vorbild in dieser Gesellschaft kaum noch vorfinden. Auch das hat Negative Auswirkungen auf die Schule. Und wir müssen, denke ich, als Politiker damit ein bisschen konzertierter umgehen. Lassen Sie uns das vielleicht über die Fachbereiche hinaus auf die Fahnen schreiben. Ich gehe davon aus, dass die Bildungskommission zu dem Thema auch noch etwas sagen wird.

Wir werden im Hinblick auf Prüfungsergebnisse, im Hinblick auf eine gute Schule nicht daran vorbeikommen, dass äußere Strukturen, gewisse pädagogische Ansätze, gewisse Schlaglichter oder Überschriften natürlich sehr wichtig sind. Die Debatte ist da, aber schlicht und ergreifend sagen sogar Wissenschaftler: Wir kommen nicht daran vorbei, die einfache Wahrheit heißt, eine gute Schule zeichnet sich aus durch einen störungsfreien Unterricht. So einfach ist das. Und da können wir immer noch sagen, Projektarbeit ist wichtig und Langzeitfächer sind wichtig. Organisation von Projektwochen ist wichtig und dies und das ist alles wichtig. Partnerlernen, Gruppenlernen – ich will Sie gar nicht mehr weiter behelligen mit diesen Fachausdrücken. Es heißt einfach: Motivierte Schüler in störungsfreiem Unterricht haben die größten Chancen, auch in der Chancengleichheit, gute Ergebnisse zu erzielen.

(Harry Glawe, CDU: Voll motivierte Lehrer. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das kommt aber darauf an, wie viele es sind.)

Richtig.

Und ich habe manchmal so das Gefühl, dass wir uns auch durch diese Wissenschaft von diesem Weg wieder entfernen. Aber genau da müssen wir hin. Der Minister hat vorhin das Thema aufgegriffen. Es ist signifikant, dass uns die Jungen zuhauf hinten herunterfallen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dass diese in einer Größenordnung keinen Schulabschluss schaffen oder aber nur den Hauptschulabschluss,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass sie dann in der Folge in der Gesellschaft auch diejenigen sind, die quasi die meisten Sorgen bereiten.

Und wenn man das mal in Töpfen sieht: Das, was wir an der Stelle an der Bildung sparen, das geben wir dann übers Justizministerium, Sozialministerium und Innenministerium wieder aus. Auch hier sollte man wirklich ganz ernsthaft darangehen und sagen: Wo liegen die Ursachen? Darüber könnte ich Ihnen jetzt auch noch ein Referat halten, das wäre nur ein bisschen zu lang für eine Aktuelle Stunde. Aber man muss gezielt darauf eingehen, denn ich verstehe unter Gender Mainstreaming die Betrachtung von beiden Seiten.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Reinhard Dankert, SPD, Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Und eine Benachteiligung muss ausgeglichen werden, wenn man sie erkennt, weil für eine gerechte Gesellschaft auch das dazugehört.

In dem Sinne würde ich an dieser Stelle gern aufhören. Ich betrachte die Aktuelle Stunde auch als eine Zusammensetzung von Beiträgen, die ein bisschen spontaner als vorbereitete Redebeiträge kommen, aber, denke ich, umso lebendiger deutlich machen – so kam es mir bis jetzt jedenfalls vor –, dass wir doch auf einem relativen Konsensweg sind. Das kann mich nur freuen und optimistisch machen für die weitere Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Andreas Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Andreas Bluhm,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war schon etwas überrascht, als ich das Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde las. Nun ja, die Prüfungen liegen eine Weile zurück, aber eine aktuelle Debatte zu Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik wäre mir lieber gewesen anhand eines konkreten Antrages,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

um mit den Koalitionsfraktionen über detaillierte Vorstellungen zu diskutieren.

Aber sei es drum, wir diskutieren heute bereits das zweite Mal über ein bildungspolitisches Thema und ich denke, Bildungspolitik wird auch in den nächsten vier-einhalb Jahren dieses Parlament immer wieder und akut bewegen.

Morgen werden zweieinhalb Millionen Zensuren den Schülerinnen und Schülern dieses Landes auf den Halbjahreszeugnissen ins Stammbuch geschrieben.

(Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Ein halbes Schuljahr liegt wieder hinter den Schülerinnen und Schülern. Sie gehen genauso wie die Lehrer morgen in verdiente Ruhezeiten. Und ich möchte mich hier daher ausdrücklich dem Minister anschließen: Der Dank gilt den Lehrerinnen und Lehrern, die unter komplizierter werdenden Bedingungen, auch unter sich verändernder Schülerklientel versucht haben, ein Höchstmaß an Bildung und Erziehung, an Qualitätsentwicklung von Schule zu realisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Heike Polzin, SPD)

Und ich möchte aufgreifen, was gestern der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung formuliert hat: Es geht um Kontinuität in der Bildungspolitik. Und es entsteht nur scheinbar ein Widerspruch zu den Schlussfolgerungen, die unter anderem der Minister hier schon vorgeschlagen hat, die aus meiner Sicht aber natürlich nicht ausreichen, sondern die nur einen Teilbereich von Schule und Schulentwicklung ausmachen, also nur scheinbar ein Widerspruch zu notwendigen weiteren Veränderungen in unserem Bildungsbereich.

Herr Reinhardt hat in seiner Rede hier über Wünsche gesprochen, von denen er sich sozusagen erhofft, dass sie Realität werden. Ich denke, bei vielen dieser Wünsche sind wir beieinander, was zum Beispiel die Frage der Senkung der Abbrecherquote, was das Reduzieren der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss betrifft, und bei einigen sind wir eben weit auseinander. Aber ich hätte schon ganz gern gehört, wie Sie sich das im Einzelnen konkret an Maßnahmen vorstellen, vielleicht kommt das ja noch.

Wo wir beide weit auseinander sind – und da bin ich auch bei mir in der Fraktion sowie in der Partei durchaus nicht auf eine einhellige Meinung aus –, ist die Diskussion um Kopfnoten. Es ist ein zunehmend typisch deutsches Problem, alles in irgendeiner Art und Weise benoten zu wollen. Es liegt im System und in der Geschichte des deutschen Bildungswesens. Andere Länder kommen ohne eine solche Benotung aus,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

viel besser sogar. Ich denke, wenn man über Kopfnoten redet, muss man über Leistungsfeststellung überhaupt reden,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr richtig.)

denn die Frage, die wir in den zurückliegenden Jahren auch in Bezug auf Umsetzung internationaler Erfahrungen im Grundschulbereich gemacht und diskutiert haben, ist die Frage: Ab wann brauchen wir Noten? Brauchen wir sie überhaupt? Was stellen Noten eigentlich fest? Und Frau Polzin hat es deutlich gemacht: Die Prüfungsergebnisse sind natürlich eine Leistungsfeststellung zu einem gewissen Zeitpunkt, korrekt. Und ich denke auch, eine Leistungsfeststellung zu einem gewissen Zeitpunkt muss

sein, damit sozusagen eine Vergleichbarkeit des erreichten Niveaus da ist. Aber Benotungen zum Nonplusultra zu erheben, Sozialverhalten unter komplizierter werdenden Bedingungen jetzt wieder in Noten zu pressen und sie nicht verbal zu bewerten, Schülerinnen und Schülern, den Eltern etwas an die Hand zu geben, was ihnen hilft, Persönlichkeit weiterzuentwickeln, ist, glaube ich, eine lohnenswerte Diskussion.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Was uns nicht unbedingt hilft, sind natürlich solche Schlagzeilen, wie sie in den letzten zwei Tagen in den Zeitungen standen nach dem Motto „Zensuren noch schlechter geworden“ oder „Schlechte Noten beschäftigen den Landtag“. Ich glaube, diese Schlagzeilen selbst greifen auch zu kurz.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Und sowohl die Rede von Frau Polzin als auch des Ministers hat deutlich gemacht: Natürlich haben wir im Prozess der Bildungsentwicklung, der Aneignung von Wissen eine sogenannte Blackbox vor uns, die es aus der Fachwissenschaft heraus genau zu analysieren bedarf. Was passiert im Bildungsprozess? Was befördert ihn? Was hemmt ihn? Ich denke, die Bildungskommission, die der Landtag der letzten Legislaturperiode eingesetzt hat, wird den Landtag in seiner intensiven Arbeit unterstützen. Und vielleicht haben wir sie sogar überlastet mit dem, was wir ihr an Aufgaben aufgetragen haben, auch darüber muss man reden. Aber dafür werden wir das eine oder andere an Konsequenzen und Schlussfolgerungen aus der Bildungskommission an Erfahrungen erhalten. Ich bin sehr dafür zu sagen: Jawohl, wir müssen die Einzelschule stärken. Ich sage aber gleichzeitig: Wir müssen neben der Stärkung der Einzelschule auch das System in Gänze stärken.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und dann erinnere ich immer wieder an die vielen Diskussionen um die Bereitstellung von entsprechenden Stunden- und Finanzvolumina für Schule und die Frage von anderen Fachpolitikern: Muss das denn schon wieder sein, diese Diskussion? Wenn wir alle gemeinsam – und auch gestern habe ich den Ministerpräsidenten so verstanden – Bildung als eine der zentralen Aufgaben der Gesellschaft heute verstehen, dann geht es eben und insbesondere um die Ausgestaltung in diesem Bereich.

Und wenn der ehemalige Chef von McKinsey & Company Deutschland, Herr Dr. Kluge, festgestellt hat im Zusammenhang mit PISA – ich darf ihn zitieren: „Es ist nicht so, als sei seit PISA nichts passiert, im Gegenteil. Aber zwei Jahre später haben wir die zentrale Frage noch nicht beantwortet: Wie schaffen wir es in Deutschland, was andere Länder seit Jahren schaffen, Weltklasse-Leistung und soziale Gerechtigkeit?“, dann sind wir vor dieser Frage nach wie vor nicht abschließend gefeit. Auch nicht vor dieser Frage: Wie sichern wir vor auch komplizierter werdenden sozialen Bedingungen bei uns im Land soziale Sicherheit, soziale Chancengleichheit und hohe Leistungsfähigkeit von Schule? Ich behaupte, das kann man nicht nur durch das Messen und Wiegen von Leistungen machen, da gehört eine ganze Menge mehr dazu. Deswegen, denke ich, geht es um die Frage, wie wir unser Schulsystem in der Einheit von Struktur und Inhalt weiterentwickeln.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist Dialektik.)

Und wenn wir über Strukturfragen reden, dann haben wir in der letzten Legislatur begonnen mit dem längeren gemeinsamen Lernen in der 5. und 6. Jahrgangsstufe. Wir werden sicherlich bald darüber zu reden haben, was die ländlichen Räume in diesem Lande betrifft in Bezug auf die Erhaltung von Schulstandorten ab der Jahrgangsstufe 7. Aber ich sage ausdrücklich, nicht Strukturen allein entscheiden die Qualitätsentwicklung von Schule. Dazu gehört eine ganze Menge mehr, begonnen mit der Frage: Wie bilden wir Lehrerinnen und Lehrer aus? Wie hoch ist ihr Anteil an Didaktik, an praktischen Handhabungen neben der Fachlichkeit ihrer Ausbildung? Da ist die Frage: Wie verwurzelt ist die Schule? Wie entwickeln wir die Schule unter dem geflügelten Begriff „Öffnung von Schule“ weiter? Wie beziehen wir die Gesellschaft insgesamt mit ein? Und natürlich nicht zu vergessen neben der Motivation und der Qualität von Lehrerinnen und Lehrern unter den Bedingungen des Lehrpersonalkonzeptes ist die Frage: Wie beziehen wir Eltern, die sich im Moment nicht so um ihr Kind in der Schule kümmern, wieder stärker ein? Wie können wir sie stärker in die Verantwortung nehmen, um dieser für ihr Kind gerecht zu werden?

Dies sind also Ansätze, die ich neben den konsequenten Fragen, die der Minister hier dargestellt hat, überwiegend teile, was konkrete Umsetzung von Prüfungsergebnissen und Schlussfolgerungen betrifft. Es muss aber weit darüber hinausgehen, wenn es um die Schlussfolgerungen und Konsequenzen für die Bildungspolitik bei uns in Mecklenburg-Vorpommern geht. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS  
und Mathias Brodtkorb, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Vizepräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident der FDP-Fraktion Herr Kreher.

**Hans Kreher, FDP:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist im Wesentlichen zu einer Grundsatzdebatte über Bildung geworden. Und das ist auch nicht schlecht, wenn wir uns hier zu Beginn dieser Legislaturperiode darüber einig werden, wohin wir das Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln wollen. Und ich kann erst einmal feststellen, Herr Minister, wenn wir hier sagen, wir wollen zunächst Verlässlichkeit in der Entwicklung, wir wollen Kontinuität, dann unterstützen wir das als Liberale nach den Erfahrungen der letzten 15 Jahre, wo ich als Lehrer nie wusste, wo soll es eigentlich hingehen. Ich unterstütze das sehr und wir als Liberale unterstützen das auf jeden Fall. Herr Minister, Sie haben in diesem Bereich unsere Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP  
und Jörg Vierkant, CDU)

Wenn wir das aber wollen, dann ist die größte Bedingung für Verlässlichkeit, dass wir den Menschen nach draußen deutlich machen, es wird nach fünf Jahren, wenn eine andere Parteienkonstellation hier im Land ist, nicht schon wieder alles umgemodelt. Wir brauchen gerade im Bildungsbereich eine große Übereinstimmung in den Parteien. Das ist eine der wichtigen Rahmenbedingungen für die Bildung im Land, dass man wissen muss, es wird sich nicht von heute auf morgen wieder ändern, wenn andere

Parteien ans Ruder kommen. Deshalb auch in diesem Bereich unsere Unterstützung.

Auch in dem Bereich der selbstständigen Schulen brauchen Sie uns Liberale nicht zu überzeugen. Da sind wir schon immer der Meinung gewesen, selbstständige Schulen, die Stärkung der Lehrer und Eltern vor Ort sind eine ganz entscheidende Bedingung dafür, dass sich vor Ort etwas entwickeln kann. Und deshalb, Herr Minister, unterstütze ich auch das, wenn Sie gesagt haben, wir brauchen bei aller Kontinuität, bei aller Verlässlichkeit Entwicklung zur Qualität hin. Wir brauchen, wie Sie gesagt haben, eine überlegte und gezielte pädagogische Entwicklung an unseren Schulen. Das ist die Voraussetzung für Qualität. Deshalb unterstützen wir das auch. Wir unterstützen Sie auch darin, wenn Sie sagen, wir brauchen Instrumente, um den Einzelnen und die Einzelschule zu fördern. Und, Herr Bluhm, das ist kein Widerspruch zu dem, dass dann auch das Ganze gestärkt wird.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Wenn die einzelnen Schulen, der Einzelne stark ist, dann ist auch das Ganze gestärkt. Deshalb sehe ich da keinen Widerspruch.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Ich auch nicht.)

Wir betonen aber auch, dass wir nicht die Qualität darin sehen, dass wir alles zentralisieren. Wir sagen noch einmal, wir wollen keine Schulkombinate,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Was ist ein Schulkombinat?)

stattdessen kleine Klassen, kleine Schulen und dort die Möglichkeiten für den Lehrer, wirklich auf den Einzelnen stärker einzugehen.

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wie bitte? Ich habe Sie jetzt nicht verstanden.

Ich möchte aber auch noch einmal betonen, ich unterstütze es sehr, dass Sie gesagt haben, es kommt natürlich auf die Stärkung der Lehrer gemeinsam mit den Eltern vor Ort an. Aber ein wesentlicher Hinderungsgrund, dass unsere Lehrer genügend motiviert sind, ist dieses unseelige Lehrpersonalkonzept.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dann  
sagen Sie doch mal, wie Sie das machen wollen!)

Herr Minister, ich erwarte von Ihnen, dass Sie uns einen Weg aufzeigen, wie wir aus diesem Lehrpersonalkonzept aussteigen können.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann machen  
Sie doch mal einen Vorschlag! – Zuruf  
von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Das werden wir genau mitmachen, Herr Bluhm,

(Heike Polzin, SPD: Antennen so weit draußen. –  
Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

darauf können Sie sich verlassen, dass wir das machen, denn wenn wir sagen, dass wir Ganztagschulen brauchen, dann ist doch genügend Arbeit da.

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Und die müssen wir auch bezahlen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, wunderbar, hervorragend.)

Und da müssen wir uns gemeinsam, das sage ich ja, da werden wir uns gemeinsam und selbstverständlich, Frau Gramkow, in diesen Prozess einbringen. Da müssen wir gemeinsam nach Lösungen suchen, denn das werden Sie doch zugeben, diese Tatsache, dass immer am Ende des Schuljahres ein bürokratischer Aufwand notwendig ist, um X-, Y- und sonst was für Verträge abzuschließen. Was meinen Sie, was damit die Lehrer, die Schulräte und sonst wer beschäftigt sind? Das kostet auch Geld, meine Damen und Herren.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Was ist die Alternative?)

Bitte?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Was ist Ihre Alternative?)

Ich habe Ihnen schon den Weg gewiesen. Wir wollen mehr auch in Richtung der Ganztagschule gehen. Da sind wir uns doch einig.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist ein Wunsch, aber kein Weg.)

Ja, sehen Sie. Und das muss auch bezahlt werden.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Und es muss auch unser jetziges hierarchisches System bezahlt werden. Es muss auch bezahlt werden, dass wir in den Kreisen Schulämter haben, Schulämter im Land, dass die Regionalschulen durch die Gemeinden mitgesteuert werden müssen. Das sind alles bürokratische Aufgaben, die wir nicht brauchen. Und insofern unterstütze ich Sie auch, wenn Sie sagen, wir müssen viele unserer Gesetze erlassen, vereinfachen, damit der Lehrer da durchsieht. Das alles kostet auch Geld, meine Damen und Herren. Und da ist eine ganze Menge zu machen, wo wir weniger ausgeben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP  
und Reinhard Dankert, SPD)

Also trotzdem noch mal zum Schluss, Frau Gramkow, wir brauchen hier ein gemeinsames Vorgehen. Wir haben unterschiedliche Ansätze. Im längeren gemeinsamen Lernen sehe ich nicht die Grundlösung.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Wir haben Bedingungen, dass eigentlich alle ihre Möglichkeiten haben zu entscheiden. Und wenn Eltern der Meinung sind, ich will mein Kind länger gemeinsam lernen lassen, dann können Sie das jetzt schon in der Regionalschule bis zum Schluss. Wir müssen dann allerdings die Bedingungen schaffen, dass es durchlässig ist, dass man bis zum Abitur auch über die Regionalschule kommt. Das ist eigentlich alles im Grunde genommen möglich. Es muss nur die Bedingung geschaffen werden, dass die Eltern die Möglichkeit haben, dass in der Regionalschule das einzelne Kind so gefördert wird, dass es immer auch das Abitur machen kann. Also insofern, meine Damen und Herren, müssen wir nicht ständig die Strukturen ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Marc Reinhardt, CDU, und Jörg Vierkant, CDU)

Wir müssen die Bedingungen vor Ort so stärken, dass eine Entwicklung möglich ist. Und in dem Sinne, meine Damen und Herren, noch einmal vor allem der Aufruf: Wir müssen gemeinsam zusammenarbeiten, unterschiedliche Meinungen hier durchaus austragen, ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Kreher, Sie haben ...

**Hans Kreher, FDP:** ... aber nach außen muss das Ergebnis kommen, dass wir gemeinsam vorgehen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Kreher.

Ich bitte noch einmal die Redner, die Redezeiten einzuhalten. Das ist sicherlich manchmal im Eifer des Gefechts nicht einfach, aber ich denke, dieser Hinweis war noch einmal wichtig.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

**Michael Andrejewski, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Rätselraten über die möglichen Ursachen der schlechten Noten in Realschulen geht hauptsächlich in Richtung der Schüler. Man fragt sich, was haben sie für Defizite und was verstehen sie nicht, können sie Symbole nicht entziffern und so weiter. Aber man könnte vielleicht auch in eine andere Richtung denken. Könnte es sein, dass vielleicht beim Benotungsmaßstab etwas nicht stimmt, dass der überzogen hart ist im Verhältnis zur Qualität des Unterrichts? Denn es gibt durchaus im Prüfungs- und Schulwesen eine gewisse Neigung, sich durch überharte Maßnahmen zu profilieren. Man hätte auch in Thüringen überlegen können, was mit den Schülern nicht stimmt, dass dort so viele ohne Abschluss die Schule verlassen. Die Ursache war nicht etwa, dass mit den Schülern etwas nicht stimmte, sondern das war diese bescheuerte Regelung, die damals herrschte, dass man ohne Abschluss von der Schule gehen musste, wenn man vor der 13. Klasse das Gymnasium verließ. Das war vollkommen sinnlos, es ging zulasten der Schüler ohne Sinn und Verstand und es hatte keinen Zweck außer dem, dass einige Leute sagen konnten, wir sind die Härtesten, wir können uns profilieren.

Ähnlich ist auch ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Andrejewski, ich weise den Ausdruck „bescheuert“ als unparlamentarisch zurück.

**Michael Andrejewski, NPD:** Oh, na gut. „Wenig intelligent“, ich ersetze es durch „wenig intelligent“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Ja, Sie. –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Unser Problem sind die schlechten  
Leistungen, Herr Andrejewski.)

Nicht nur. Zufällig kenne ich das Justizprüfungswesen in Sachsen-Anhalt. Dort ist man immer, um es als Parallelfall zu nehmen, sehr entsetzt über die Prüfungsergebnisse des Jahres. Dort sind die Durchfallerquoten im Examen, besonders im zweiten, viel schlimmer als in Hamburg.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Wir sind in Mecklenburg-Vorpommern.)

Dort sind die Durchschnittsnoten viel schlechter als in Hamburg.

Ja, ich nehme das als Beispiel.

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und man könnte von außen betrachtet sagen, in Sachsen-Anhalt ist die Unterrichtsqualität schlecht und dort sind die Kandidaten viel miserabler. Das ist aber nicht der Fall, weil ich beides kenne.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS – Zurufe von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS,  
und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

In Sachsen-Anhalt sind die Kandidaten gleich in der Qualität und dort sind die Anforderungen auch nicht höher, sondern es gibt dort die Ideologie, eine besonders harte Benotung anzuschlagen, um sich damit zu brüsten, dass dort alles besonders hart abgestraft wird. Die Folgen sind nicht, dass die Kandidaten motiviert oder herausgefordert werden, die Folgen sind Protest. Sie bestehen darin, dass dort kaum noch einer ein voll befriedigendes Examen schafft. Kaum noch einer, der dort Examen macht, kann in Sachsen-Anhalt Richter werden. Also kommen die Leute aus Hamburg, wo wesentlich besser benotet wird. Das sind zwei Probleme: auf der einen Seite die Defizite bei den Schülern und auf der anderen Seite die Ideologie, durch einen maßlos überhöhten Notenstandard die Leute noch zusätzlich zu entmutigen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Na das ist doch Unsinn.)

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass – wie der Bildungsminister gesagt hat – Unterschiede bei Noten von 1,9 Prozent zwischen zwei Realschulen in einer Region bestehen und dass das wirklich daran liegt, dass die Schüler in der einen Schule so viel dümmer sind oder die Lehrer so viel unfähiger, sondern es mag an einem falsch angesetzten Benotungsmaßstab liegen. Darüber sollte man auch einmal nachdenken. Nachdenken sollte man auch darüber, dass man, wenn man schon Bayern und Baden-Württemberg nachahmen will, die da in der Tat vorbildlich sind, dann auch nicht abgehen sollte vom verbeamteten Lehrerstand und stattdessen so eine Art pädagogisches Tagelöhnertum einführt.

(Beifall Udo Pastörs, NPD –  
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Der Trend geht dorthin. Es gibt genug Unterrichtskräfte, die müssen sich von Stunde zu Stunde hangeln. Die sind froh, wenn sie mal wieder hier eine Vertretung haben und dort eine Vertretung. Sie haben immer Verträge und wissen nicht, wie es weitergeht. So ein pädagogisches Prekariat hilft keinem weiter. Wenn man schon Bayern anstrebt, dann nicht nur die Benotungsmaßstäbe, die dort völlig in Ordnung sind, weil dort auch der Unterricht hervorragend ist, sondern dann muss man es auch im Großen und Ganzen, auch was das verbeamtete Lehrentum angeht und die Qualität des Unterrichts, nachahmen.

(Hans Kreher, FDP: Wir haben hier keine  
Beamten in Mecklenburg-Vorpommern.)

Ja eben, das ist schon ein Fehler.

(Hans Kreher, FDP: Ach so! – Zurufe von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Das halte ich schon für einen Fehler. Ich halte es auch für einen großen Fehler, dass viele Lehrer noch nicht einmal geregelte Arbeitsstunden oder eine sichere Perspektive haben, sondern so eine Art ewige Aushilfslehrer sind. Der Trend geht jedenfalls dahin.

(Beifall Tino Müller, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Es gibt genug Einzelfälle, die mir bekannt sind. Diese Gedanken wollte ich auch mal beisteuern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Danke, Herr Andrejewski.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

**Jörg Vierkant,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo die politische Grundsatzdebatte beendet werden kann. Der Bildungsminister hat sehr umfänglich ausgeführt. Frau Polzin hat es ergänzt und hat ihre Sicht auf Grundsätze deutlich gemacht. Herr Reinhardt hat in der Einführung unsere Position klargestellt. Ich glaube, da gibt es jetzt nichts mehr hinzuzufügen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das sehen wir auch so.)

Ich kann ungesehen, was die Einhaltung der Redezeit angeht, jetzt schon sagen, ich spare gleich vorneweg schon mal fünf Minuten meiner Redezeit,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist gut.)

denn Wiederholung ist nicht immer Vertiefung.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist aber schwach. Was ist denn  
mit der CDU-Fraktion los? – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte mich hier auf ein konkretes Problem beziehen.

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Es ist vielleicht mal ganz interessant, dieses Thema etwas tiefgründiger zu betrachten. Es steht die Abschaffung der Prüfung in Klasse 10 am Gymnasium in der Diskussion.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Warum?)

Das ist schon erst mal eine hochinteressante Sache,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Aha!)

zwar nicht entschieden,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Sind Sie dafür?)

aber immerhin werden da Überlegungen angestellt. Diese Überlegungen, glaube ich, sind auch ein Beweis dafür, dass nicht jede Gesetzesnovelle Unruhe, Störung von Verlässlichkeit und Kontinuität einer Schule mit sich bringen muss.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das brachte auch nicht jede in der Vergangenheit.)

Aber fast jede, Herr Bluhm.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Nein, nur manche.)

Ja, doch, doch, doch. Das habe ich schon miterlebt.

Im Koalitionsvertrag steht: „156. Schule in Mecklenburg-Vorpommern benötigt auf Grundlage des geltenden Schulgesetzes eine Phase der Ruhe, der konzentrierten Arbeit und der Konsolidierung. Diese Phase muss durch Maßnahmen gekennzeichnet sein, die der Verbesserung der Bildungs- und Erziehungsqualität in der einzelnen Schule absolute Priorität einräumt.“

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Ist diese Phase nicht beendet?)

Und genau das ist es: keine Kaffeehausatmosphäre, sondern aus einer ruhigen, geordneten Position heraus Schulentwicklung in Gang zu setzen und weiterzubetreiben.

Vielleicht, bevor ich jetzt ins Einzelne gehe, vorneweg noch einmal: Es handelt sich hier um meine ganz persönliche Auffassung, meine Meinung. Diese Meinung ist unabgestimmt, weder abgestimmt mit dem Koalitionspartner, noch abgestimmt mit dem Bildungsministerium.

(Heiterkeit bei  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Darf man denn das?)

Aber vielleicht sind es einige Impulse, über die es sich einmal nachzudenken lohnt.

Was ist eigentlich mit dem Status dieser Prüfung in Klasse 10 am Gymnasium? Viele Lehrer, vor allem Regionalschullehrer, aber auch gymnasiale, meinen, dass das Anforderungsniveau der Prüfung in Klasse 10 am Gymnasium geringer ist als die regulären Realschulprüfungen.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Das gibt Anlass nachzudenken.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Dann sollten wir das verändern.)

Die letzte Klassenarbeit in Klasse 10 fällt zugunsten dieser Prüfung weg. Auch das muss man erst einmal zur Kenntnis nehmen. Und weil zugunsten dieser Pseudoprüfung eine Klassenarbeit wegfällt, kommt aus meiner Sicht mehr Unruhe in das Tagesgeschehen, in das normale Unterrichtsgeschehen, in den Schulalltag hinein, als wenn sie nicht da wäre.

Als Letztes vielleicht noch: Die Vornoten haben in den drei Prüfungsfächern einen höheren Stellenwert als die Prüfungsnoten selbst. Das heißt, die Prüfungskommission kann entscheiden, dass die Vornoten entscheidend sind. Einer hat Vornote 2, schreibt mit 3, Endnote 2. Auch das ist, glaube ich, zumindest sehr, sehr fragwürdig.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das glaube ich gar nicht.)

Warum – und das ist jetzt eine ganze wichtige Stelle – ist die sogenannte Prüfung pädagogisch nicht tragbar? Weil sich die Schüler in Klasse 10 am Gymnasium in der Einführungsphase befinden. Klasse 10 stellt eine Brückenfunktion dar zwischen Einführungsphase und Qualifizierungsphase. Genau deshalb sind die Lehrer ganz

besonders darauf ausgerichtet, die Schüler mit komplexen Lernmethoden vertraut zu machen. Dazu gehören auch Projektarbeit, Freiarbeit, Gruppenarbeit, solche Dinge, wo die Schüler sich selbstständig unter Zuhilfenahme von Nachschlagewerken, wissenschaftlichen Abhandlungen und Literatur selbst Probleme erschließen müssen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sie wollen sie also ohne Zeugnisse entlassen?)

Ich komme drauf, Herr Methling, ich komme drauf.

Das ist dieser wichtige Punkt, dass die Schüler vertraut gemacht werden mit Eigenverantwortung und mit Problemorientierung. Wenn das fast geschafft ist, dass die Schüler sich an diese Lernmethoden, an diesen Arbeitsstil gewöhnt haben, wird dieser Prozess jäh unterbrochen durch die Prüfung in Klasse 10

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

und sie werden zurückgeführt in kurzschrittige Prüfungsvorbereitung, meist in Gang gesetzt oder begleitet von Frontalunterricht. Die Schüler müssen Prozentrechnung machen, Algorithmen machen,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Was sie hoffentlich zu diesem  
Zeitpunkt schon können.)

Rechenübungen und dergleichen. Das wird dann ganz gesondert und ganz speziell noch einmal ausgerichtet auf die vermutlichen Prüfungsaufgaben. Und wer Mathematik mal unterrichtet hat, der weiß, dass aus vergangenen Prüfungen zumindest immer so eine Art Muster schon für die kommende Prüfung abgeleitet werden kann. Prozentrechnung war immer drin, irgendwie ein Stückchen Wahrscheinlichkeitsrechnung,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Na, dann kann das ja kein Problem sein.)

vielleicht Funktionen und solche Dinge und darauf stellen die Lehrer ganz dezidiert ab. Und wenn das alles hinter den Schülern liegt, sie die Prüfungen hoffentlich bestanden haben, dann beginnen die Lehrer in Klasse 11,

(Harry Glawe, CDU: Beginnen die Lehrer  
wieder das Vorbereiten ein Jahr.)

die vergessenen Lernmethoden wieder neu aufzubereiten. Ich finde, dieses Hin und Her ist pädagogisch nicht verantwortlich.

Auch die Zulassungsbestimmungen sind sehr anzuzweifeln. Die Kultusministerkonferenz hat sich verständigt auf folgende Forderung: „Der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe kommt beim Übergang in die Qualifikationsphase eine Brückenfunktion zu, so auch mit Blick auf den Ausgleich unterschiedlicher Voraussetzungen bei den Schülerinnen und Schülern vor Eintritt in die Qualifikationsphase. Die Länder stellen hierbei sicher, dass nur solche Schülerinnen und Schüler in die Einführungsphase aufgenommen werden, die aufgrund ihrer Leistungen einen erfolgreichen Durchgang durch die Einführungsphase erwarten lassen. Erfolgt die Aufnahme in die Einführungsphase auf der Grundlage des Mittleren Schulabschlusses, so ist ein über den Mittleren Schulabschluss hinausgehender Leistungsstand nachzuweisen.“ Vor allem dieser letzte Satz wird gleich noch einmal eine Rolle spielen.

(Heike Polzin, SPD: Das müssen nur die Real-  
schüler. Die anderen müssen gar nichts mehr.)

Es wird nicht explizit eine Prüfung gefordert, bundesweit nicht. Wenn es darum geht, zu garantieren, dass nur Schüler übergehen, die mit ihren Leistungen deutlich über dem Mittleren Schulabschluss liegen, dann frage ich mich, warum es möglich ist, dass Schüler theoretisch mit dreimal 6 in den Prüfungsfächern zugelassen werden. Mit in Mathe, Deutsch und Englisch jeweils 6 können sie zugelassen werden. Es steht ja die Möglichkeit offen, dass sie mit 2 und 3 schreiben.

Ein weiteres Beispiel: Ein Schüler mit den Vornoten Deutsch 4, Mathe 5, Englisch 4, Physik 5 und Sport 2 schreibt die Prüfungen alle mit 5, wohl auch für ihn persönlich sehr beängstigend, aber die Prüfungskommission hat die Möglichkeit, Deutsch 4 – geschrieben 5 – die Vornote 4 zu bestätigen, Mathe 5 – geschrieben 5, bleibt 5, Englisch 4 – geschrieben 5, Vornote gilt, 4. Damit hat er nur eine 5 in Mathematik und hat die Prüfung bestanden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Also Zeugnis ohne Prüfung.)

Vielleicht noch eine letzte ...

Oh, jetzt kommt die rote Lampe schon.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Dabei hat er noch was weggelassen.)

Mein Vorschlag: Um die Farce hier zu vermeiden, sollten wir vielleicht darüber nachdenken, wie wir Versetzungsbestimmungen in die Qualifizierungsphase hineinbringen, die wirklich garantieren, dass nur die Schüler in die Klasse 11 versetzt werden, die auch dorthin gehören. Lassen Sie uns Lösungen suchen. Veränderung muss auf jeden Fall an dieser Stelle her. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit  
bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vierkant.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Vizepräsident und Abgeordnete Andreas Bluhm von der Linkspartei.PDS.

**Andreas Bluhm,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Vierkant, da Sie Antrag stellende Fraktion waren, hätte ich von der CDU hier heute mehr erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS  
und Udo Pastörs, NPD – Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist wohl wahr.)

Und was die Prüfung in der 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums betrifft, möchte ich Sie daran erinnern: Es fand alles zu einem konkreten historischen Zeitpunkt statt an dieser Debatte. Ein Robert Steinhäuser prägte damals die Debatte um die Frage, wie kommen Gymnasiasten bei uns im Lande, wenn sie die Schule nach der 10. oder 11. Klasse verlassen, zu einem Abschluss, doch stark mit.

Herr Kreher, längeres gemeinsames Lernen, wenn das so ein Teufelszeug ist, dann frage ich Sie: Wenn das jetzige System so toll ist,

(Hans Kreher, FDP: Ich habe nichts von  
Teufelszeug gesagt. Ich habe nur gesagt,  
dass es die Entscheidung der Eltern war.)

warum haben wir dann so eine niedrige Absolventenquote?

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Warum haben wir so viele Schulversager? Also es muss doch etwas nicht stimmen an dem System in Deutschland.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Jawohl. – Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,  
und Hans Kreher, FDP)

Und wenn Sie erklären,

(Jörg Vierkant, CDU: Daran liegt es nicht. –  
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Sie hätten zum Lehrpersonalkonzept gern eine Alternative,

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

dann würde ich Sie sehr darum bitten, es vorzuschlagen. Selbst die CDU-Fraktion ist mittlerweile auf dem Trichter, dass es zu einem Lehrpersonalkonzept keine Alternative gibt; dass es um eine Weiterentwicklung geht, das ist in Ordnung, aber keine wirkliche Alternative. Und da bin ich auf Ihre schon gespannt. Die einzige, die hier rauf- und runterdekliniert werden kann, ist dann nämlich Entlassung mangels Bedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Heiterkeit bei Michael Roof, FDP)

Das wollen die meisten in diesem Hause aber im Lehrerbereich nicht.

Zum dritten Problem, zu der Frage der Noten. Kinder wollen lernen, Kinder wollen leisten, Kinder wollen sich bewähren, sich beweisen. Sie strengen sich an, wenn die Aufgaben die Anstrengung lohnen. Sie strengen sich auch an, wenn sie dadurch Anerkennung und Zustimmung erfahren. Dazu brauchen sie nicht vordergründig Noten. Anstrengung ohne Sinn ist dumm. Deswegen machen vernünftige Erwachsene so etwas auch nicht, aber manchmal muten wir es Kindern zu. Und deswegen: Wer gegen Noten ist, ist nicht gleich und automatisch gegen Anstrengung. Wer gegen Noten ist, ist nicht leistungsfeindlich, ganz im Gegenteil. Verantwortungsvolle Pädagogen mühen sich darum, wie man zu anderen, besseren Bewertungsmaßstäben kommt, die den Kindern in ihrer Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache und damit den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/170(neu) vor.

**Fragestunde  
– Drucksache 5/170(neu) –**

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich der Justizministerin und hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Sebastian Ratjen von der Fraktion der FDP.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Justizministerin war vor Kurzem in Neubrandenburg, besuchte dort die Staatsanwaltschaft und lobte die seit Kurzem viel effektivere Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft dort.

Hierzu zwei Fragen:

1. Was wird in Neubrandenburg heute offensichtlich anders und somit besser gemacht?

**Ministerin Uta-Maria Kuder**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ratjen! Die in Neubrandenburg festzustellenden Veränderungen beruhen im Wesentlichen auf einem Anstieg der Motivation der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall und Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Mit dem neuen Behördenleiter, der die Behörde zuvor schon kommissarisch geführt hatte, konnte eine erfahrene und fachlich versierte Persönlichkeit gefunden werden, die es versteht, mit Sachverstand und Führungsqualität die vielfältigen Aufgaben als Leiter einer Staatsanwaltschaft engagiert zu bewältigen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Bewältigung auch schwieriger Aufgaben, wie dem Abbau hoher Verfahrensbestände, immer wieder neu zu motivieren.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Danke.

Zusatzfrage: Betrachten Sie es als Vor- oder als Nachteil, dass die Leiter der Behörden keine politischen Beamten sind?

**Ministerin Uta-Maria Kuder**: Ich denke, Herr Ratjen, das ist mehr eine rhetorische Frage. Ein Leitender Oberstaatsanwalt ist nach den landesrechtlichen Vorschriften in Mecklenburg-Vorpommern kein politischer Beamter.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Danke.

2. Werden Sie Arbeitsweisen, die sich in Neubrandenburg als positiv herausgestellt haben, in andere Staatsanwaltschaften im Land auch übernehmen?

**Ministerin Uta-Maria Kuder**: Wie ich eben erläutert habe, Herr Ratjen, beruht die Entwicklung in Neubrandenburg insbesondere auf der Besetzung der neuen Behördenleitung. Diese Fortschritte und Erfolge sind speziell und beruhen nicht auf dort eingeführte Neuerungen, sondern vielmehr auf der Persönlichkeit des Leitenden Oberstaatsanwaltes, der diese Erkenntnisse in anderen Staatsanwaltschaften des Landes erworben hat.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Danke.

Zusatzfrage: Könnten Sie sich der Forderung Ihrer Partei ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Herr Abgeordneter Ratjen, ich darf noch einmal nachfragen: Sie hatten zwei Zusatzfragen zur Frage 1 gestellt?

**Sebastian Ratjen**, FDP: Nein, eine, nur eine.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Das waren zwei.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Nein, eine. Das war die zweite Frage. Ich habe eine Frage, eine Zusatzfrage und jetzt habe ich zu der zweiten Frage ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Also dann muss ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre zweite Frage nicht dem Text entspricht, den Sie eingereicht haben.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Doch.

2. Ist es geplant, Neuerungen aus Neubrandenburg im restlichen Land zu übernehmen?

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Das war aber nicht wörtlich. Na gut. Bitte.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Sind Sie bereit, Frau Ministerin, sich einer Forderung Ihrer Partei von 1998 anzuschließen, den Generalstaatsanwalt nicht mehr als politischen Beamten zu führen?

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

**Ministerin Uta-Maria Kuder**: Herr Ratjen, ich denke, die Frage, ob ein Generalstaatsanwalt politischer Beamter oder nicht politischer Beamter sein soll, muss geprüft werden. Es gibt viele Argumente dafür und dagegen und die gilt es abzuwägen. Am Ende ist es dann Ihre Entscheidung,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

des ganzen Parlaments hier, damit wir gegebenenfalls eine Änderung des Landesbeamtengesetzes an dieser Stelle vornehmen können.

**Sebastian Ratjen**, FDP: Danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und hierzu die **Fragen 3 und 4** des Abgeordneten Herrn Pastörs von der Fraktion der NPD.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Laut Medienberichten will die Mitteldeutsche Braunkohle AG (MIBRAG) ihren Widerspruch gegen die Nichtverlängerung der Erlaubnis zu Probebohrungen im Aufsuchungsfeld Lübtheen begründen.

Die erste Frage:

3. Hat die MIBRAG mittlerweile ihren Widerspruch gegen die Nichtverlängerung der Erlaubnis zu Probebohrungen im Aufsuchungsfeld Lübtheen begründet und wenn ja, wie lautet der Inhalt der Begründung?

**Minister Jürgen Seidel**: Die Antwort lautet Nein und damit erübrigt sich, glaube ich, der zweite Teil Ihrer Frage.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

**Udo Pastörs**, NPD:

4. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung gegen weitere Probebohrungen der MIBRAG im Aufsuchungsfeld Lübtheen zu ergreifen?

**Minister Jürgen Seidel**: Da ich, wie gesagt, noch keine Begründung erhalten habe, besteht derzeit kein Handlungsbedarf für die Landesregierung. Im Übrigen – das ist unser Handlungskonzept – gilt das, was wir in der Koalitionsvereinbarung verabredet haben, ich habe es

mir noch einmal herausgesucht: Der „Braunkohleabbau“ Lübbtheen „wird nicht weiter verfolgt“.

**Udo Pastörs**, NPD: Gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Auf wie dickem Eis ist das juristisch abgesichert – selbst wenn wir hier einen Landtagsbeschluss erreichen sollten, wovon wir sehr stark ausgehen vonseiten der NPD –, wie tragfähig das Ganze formalrechtlich ist? Hat die MIBRAG die Möglichkeit, über das Berggesetz trotz einer Entscheidung hier im Parlament zum Zuge zu kommen?

**Minister Jürgen Seidel:** Das kann man erst absehen, wenn man die Begründung kennt. Dann kann man das auch juristisch sicherer prüfen. Im Moment, kann ich nur sagen, gilt das, was ich Ihnen hier deutlich gemacht habe. Wir sichern das juristisch ab, was die Koalitionsvereinbarung vorsieht.

**Udo Pastörs**, NPD: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Es gibt aber doch eine grundsätzliche juristische Einschätzung der Situation, denn es ist schon seit Jahren im Raum, dass da Begehrlichkeiten vonseiten der MIBRAG bestehen. Gibt es da ein juristisches Vorbewerten, ein Vorgutachten, was dazu führt, dass die MIBRAG nicht zum Zuge kommen kann? Haben Sie etwas unternommen in der Richtung?

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Moment, Herr Minister.

Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, die Zusatzfragen dürfen nicht unterteilt sein und es müssen klare Fragen formuliert sein. Ich bitte Sie, darauf zu achten.

**Udo Pastörs**, NPD: Danke schön, ja. Werde ich tun.

(Heiterkeit bei Werner Kuhn, CDU)

Also könnten Sie mir das beantworten, was Sie da unternommen haben?

**Minister Jürgen Seidel:** Ja, Sie können davon ausgehen, dass die Entscheidungen, die bisher durch die Landesregierung getroffen wurden, diesbezüglich auch juristisch geprüft sind. Natürlich – und das kann man nie endgültig hier sagen –, wenn es zu einem Verfahren kommt, wird am Ende ein Gericht entscheiden. Insofern kann ich diesbezüglich auch keine weiteren Aussagen machen.

**Udo Pastörs**, NPD: Könnte ich davon ausgehen, dass Sie mir diese juristische Bewertung zukommen lassen, um einmal einen Blick hineinwerfen zu können?

(Werner Kuhn, CDU: Das sind jetzt drei.)

**Minister Jürgen Seidel:** Das werden wir prüfen, was diesbezüglich an Informationen ergehen kann. Da hören Sie dann von mir.

**Udo Pastörs**, NPD: Vielen Dank.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Borrmann von der Fraktion der NPD, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

**Raimund Borrmann**, NPD: Frau Präsidentin! Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorbemerkung:

Bislang wurden 53 % der Landesfläche Mecklenburg-Vorpommern als Vogelschutzgebiete ausgewiesen. Derzeit findet eine Neubewertung dieser Gebiete statt, wobei nach jetzigem Kenntnisstand von einer Verminderung der Flächen ausgegangen werden muss.

Frage:

5. Nach welchen Kriterien werden die Flächen künftig bewertet und wie unterscheiden sich die neuen Kriterien der Flächenbewertung von den bisherigen, sodass es zu einer veränderten Flächenbemessung kommt?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Zur Vorbemerkung: Diese entspricht so nicht den Tatsachen. Zurzeit ist es in Mecklenburg-Vorpommern so, dass wir 14,5 Prozent der Landesfläche als europäisches Vogelschutzgebiet ausgewiesen haben. Sie wissen – und daran arbeiten wir intensiv –, dass Deutschland in diesem Jahr, spätestens Anfang 2008, insgesamt die Vogelschutzgebietsausweisung vornehmen muss, ansonsten wird es zu einem Vertragsverletzungsverfahren kommen.

Sie beziehen sich wahrscheinlich – und das habe ich auch in der Sitzung im Agrarausschuss gesagt oder im Agrar-, Umwelt- und Verbraucherschutzsausschuss – auf die sogenannte IBA-Liste. Hier ist es so, dass 53 Prozent der Landesflächen als BirdLife-International-Flächen dargestellt sind. Die Landesregierung erarbeitet gegenwärtig – und auch die Vorarbeiten aus der letzten Legislaturperiode sind dazu eine sehr wesentliche Grundlage – auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Fachkonzeptes eine eigene Vorschlagskulisse, die sogenannte SPA-Kulisse. Wir gehen davon aus, dass es uns gelingen wird, insbesondere die Gebietsausweisung so zu orientieren, dass wir eine Kulisse von 30 bis 32 Prozent der Landesfläche als Vogelschutzgebietsausweisung vornehmen werden.

Die Kriterien für diese Kulissenauswahl unterscheiden sich im Übrigen in einer Vielzahl von Details. Diese alle hier vorzutragen würde sicherlich diesen Rahmen sprengen. Ich will hier nur auf zwei wichtige Aspekte hinweisen. Wir gehen davon aus, dass der SPA-Vorschlag eine Auswahl der geeignetsten Gebiete für Brutvögel erfasst und wir damit nochmals die geeignetsten Gebiete – und insofern im Unterschied zu der vorherigen Auffassung nicht alle geeigneten Gebiete – ausweisen werden. Wir brauchen diese Ausweisung, um Rechtssicherheit für Investitionen, aber natürlich auch für die wertvollen Lebensräume von geschützten Vogelarten zu haben.

**Raimund Borrmann**, NPD: Die Zusatzfrage wäre: Welche Behörden beziehungsweise Behördenteile sind mit der Neubewertung befasst?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Das wissenschaftliche Konzept ist auf breiter Basis mit Ornithologen und wissenschaftlichen Einrichtungen als Grundlage erarbeitet worden. Ansonsten sind wir zurzeit vom Haus her dabei, die Ressortabstimmung vorzunehmen.

**Raimund Borrmann**, NPD: Wie weit ist die Neubewertung vorangegangen? Wann wird sie abgeschlossen?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Ich hatte angedeutet, dass wir davon ausgehen, dass wir die Vogelschutzgebietsausweisung Ende des Jahres 2007 vorlegen werden.

**Raimund Borrmann, NPD:** Ende 2007?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Spätestens 2008.

**Raimund Borrmann, NPD:** Aha. Anfang 2008 wäre das dann.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Wir gehen davon aus, dass der Zeitplan eingehalten werden kann. Das hängt aber auch mit den Diskussionen innerhalb des Landes zusammen. Wir gehen davon aus, dass wir den Zeitplan einhalten, und zwar Ende 2007, spätestens 2008 insgesamt zu melden.

**Raimund Borrmann, NPD:** Die zweite Frage. Vorbemerkung:

Es ist einer Äußerung des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz zu entnehmen, dass die „naturnahe Waldbewirtschaftung“ erhöht werden soll. Gegen die Buchenwaldbewirtschaftung soll laut des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz bei einer europäischen Behörde Beschwerde eingereicht worden sein. Der Beschwerde sei nicht stattgegeben worden.

Dazu meine Frage:

6. Wer war der Beschwerdeführer, sofern das Ministerium davon Kenntnis hat, und mit welcher Begründung wurde die Beschwerde abgelehnt und falls das Ministerium keine Kenntnis hat, wo konkret wurde die Beschwerde eingereicht?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Richtig ist, es hat bei der Europäischen Kommission, und zwar bei der Umweltkommission, eine Beschwerde gegeben. Die Bundesregierung beziehungsweise die Landesregierung wurde durch die Europäische Kommission darüber informiert. Wir sind aber nicht offiziell darüber in Kenntnis gesetzt worden, wer der Beschwerdeführer ist. Dem Ministerium ist jedoch bekannt, dass, wenn man sich die Internetseite des NABU anschaut, auf der Homepage detaillierte Aussagen für das Beschwerdeverfahren vorgenommen worden sind. Im Übrigen wird auch auf dieser Internetseite dargestellt, dass das Beschwerdeverfahren eingestellt worden ist.

Ich will in diesem Zusammenhang kurz darauf hinweisen, am 31. Juli 2006 wurde durch das Umweltministerium, das alte Landwirtschaftsministerium und das Bundesministerium für Umweltschutz über eine Beschwerde berichtet. Ein Vorwurf ist gewesen, die starke Holznutzung in FFH-Gebieten führe angeblich zu einer erheblichen Verschlechterung und Zerstörung der Waldlebensraumtypen. Und als zweiter Vorwurf ist ergangen, dass die Arbeitsanweisung zum Management von Wald- und Lebensraumtypen fachlich als nicht ausreichend angesehen wurde. Am 18. September 2006 fand dann im Bundesministerium für Umwelt eine Anhörung zu den genannten Vorwürfen statt. Im Verlauf der Anhörung ist von uns dargestellt worden, dass dieses Programm, das wir entwickelt haben – zum einen nämlich die Ziele und Grundsätze der naturnahen Forstwirtschaft aus dem Jahr 1995 –, die Grundlage bildet und dann weitergehend insbesondere die Behandlungsrichtlinie von Buchenwäldern aus dem Jahr 2001, aber auch die Behandlungs-

richtlinie für Alt- und Todholz von 2002 und die weiteren Handlungsgrundsätze für Wald- und Lebensraumtypen von 2005 innerhalb der Landesregierung hoch anerkannt worden sind. Die vorgetragenen Stellungnahmen zu den Vorwürfen wurden von den Vertretern der Kommission im Übrigen als sehr wertvoll angesehen. Für die Beurteilung dieses Sachverhaltes insgesamt wurden die Feststellungen des Landes zur Umsetzung der Natura 2000 im Wald als sehr anspruchsvoll bewertet.

Am 12. Dezember 2006 wurde das Beschwerdeverfahren aufgrund einer Anhörung sowie einer vom Land zusätzlich eingereichten schriftlichen Stellungnahme seitens der Kommission ohne weitere Begründung eingestellt. Das heißt, das Verfahren ist eingestellt.

**Raimund Borrmann, NPD:** Dazu meine Zusatzfrage: Ist diese Stellungnahme veröffentlicht worden und wenn nicht, wäre es möglich, dass ich eine Kopie dieser Stellungnahme erhalten könnte?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Diese Stellungnahme ist nicht veröffentlicht worden, aber auch das können wir prüfen

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

und ich bin bereit, das im Ausschuss vorzulegen.

**Raimund Borrmann, NPD:** Danke, das war's. Ich bedanke mich.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Gesundheit und Soziales und bitte den Abgeordneten Herrn Stefan Köster, Fraktion der NPD, die **Fragen 7 und 8** zu stellen.

**Stefan Köster, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister!

Die Diskussion um eine Pflichtuntersuchung für Kinder reißt nicht ab. Spätestens nach dem Prozess gegen die Mutter der kleinen Lea Marie aus Teterow, welche in mindestens 24 Fällen ihre Tochter mit Essig und Kalkreiniger schwer misshandelte, ist eine Diskussion um einen wirksamen Schutz von Kindern vor Misshandlung neu entflammt. Seit Längerem werden diese Diskussionen auch schon auf Bundesebene geführt. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis z. B. entsprechende Weichenstellungen für pflichtige Untersuchungen vorgenommen werden. Im Saarland werden zwischenzeitlich Regelungen getroffen, welche diese Übergangszeit überbrücken sollen.

Meine Frage:

7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Zeit, bis es zu Änderungen auf Bundesebene kommt, durch Regelungen, die im Lande getroffen werden können, zu überbrücken?

**Minister Erwin Sellering:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht um den Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung. Dabei ist Früherkennung von Gefahrenlagen ein sehr wichtiger Punkt und bei dieser Früherkennung können Untersuchungen, Pflichtuntersuchungen ein wichtiger Punkt sein. Deshalb haben wir gemeinsam mit anderen Bundesländern eine,

wie ich finde, gute Bundesregelung insoweit auf den Weg gebracht. Das Gesetzgebungsverfahren im Bund läuft. Die Frage von Ihnen zielt darauf ab, ob wir parallel dazu an einer Landesregelung selbst arbeiten sollen. Das Saarland tut das. Ich setze in erster Linie auf eine bundeseinheitliche Lösung. Das halte ich für deutlich besser in diesem Zusammenhang und ich sehe auch nicht, dass wir mit einer landesrechtlichen Lösung schneller sein könnten. Ich möchte aber den Prozess im Bund sehr aufmerksam im Auge behalten und wenn sich da Anzeichen zeigen, dass es zu Verzögerungen kommt, dann könnten wir sehr schnell auch den Weg des Saarlandes beschreiben.

**Stefan Köster, NPD:** Meine zweite Frage:

8. Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung, um der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern vorzubeugen?

**Minister Erwin Sellering:** Wir haben dieses Thema hier schon im Landtag sehr ausführlich behandelt. Ich habe damals 20 Minuten zum Thema vorgetragen und versucht zu sagen, welches unsere Konzepte sind. Das werde ich hier nicht wiederholen können. Es geht in erster Linie um einen Mentalitätswechsel, damit alle ihre Verantwortung engagiert wahrnehmen. Am wichtigsten sind die Jugendämter, aber auch alle anderen Akteure, Jugendgesundheitsdienst, Ärzte, Polizei.

Ich will vielleicht auf eines hinweisen: Ich habe Ihnen hier eine Zeitschrift mitgebracht, die „Deutsche Polizei“, und in dieser gibt es den Beitrag eines Autors aus dem Land, Polizeidirektor Becker, er ist Leiter des Fachbereichs Polizei in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Er hat in diesem Artikel sehr schön, meine ich, gesagt, dass es in erster Linie darauf ankommt, dass es ein Bündnis gegen Gewalt in der Gesellschaft geben muss, das gesellschaftlich verankert werden muss, und er hat in diesem Artikel sehr ausführlich die Rolle der Polizei beschrieben, die noch positiver sein könnte.

Also das Konzept besteht im Wesentlichen darin, dass wir viel stärker als bisher die Zusammenarbeit und den Austausch von Erkenntnissen vernetzen müssen, weil es in erster Linie um Früherkennung geht, und der wichtigste Punkt, der dann bei Früherkennung folgt, ist, dass auch die Jugendämter ernsthaft einschreiten.

**Stefan Köster, NPD:** Ich danke Ihnen.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Es liegen weitere Fragen für den Geschäftsbereich des Ministers für Gesundheit und Soziales vor.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 9 und 10** zu stellen.

**Michael Andrejewski, NPD:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

9. Welchen Zwecken dienen die Programme „Stärkung der Demokratie – Bekämpfung von Rechtsextremismus“ noch außer der Bekämpfung der NPD?
10. Inwieweit sollen zur Bekämpfung dessen, was die Landesregierung unter Rechtsextremismus versteht, auch Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eingesetzt werden und waren diese ursprünglich zur beruflichen Weiterqualifikation und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestimmt?

**Minister Erwin Sellering:** Zunächst zu Frage 1. Die Programme dienen in erster Linie der Stärkung unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates. Wir wollen vor allem junge Menschen von den Vorteilen unseres Gemeinwesens überzeugen. Das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zielt deshalb vor allem darauf ab, dass wir das Verständnis für unsere gemeinsamen demokratischen Grundwerte wecken, für kulturelle Vielfalt, dass wir die Achtung der Menschenwürde entwickeln und Toleranz sowie Weltoffenheit fördern.

Wer diese Ziele verfolgt, muss aber natürlich auch ganz klar all diejenigen benennen, die diese demokratischen Werte bekämpfen. Deshalb sollen mit diesem Programm die jungen Menschen unterstützt und befähigt werden, sich mit der antidemokratischen, menschenverachtenden Hasspropaganda der NPD gegen unser Gemeinwesen auseinandersetzen zu können,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

und auch mit den peinlichen Verfälschungen unserer Geschichte, die von dieser Seite kommen. So weit zu Frage 1.

Zu Frage 2: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist lediglich für die Koordinierung des Programms „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ zuständig. Die Gelder dazu kommen aus dem Europäischen Sozialfonds. Eine finanzielle Beteiligung des Bundes erfolgt nicht. XENOS als Programm knüpft an an der Schnittstelle von Schule, Ausbildung und Arbeitswelt und verknüpft dabei das Programm „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ mit Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Aktivitäten zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Und aus diesem Programm wird schon deutlich, dass es um beides geht, Stärkung der Zivilgesellschaft und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Deshalb benutzt XENOS auch Mittel, die für diesen umfassenden doppelten Zweck vorgesehen sind.

**Michael Andrejewski, NPD:** Zusatzfragen erübrigen sich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit sind wir dann am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Tariflicher Mindestlohn ist unverzichtbares Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, auf Drucksache 5/155.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Tariflicher Mindestlohn ist unverzichtbares Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge – Drucksache 5/155 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Linkspartei.PDS Herr Professor Dr. Methling.

**Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine junge Frau, aufgewachsen in unserem Land, hat in Rostock studiert und im vergangenen Sommer ihr Stu-

dium mit guten Noten erfolgreich abgeschlossen. Bereits während des Studiums hatte sie in zahlreichen unbezahlten Praktika bei potenziellen Arbeitgebern in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin unter Beweis gestellt, dass sie gewillt ist, Überdurchschnittliches zu leisten, und sie dieses auch kann. Sie hat dafür viel Anerkennung erlangt. Natürlich hat sie das auch getan, um für sich eine Anstellung nach ihrem Studium zu erreichen. Voller Optimismus hat sie dann zahlreiche Bewerbungen geschrieben und sich persönlich nochmals vorgestellt. Die erste Ernüchterung kam recht bald. Angebote für neue dreimonatige, allerdings wiederum unbezahlte Praktika hat sie mehrere erhalten, aber inzwischen muss sie ihren Lebensunterhalt allein bestreiten und hat deshalb ablehnen müssen. Schließlich hat sie doch einen Arbeitsplatz gefunden. Ihre Freude darüber hält sich jedoch in Grenzen, weil von ihr wie selbstverständlich erwartet wird, dass sie zwölf Stunden am Tag zur Verfügung steht und möglichst sieben Tage in der Woche. Sie erhält einen Lohn, der zum Leben nicht reicht. Ob sie wollte oder nicht, sie musste ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragen.

Warum erzähle ich Ihnen das, meine sehr geehrten Damen und Herren? Abgesehen davon, dass in einigen Bereichen offensichtlich die Ausbeutung von Menschen wieder vergleichbar ist mit dem vorletzten Jahrhundert, ist mir zum wiederholten Male deutlich geworden, dass wir es endlich schaffen müssen, eine untere Grenze bei der Entlohnung einzuziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Das Beispiel zeigt auch, dass von sittenwidrigen Niedriglöhnen bei Weitem nicht nur unqualifizierte und schwer vermittelbare Menschen betroffen sind. Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben sicher die Tabelle in der Presse gesehen. Stundenlöhne unter oder leicht über 5 Euro sind in Mecklenburg-Vorpommern fast die Regel. Können Sie sich vorstellen, von 800 Euro brutto – ich betone, brutto – zu leben und eine Familie zu gründen? Überhaupt stelle ich fest, dass stets Menschen, die selbst niemals in einer solchen Situation waren und auch nicht befürchten müssen, dahin zu kommen, am vehementesten gegen einen Mindestlohn auftreten, darunter leider auch Minister aus unserem Land.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben wir an dieser Stelle über das Problem gestritten. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass Helmut Holter und meiner Fraktion immer entgegengeschleudert worden ist, dass die niedrigen Einkommen ein Standortvorteil seien. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zeigt aber leider überdeutlich, dass niedrigste Löhne kein Garant für wirtschaftliche Prosperität sind. Sollten wir nicht inzwischen gelernt haben, dass Abwanderung, eins der schwierigsten Probleme unseres Landes, auch mit den Bedingungen der Entlohnung zu tun hat? Lassen Sie mich einen Kommentar aus der „Ostsee-Zeitung“ vom 22. Januar 2007 zitieren: „Immer weniger Menschen verdienen immer mehr Geld, und immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie in Armut leben. Zugleich schieben sich Ackerländer, Essers, Zwickels, Hartz' Millionen zu und finanzieren sich vor Gericht Freifahrtscheine.“

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

„Arbeitnehmern so wenig zu zahlen, dass sie keine Familie ernähren können, ist nicht anrühlich. Es ist System.“ und das, meine Damen und Herren, ist das Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und ich darf das ergänzen durch ein neues Zitat aus der „Ostsee-Zeitung“ vom gestrigen Tag: „Und wo die selbstzerstörerische Geiz-ist-geil-Mentalität die Schranken des Anstands unterläuft, wo die selbstheilende Tarifautonomie versagt – da ist der Staat aufgerufen, einzugreifen.“ Und schließlich formuliert die „Ostsee-Zeitung“: „Und der Staat muss glaubwürdig bleiben. Denn all das, was er propagiert – Kinderkriegen, private Altersvorsorge oder höhere Eigenbeteiligung im Krankheitsfall – muss man sich leisten können. Hungerlöhne taugen dazu nicht. Sie sind eine Schande.“

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir fordern gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro. Dabei sind wir uns völlig darüber im Klaren, dass wir uns damit nach wie vor im Niedriglohnbereich bewegen und nicht im Hochlohnbereich. Die Nettosumme entspricht lediglich der sogenannten Pfändungsfreigrenze, die in Deutschland gilt, also einem Betrag, der einem Menschen zum Leben bleiben muss. Unser Hauptziel ist die Festlegung der bereits erwähnten Grenze nach unten. In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten 80.000 Menschen zu solchen Hungerlöhnen. Zählt man die 155.000 Arbeitslosen und die 70.000 ALG-II-Bezieher in 1-Euro-Jobs, Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen hinzu, sprechen wir von über 300.000 Menschen, ohne dabei ihre Familien zu berücksichtigen. Spricht man mit Handwerksbetrieben, so hört man viel Zustimmung zum Thema Mindestlohn. Sie wissen nämlich, dass dann der ruinöse Unterbietungswettbewerb, der ihren eigenen Markt kaputt macht, beendet wäre. Außerdem würde die Kaufkraft steigen und mehr Menschen könnten sich die Dienstleistungen kleiner Unternehmen überhaupt erst leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze – ein häufig gehörtes Argument der Gegner. Aber auch durch stetige Wiederholung wird dieses Argument nicht richtiger. Wenn es in den vergangenen Jahren hier im Hause um die wirtschaftliche Entwicklung ging, wurden Länder wie Irland und Großbritannien als positive Beispiele hervorgehoben, gerade vom heutigen Koalitionspartner CDU. Beide Länder haben einen Mindestlohn von etwa 8 Euro. Er hat ihrer Wirtschaft augenscheinlich nicht geschadet. In 20 von 27 EU-Staaten gibt es gesetzliche Mindestlöhne. Es wäre demzufolge auch kein deutscher Alleingang, würde man ihn bei uns einführen.

Und auch das Argument, Mindestlohn bereitet den Weg zur Schwarzarbeit – zuletzt wieder hervorgehoben von Frau Professor Tivig von der Rostocker Universität, die sich übrigens für einen Mindestlohn von 4,50 Euro ausgesprochen hatte –, ist für mich nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil, Menschen die einen Lohn erhalten, der für ihren Lebensunterhalt nicht reicht, sind doch geradezu gezwungen, entweder mehrere Jobs anzunehmen oder eben schwarz an der Steuer und an den Sozialsystemen vorbei Arbeit anzunehmen.

Nun wird gesagt, die Betroffenen können sich ja zusätzlich Unterstützung für Miete und Heizung beim Staat holen. Dazu kann ich erstens nur betonen, dass es eine große Zahl Betroffener gibt – nach Aussage des DGB etwa die Hälfte aller Anspruchsberechtigten –, die sich schämen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, und es deshalb unterlassen. Zweitens wird dieses Gefühl nicht gerade

gemindert, wenn man trotz Arbeitsverhältnis, trotz fleißiger Arbeit bei Behörden regelmäßig seine Bedürftigkeit nachweisen muss. Und das dritte Gegenargument ist, dass Kosten der Unterkunft die Kommunen zu zahlen haben. Die CDU hat sich immer als der besondere oder gar der einzige Anwalt der Kommunen bezeichnet. Es müsste also in Ihrem eigenen Interesse sein, die Kommunen vor solchen Ausgaben zu bewahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag meiner Fraktion fordert von der Landesregierung, sich auf Bundesebene für tarifliche Mindestlöhne als Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einzusetzen und mindestens im eigenen Land entsprechende Regelungen einzuführen, die immerhin die Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts bedeuten würden. Das ist eine Forderung, das erkennen Sie sicherlich sofort, die noch weit weniger als einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn verlangt. Es wäre nur ein erster Schritt.

In der vergangenen Legislatur konnten wir uns bei unserem damaligen Koalitionspartner in dieser Frage nicht durchsetzen. Inzwischen höre ich seitens der SPD auf der Bundesebene, aber auch auf der Landesebene, dass man dieser Frage eine andere Wertung einräumt und zu anderen Bewertungen kommt. Ich hoffe, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das gilt, was wir gemeinsam im Wahlkampf gesagt haben bis hin zur FDP, dass es sein muss, dass der Mensch von seiner Arbeit leben kann. Dieses müssen wir erreichen und dafür ist der Mindestlohn ein Beitrag. Ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Professor Dr. Methling.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von insgesamt 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

**Minister Jürgen Seidel:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal habe ich ein kleines Problem, Herr Professor Methling. Ich habe jetzt gerade von Ihnen ein Plädoyer zu gesetzlichen Mindestlöhnen gehört. Im Übrigen, das will ich gleich deutlich sagen, stimmen wir in einem Punkt überein, nämlich dass manche Löhne, wie sie jetzt durch die Medien geistern, unanständig sind und man das auch vor Unternehmern sagen muss. Da bin ich völlig Ihrer Meinung und das tue ich im Übrigen auch. Die Frage ist: Wie kommen wir zu einer anderen Situation? Was mich etwas irritiert, das ist wie gesagt die Tatsache, Sie sprachen eben zu einem gesetzlichen Mindestlohn. In Ihrem Antrag wird die Forderung erhoben, dieses Urteil zur Abgabe einer Tariftreueerklärung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge umzusetzen. Und in der Begründung Ihres Antrages wollen Sie ein Tariftreuegesetz haben. Das sind aber sehr unterschiedliche Dinge und wir müssten uns mal einigen, über was wir jetzt hier reden wollen. Ich bleibe mal beim Antrag, weil er das ist, was ich zur Verfügung hatte.

Meine Damen und Herren, diesbezüglich will ich noch einmal deutlich machen, dass – und Sie haben auch darauf hingewiesen – das Anliegen, ein Tariftreuegesetz für

Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, bereits in der letzten Legislaturperiode bei einer anderen Mehrheit aus, wie ich finde, guten Gründen nicht umgesetzt worden ist. Bis heute sind auch die Argumente für ein Tariftreuegesetz nicht besser

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:  
Aber nicht aus unserer Sicht.)

und die Argumente dagegen kaum weniger geworden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Vor allem unwirksam. – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich will noch einmal auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Tariftreuegesetz, auf das Sie hier abheben, eingehen. Der Antrag suggeriert, dass dieses Urteil bundesweit oder auch in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen wäre.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Umgesetzt werden könnte.)

Und deswegen will ich doch eine rechtliche Klarstellung hier vornehmen. Es ist also überhaupt nicht so, dass diese Forderung besteht. Aus dem Urteil ergibt sich kein verfassungsgerichtlicher Auftrag an den Gesetzgeber für eine Regelung, die bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine Tariftreueerklärung fordert.

(Beifall Michael Roof, FPD)

Auch diese Forderung nach bundesweiter Einführung lässt sich aus diesem Urteil überhaupt nicht ableiten.

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Das Urteil hat lediglich die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Berliner Regelung und derartige Regelungen insgesamt ausgeräumt. Das ist richtig.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Trotzdem darf man in Mecklenburg-Vorpommern nachdenken.)

Ja, wissen Sie, Frau Müller, es tut mir leid, da habe ich eine etwas andere Sichtweise. Also in Berlin mag man sich ja das, was sexy ist, abgucken können.

(Heiterkeit bei Michael Roof, FDP,  
und Udo Pastörs, NPD)

Aber was die Arbeitsplatzbeschaffung betrifft, da wäre ich ein bisschen vorsichtig. Da habe ich andere Vorbilder.

(Beifall bei Abgeordneten  
der CDU und Udo Pastörs, NPD –  
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Das  
ist 'ne tolle Argumentation. – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Die Frage – das will ich jetzt ganz ernsthaft sagen – lautet, ob ein Tariftreuegesetz mit der Dienstleistungsfreiheit des Artikels 49 des EG-Vertrages und mit den gemeinschaftsrechtlichen Vergaberichtlinien vereinbar ist. Das ist gerade durch das Urteil nicht geklärt worden. Darauf hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich aufmerksam gemacht. Ich weise darauf hin, dass das Oberlandesgericht Celle das niedersächsische Landesvergabegesetz dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt hat. Der Grund dafür ist, es hält die Tariftreuepflicht mit der Dienstleistungsfreiheit des EG-Vertrages für nicht vereinbar. Daraus folgt also zunächst erst einmal, dass die

rechtliche Zulässigkeit eines Tariftreuegesetzes nach wie vor offen ist.

Meine Damen und Herren, die europarechtlich noch unsicheren Voraussetzungen für ein Tariftreuegesetz sind sicherlich das eine, aber ich will mich darum auch gar nicht drücken. Für mich als Wirtschaftsminister sind zwei Aspekte viel wichtiger:

Erstens. Nach meiner Erkenntnis sind die Nachteile eines solchen Gesetzes einfach höher anzusetzen als die gewünschten Vorteile.

Und zweitens, so sage ich für mich, brauchen wir ein solches Gesetz nicht.

Im Übrigen muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir 27 Prozent der Unternehmen im Lande als tarifgebunden registrieren. Im Umkehrschluss heißt das natürlich, 73 Prozent sind es nicht.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Viel zu wenig. –  
Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Wenn man jetzt streng genommen mit einem Tariftreuegesetz arbeiten würde, dann würden wir,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist doch nur ein Instrument.)

das kann man ja beklagen, 73 Prozent der Unternehmen von öffentlicher Auftragsvergabe ausschließen. Das wollen wir nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist doch nur ein Instrument.)

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat im Übrigen im Jahr 2003 – also es ist noch nicht so lange her – im Auftrag des Wirtschaftsministeriums dieses Landes ein Gutachten zum Thema Tariftreuegesetz erstellt. Fazit: Die Einführung von Tariftreuegesetzen auf Landes- oder auf Bundesebene ist nicht zu empfehlen. Die Hauptgründe für diese Einschätzung des Instituts waren folgendermaßen:

Erstens. Die Beschäftigungssituation würde sich bestenfalls nicht, aber im schlechteren Fall negativ verändern.

Zweitens. Die Kontrolle eines solchen Gesetzes ist nur schwer möglich. Kontrollkosten würden den Nutzen weit übersteigen.

Drittens. Die geltenden Rechtsvorschriften ermöglichen bereits eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen.

Man muss sich zunächst auch einmal die Auftragsvergabe von Bauleistungen durch die öffentliche Verwaltung anschauen. Die Frage ist: Was hätten wir gewonnen mit einer Erklärung des Bauunternehmers, er zahle zum Beispiel den tariflichen Mindestlohn? Die Antwort ist eigentlich: Nichts hätten wir davon, weil das Arbeitnehmerentendengesetz ihn ohnehin dazu verpflichtet, eine solche Regelung einzuhalten. Also, das sage ich zumindest, es ist unsinnig, ein Gesetz zu erlassen, in dem eigentlich stehen müsste, es ist verboten, ein anderes Gesetz nicht zu beachten.

Meine Damen und Herren, zudem gebietet das Vergaberecht, das ist ein alter Streit, den Zuschlag nur an den Anbieter zu erteilen, dessen Preis der niedrigste ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist falsch!)

Das ist eine lange Diskussion, die wir im Lande immer wieder kennen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Nein, das wirtschaftlichste Angebot.)

Darauf wollte ich gerade hin. Wenn Sie mir noch einen Augenblick zuhören würden, wäre ich genau an diesem Punkt gelandet.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Entschuldigung!)

Wie Sie richtig sagten, ist dies falsch und es ist der wirtschaftlichste Anbieter zu wählen. Allerdings gebe ich zu, ich kenne das aus eigenem Erleben, dies muss man in den jeweiligen Körperschaften immer wieder deutlich betonen

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Erst mal in den Verwaltungen und  
dann in den Körperschaften.)

und da muss man sich auch die Entlohnung ein bisschen mit anschauen. Das macht Arbeit, das gebe ich zu, weil es auch um die Auskömmlichkeit am Ende von solchen Aufträgen gehen muss.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir den Antrag freundlich anschau, dann muss ich sagen: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Wir haben in Deutschland Probleme im Niedriglohnbereich. Darüber wird auch auf der Berliner Bühne diskutiert. Und ich denke, wir sollten jetzt die Dinge, die sich irgendwie richten werden, dort abwarten. Ich meine jedenfalls, dass eine Verknüpfung mit einem Tariftreuegesetz zu einem untauglichen bürokratischen Gebilde führen würde. Und im Übrigen sage ich Ihnen, das war auch meine Aussage im Wirtschaftsausschuss, ich bin nicht angetreten als Wirtschaftsminister, um möglichst viele Gesetze und Neuregelungen zu erlassen, sondern eher auf Gesetze und Neuregelungen, soweit es irgendwie geht, zu verzichten.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Aber Rauchverbot gesetzlich anerkannt. –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Aber Appelle reichen nicht.)

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen mit solchen Gesetzen zeigen, dass es in der Praxis große Schwierigkeiten bei Kalkulationsüberprüfungen und Kontrollen gibt. Die öffentlichen Auftraggeber haben vom Tarifvertragsrecht in aller Regel auch nur begrenzte Kenntnisse. Sie können oftmals nicht wissen, welche Nachauftragsnehmer dann eingesetzt werden. Man müsste im Regelfall bei den Nachauftragsnehmern ebenfalls solche Prüfungen unternehmen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Sie meinen, Bayern hat das nicht gut geregelt.)

Und das ist in der Praxis außerordentlich schwierig.

Es ging auch um die Prüfung einer Vielzahl von Kriterien, eben nicht nur um die Lohn- und Gehaltstarife, sondern natürlich auch um Zuschläge, Zulagen, Prämien, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und so weiter und so fort. Also ich gehe davon aus, dass ein Tariftreuegesetz Arbeitnehmer nicht vor Niedriglohn schützen kann. Tariftreue würde ohnehin dann nur – so haben Sie es ja formuliert – bei öffentlichen Aufträgen geprüft.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:  
Da fängt man an.)

Unsere Überprüfungen sind die, dass der Umfang der öffentlichen Aufträge nach Angaben des Bauindustrieverbandes zum Beispiel 20 Prozent aller Bauaufträge ausmacht, und das beschreibt an und für sich ganz gut die Situation.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist aber keine Entschuldigung,  
nicht arbeiten zu wollen.)

Also aus wirtschaftlichen Gründen wäre ein Tariftreuegesetz abzulehnen. Im Übrigen, das ist natürlich die andere Seite, müsste man auch mit Verteuerungen der öffentlichen Aufträge rechnen. Aber gut, das kann man wollen, das muss man sich dann nur vergegenwärtigen.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen wurde im vergangenen Jahr das dortige Tariftreuegesetz ersatzlos aufgehoben. Die Begründung lautete kurz gefasst: erhebliche Mängel bei der Durchführung und erwiesene Wirkungslosigkeit.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Nach übereinstimmender Auffassung von Fachleuten wurden die Schutzziele, die auch damals in diesem Gesetz formuliert waren, eben nicht erreicht. Dafür entstanden aber hohe Bürokratiekosten und eine erhebliche Belastung der Kommunen und der betroffenen Unternehmen. Unter anderem wurde auch festgestellt, dass die tatsächliche Einhaltung der Tariftreue von 70 Prozent der Kreise und 96 Prozent der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nicht überprüft wurde,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich denke, das geschieht sowieso.)

dass 80 Prozent der Vergabestellen erhebliche Schwierigkeiten hatten bei der Abgrenzung der jeweils gültigen Tarifverträge und, und, und. Ich will das alles nicht im Einzelnen hier aufzählen. In Sachsen-Anhalt wurde übrigens das Tariftreuegesetz schon im Jahr 2002 aufgehoben.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der vorliegende Antrag für die Vergabe öffentlicher Aufträge zielt auf ein Tariftreuegesetz. Ein solches Gesetz wäre erstens nicht rechtlich zwingend,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Aber möglich.)

wie das für meine Begriffe fälschlicherweise im Antrag angedeutet wird, zumal ist die europarechtliche Zulässigkeit nicht geklärt.

Zweitens ist es ein Instrument, was sich in der Praxis – zumindest so – nicht als förderlich erwiesen hat. Es ist ein bürokratisches Instrument und man muss befürchten, dass es auch wirtschaftlich negative Effekte gibt. Man könnte im Übrigen auch darauf kommen, weitere sogenannte vergabefremde Kriterien aufzunehmen.

(Zurufe von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,  
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Zum Beispiel könnte man sagen, wir geben Aufträge nur dort hin, wo eine entsprechende Ausbildungsquote da ist, wir geben sie nur dort hin, wo eine entsprechende Frauenquote ist, oder wie auch immer. Auch so etwas könnte man anführen. Ich halte das nach wie vor für nicht richtig. Natürlich kann man diese Dinge im Ausschuss

diskutieren, auch das will ich gerne zugestehen, das muss ich ohnehin. Aber ich bitte Sie wirklich sehr, das Ganze doch möglichst ideologiefrei zu tun

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das haben wir ja eben gehört. – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

und die Erfahrungen, die es gibt, auch bei der Beurteilung der Dinge zugrunde zu legen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Gabriele Měšfan, Die Linkspartei.PDS: Leider nur  
Ablehnung. Die Bürger interessieren ihn gar nicht.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

**Jochen Schulte,** SPD: Schönen guten Morgen! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Tariflicher Mindestlohn ist unverzichtbares Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Aufträge.)

Aufträge.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich wollte nur zeigen, dass wir aufmerksam sind.)

Ich hoffe, das ist der einzige Fehler, den Sie mir heute im Rahmen meiner Rede vorhalten können, aber das können Sie dann hinterher beurteilen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Schau'n wir mal!)

Meine Damen und Herren, drei Themenkomplexe sind das: tariflicher Mindestlohn, gesetzliche Tariftreueregelung und die Vergabe öffentlicher Aufträge – Aufträge, nicht Aufträge, ich bin lernfähig. Das sind drei Themenbereiche, das muss man ganz offen sagen, von denen jeder für sich letztendlich schon reichen würde, um hier eine Landtagsdebatte zu führen.

(Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Das wird sicherlich auch noch kommen, das vermute ich, nicht nur vonseiten der PDS, sondern auch vonseiten der Koalitionsfraktionen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut. – Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:  
Das lässt uns hoffen. – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Die Hoffnung soll man nie verlieren, Frau Gramkow.

Ich will noch etwas anderes sagen zum Einstieg, bevor ich auf Ihren Antrag und Ihre Antragsbegründung komme, Herr Professor Methling.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Aber nur der Antrag wird beschlossen  
und liegt hier vor.)

Aber ich darf doch darauf eingehen, Frau Kollegin Gramkow, was der Kollege Methling hier dazu ausgeführt hat? Das ist doch sicherlich sinnvoll.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Lassen Sie sich nicht immer  
unterbrechen! – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Gut, dann bin ich doch beruhigt.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass sich Politik gerade auch hier in diesem Plenarsaal dahin bewegt, dass irgendjemand – nehmen wir einmal diese drei Themen, die ich eben angesprochen habe, diese Themenkomplexe Mindestlohn, Tariftreue, Vergabe öffentlicher Aufträge – aus der einen Ecke des Saales auf einmal ruft: Das geht doch wirklich nicht!

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das sagen Sie doch!)

Dann kommt jemand – das sind in dem Fall vielleicht Sie, Herr Professor Methling –, der zieht ein Überraschungsei aus der Hosentasche und sagt, das geht doch. Aber leider ist das die Kreativität der bundesdeutschen Werbewirtschaft und das wird hier so nicht funktionieren.

Aber lassen Sie mich, weil Sie die Gelegenheit auch genutzt haben und weil das tatsächlich nichts mit Ihrem Antrag zu tun hat, das muss man einfach einmal feststellen, erst einmal auf das Thema „tariflicher Mindestlohn“ eingehen. Tariflicher Mindestlohn ist sicherlich eines der schwerwiegendsten Themen, die wir heute in der Bundesrepublik Deutschland, nicht nur in diesem Land, sondern insgesamt, zu diskutieren haben. Da sollte dann auch der Scherz aufhören. Trotz Tarifautonomie, trotz Flächentarifverträgen werden in einigen Ländern, in einigen Branchen – hier in Mecklenburg-Vorpommern auch – Löhne gezahlt, mit denen die Existenz der Menschen tatsächlich nicht mehr gesichert ist. Daran gibt es nichts vorbeizudiskutieren. Bundesweit sind heutzutage rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte gezwungen, für Löhne zu arbeiten, die unter 50 Prozent des bundesdeutschen Durchschnittslohnes liegen. Das sind Menschen, die trotz tagtäglicher Arbeit nicht in der Lage sind, am Ende des Monats sich oder ihre Familien zu ernähren und ihre Existenz zu sichern, Menschen, die trotz Vollzeitbeschäftigung Anspruch auf staatliche Leistungen haben, sie in Anspruch nehmen oder aus Gründen, die in der Person des Einzelnen liegen, nicht in Anspruch nehmen wollen. Und auch in Mecklenburg-Vorpommern sieht die Situation tatsächlich nicht besser aus. Gerade hier müssen wir feststellen, dass in den ganzen Bereichen unserer Volkswirtschaft Löhne gezahlt werden, die nicht existenzsichernd sind, und zwar auch in Bereichen, in denen es Tarifverträge gibt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr richtig. –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Dabei, meine lieben Kollegen, ist es nicht nur die Frage 7,50 oder 8 Euro – ich nehme einmal die Beträge, die auf der einen Seite vom DGB oder vom Gewerkschaftsrat der SPD in die Diskussion geworfen worden sind oder heute von Ihnen, Herr Professor Methling. Wir sprechen über Bruttolöhne von tatsächlich weniger als 5 oder 4 Euro. Das kann ich beurteilen. Da kommen wir gar nicht mehr in die Bereiche, wo wir rechnen müssen, ob da noch die Pfändungsfreigrenzen erreicht sind. Das kann man einfach Pi mal Daumen sehen, da liegen sie deutlich darunter.

Gleichzeitig, und auch das muss man sehen, bröckelt die Tarifbindung in Deutschland immer weiter. In Ostdeutschland sind es immerhin noch rund 53 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse, die tarifvertraglich geregelt sind, und die gewerkschaftliche Organisation von Beschäftigten liegt in manchen Branchen unter 20 Prozent. In Meck-

lenburg-Vorpommern kann man in einzelnen Bereichen schon gar nicht mehr von einem Bröckeln der Tarifbindung sprechen. Wo nichts ist oder kaum noch etwas vorhanden ist, da kann auch nichts mehr bröckeln.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Deswegen gesetzlicher Mindestlohn.)

Meine Damen und Herren, Niedriglöhne sind heutzutage längst nicht mehr ein Problem von Ungelernten, das ist schon angesprochen worden. Bundesweit haben inzwischen rund 60 Prozent der im Niedriglohnbereich Beschäftigten eine abgeschlossene Ausbildung. Auch Ausbildung schützt schon längst nicht mehr vor sozialem Abstieg. Und Niedriglöhne, darüber sollte man eigentlich auch nicht mehr diskutieren müssen, verfestigen Armut.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:  
Die Koalition will die Ausweitung  
des Niedriglohnsektors.)

Sie sind damit mit ursächlich für eine soziale Schieflage in unserer Gesellschaft, die sich wiederum nur mit Geld kompensieren lässt. Dabei hat sich nicht nur im Bereich der privaten Konsumenten eine Geiz-ist-geil-Mentalität herausgebildet, die mit ursächlich für die Ausweitung der Niedriglohnbereiche ist. Auch die öffentliche Hand gibt unter dem Druck finanzieller Zwänge ihrem Drang, Leistung immer billiger einzukaufen, weiter und weiter nach. Es ist tatsächlich die Frage, die sich immer wieder stellt, ob ich das preiswerteste oder das wirtschaftlichste Angebot nehme. Und oft genug wird dann tatsächlich aufgrund finanziellen Drucks nicht das wirtschaftlichste, sondern nur das preiswerteste genommen. Aber billiger ist nicht immer besser.

Aus Sicht der SPD und nicht nur der SPD-Fraktion dieses Landes ist die Einführung von Mindestlöhnen, so, wie es bereits in vielen europäischen Ländern der Fall ist, auch in Deutschland unabdingbar. Davon reden wir natürlich. Wenn ich jetzt einmal die Statistiken nehme, die Sie angeführt haben, die kenne ich auch, da gibt es in einigen europäischen Ländern Mindestlöhne von 53 Cent pro Stunde. Aber darüber wollen wir jetzt nicht reden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig, aber bei uns gibt es auch  
Bereiche unter 3 Euro.)

Ich weiß, nehmen Sie den Friseurbereich. Da sind wir ungefähr bei einem Tariflohn, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, von etwa 3 Euro, wenn das richtig ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr richtig.)

Für die SPD steht aber der Grundsatz der Bewahrung der Tarifautonomie nicht zur Disposition, das muss ich hier ganz deutlich sagen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wer starke Gewerkschaften will, und Sozialdemokraten wissen auch aus ihrer eigenen historischen Erfahrung heraus, wie wichtig starke Gewerkschaften für eine soziale und gerechte Gesellschaft sind, der kann und der wird nicht in den Grundsatz der Tarifautonomie als einem der Kernelemente gewerkschaftlichen Handelns eingreifen wollen.

Nach Auffassung der SPD bietet sich an, über das Arbeitnehmerentendegesetz branchenbezogene Mindestlöhne durchzusetzen, die von den Tarifvertragsparteien

vereinbart worden sind und dann für allgemein verbindlich erklärt werden. Das gilt bereits jetzt im Bau- und künftig auch im Reinigungsgewerbe. Andere Bereiche, wie die Zeitarbeitsbranche und der Bereich der Postdienstleistung – das ist das Erstaunliche an der Sache, und zwar auf Verlangen des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post AG, Herrn Zumwinkel, der sich ausdrücklich für Mindestlöhne in dem Bereich ausgesprochen hat –,

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

sollen folgen nach den Vorstellungen des Bundesarbeitsministers Franz Müntefering. Das Arbeitnehmerentendengesetz ermöglicht Rechtsverordnungen, die alle in Deutschland tätigen in- und ausländischen Firmen einer Branche zu Mindestlöhnen verpflichten.

Dort, und das ist der zweite Gesichtspunkt, den man dabei nicht vergessen darf, wo solche Regelungen mangels auskömmlicher tarifvertraglicher Regelungen nicht greifen, bedarf es nach Auffassung der SPD gesetzlicher Regelungen, um bei Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenzsicherung zu wahren.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD)

Diese Überlegungen, meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS – ich habe das hoffentlich jetzt richtig gesagt, ich habe da immer wieder meine Schwierigkeiten –,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr korrekt! Sehr korrekt! – Zurufe von  
Werner Kuhn, CDU, und  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

sind auf Bundesebene bereits in der Koalitionsarbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ beziehungsweise in den Koalitionsausschuss eingebracht.

Meine Damen und Herren, ich bin kein Prophet. Das werden Sie hoffentlich auch nicht von mir erwarten, dass ich hier die Gabe der Prophetie entwickle. Daher kann ich auch nicht abschätzen, ob und wann es auf Bundesebene eine einvernehmliche Lösung dieses Problems geben wird. Man muss allerdings kein Prophet sein, um zu wissen, dass das Land nicht nur volkswirtschaftlich Schaden nimmt, sondern insbesondere auch sozial nicht wieder gut zu machender Schaden eintritt, wenn große Teile der Bevölkerung aufgrund der derzeitigen Einkommensentwicklung von der gesellschaftlichen Teilhabe mehr oder weniger vollständig ausgeschlossen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Auch der konsumtive Bereich unseres Daseins ist Teil einer sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Genauso ist das.)

Meine Damen und Herren, wenn die dringend erforderliche Absicherung des Lohngefüges nach unten nicht erfolgt, so wird es nicht an einem mangelnden Willen der SPD liegen.

Und nun, meine Damen und Herren, das kann ich mir dann aber auch nicht verkneifen, komme ich zu Ihrem Antrag.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, mach mal los! Mach mal los!)

„Tariflicher Mindestlohn ist unverzichtbares Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ ist die Überschrift.

Tatsächlich beschäftigt er sich allerdings nicht mit diesem Thema. Das muss man fairerweise sagen. Da hat der Wirtschaftsminister recht. Und auch eine Bundesratsinitiative in Richtung tariflicher Mindestlohn ist nicht Gegenstand Ihres Antrages.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig. –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das gestehe ich ein.)

Immerhin habe ich es mitbekommen, das müssen Sie mir zugestehen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Asche aufs Haupt!)

Stattdessen wird in Ziffer 1 Ihres Antrages die Landesregierung aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu unterstützen, damit ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts – da wird auch das Aktenzeichen angegeben, damit man sich nicht vertun kann – bezüglich der Abgabe einer Tarifreueerklärung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge unverzüglich in eine bundeseinheitliche Regelung umgesetzt wird. Da muss man feststellen, es sollen nicht – das ist der zweite Lapsus – die Vergabegrundsätze des dem Verfahren zugrunde liegenden Berliner Vergabegesetzes bundeseinheitlich umgesetzt werden, sondern die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, wonach eine einzige Regelung, nämlich Paragraph 1 Absatz 1 Satz 2 des Berliner Vergabegesetzes, nicht gegen das Grundgesetz oder sonstiges Bundesrecht verstößt. Und wenn das auf Bundesebene nicht klappt, dann soll hier auf Landesebene ein entsprechendes Gesetz umgesetzt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Das lautet dann, ich bin ja auch Jurist:

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja.)

„Auf dem Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns gilt der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts über die Vereinbarkeit von Berliner Landesrecht zu Paragraph 1 Absatz 1 Satz 2 Berliner Vergabegesetz mit den Bestimmungen des Grundgesetzes oder sonstigem Bundesrecht.“ Ich weiß, dass das nicht gemeint ist, aber vielleicht muss man manchmal auch überlegen, wie man einen Antragstext formuliert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich komme das nächste Mal zu Ihnen,  
Herr Schulte!)

Gut, machen wir das so.

Meine Damen und Herren, um das einmal deutlich zu machen: Das würde selbst die Qualität des Seilbahngesetzes aus der letzten Wahlperiode noch toppen. Das hatte zumindest von der Formulierung her noch Sinn.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,  
und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:  
Aber mehr auch nicht. – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Mehr nicht. Gut.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass Sie Ihren Antrag nicht so verstanden wissen wollen, aber vielleicht kommen Sie zu mir, ich helfe Ihnen gerne. Ich hoffe, dass ich von meinem Koalitionspartner keinen Ärger bekomme.

(Beate Schlupp, CDU: Na mal  
sehen, was unterm Strich rauskommt! –  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Bestimmt!  
Bestimmt! – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das ist dann auch nur die Argumenthilfsausführung.

Aber jetzt kommen wir einmal zum Kern Ihres Antrages. Gleich ob es eine bundesgesetzliche oder eine landesgesetzliche Regelung ist, der politische Kern entsprechender vergaberechtlicher Regelungen lässt sich letztendlich auf zwei Fragen reduzieren:

Erstens. Ist eine entsprechende Tariftreue Regelung, wie sie zum Beispiel das Berliner Vergabegesetz enthält – es gibt auch welche in Bayern, Nordrhein-Westfalen hat es jetzt gerade wieder aufgehoben –, geeignet, um Niedriglöhne und Lohndumping zu verhindern?

Zweitens, das hat der Wirtschaftsminister eben angesprochen: Welche Auswirkungen hat eine entsprechende Regelung auf den Arbeitsmarkt beziehungsweise auf die Wirtschaft?

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, zunächst mit Punkt 2 anzufangen. Der Geschäftsführer der Vereinigung der Unternehmerverbände hier in diesem Land, Herr Lothar Wilken, hat dieser Tage in einem Presseartikel zutreffend erklärt, dass nur das verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde. Oder um es anders auszudrücken: Wer auskömmliche Tariflöhne als Mindestlohnkriterium bei öffentlichen Aufträgen will, der muss auch bereit sein, die entsprechenden Preise zu zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP  
und Beate Schlupp, CDU)

Eins von beiden Seiten geht nicht. Wenn, dann muss ich beide Seiten nehmen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist ein Circulus vitiosus, könnte man sagen.)

Die Absicherung tarifvertraglicher Löhne dient nicht nur dem Schutz der Beschäftigten. Die Erstreckung der Tariflöhne auf nicht tarifgebundene Unternehmen im Rahmen von öffentlichen Auftragsvergaben dient auch dem Schutz der tarifgebundenen Unternehmen, vor allem vor Verdrängungswettbewerb durch Lohndumping und unlauterer Konkurrenz.

Dass dieses keine unbegründeten Befürchtungen sind, zeigen Beispiele wie die im letzten Jahr stattgefundene Ausschreibung und anschließende Vergabe von Linienverkehrskonzeptionen im Landkreis Gifhorn in Niedersachsen – das betraf den Schülerverkehr – an ein Unternehmen, dem anschließend aufgrund eines Einsatzes des zuständigen Hauptzollamtes Beschäftigung von Schwarzarbeitern angelastet wurde. Das war nämlich der Fall, da wollte die zuständige Landrätin erst besonders clever sein und möglichst viel Geld sparen, hinterher hat sich dann herausgestellt, dass in dem Bereich das Angebot deswegen erreicht werden konnte, weil Schwarzarbeit gemacht wurde. Natürlich gibt es in diesem Bereich auch Tarifverträge. Dass hinter der angeblichen Wirtschaftlichkeit von Angeboten oft nur eine knallharte Billiglohnpolitik auf dem Rücken von Beschäftigten und zulasten sozial verantwortlicher Unternehmen geht, zeigen auch andere Beispiele bundesweit. Ich will mir an dieser Stelle aber sparen, das alles aufzuführen.

Daneben, meine Damen und Herren, steht weiterhin der Vorbehalt, dass Mindestlöhne, und das gilt auch für die Frage von Tariftreue Regelung, Arbeitsplätze vernichten

können. Meine Damen und Herren, das soll man nicht einfach zur Seite wischen. Das ist ein wirklich schwerwiegender Einwand und mit dem muss man sich ernsthaft beschäftigen. Denn welchen Wert hätte eine Regelung, wenn im Nachhinein diejenigen, deren Interessen man gerade wahren und schützen will, auf der Strecke geblieben?

(Zuruf von Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Ich habe das lange genug mitbekommen, auch in der letzten Wahlperiode zusammen mit den Kollegen von der PDS. Diese Wahlperiode werden wir das zusammen mit den Kollegen von der CDU besprechen und diskutieren. Ich weiß, dass es für jede dieser Positionen, egal ob Pro oder Kontra Tariftreue Regelung, eine Vielzahl von Gutachten, Stellungnahmen, Expertisen gibt, die genau das bestätigen, was jeweils der Auftraggeber ohnehin schon zu wissen meinte.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das gehört halt mit zum Geschäft.

Da haben wir die arbeitsmarktpolitischen Tariftreue Regelungen mangels Vergleichsmaßstab, weil wir das nicht im Laborversuch testen können, einmal mit der Versuchsreihe und dann mit der Versuchsreihe. Da man das so nicht machen kann, lassen sich die Auswirkungen ...

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Aber der Großversuch war negativ,  
den wir hatten.)

Lassen Sie mich doch dazu kommen, Herr Professor Methling.

Wo man die Auswirkungen tatsächlich nur sehr schwer bewerten kann, da treten an die Stelle von Erkenntnissen leicht Glaubensgrundsätze. Und während Nordrhein-Westfalen und seine schwarz-gelbe Regierung zwischenzeitlich das dortige Tariftreuegesetz aufgehoben hat, weil es, so die nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerin Toben, ein wirkungsloses Bürokratiemonster sei,

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: In  
Bayern und in anderen Ländern gibt es die.)

hält ein wohl nicht weniger konservativ geführtes Land ...

Regine, reg dich doch erst auf, wenn ich zu Ende bin.

... wie Bayern schon seit Jahren tapfer an seinen entsprechenden Regelungen fest.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Warum eigentlich? Weil es hinderlich  
ist? Ist es hinderlich? – Zurufe von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS,  
und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Das müssen Sie den bayerischen Wirtschaftsminister fragen. Da müssen Sie ihn wirklich einmal nach Mecklenburg-Vorpommern holen. Frau Borchardt, ich bin nicht in der Lage, für die CSU-Regierung in München zu sprechen. Das dürfen Sie nicht von mir verlangen.

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Nun sind in einem wesentlichen Bereich der öffentlichen ...  
Frau Borchardt!

Nun sind in einem wesentlichen Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, nämlich der des Baugewerbes – der Wirtschaftsminister hat eben schon darauf hingewiesen –, die tarifvertraglich vereinbarten Mindestlöhne ohnehin aufgrund der betreffenden Allgemeinverbindlichkeitserklärung für alle Beteiligten rechtlich verbindlich. Daraus kann man zwei Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens. Soweit es die tariflichen Mindestlöhne im Bereich des Baugewerbes und damit eines der Hauptauftragsgebiete der öffentlichen Hand betrifft, meine Damen und Herren von der Fraktion der Linkspartei.PDS, hinkt Ihr Antrag den rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten einfach meilenweit hinterher.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, ja, gucken Sie sich mal die Praxis an!)

Dazu kommen wir doch jetzt.

Zweitens. Die Bauwirtschaft hat sicherlich in den vergangenen Jahren mit erheblichen Problemen insbesondere auch in diesem Land zu kämpfen gehabt. Der Umstand, dass über das Arbeitnehmerentsendegesetz Mindeststandards einbezogen wurden, war jedoch offenkundig nicht der Grund für die Probleme, sondern der Umstand, dass zuvor künstlich ein Bauboom und damit verbunden Überkapazitäten in den Unternehmen geschaffen wurden. Gerade die Erfahrungen – deswegen sollten Sie sich nicht so früh aufregen –, die in den vergangenen Jahren in der Bauwirtschaft gesammelt werden konnten, zeigen doch auf die Schwachpunkte der derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen. Jedes Gesetz, und das gilt dann auch für ein solches Gesetz, ist letztendlich nur so gut wie die Bereitschaft der Beteiligten, sich freiwillig oder gezwungenermaßen an das Gesetz zu halten.

Hier, meine Damen und Herren, wird deutlich, warum ich mir erlaubt habe, zunächst auf die Frage einzugehen, ob ein entsprechendes Gesetz Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, bevor ich auf die Frage eingehen wollte, inwieweit eine Tariftreuregelung, wie etwa das Berliner Vergabegesetz sie enthält, geeignet ist, um Niedriglöhne und Lohndumping zu verhindern. Egal welche positiven oder negativen Auswirkungen man einer solchen landes- oder bundesgesetzlichen Regelung unterstellen wird, entscheidend ist immer die Frage der Umsetzung und der Kontrolle. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, noch einmal auf die Erfahrungen mit dem nordrhein-westfälischen Tariftreuegesetz zurückzugreifen. Dazu hat sich der Geschäftsführer des IG Baubezirks Ostwestfalen-Lippe im November 2005 in der NRW-Ausgabe der TAZ wie folgt geäußert: „Papier ist eben geduldig“, und weiter: „Die Kommunen legen ihre Klärung zu den Akten und auf den Baustellen wird gnadenlos ausgebeutet.“

Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist doch die: Sind gesetzliche Regelungen, nur weil sie offenkundig nicht ausreichend kontrolliert werden, untauglich oder werden die Regelungen deswegen nicht ausreichend kontrolliert, weil sie bereits von Beginn an nicht umsetzbar und deshalb untauglich sind?

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet daher: Wenn wir, egal ob auf Bundes- oder Landesebene, ein Gesetz machen wollen, das den Beschäftigten, insbesondere aber nicht nur in den Bereichen der öffentlichen Auftragsvergabe, zumindest ein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet, wie können wir sicherstellen, dass dieses Gesetz nicht nur ein Papiertiger ist, sondern tatsächlich

auch geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen? Gerade vor den Erfahrungen in den anderen Bundesländern müssen wir doch sagen, dass der Punkt der Umsetzbarkeit ein entscheidendes Kriterium ist, eine Umsetzbarkeit, die die Beschäftigten absichert, die die Unternehmen nicht mit übermäßigem bürokratischen Aufwand belastet und am Ende die öffentliche Hand in die Lage versetzt, effektiv zu kontrollieren, und damit die Unternehmen, die ihrer Verantwortung nachkommen, nicht einem ruinösen Wettbewerb aussetzen.

Diesen Zielen, da bin ich ganz ehrlich, genügt dieser Antrag nicht. Aber, meine Damen und Herren von der Fraktion der PDS, weil wir dieselbe Intention verfolgen, und zwar beide Koalitionspartner, nicht allein die SPD, haben wir nicht die Absicht, am heutigen Tag Ihren Antrag abzulehnen, obwohl das schon, ich habe das eben dargelegt, aus formalen Gründen nicht das Gelbe vom Ei ist. Wir beantragen vonseiten der SPD-Fraktion, den Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, dort die Erfahrungen zu übernehmen, die in anderen Bundesländern gesammelt worden sind, um tatsächlich die ganze Angelegenheit mit den Stimmen dieses Hauses einer Lösung zuführen zu können, die letztendlich im Interesse der Unternehmen und der Beschäftigten in diesem Lande ist. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Vielen Dank, Herr Schulte.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Herr Roof.

**Michael Roof,** FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Professor Methling, Kompliment, Ihnen ist das gelungen, was in dem Antrag eigentlich nicht steht. Ihnen ist es gelungen, hier eine umfangreiche Debatte über Mindestlöhne in Gang zu setzen,

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:  
Das war die Absicht.)

wobei wir bei dieser Debatte vielleicht erst einmal definieren sollten, welchen Mindestlohn Sie zu welcher Tageszeit meinen. Sie reden über staatliche Mindestlöhne, über gesetzliche Mindestlöhne, über tarifliche Mindestlöhne.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich bin schon einmal belehrt worden  
von Herrn Schulte, Herr Roof.)

Irgendwann sollten wir einmal eine gemeinsame Definition ...

Okay.

... von Mindestlöhnen bekommen.

Der hier vorliegende Antrag, Herr Minister Seidel, da bin ich Ihnen sehr dankbar, ist in seiner Grundstruktur, was Tariftreue und auch die Erklärung, was das Tariftreuegesetz anbelangt, hinreichend von Ihnen dargelegt worden. Aber wie Herr Professor Methling eben schon charmant zugegeben hat, war das gar nicht wirklich der Ansatz, sondern der Ansatz ist, über Mindestlöhne zu diskutieren und über auskömmliche Löhne für die Menschen in diesem Land. Dieser Diskussion wollen wir uns gerne stellen und die wollen wir auch aufgreifen. Wir sagen eines ganz

deutlich vorweg: Es muss in Mecklenburg-Vorpommern und auch in der Bundesrepublik Deutschland möglich sein, nein, es muss die Regel sein, dass die Menschen in Vollzeitbeschäftigung von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können und nicht auf Almosen des Staates angewiesen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU,  
Linkspartei.PDS, FDP und Ute Schildt, SPD)

Da sind wir im Grundkonsens, denke ich, alle beieinander und da gibt es im Grundkonsens überhaupt keine Unterschiede. Die Frage ist einfach nur: Wie kommen wir dahin und wie kriegen wir das am besten geregelt? Ihre Betrachtung und Ihre Art der Formulierung hat mich in den ersten Bereichen Ihrer Ausführungen doch sehr bedrückt, das muss ich ganz ehrlich sagen, weil Sie ein Bild zeichnen, was nicht zeitgerecht ist und was auch nicht angemessen ist.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Was meinen Sie jetzt?)

Da sollten wir einfach in einen Bereich hineinkommen, wo wir real mit der Gesamtsituation umgehen. Der Mindestlohn ist nur ein Teil oder der Lohn überhaupt ist nur ein Teil des Problems dabei.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Was meinen Sie jetzt?)

Wenn Sie sich in unternehmerisches Handeln hineindenken würden, dann ist die Lohnzahlung eine Komponente. Die zweite Komponente, die in diesem gesamten Bereich zu betrachten ist, sind die sogenannten Lohnnebenkosten und die Bürokratiekosten, die den Lohn ausdrücklich noch mehr belasten.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Die sind doch aber Bestandteil des Lohnes.)

Das heißt, was mir auf der einen Seite aus Bürokratie, aus Staatskosten, aus sonstigen Kosten vom Staat weggenommen wird für Verwaltung, kann ich nicht zur gleichen Zeit als Mehrlohn meinen Mitarbeitern geben. Also haben wir darauf zu achten, dass diese Kosten möglichst gering sind, um möglichst viel vom Potenzial der Erwirtschaftung in einem Unternehmen an unsere Mitarbeiter weiterzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Wenn wir da Konsens haben, dann haben wir auch hier eine Aufgabe vor uns – und da bin ich bei Hans Kreher zum Thema Bildung: Wir sollten sehen, dass wir unnötige Bürokratiebelastung, unnötige Kosten, die den Menschen im Augenblick weggenommen werden vom Gehalt, aus diesem Prozess herausbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Und wir sind bei einem weiteren Problem bei diesem Thema. Da geht es um die Rahmenbedingungen. Wenn sie zu Mindestlöhnen kommen, die nicht greifbar sind, ob es jetzt tarifliche, staatliche oder gesetzliche sind, dann wird es sehr wohl zum Verlust von Arbeitsplätzen kommen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, Sie behaupten auch immer das Gleiche.)

Ich will Ihnen auch erklären, warum es zum Verlust kommt.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Es kommt zum Verlust, weil Sie dann zwei konkurrierende Wettbewerbe im Arbeitsmarkt haben. Sie haben auf der einen Seite den boomenden Bereich der Zeitarbeitsfirmen und Sie haben auf der anderen Seite den Bereich der dauerhaften Arbeitsverhältnisse in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ich gehe davon aus, dass wir über dauerhafte Beschäftigung von Arbeitnehmern in kleinen, mittelständischen und überhaupt in Unternehmen in diesem Land sprechen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja.)

Es muss Ziel sein, dass wir hier mehr dauerhafte Beschäftigung bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP  
und Marc Reinhardt, CDU)

Wenn wir aber diese beiden Systeme im Wettbewerb um die Arbeitsplätze sehen, dann ist das kein Wettbewerb mit Chancengleichheit. Wie wollen Sie einen Unternehmer dazu motivieren, dauerhafte Beschäftigung in seinem Unternehmen zu schaffen, wenn er auf der anderen Seite die Möglichkeit hat, den komfortablen Zugriff auf Zeitarbeitsfirmen zu machen, sich nur an den Tagen jemanden zu holen, an denen er sie auch wirklich braucht, und keine ganzzzeitliche Beschäftigung mehr zu ermöglichen?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, die müssen eben auch ordentlich  
bezahlt werden.)

Eines sage ich an dieser Stelle auch und ich denke, da spreche ich für viele meiner Berufskollegen und auch der Kollegen, die selbstständig tätig sind: Es gibt überhaupt keinen Grund und es gibt keine Argumentation, einem seriösen Unternehmer unterstellen zu wollen, dass er kein Interesse daran hat, dass seine Mitarbeiter ein auskömmliches Gehalt bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Er hat eher den Ansatz, dass er sagt, zwei Kriterien für eine dauerhafte vernünftige Beschäftigung und auch für eine menschliche emotionale Bindung des Arbeitnehmers an seinen Arbeitgeber: Wir wollen Teilhabe am unternehmerischen Erfolg, wir wollen Teilhabe der Menschen an den Tätigkeiten, an der Produktivität, an dem, was erwirtschaftet wird. Dann lassen Sie beide auch diese Dinge miteinander verhandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP –  
Hans Kreher, FDP: Genau.)

Geben Sie betrieblichen Bündnissen eine Chance, in denen es nämlich nicht so ist, dass zwei ungleiche Vertragspartner miteinander diskutieren. Die Menschen in den Unternehmen brauchen mehr die monetäre Basis. Die monetäre Basis ist wichtig, aber es muss mehr da sein. Es muss eine Identifikation zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern da sein, erst dann kriegen Sie eine leistungsstarke dauerhafte Beschäftigung in diesem Land organisiert. Das ist das, was Sie bei der Diskussion um Mindestlöhne immer unter den Tisch kehren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist doch Unsinn! –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Nein, Sie haben die Arbeitgeberseite und wir  
haben die Arbeitnehmerseite. Das ist es.)

Das ist das, was falsch ist an der Diskussion.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, lieber Herr Professor Methling, können Sie nicht mehr in Ihrer Art der Ideologie trennen, wie Sie es noch in den 70er und 80er Jahren gemacht haben.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Hören Sie mal auf mit Ihrer Ideologie!)

Sie müssen erkennen, dass die Leute auf der Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung sehr wohl in der Lage sind, gleichberechtigt auf Augenhöhe zu sein, und da brauchen wir weder Gewerkschaftsfunktionäre noch Arbeitgeberfunktionäre.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, ja, das sehen wir ja. Das sehen wir doch, wie das klappt! –  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, das sehen wir ja, was dabei rauskommt!)

Die Menschen sind in der Lage, das selber zu regeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP –  
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Wir sind ja alle so moralisch!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Roof.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

**Wolfgang Waldmüller,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag wird offensichtlich zur Untermauerung der eigenen Argumentationslinie das Bundesverfassungsgericht in falscher Weise interpretiert, denn das Urteil, das die PDS als Hauptargument anführt, hatte nicht zum Inhalt, dass wir als Landesgesetzgeber gefordert sind, bezüglich des Tariftreuegesetzes zu handeln. Der Minister hat es bereits erwähnt, das Urteil hat lediglich verfassungsrechtliche Bedenken gegen derartige Regelungen insgesamt ausgeräumt.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist aber schon viel.)

Es wäre maximal eine Kannbestimmung und keine Mussbestimmung.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Der Vorstoß auf Forderung eines Tariftreuegesetzes macht schon deshalb keinen Sinn, da die rechtliche Zulässigkeit der Vereinbarkeit des Tariftreuegesetzes mit der EU-Verordnung Artikel 49 ungeklärt ist.

Ein weiteres Argument der CDU-Fraktion sei an dieser Stelle noch einmal gesagt: Wir haben eine funktionierende Tariflandschaft mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Warum sollte sich der Staat in etwas grundsätzlich Funktionierendes einmischen?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, es ist eben so, wie es ist. –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Tarifautonomie obliegt den Tarifpartnern.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das sehen wir ja. –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Bezüglich des Entsendegesetzes sollten weitere Branchen nach Ansicht der CDU, aber nur unter engen Voraussetzungen aufgenommen werden und der Koalitionsvertrag ist hier deutlich. Zuerst müssen allgemeinverbindliche Tarifverträge da sein und es müssen soziale Verwerfungen durch Entsendearbeiten in einer Branche vorliegen. Es sollte grundsätzlich dabei bleiben, dass die Tarifpartner die Löhne festsetzen und nicht der Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der  
CDU, FDP und Udo Pastörs, NPD)

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es beispielsweise in der Baubranche Mindestlohnregelungen, die von den Tarifpartnern als sinnvoll angesehen und vereinbart wurden. Für diese branchenspezifischen Lösungen bietet die Tarifautonomie ausreichend Raum. Weiterhin ist zu bedenken, dass sich der Antrag der PDS auf die bundespolitische Entscheidungsebene bezieht. Hier liegt die Entscheidungshoheit, die es zu beachten gilt.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist nicht wahr.)

An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass die angestrebten Reformen des Arbeitsmarktes die komplexe Materie bestehender Arbeitsmarktproblematiken beheben sollen. Einzelmaßnahmen, wie sie in diesem Antrag gefordert werden, sind da wenig hilfreich. Ein Tariftreuegesetz beziehungsweise ein gesetzlicher Mindestlohn hätte arbeitsmarktpolitisch bestenfalls keine Effekte, denn wenn man den Mindestlohn zu niedrig ansetzt, dann bleibt er wirkungslos, wird er zu hoch angesetzt, vernichtet er Arbeitsplätze.

(Beifall Michael Roof, FDP)

Die Einführung von Mindestlöhnen berücksichtigt nicht die wirtschaftlichen Strukturunterschiede verschiedener Regionen, ob Land oder Bund. Er berücksichtigt nicht die bestehende Ertragskraft oder die bestehende Ertragsmöglichkeit der bestehenden Unternehmen

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Es geht aber um Mindestlohn. –  
Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

und er berücksichtigt nicht die Notwendigkeit eines Niedriglohnssektors. Geschaffen werde dagegen ein bürokratisches Monstrum, das in der Praxis überhaupt nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand seitens der Verwaltung zu kontrollieren wäre.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Effektiver wäre es da schon, die bestehenden Rechtsvorschriften besser einzuhalten. So steht es in der Vergabeordnung.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist gut.)

Das wurde auch schon angedeutet, dass der Zuschlag dem Wirtschaftlichsten und nicht dem Billigsten gegeben werden soll. Wie diese Regelung in der Praxis angewendet wird, wurde in diesem Hohen Haus mehrfach erörtert. Wir müssen uns sicherlich über effektive Kontrollen unterhalten, was hier im Antrag aber nicht gefordert ist.

Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom 15.06.2006 belegen, dass der Osten, Jugendliche und gering Qualifizierte die Verlierer einer Regelung wären, wie Sie sie in diesem Antrag fordern. Und bei dem Verweis auf die europäischen Nachbarländer mit einem Mindestlohn wird gern vergessen, dass es dort bereits

erhebliche Ausnahmeregelungen gibt oder aber wie etwa in Frankreich große Probleme speziell in der Jugendarbeitslosigkeit in Kauf genommen werden müssen. Eigentlich müsste man diesen Antrag ablehnen,

(Beifall Marc Reinhardt, CDU,  
Jörg Vierkant, CDU, und Michael Roof, FDP)

zum einen wegen der Rechtsunsicherheit unter Einmischung in die Tarifautonomie, zum anderen auch, weil der Antrag eigentlich nur eine Einzelmaßnahme betrachtet. Aber der verantwortungsvolle Umgang und die aktuelle Wichtigkeit des Themas Mindestlohn fordern aufgrund vielerlei Verflechtungen eine gesamthafte und objektive Betrachtung der bundespolitischen Entwicklungen, der rechtlichen Voraussetzungen, hier noch einmal zusammengefasst: die Tarifautonomie, das Entsendegesetz und die Erweiterung auf andere Branchen, die Kontrollmöglichkeit bestehender Regelungen, der Kündigungsschutz, die Schwarzarbeit, bestehende Arbeitsrechtsmöglichkeiten und das Thema Kombilohn.

Damit der Antrag die Wichtigkeit und Umfänglichkeit erfährt, fordern wir die Verweisung in den Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der CDU und Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Danke.)

**Vizepräsidentin Renate Holznapel:** Danke schön, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

**Tino Müller, NPD:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir von der NPD-Fraktion treten für einen gerechten Mindestlohn ein

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

und dafür, dass öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die dessen gerechten Mindestlohn bezahlen. Der Antrag der Linkspartei.PDS aber geht an der Wirklichkeit vorbei.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:  
Ach nee! –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
So, so.)

Eine Tariftreueerklärung bedeutet gar nichts, wenn das betreffende Unternehmen etwa in der Bauwirtschaft massiv Schwarzarbeiter einsetzt. Und das sind keine Einzelfälle. Auch und gerade auf öffentlichen Baustellen wie bei den Arbeiten am Berliner Reichstag wurden bei Razzien immer wieder illegal Beschäftigte angetroffen, immer wieder, ohne dass sich daran dauerhaft etwas geändert hätte. Es drängt sich schon lange der Verdacht auf, dass nicht wenige staatliche Auftraggeber nur noch auf den Preis achten und lieber nicht wissen wollen, warum alles so schön billig ist, genauso wie viele Behörden Reinigungs- und Sicherheitsunternehmen den Zuschlag geben, die ihre Arbeitskräfte zu Preisen anbieten, welche offenkundig nur beim Einsatz illegaler Arbeitskräfte aus aller Herren Länder zu Hungerlöhnen zu machen sind. Nicht wenige der über zehn Millionen in Deutschland lebenden Ausländer agieren als Lohn-drücker, instrumentalisiert von raffgierigen Unternehmen einerseits und ausländischen Menschenhändlerkartellen andererseits.

(Reinhard Dankert, SPD: Sind da nicht auch Deutsche dran beteiligt?)

Wer sich dieser Mafia bedient, ist konkurrenzlos billig und drängt alle ehrlichen Bauunternehmer nach und nach aus dem Markt mit der Folge, dass der deutsche Arbeiter seinem Schicksal als Hartz-IV-Empfänger überlassen wird.

Was nützt in solch einer Situation eine Pflicht zur Abgabe einer Tariftreueerklärung? Solche Luftnummern sind nichts wert, weil der heutige Staat gar nicht in der Lage ist, die Korrektheit der Tariftreueversicherung zu überprüfen. Natürlich werden die unseriösen Unternehmen versichern, dass sie sich an die Tariflöhne halten werden. Von den öffentlichen Auftragsvergebern, die die massenhafte Beschäftigung von Schwarzarbeitern bei ihren Auftragsnehmern bisher gepflegt übersehen haben, ist nicht im Ernst zu erwarten, dass sie sich daran stören, wenn nicht nach Tarif gezahlt wird.

Selbstverständlich muss ein Mindestlohn her, aber dabei darf man sich nicht wie die Linkspartei.PDS um die anderen Probleme drücken, die auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich genauso zur Ausbeutung führen. Als Beispiel sei hier die Scheinselbstständigkeit ebenso genannt wie das Leiharbeiterproblem, vor allem die faktische Duldung illegaler Beschäftigung und die Duldung sogenannter Werkunternehmer aus den EU-Beitrittsstaaten, die zwar wie abhängige Arbeitnehmer behandelt werden, aber eben kein Arbeitsentgelt, sondern eine frei ausgehandelte Unternehmensvergütung erhalten und damit auch keinen Mindestlohn. Durch diese Folgen der Globalisierung und der EU-Osterweiterung wird jeder Mindestlohn unterlaufen. Den Mindestlohn kann nur glaubhaft vertreten, wer Masseneinwanderung und EU ablehnt.

(Beifall Stefan Köster, NPD, und  
Udo Pastörs, NPD – Unruhe bei  
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, ja, sind wir wieder beim Thema.)

Der Antrag der Linkspartei.PDS ist daher in seiner jetzigen Form wertlos. Ihr Antrag von der Linkspartei.PDS ist wieder einmal ein heuchlerischer Versuch, den Anwalt des kleinen Mannes zu spielen.

(Zurufe von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,  
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ihnen geht es aber in Wirklichkeit nicht um Veränderung, sondern um Absicherung Ihrer Futtertröge.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist ja unverschäm! – Zuruf von  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Und dass dieses draußen bekannt wird, dafür werden wir von der NPD-Fraktion auch weiterhin sorgen. Das verspreche ich Ihnen. Wir von der NPD-Fraktion lehnen diesen Antrag daher ab

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Na, das ist doch schön.)

und werden in naher Zukunft unseren eigenen Antrag zum Mindestlohn einbringen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Na, da bin ich ja gespannt.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Holter von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Helmut Holter,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern war ich enttäuscht nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, heute wundert es mich nicht, dass ich enttäuscht war, nachdem der Wirtschaftsminister hier seine Position zu unserem Antrag vorgetragen hat, der formalistisch an die Gestaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern herangeht. Wer wie Sie das tut, Herr Seidel, der kann auch nicht erwarten, dass diese Regierung, diese Koalition ein Zukunftsbild dieses Landes aufzeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das ist genau das, was hier heute dokumentiert wurde.

Der Antrag, das haben einige Vorredner richtig erkannt,

(Heiterkeit bei Michael Roof, FDP)

verfolgt nicht nur den Zweck – Sie haben es erkannt, Herr Roof –, eine Debatte über ein Vergabegesetz in Mecklenburg-Vorpommern zu führen,

(Michael Roof, FDP: Eigentlich gar nicht.)

sondern wir wollen eine Diskussion, und zwar eine gesellschaftspolitische Diskussion über Entlohnungsformen und die Höhe des Lohnes beziehungsweise des Gehaltes in Mecklenburg-Vorpommern. In dem Sinne gebe ich allen recht, die sagen, dieser Antrag war Mittel zum Zweck.

Das Jahr 2006, meine Damen und Herren, war ein Jahr der vollmundigen Ankündigungen.

(Werner Kuhn, CDU: Ganz raffiniert eigentlich. – Zuruf von Michael Roof, FDP)

Wir können uns, Herr Kuhn, noch sehr gut daran erinnern, wie die CDU im Jahre 2006 im Landkreis Nordvorpommern – ich war da nicht unbeteiligt – über das Magdeburger Modell intensiv diskutierte

(Werner Kuhn, CDU: Ja.)

und der Herr Bundesarbeitsminister Franz Müntefering ankündigte, zum Jahresende 2006 werde es in Fragen Kombilohn eine wie auch immer geartete Regel geben. Bisher gibt es überhaupt keine Regel.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Und das ist gut so.)

Die CDU hat auf einem Bundesparteitag 2006 über Investivlohn gesprochen. Die SPD diskutiert zurzeit über branchenbezogene ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Der Landesvorsitzende ist da.)

Einer ist noch da, das ist ja wichtig, der Landesvorsitzende Herr Backhaus.

Die SPD diskutiert zurzeit über branchenbezogene Mindestlöhne.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist richtig so.)

Das ist eine gute Diskussion, will ich ausdrücklich sagen, aber eine Diskussion, die zu kurz greift.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Minister Dr. Till Backhaus: Wir sind aber Realisten.)

Deswegen stellt sich die Frage für mich, ob es nicht ...

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Backhaus, bitte von der Regierungsbank keine Äußerungen.

**Helmut Holter,** Die Linkspartei.PDS: ... vielmehr darum geht, wozu der Mensch eigentlich lebt. Lebt er, um zu arbeiten, oder arbeitet er, um zu leben? Aus meiner Sicht – das hat etwas mit Anthropologie zu tun – ist Arbeit mit dem Menschsein direkt verbunden. Das hat nämlich etwas mit seiner Selbstverwirklichung zu tun. Und Erwerbsarbeit – deswegen liegt die Betonung auf „Erwerb“ – hat etwas damit zu tun, dass man seine eigene Existenz und die Existenz seiner Familie wirklich sichern kann. Über diesen Weg kann jeder, der ein auskömmliches Einkommen hat, auch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und soziale Kontakte pflegen sowie all das, was das Leben lebenswert macht.

Herr Jäger hat gestern in seinem Beitrag, der alle mitgerissen hat,

(Heiterkeit bei

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

zur Regierungserklärung von Proklamationen und Deklamationen gesprochen. Ich gebe das heute gern zurück. Es ist an der Zeit zu handeln. Für mich stellt sich die Frage: Geht es um das Primat der Ökonomie, Herr Roof, oder geht es um das Primat der Politik?

(Michael Roof, FDP: Es geht um Menschen.)

Es geht immer um die Menschen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Michael Roof, FDP: Genauso ist es.)

Es geht immer um die Menschen, da sind wir uns beide vollkommen einig. In dieser Frage bin ich der Überzeugung, die Politik ist gefragt um eine auskömmliche Entlohnung über einen gesetzlichen Mindestlohn, und zwar einen nationalen flächendeckenden Mindestlohn.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Darüber reden wir, über diesen Weg tatsächlich eine Veränderung in der Einkommenssituation zu erreichen. Und hier meine ich auch diejenigen, die die Marktwirtschaft und das Beiwort „sozial“ so betonen. Wir sind in der Pflicht, deutlich zu sagen, was auskömmliches Einkommen in der Wirtschaft bedeutet. Und Ihre Argumentation, Herr Roof, was Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite betrifft, will ich gar nicht in Abrede stellen, die ist vollkommen in Ordnung.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber es ist eben falsch, eine in sich bezogene betriebswirtschaftliche Betrachtung zu führen. Ich bin dafür, dass wir eine volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung vornehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Es gibt viele Arbeitgeber – und das hatten Sie hier auch ausgeführt –, die sehr wohl nicht nur das soziale Gewissen beschwören, sondern auch so handeln, dass tatsächlich auskömmliche Löhne in ihren Unternehmen gezahlt werden.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Und da bitte ich Sie einfach, darüber nachzudenken, ob hier nicht nur politische Botschaften, sondern auch Entscheidungen notwendig sind. Ich bin jemand, der für Deregulierung steht, aber ich bin tatsächlich auch jemand, der dafür ist, Regeln zu schaffen, damit Menschen von ihrer Arbeit tatsächlich leben können. Und das ist die Grundbotschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Gespräche mit Krankenkassen, mit Versicherungen führen dazu, dass Vertreter dieser Branche mir sagen, wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn, damit die Kas senbeiträge auch zur Stärkung der Sozialversicherungssysteme in Deutschland führen.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Handwerker – einige von uns waren Dienstagabend beim Neujahrsempfang des Wirtschaftsverbandes des Handwerks – haben sehr wohl eine vergleichbare Auffassung, weil sie der Überzeugung sind, dass natürlich über einen gesetzlichen Mindestlohn auch die Binnenkaufkraft steigt.

(Michael Roof, FDP: Wir reden über tarifliche Mindestlöhne, nicht über gesetzliche.)

Nein, ich rede über einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn.

(Michael Roof, FDP: Sie reden über was anderes.)

Da können wir uns dann im Ausschuss – ich bin ja dankbar, dass die Koalitionsfraktionen sich entschieden haben,

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

der Überweisung zuzustimmen – noch darüber streiten und müssen auch begriffliche Klarheit herstellen. Da teile ich Ihre Auffassung.

(Michael Roof, FDP: Vielen Dank.)

Ich rede über einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn, und zwar so, wie er in Europa üblich ist. Das ist ja gerade von der Hans-Böckler-Stiftung wieder beschrieben worden, dass in Westeuropa der Mindestlohn bei 8 Euro pro Stunde liegt. Das ist keine ausgedachte Forderung. Und Mindestlohn heißt unterer Level, das heißt nicht, dass Branchen, egal welcher Art, andere Mindesteinstiegsgrößen für die Entlohnung vereinbaren können. Wir reden über den unteren Level und nicht über das, was sich darüber noch alles aufbauen kann. Deswegen ist meines Erachtens diese Diskussion auch hier konkret anzusetzen.

(Werner Kuhn, CDU: Warum haben Sie das nicht im Antrag getan?)

Deswegen hat unser Antrag – Herr Schulte hat das hier auch dargelegt – mehrere Inhalte,

(Werner Kuhn, CDU: Das wäre doch fair, wenn wir darüber diskutieren würden.)

aber es geht letztendlich darum, durch eine politische, durch eine gesetzgeberische Entscheidung das herzustellen, was sich viele wünschen und auch proklamieren. Lassen Sie uns in der Tat gemeinsam handeln!

Der Ministerpräsident hat in seiner Neujahrsansprache das Thema „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ thematisiert. Nicht nur, dass das Jahr 2007 zum Jahr des Landes

Mecklenburg-Vorpommern werden soll, hier, meine ich, meine Damen und Herren von der Koalition, ist es Zeit, Größe zu zeigen und diesen Aufruf des Ministerpräsidenten aufzugreifen und zu sagen, Arbeit und soziale Gerechtigkeit bedeuten doch nichts anderes, als dass man von Arbeit in der Tat leben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und wenn Sie gestern – Frau Polzin ist noch nicht da, aber Herr Vierkant ist hier – im Zusammenhang mit der Debatte über das kostenlose Mittagessen die Verantwortung der Eltern eingefordert haben, dann bitte schön sorgen Sie dafür, dass die Eltern diese Verantwortung wahrnehmen können! Streiten Sie mit uns für einen gesetzlichen Mindestlohn!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Die Situation sieht so aus – ich könnte jetzt noch einmal viel über Gebäudereinigung und Wachgewerbe reden, diese Zahlen sind hier genannt worden –, es ist nicht nur die Höhe des Lohnes, der pro Stunde gezahlt wird, es ist auch, dass Mehrarbeit geleistet wird, die unbezahlt ist, ob im Reinigungsgewerbe, auf Baustellen oder sonst wo. Schauen wir uns die Großbaustelle zwischen Stralsund und Rügen an, die Strelasundquerung. Auch hier werden die Vereinbarungen, die im Entsendegesetz geregelt sind – und im Bau haben wir gesetzliche Mindestlöhne –, unterlaufen. Deswegen, glaube ich, geht es nicht nur darum zu proklamieren, sondern tatsächlich gesetzliche Bedingungen zu schaffen und Schwarzarbeit zu bekämpfen.

(Werner Kuhn, CDU: Da müssen Sie Strafanzeige stellen.)

Selbstverständlich.

(Werner Kuhn, CDU: Geht ja gar nicht anders. Wenn er das im Parlament so vorträgt, dann muss er Strafanzeige stellen.)

Und, Herr Müller, gesetzlicher Mindestlohn, über den wir reden, bezieht sich nicht nur auf die Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Michael Roof, FDP)

sondern bezieht sich auf alle, die einer Tätigkeit in Deutschland nachgehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das sind auch Ausländerinnen und Ausländer. Die Beispiele, die Sie gebracht haben, sind mir natürlich bekannt. Ich erachte es für wichtig, dass wir uns hier als Parlament, als Landtag Mecklenburg-Vorpommern für alle in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Menschen stark machen, damit sie alle auskömmlich von ihrer Arbeit leben können.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Michael Roof, FDP –  
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Da wird auch der Widerspruch zwischen Ausländerinnen und Ausländern sowie Einheimischen ganz anders thematisiert werden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist schlecht für die NPD.)

Natürlich – das haben einige versucht – kann man das Bundesverfassungsgerichtsurteil unterschiedlich inter-

pretieren. Ich will jetzt das berühmte Zitat nicht herbeiführen, sonst weiß jeder, was ich jetzt denke über die Juristen und ihre Meinungen. Ich bin aber der Überzeugung, dass unsere Interpretation eine – ich sage das jetzt mal diplomatisch – mögliche Interpretation ist. Und darüber sollten wir dann auch sprechen, ob nicht mit diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes eine Möglichkeit eröffnet wurde, über gesetzliche Regelungen, auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, genau dies zu realisieren und einzufordern.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Und noch einmal, Herr Backhaus, zurück zur SPD. Ich sehe da bei allen positiven Ansätzen, was die branchenbezogenen Mindestlöhne und die Erweiterung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen betrifft, ein Problem, welches Franz Müntefering vor Kurzem in der Öffentlichkeit erklärt hat, ein Stundenlohn von 3,18 Euro sei sittenwidrig. Da gibt es hier, habe ich festgestellt, sogar Übereinstimmung bei allen Parlamentariern, die hier im Raum sitzen. Aber warum bleiben wir denn bei dieser Feststellung stehen? Warum haben wir denn nicht den Mut zu sagen, ja, das ist sittenwidrig und hier ist die Politik gefragt, um zu sagen: Schluss mit der Sittenwidrigkeit, wir schaffen Voraussetzungen, damit Menschen, die arbeiten, tatsächlich von ihrer Arbeit leben können?!

(Hans Kreher, FDP: Nur welche Voraussetzungen? – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Die Voraussetzungen, Herr Kreher, die Sie in Ihrer Rede heute zu den Vorhaben der Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern – danke für den Hinweis – nicht genannt haben, weil ich der Überzeugung bin, es geht hier nicht darum, den freien Kräften des Marktes das Spiel zu überlassen, sondern wir sind aufgefordert, nicht zu proklamieren, sondern wir sind aufgefordert, als Gesetzgeber deutlich zu machen, was wir wollen, und zwar nicht nur durch Debatten, sondern durch klare Entscheidungen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, egal wo sie herkommen, wo sie ihren Wohnsitz haben.

Ich bin der Überzeugung, im Sinne des sozialen Friedens, im Sinne der Demokratie, im Sinne des Rechtsstaates ist es notwendig, dass man von Arbeit leben können muss. Dann werden wir uns zukünftig über bestimmte Entwicklungen in diesem Parlament auch nicht mehr unterhalten müssen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Holter.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/155 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der SPD, der CDU bei einer Stimmenthaltung, Zustimmung der Linkspartei.PDS, Gegenstimmen der FDP und Gegenstimmen der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Modellprojekt für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsver-

hältnisse von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfängern sowie von Nichtleistungsbezieherinnen und -bezieher, Drucksache 5/156.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:  
Modellprojekt für sozialversicherungspflichtige  
Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitslosengeld-  
II-Empfängerinnen und -Empfängern sowie von  
Nichtleistungsbezieherinnen und -bezieher  
– Drucksache 5/156 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Regine Lück,** Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Politiker und Medien überschlugen sich in der vergangenen Woche in unserem Land mit Positivmeldungen über die anziehende Konjunktur. Die Wirtschaft wachse und endlich sei damit auch die Wende am Arbeitsmarkt erreicht. Die Statistiken der Arbeitsagenturen belegen, dass tatsächlich wieder viel mehr Menschen in Arbeit gekommen sind, nämlich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Mitglieder der Fraktion der Linkspartei der PDS nehmen das sehr wohl zur Kenntnis und freuen sich über jeden Betroffenen.

Sie, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, werden sich aber sicher nicht darüber wundern, dass ich als Vertreterin der Fraktion der Linkspartei etwas Wasser in den Wein gieße. Ich tue das nicht, um die Stimmung mies zu machen, sondern weil es wahr ist, dass wir nach wie vor vier Millionen offiziell registrierte Arbeitslose in der Bundesrepublik haben, in Mecklenburg-Vorpommern über 169.000. Hinzu kommen auch noch 70.000 Menschen unseres Landes, die in Maßnahmen der Arbeitsagentur stecken und aus der Statistik sozusagen herausfallen. Diese alle können Ihre Euphorie also überhaupt nicht nachvollziehen. Wahr ist, dass der Anteil der Arbeitslosigkeit bei uns im Land auch nicht zurückgeht. Darunter sind Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, wie das so schrecklich im Verwaltungsdeutsch heißt, viele Frauen, leider aber auch Jugendliche und vor allem Ältere. Das sind bei Weitem nicht alles Gering- oder gar nicht Qualifizierte, im Gegenteil. Herr Schulte hatte schon darauf aufmerksam gemacht.

Im Unterschied zu vielen unter Ihnen, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen und von der FDP, halten wir es in absehbarer Zeit nicht für möglich, dass die Wirtschaft für alle Arbeitssuchenden einen Existenz sichernden Arbeitsplatz zur Verfügung stellen kann. Es passt hier ganz gut in den Kram, Druck auf alle Beschäftigten ausüben zu können, die Arbeitenden erpressen zu können mit vielen Erwerbslosen. Die Konjunkturabhängigkeit der Wirtschaft und der ungeheure Produktivitätsfortschritt, die zunehmende Tendenz von Teilzeit und auch befristeter Beschäftigung zum Beispiel sorgen für große Ängste von Arbeitsplatzverlust bei vielen Beschäftigten bis zu dem genannten Mittelstand. Und bei denen, die auch vom konjunkturellen Aufschwung nicht profitieren, die Langzeitarbeitslosen, verstärkt sich die Mutlosigkeit. Der Staat muss Maßnahmen zum Gegensteuern ergreifen, das ist seine Verantwortung.

Öffentlich geförderte Beschäftigung ist mittelfristig, wenn nicht sogar auf Dauer notwendig. Das sagt auch die Bundesagentur. Der Unterschied zu uns besteht vor allem in der Auffassung, wie ein solcher Sektor aussehen und auch finanziert werden sollte. Wir wollen Beschäftigung in den Bereichen fördern, die privatwirtschaftlich

nicht interessant, für die Gesellschaft aber wichtig und notwendig sind, und das zu Existenz sichernden Bedingungen, zum Beispiel im sozialen, im ökologischen oder auch im kulturellen Bereich.

Nun sind wir hierzulande in der komfortablen Lage, dass dank des Arbeitsministeriums in den vergangenen Jahren solche gemeinwohlorientierten Förderprojekte gut angenommen worden sind und auch funktionierten.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Die Aussage der neuen Landesregierung, solche Maßnahmen werden durch die Argen gefördert und brauchen deshalb keine Landesmittel mehr, ist Unsinn.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Wir wissen doch auch, dass die Mehraufwandsentschädigung oder die sogenannten 1-Euro-Jobs, wie sie landläufig genannt werden, nur in den allerseltensten Fällen zur Eingliederung in den normalen Arbeitsmarkt führen. Die Betroffenen sind für drei bis sechs Monate aus der Statistik und dann sind sie wieder arbeitslos. Die MAEs haben bewiesen, dass es für den sozialen Bereich, für den Natur- und Umweltschutz, für die Jugendarbeit und andere gemeinnützige Bereiche einen großen Bedarf an Arbeitskräften gibt. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Sozialpartnern schnellstens auf der Grundlage der Erfahrungen der vergangenen Jahre ein Modellprojekt für versicherungspflichtige Beschäftigung zu erarbeiten. Zielgruppen sollten Langzeitarbeitslose, also Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger und vor allem auch Nichtleistungsbezieherinnen und -bezieher sein.

Die Beantwortung meiner Kleinen Anfrage vom Dezember 2006 weist 20.428 arbeitslose Nichtleistungsbezieher, davon allein 14.100 Frauen aus. Stehen die Arbeitslosengeld-II-Bezieher schon nicht an erster Stelle der Prioritätenliste für Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, haben diejenigen, die gar nichts erhalten, also noch schlechtere Karten. Deshalb erwarten wir von der Landesregierung Initiativen, die den Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern einen umfassenden Zugang zu allen Möglichkeiten des aktiven Arbeitsmarktes eröffnen. Das Modellprojekt zu den Existenz sichernden Bedingungen für die Beteiligten muss geschaffen werden und darüber sollten wir auch diskutieren. Die Beschäftigten im Projekt sollten außerdem die Möglichkeit haben, mindestens ein Jahr daran teilzunehmen. Dadurch muss ihnen wieder ein Anspruch auf Arbeitslosengeld I gesichert werden, falls ihnen der Sprung in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis nicht gelingt.

Um aber möglichst vielen Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern die Chance auf ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu ermöglichen, halten wir auch eine sozialpädagogische Betreuung für sehr notwendig. Nicht verzichten sollten sie auch auf die Erfahrungen des Landes-ASP-Beirates und vor allem auch der Regionalbeiräte. Sie haben sowohl bei der Projekterarbeitung und -bewilligung als auch bei der Begleitung eine gute Arbeit in den vergangenen Jahren geleistet. Darüber hinaus wäre aber die wissenschaftliche Begleitung sinnvoll, um zeitnah Probleme zu erkennen und weitgehend zu vermeiden.

Und nun zur Finanzierung: Bundesweit werden dafür die verschiedensten Modelle diskutiert. Wir könnten uns gut vorstellen, dass wie bisher Mittel aus den ESF-Landesmitteln und von Dritten, das können Kommunen

oder auch Träger des Projektes sein, bereitgestellt werden. Es gibt aber auch einen zweiten Weg. Man könnte das Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft und die Eingliederungsleistungen nach SGB II und SGB III zusammenlegen, mit anderen Worten, die passiven und aktiven Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen zusammenführen. Wir wissen, dass es dafür bisher noch keine gesetzliche Grundlage gibt. Deshalb fordern wir Sie auf, sich für die Schaffung der Voraussetzungen bei der Bundesregierung einzusetzen. Andererseits hat der Arbeitsminister oder ich sage mal das Arbeitsministerium unter Helmut Holter die Erfahrung gemacht, dass die Arbeitsagentur Nord und ihre regionalen Zentren durchaus bereit gewesen sind, diesbezüglich neue Wege zu gehen und das Anliegen zu unterstützen.

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der großen Koalition, handeln. Tragen Sie mit dazu bei, dass die Stigmatisierung Langzeitarbeitsloser endlich aufhört! Diese Menschen sind nicht faul oder ungebildet, sie wollen arbeiten. Wir wissen alle, dass die zynische Propaganda nur dazu dient, den Betroffenen selbst die Schuld zuzuschieben und den Druck auf sie und im Übrigen aber auch auf andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
So ist es, genau so.)

Also reihen Sie sich nicht bei denjenigen ein, die aus der sicheren Position gut situierten Daseins auf die Betroffenen hinunterschauen! Helfen Sie im Gegenteil denjenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen zumeist unverschuldet in schier ausweglose Situationen geraten sind! Ein Modellprojekt für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wäre ein Anfang und deshalb halten wir das für besonders wichtig. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Lück.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Seidel.

**Minister Jürgen Seidel:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt einen Ordnungsruf bekomme, will ich doch noch mal einen Satz zu der gerade abgelaufenen Diskussion sagen. Ich wende mich da jetzt mal an Sie als Kollegen. Ich halte sehr wenig davon, ich will das noch mal ganz klar sagen, Herr Holter, wenn wir uns hier mit Anträgen befassen, wo wir eigentlich in der Diskussion feststellen, der Antrag spielt gar keine Rolle,

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

sondern es geht hier um eine aktuelle Diskussion, die wichtig ist, keine Frage, aber was wir konkret mit dem Land machen wollen, was wir hier einleiten wollen, das ist eigentlich gar nicht so wichtig gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP  
und Jörg Vierkant, CDU – Zuruf von  
Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Wenn dieser Stil einreißt, dann haben wir hier eine Parteitagsatmosphäre. Und so sehr ich weiß, wie wichtig

Parteitage sind, aber das, meine ich, gehört nun wirklich nicht hier her.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Also, Herr Seidel, das ist nun wirklich nicht unser Stil. Das ist der Stil Ihrer Fraktion.)

Und insofern hoffe ich auch nicht, dass der Antrag, den wir jetzt diskutieren, da eine Rolle spielt. Aber da fordern Sie wenigstens ein konkretes Projekt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Der ist ganz klar landespolitisch orientiert, Herr Seidel.)

Ja, und ich will Ihnen auch gerne sagen, was ich davon halte.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal muss ich sagen, Frau Lück, wenn Sie sich wie wir alle hoffentlich darüber freuen, dass es eine etwas positivere Entwicklung in den letzten Monaten gegeben hat, dann müssten Sie aber auch so fair sein und hier konkret die Zahlen mit berücksichtigen, die ich Ihnen gern noch mal nennen will. Sie sagten eben, die Arbeitslosigkeit geht nicht zurück. Sie geht nicht genügend zurück, da bin ich voll bei Ihnen. Aber sie geht natürlich zurück, und zwar ganz konkret um 18.262 Arbeitslose, die im Vergleich zum Vorjahr jetzt in diesem Monat nicht arbeitslos sind, sei es wie auch immer. Wir sind übrigens nicht so sehr hoch in den sogenannten arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien. Da liegen wir eigentlich eher noch unter dem Durchschnitt der neuen Länder. Also nun sollten wir wenigstens bei den Fakten bleiben und mal sagen, es ist ein bisschen was gekonnt worden.

Ich will gerne noch einmal deutlich machen, dass die Landesregierung die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt mit einem besonderen Vorrang versehen hat, das ist richtig, was überhaupt nicht bedeutet – das ist mir jetzt ganz wichtig –, dass wir eventuell den Blick verlieren würden für diejenigen, die, wie man so sagt, schwer oder im Moment auch nicht vermittelbar sind. Und hier zitiere ich gern noch einmal aus der Koalitionsvereinbarung den Punkt Nummer 47, der heißt nämlich: „Die Arbeitsmarktpolitik wird vorrangig an dem Ziel der Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet. Für spezifische Zielgruppen soll geförderte Beschäftigung möglich sein.“ Das ist ganz klipp und klar in dem Zusammenhang gesagt worden. Und trotz aller Bemühungen in der Arbeitsmarktpolitik und leichter Fortschritte, wie ich es sagte, was Beschäftigtenzahlen betrifft, aber da schaue ich viel lieber auf die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, können wir nicht zufrieden sein.

Die derzeitige politische Situation wird ja bekanntermaßen von Reformen in der Arbeitsmarktpolitik auf dem Arbeitsmarkt selbst geprägt. Insbesondere die strengen Maßstäbe, die hinsichtlich der Erwerbsfähigkeit in Paragraph 8 SGB II dargestellt sind, haben den Kreis der Arbeitslosen erweitert. Danach muss der Hilfebedürftige unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden erwerbstätig sein. Das ist die Definition. Und das hat dazu geführt, dass zahlreiche ehemalige Sozialhilfeempfänger – wenn man sich die Zahlen anschaut, gibt es jetzt relativ wenige, die noch in diese Kategorie fallen, die aufgrund ihrer Biografie eigentlich kaum Chancen auf Integration haben – nunmehr zu den Arbeitsfähigen zählen. Das wiederum hat dazu geführt, dass in vielen politischen Gruppierungen,

aber eben auch zum Beispiel in der Diakonie, im Deutschen Gewerkschaftsbund, in der Bundesagentur für Arbeit oder auch im Ministerium die Frage diskutiert wird, wie bei der nach wie vor hohen strukturellen Arbeitslosigkeit vor allem mit Langzeitarbeitslosigkeit umgegangen wird.

Die einzelnen Ansätze gehen insbesondere hinsichtlich der Zielgruppen und ihrer Bezeichnungen weit auseinander. Ihnen gemeinsam, und das wollen wir auch immer wieder festhalten, ist die Suche nach menschenwürdigen und bezahlbaren Arbeitsmöglichkeiten für Personen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine oder nur ganz geringe Chancen haben. Die Bundesagentur für Arbeit hat seit dem Frühjahr 2005 Überlegungen zu solchen alternativen Beschäftigungsformen angestellt. Dabei sind insbesondere Maßnahmen für zwei Teilgruppen in Betracht gezogen worden: erstens für Langzeitarbeitslose, die zusätzlich persönliche Vermittlungshemmnisse mitbringen, und zweitens für Personen, die mit Inkrafttreten des SGB II erstmalig als erwerbsfähig und arbeitslos definiert wurden. Ich habe versucht, das nur kurz zu erklären. Die Bundesanstalt für Arbeit betrachtet für diese Personen einen sozialraumorientierten dritten Arbeitsmarkt als eine mögliche Alternative. Allerdings, und das ist auch schon gesagt worden, hinsichtlich der Finanzierung geht die Bundesanstalt durchaus von einer Kostenneutralität aus, wenn die aktiven und passiven Leistungen gebündelt werden können. Aber hier genau liegt ja auch das Problem der bisherigen Modellüberlegungen.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Legislaturperiode hat im Frühjahr 2006 das Arbeitsministerium ein Modellprojekt für öffentlich geförderte Arbeit vorgeschlagen. Darin sollten arbeitslose junge Fachkräfte beschäftigt werden, und zwar 2.000 Jugendliche. Dieses Projekt wurde aber nicht umgesetzt.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Weil der Bund nicht mitgespielt hat.)

Wahrscheinlich, Herr Holter, war das auch wieder mal so eine Diskussion, die am Ende zu keinem Ergebnis geführt hat.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Nee, nee, nee, nee!)

Zum damaligen Zeitpunkt hätte die Umsetzung allein, das ist richtig, mit Landes- und ESF-Mitteln erfolgen müssen, da eine Beteiligung des Bundes oder die Absegnung dieses Modellprojektes in Kooperation mit der Regionaldirektion Nord vom Bund verneint worden war.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Ja.

Im Sommer 2006 hat das damalige Arbeitsministerium in Mecklenburg-Vorpommern dann in abgespeckter Version das Modellprojekt mit der Bezeichnung „Modellprojekt zur Verbesserung der Berufschancen für junge Facharbeiterinnen“ aufgelegt. Allerdings, das ist die Erfahrung, die wir hier resümieren müssen, findet diese Maßnahme nicht die erwartete Resonanz, weil auf dem Markt für die Träger andere Angebote da sind, wo nicht 400 Euro Eigenanteil geleistet werden müssen. Also muss man leider Gottes konstatieren, dies hat auch nicht zum Erfolg geführt.

Nach den jüngsten Erfolgsberichten bestimmt nunmehr das Konzept der Bürgerarbeit aus Sachsen-Anhalt die öffentliche Diskussion. Die Bundesagentur für Arbeit

hat gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt im vergangenen Sommer eine Konzeption zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Bürgerarbeit entwickelt. Zielgruppe der Bürgerarbeit sind die genannten Arbeitslosen, also der Rechtskreise des SGB II und SGB III, die nicht sofort auf dem ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Das Anliegen ist es, Arbeitslosigkeit über Arbeitsplätze signifikant zu reduzieren, die im gemeinnützigen Bereich entweder vorhanden sind oder geschaffen werden. Bedingung allerdings dabei ist, dass weder eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt noch eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme angeboten werden kann, die unmittelbar zu einer Wiedereingliederung führen würde.

In Sachsen-Anhalt wurde zum 1. August 2006 mit 20 ehemals langzeitarbeitslosen Frauen und Männern beim Lebenshilfe-Werk Magdeburg ein sogenannter Laborversuch gestartet und dann eben in der zweiten Stufe ab November in Bad Schmiedeberg erprobt. Seit 15. November 2006 arbeiten dort 30 Personen in gemeinnützigen Einrichtungen, weitere 100 sollen folgen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erfolgt in solchen Bereichen wie Vereinen, in der Kirche, im außerschulischen Bereich oder bei der Seniorenbetreuung.

Wie auch in den anderen Projekten ist bei der Bürgerarbeit die Finanzierung aufgrund der gesetzlichen Regelungen problematisch. Der Einsatz sowohl aktiver als auch passiver Leistungen zur Zahlung eines Entgeltes ist infolge der geltenden Gesetzeslage wegen mangelnder Deckungsfähigkeit nicht realisierbar. Vor diesem Hintergrund hat sich Sachsen-Anhalt bezüglich der Modellphase in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit auf eine Finanzierungsgrundlage ähnlich der für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, also Paragraphen 260 ff. SGB III, verständigt, weil die bereits genannte Deckungsfähigkeit nicht gegeben ist. Ich kann hier nur noch einmal sagen, dass da der Bund die Dinge regeln muss. Wir werden sicherlich dazu beizutragen haben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das steht bei uns im Antrag.)

Ja, ja, das weiß ich. Man beantragt immer das, was man vier Jahre oder acht Jahre lang nicht geschafft hat.

(Beifall Hans Kreher, FDP –  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Wir müssen  
so viel aufräumen aus Ihrer Regierungszeit.)

Na, wir kriegen das schon hin.

Mit Blick auf diese Hemmnisse setze ich mich, und das will ich klar sagen, beim Bund für eine Änderung der ungünstigen Voraussetzungen für derartige Modellvorhaben ein. Dazu hätte es allerdings auch keines gesonderten Antrages bedurft. Unabhängig davon gibt es zurzeit konkrete Überlegungen in der Bundesanstalt für Arbeit, auch in Mecklenburg-Vorpommern ein Modellprojekt zum sozialen Arbeitsmarkt durchzuführen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Aha!)

Die Erfahrungen mit dem von der BA in Betracht gezogenen Modellprojekt in Mecklenburg-Vorpommern, davon gehen wir mal aus, werden uns hoffentlich weiterbringen. Auch dafür setzen wir uns ein, denn das können Sie sich vorstellen, dass mir genauso – das müssen wir uns nicht gegenseitig vorhalten – die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und von Menschen, bei denen die Vermittlung schwierig ist, am Herzen liegt.

(Beifall

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut.)

Wir sind dafür, dass in Mecklenburg-Vorpommern ein solches Modellprojekt auch Erfolg hat, denn es ist ja eine alte Weisheit, dass Beschäftigung immer besser ist, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, in einem dritten Punkt Ihres Antrages fordern Sie den Zugang von Nichtleistungsbeziehungen und -beziehern zu allen – „allen“ unterstrichen – angebotenen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit. Da muss man zumindest erst einmal sagen, dass das nicht unproblematisch ist. Eine solche Öffnung hätte nämlich auch zur Folge, dass durch eine damit steigende Ausgabenbelastung der Bundesanstalt unter Umständen die von uns angestrebte und bereits sichtbare Senkung der Lohnnebenkosten bei der Arbeitslosenversicherung konterkariert würde. Aber dies spielt natürlich eine ganz wichtige Rolle bei der Verteuerung oder Verbilligung, wie auch immer, von Arbeit. Insofern muss man das im Hinterkopf haben, wenn man solche Forderungen stellt.

Und ich will deutlich sagen, dass es in meinem Interesse als Wirtschafts- und Arbeitsminister der Landesregierung liegt, dass alles getan wird, damit durch Arbeit mehr Wirtschaftskraft hier in Mecklenburg-Vorpommern entsteht und weitere Arbeitsplätze im Lande wachsen. Wenn es aber, und das wäre zu befürchten, eine finanzielle Deckelung gäbe, dann könnte wiederum stattfinden, dass diejenigen, die wirklich bedürftig sind, die wirklich in Not sind, unter Umständen hier ins Hintertreffen kämen. Insofern muss man diese Aspekte zumindest berücksichtigen. Selbstverständlich muss es Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern ermöglicht werden, einen Arbeitsplatz zu finden. Das heißt, die Vermittlungsleistungen der BA müssen sie bekommen, die bekommen sie aber auch.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, aber gucken Sie sich die Praxis mal an!)

Die Frage ist eben, ob dies weitergehen soll. Und insofern will ich sagen, dass dies durch die gegenwärtige Rechtslage verwehrt ist. Aber wie ich höre, wollen Sie das ja noch mal diskutieren. Das ist sicherlich auch ein Punkt, über den man tiefergründiger diskutieren muss.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Modellprojekte gibt es. Sachsen-Anhalt ist eins. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir die gute Chance, ebenfalls ein solches Modellprojekt zu bekommen. Die Finanzierungsmöglichkeiten sind im Moment ungeklärt. Sie liegen zunächst auf der Ebene des Bundes. Insofern werden wir uns bemühen, im Rahmen eines solchen Modellversuches mit dazu beizutragen, nach Möglichkeiten und Lösungen zu suchen für die Menschen, denen auf dem ersten Arbeitsmarkt so unmittelbar nicht geholfen werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

(Heiterkeit bei

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Herr Schulte, nicht wieder so einen Dreier!)

**Jochen Schulte**, SPD: Ich weiß gar nicht, was ich tun soll, damit ich Sie jetzt hier zufriedenstellen kann, Frau Gramkow. Da müssen wir uns hinterher noch mal drüber unterhalten.

(Heiterkeit bei

Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Heinz Müller, SPD: Oh, oh, oh! – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vieles von dem, was richtig und zutreffend ist, hat der Wirtschaftsminister eben in seinen Ausführungen schon gesagt. Das sind die rechtlichen Aspekte, das sind die finanziellen Aspekte und das ist sicherlich auch der Gesichtspunkt, dass es letztendlich nur dann mehr Beschäftigung geben wird, wenn sich die wirtschaftliche Situation unseres Landes auch in Zukunft weiter deutlich verbessert. Und ich denke mir, unter der Führung des neuen und des alten Ministerpräsidenten sind wir da auf einem guten Weg. Gute Wirtschaftspolitik ist immer auch gute Beschäftigungspolitik und ich habe die Hoffnung, dass wir auf diesem Weg auch in den nächsten fünf Jahren entsprechend erfolgreich weitergehen.

Wirtschaftswachstum allein, meine Damen und Herren, wird aber kaum ausreichen, um Arbeitsplätze für alle Arbeitslosen in unserem Land zu schaffen. Tatsache ist, dass ein Teil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen heute ohne Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt ist. Zahlreiche einfache Arbeitsplätze sind im Zuge der Rationalisierung weggefallen und auch eine einmal erworbene berufliche Qualifikation ist längst keine Garantie mehr für den Erwerb oder den Erhalt eines Arbeitsplatzes. Die bestehenden Arbeitsmarktinstrumente, die auf Integration der Erwerbssuchenden ausgerichtet sind, helfen in vielen Fällen nicht weiter. Wir müssen daher alles daransetzen, dass diese Menschen Gelegenheit erhalten, ihre individuellen Kenntnisse und Fähigkeiten für eine Teilhabe am Erwerbsleben und zur möglichen eigenständigen Sicherung ihres Lebensunterhaltes einsetzen zu können. Das kann, so die Einschätzung meiner Fraktion, nur in Verbindung mit der Erschließung neuer Beschäftigungsfelder stehen. Ziel muss, so die Auffassung der SPD, letztendlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sein, die zumindest tarif- oder ortsüblich entlohnt wird. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die Arbeitssuchenden ihre Perspektive auf eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt behalten und für die Dauer ihrer Beschäftigung außerhalb des ersten Arbeitsmarktes verdeutlicht bekommen, sich nicht auf einem arbeitsmarktpolitischen und gesellschaftlichen Abstellgleis zu befinden.

Meine Damen und Herren, Ziel von Arbeitsmarktpolitik muss es sein, Menschen, die bereits sehr lange arbeitslos sind, zu mobilisieren, ihnen ein neues Selbstwertgefühl zu vermitteln und damit auch neue Chancen in Richtung des ersten Arbeitsmarktes zu eröffnen. Neben den finanziellen Einbußen und dem häufig gerade mit einer lang andauernden Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen Abstieg zeigt sich immer wieder, dass die Perspektivlosigkeit, die für viele Menschen mit dem unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verbunden ist, eine der gravierendsten Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit ist. Gleichzeitig sollte aber auch Einigkeit bestehen, dass die Finanzierung von Arbeit für Arbeitssuchende im Ver-

gleich zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit auch volkswirtschaftlich der sinnvollere Weg ist.

Dabei ist festzuhalten – und insoweit sind viele von den Ausführungen, die von den Vorrednern hier gemacht worden sind, richtig –, dass in vielen Bereichen unserer Gesellschaft ein Bedarf an notwendiger Arbeit im öffentlichen Interesse besteht. Allerdings, und auch das muss deutlich gesagt werden, dürfen öffentlich finanzierte Beschäftigungsverhältnisse keine Arbeitsplätze der Wirtschaft gefährden. Und was an dieser Stelle auch nicht verschwiegen werden sollte: Nicht jeder Arbeitslose kann auf jedem Arbeitsplatz eingesetzt werden. Wir sollten uns aber in diesem Zusammenhang bewusst sein, dass mit der Abkehr einer Finanzierung von Arbeitslosigkeit, egal aus welcher Finanzierungsquelle, hin zu einer grundlegenden Finanzierung von Erwerbstätigkeit außerhalb des ersten Arbeitsmarktes, und das ist ja wohl letztendlich das Ziel des Antrages der PDS-Fraktion, ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik verbunden sein kann.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Wenn sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf der Grundlage einer tariflichen oder zu einer tarifüblichen Entlohnung in all jenen Bereichen, in denen öffentliches Interesse hieran besteht, geschaffen werden sollen, unabhängig von den jeweiligen Finanzierungsquellen, ist dann auf Dauer der grundlegende Unterschied zu anderen Bereichen, in denen die öffentliche Hand Beschäftigungsverhältnisse auch im Bereich des ersten Arbeitsmarktes finanziert, dass die im Interesse des Gemeinwohls sind. Diese Definition, das muss man dabei sehen, kann durchaus heute schon auf eine Vielzahl von Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienstleistungssektor angewandt werden.

Meine Damen und Herren, ist denn im Endergebnis nicht die Beschäftigung in einem öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor die Perspektive, die die jeweiligen Beschäftigten auf Dauer haben werden? Und, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, Sie sagen, dass die Eingliederung in solche Projekte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen solle. Solange ich die hier angedachten Beschäftigungsverhältnisse tatsächlich nur als Substitut für Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt begreife, ist das im Prinzip natürlich richtig. Wenn ich aber, wie Sie das in Ihrem Antrag sagen, die Beschäftigung mindestens auf eine Dauer von zwölf Monate ausrichte, das bedeutet ja letztendlich, dass die Zielrichtung ein Dauerbeschäftigungsverhältnis ist, wenn sich keine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt bietet,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ein ordentliches.)

ein ordentliches sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis,

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:  
Darum geht es doch.)

dann ist auch dieses Kriterium als Abgrenzungsmerkmal nicht mehr vorhanden. Dann stellt sich die Frage, und das muss man ganz deutlich sagen: Wo endet der erste Arbeitsmarkt und wo fängt – man kann es nennen, wie man will – der öffentliche Beschäftigungssektor, der dritte Arbeitsmarkt, das ist völlig egal, wo fängt er an?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Dann stellt sich auch die Frage, warum ein Erwerbssuchender eventuell mit Sanktionen belegt werden kann, wenn er eine zu vermittelnde Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht annehmen will, dies aber nicht der Fall sein soll, wenn er in einem dritten Arbeitsmarkt, im öffentlichen Beschäftigungssektor, eine angebotene Stelle ablehnt. Wie wollen wir damit umgehen, wenn ein privates Unternehmen Leistungen in diesem dann öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor erbringen will und damit auch die Forderung einer entsprechenden Finanzierung durch die öffentliche Hand verbindet?

Meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, das von Ihnen angesprochene Thema gehört zu den grundsätzlichen Fragen, wie man mit Arbeitsmarktpolitik umgeht und wie die Gesellschaft mit den gesellschaftlichen, sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Problemen der Langzeitarbeitslosigkeit nicht nur für die Betroffenen, sondern für die Gesellschaft in Gänze umgehen soll. Vielleicht, ich hoffe das jedenfalls, ist Ihnen bei meinen Ausführungen aufgefallen, dass die SPD-Fraktion Ihrem Antrag nicht gänzlich unaufgeschlossen gegenübersteht. Und Sie haben es ja auch bei den Ausführungen ...

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das hat man deutlich gemerkt.)

Deswegen sage ich es Ihnen ja jetzt noch mal.

Sie haben es ja auch bei den Ausführungen des Wirtschaftsministers gehört, dass die Fragen im Hinblick auf Modellprojekte, Modellvorhaben und natürlich auch die Frage, wie finanziere ich das und gestalte ich das aus, durchaus schon bei der Landesregierung in den Überlegungen sind.

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Was mich allerdings, und da komme ich auch noch mal auf die Rede des Herrn Wirtschaftsministers zurück, bei Ihrem Antrag etwas irritiert hat – das sind jetzt nicht wieder formaljuristische Fragen, das sind tatsächlich inhaltliche Fragen, Herr Kollege Methling –,

(Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

ist der Umstand, dass Sie ein Modellprojekt für Mecklenburg-Vorpommern vielleicht nicht 1:1, aber doch von der Zielrichtung her einfordern, das anderweitig, und darauf hat der Wirtschaftsminister hingewiesen, bereits in Sachsen-Anhalt entsprechend konzeptionell erarbeitet worden ist, im Juli 2006 in Magdeburg eingeführt worden ist, inzwischen in der Kleinstadt, ich weiß gar nicht, wie viel Einwohner Bad Schmiedeberg hat, in Gang gesetzt wurde und dessen Ergebnisse im Laufe dieses Jahres bis spätestens im Jahr 2008 evaluiert werden sollen. Das Land Sachsen-Anhalt und die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen haben sich im sogenannten Magdeburger Kreis zusammengefunden, eine Konzeption zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Bürgerarbeit – das ist das, was hinter Ihrem Antrag steckt – erarbeitet und das Projekt gestartet. Die Grundidee, die dem Konzept Bürgerarbeit zugrunde liegt, ist: Arbeitslose, die nicht direkt oder durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, erhalten einen nichtbefristeten Vertrag mit Einsatzgebieten im Non-Profit-Bereich. Das bedeutet, dass eine zusätzliche, im öffentlichen Interesse

begründete, den Fähigkeiten und Kenntnissen des Einzelnen weitgehend entsprechende Tätigkeit im öffentlichen Bereich vermittelt werden soll.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Das hieß früher mal ABM.)

Das hieß früher auch mal ABM.

Nach einem vierstufigen System wird allen Arbeitslosen ein auf die individuelle Situation zugeschnittenes Angebot unterbreitet. Der erste Schritt sind Beratungsbeziehungsweise Vermittlungsgespräche, dann werden die entsprechenden Vermittlungsaktivitäten gestartet, Arbeitslose, die noch einen Qualifizierungsbedarf haben, erhalten diesen, und in der verbleibenden Stufe erfolgt für die Erwerbssuchenden, die insoweit nicht vermittelt werden konnten oder in Qualifizierungsmaßnahmen gebracht werden konnten, das Angebot von Bürgerarbeit. Die pauschale Vergütung, und das ist vielleicht der Unterschied zu Ihrem Antrag, wenn ich den Antrag jetzt richtig im Kopf habe, beläuft sich auf maximal 975 Euro brutto bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden. Das, und da kommen wir auf die Thematik ...

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
In Sachsen-Anhalt?)

In Sachsen-Anhalt, bei dem Projekt.

Da kommen wir auf die Thematik des vorhergehenden Tagesordnungspunktes zurück, das entspricht nämlich genau einem Bruttostundenlohn von 7,50 Euro. Das mag seine Ursache haben.

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Das Konzept Bürgerarbeit ist darauf ausgerichtet, die Durchlässigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Gleichzeitig soll es das Brachliegen, das ist ja ein durchaus konzeptionell wichtiger Ansatz, der individuellen Fähigkeiten vermeiden, Arbeiten in dem Non-Profit-Sektor, die bisher oder absehbar auch künftig wegen fehlender Haushaltsmittel nicht ausgeführt werden können, ermöglichen, die gesundheitlichen und sozialen Folgen, die nachweislich durch Arbeitslosigkeit entstehen, mindern und die sozialen Bezüge stabilisieren. Für die zu zahlenden Leistungen, das ist sicherlich volkswirtschaftlich genau der richtige Punkt, erbringen die Beschäftigten eine angemessene Gegenleistung – eine Tatsache, die nicht in unerheblichem Maße dazu beitragen kann, die Stigmatisierung, die hier eben angesprochen worden ist, der bisher arbeitslosen Personen zu verhindern. Gleichzeitig, und das sollte man nicht verschweigen, wird bei den Personen, die sich über Bürgerarbeit nicht einbringen wollen, geprüft, inwieweit überhaupt der Wille zur Vermittelbarkeit beziehungsweise zur Verfügbarkeit besteht, und dies auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur Arbeitslosigkeit ein gesellschaftliches und ein wirtschaftliches Problem heutzutage ist, sondern auch Schwarzarbeit.

Finanziert wird das Vorhaben aus den Mitteln der Agentur für Arbeit sowie aus ESF-Mitteln, Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt.

Jetzt kommen wir zu dem Entscheidenden: Bei den ersten Ergebnissen, die sich jetzt gezeigt haben – das Projekt läuft, wie gesagt, seit nicht ganz Mitte letzten Jahres –, lassen sich zwei Erkenntnisse sammeln: erstens, dass die Arbeitslosenzahl in dieser betroffenen Gemeinde Schmiedeberg in erheblichem Maße, nämlich

fast um die Hälfte, reduziert werden konnte. Es ist aber auch die Frage aufgetaucht, inwieweit ein solches Vorhaben überhaupt auf größere Räume ausgedehnt werden kann. Und während der sachsen-anhaltinische Kollege von Herrn Wirtschaftsminister Seidel am Anfang dieses Jahres die Ausdehnung des Projektes auf den gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz ankündigte, erklärte kurz darauf der zuständige Geschäftsführer der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen, dass eine Ausdehnung des Modellprojektes auf die komplette Region derzeit nicht realisierbar und auch für den Landkreis Mansfeld-Südharz nicht vorgesehen sei. Zur Begründung hat er angeführt, dass nach Auffassung der Bundesagentur zu unterscheiden wäre zwischen der Situation in der Gemeinde Bad Schmiedeberg, wo zu Beginn des Projektes rund 331 Frauen und Männer arbeitslos waren, wovon sich heutzutage ein Drittel in der sogenannten Bürgerarbeit befinden, und den Arbeitslosenzahlen im Landkreis Mansfeld-Südharz, wo sich die Arbeitslosenzahl auf 16.000 Personen beläuft. Das Problem ist nämlich nicht nur eine Frage der Finanzierbarkeit, das ist schon problematisch genug, sondern vor allem, ob die Generierungen von Beschäftigungsfeldern für eine solche gemeinwohlorientierte Arbeit geeignet sind und nicht bestehende Arbeitsplätze gefährden. Und da sieht man, meine Damen und Herren, dass bei dieser Intention, egal ob das jetzt Ihr Antrag ist oder das, was dort in Sachsen-Anhalt durchgeführt wird, letztendlich der Teufel im Detail steckt.

Meine Fraktion hält es daher für sinnvoll, dass sich die Gremien dieses Hauses mit dem, was der Wirtschaftsminister eben dargelegt hat, den Überlegungen, die hier im Lande bei der Landesregierung bestehen, den Überlegungen, die bei der Bundesagentur für Arbeit bestehen, den Zielstellungen, die die Bundesregierung in den letzten Wochen deutlich gemacht hat, und natürlich mit dem Antrag, den Sie hier heute eingebracht haben,

(Zuruf von

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

intensiv, und zwar nicht nur im Rahmen dieser Landtagsdebatte, sondern in den zuständigen Gremien dieses Hauses beschäftigen, dort sehen, welche Erfahrungen sind vor Ort in anderen Regionen gemacht worden, wie können wir hier in Mecklenburg-Vorpommern eine Lösung finden, die den gesellschaftlichen Interessen, den individuellen Interessen der Erwerbssuchenden, dem Konfliktfeld öffentlicher Beschäftigungssektor/private Wirtschaft und natürlich auch den finanziellen Gegebenheiten ausreichend folgt, um damit tatsächlich eine Lösung zu schaffen, die im Interesse aller Beteiligten ist und hinterher nicht mehr Problemfelder aufwirft, als am Anfang tatsächlich vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion beantragt daher, den vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP, der Abgeordnete Herr Roof.

**Michael Roof,** FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Schulte, ich kann Ihnen da nur zustimmen, dass es mit Sicherheit sinnvoll ist, diesen Antrag zu diskutieren, obwohl es keine neue Erkenntnis ist.

Lieber Herr Methling, das, was Sie hier vorlegen, ist fast wortgleich mit dem Antrag 16/2504 vom 05.09.2006 aus dem Deutschen Bundestag. Vielleicht kann man das auch irgendwann anders machen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist doch bei Ihrer Partei auch nicht anders.)

Kurzer Ansatz dazu: Wir haben uns diesen Antrag sehr intensiv durchgelesen und sind mit dem ersten Bereich sehr einverstanden, wenn man an der Formulierung „Modellregionen zu entwickeln, Gedanken zu entwickeln, Möglichkeiten zu entwickeln“, wenn man dort anhält und nicht gleich sagt, entwickeln ist gleich umsetzen, mit ganz bestimmten Prioritäten dann auch gleich umsetzen.

Mit dem zweiten Bereich und speziell mit der Begründung haben wir doch erhebliche Bedenken. Wir stimmen dem Wirtschaftsminister ausdrücklich zu und trauen es auch dem Wirtschaftsministerium zu, aus der Vielzahl der Modellprojekte, die im Augenblick bundesweit angelaufen sind, diskutiert oder besprochen werden, ein Modellprojekt für Mecklenburg-Vorpommern herauszufinden, was den Gegebenheiten des Landes am nächsten kommt und was für die Gegebenheiten des Landes auch das erfolgreichste sein sollte.

Herr Schulte hat ganz richtig die unterschiedlichen Strukturen von Städten, die unterschiedlichen Strukturen von Arbeitslosenquoten gezeigt, die unterschiedlichen Strukturen gezeigt, wo Beschäftigung möglich sein kann, wo Beschäftigung im zweiten oder dritten Arbeitsmarkt, wie man es auch immer nennt, auch besondere Gefahren mit sich bringt. Aus dem Grund müssen wir an diese Thematik sehr differenziert herangehen. Wir unterstützen daher den Antrag auf Überweisung dieses Antrages. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der  
Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Roof.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Löttge von der Fraktion der CDU.

**Mathias Löttge,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer solch interessanten Debatte ist es natürlich wirklich schwierig, noch etwas ganz Neues zu sagen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sie kriegen das hin.)

Insofern werde ich versuchen, meine Redezeit sehr kurz zu halten.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich gleich am Anfang eins feststellen: Die Fraktion der CDU steht voll hinter ihrem Koalitionsvertrag und das bedeutet für uns natürlich, dass es schwerpunktmäßig darum gehen muss, Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Wie ist das vorhin so schön formuliert worden? Wir brauchen dauerhafte Beschäftigung in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Und das sollten wir auch nie aus den Augen verlieren bei all den Dingen, die wir tun.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass die Landesregierung dabei auf einem guten Wege ist

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Oh ja!)

und die richtigen Maßnahmen dazu eingeleitet hat. Insofern steht die CDU-Fraktion voll und ganz hinter dem, was jetzt mit den operationellen Programmen geleistet werden soll, nämlich den ersten Arbeitsmarkt zu befördern, vorrangig zu befördern.

(Beifall Jörg Vierkant, CDU)

Des Weiteren, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir uns natürlich darüber im Klaren, dass es notwendig ist, neben der besonderen Beförderung des ersten Arbeitsmarktes auch an die Menschen zu denken, die tatsächlich wenig oder geringe Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, und deshalb, das wird Sie jetzt nicht verwundern, stehen wir einem solchen Modellprojekt durchaus offen gegenüber.

Ich habe mich im Vorfeld der heutigen Debatte noch einmal intensiv mit dem beschäftigt, was gerade in Bad Schmiedeberg passiert. Es hat sicherlich den besonderen Charme, dass man es tatsächlich tunlichst vermeidet, in irgendeiner Weise Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt infrage zu stellen, und man sich zweitens besonders Aufgaben im öffentlichen Bereich widmet. Dass das jetzt natürlich schon zu Schwierigkeiten führt an der einen oder anderen Stelle und dass auch die Frage steht, ob ein solches Modell sich eigentlich in die Fläche übertragen lässt, ist ganz logisch.

Lieber Herr Kollege Schulte, die Gemeinde Bad Schmiedeberg hat 4.200 Einwohner. Wenn man ein solches Modell auf größere Städte oder auf die Fläche übertragen will, muss man genau gucken, wie das möglich ist.

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Barth ist geringfügig größer, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Aber nichtsdestotrotz ist es wirklich die Frage, inwieweit man so ein Modell eins zu eins übertragen und damit auch in die Fläche gehen kann. Das bleibt sicherlich weiteren Untersuchungen und Überlegungen vorbehalten.

Abschließend sage ich eins: Wir unterstützen die hier schon gegebenen Empfehlungen zur Überweisung in den Ausschuss, übrigens für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Ich möchte das mal in Erinnerung rufen, weil ich hier immer nur Wirtschaftsausschuss höre. Erfreulicherweise ist es der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Es liegt mir als tourismuspolitischem Sprecher meiner Fraktion natürlich schon am Herzen, neben der Arbeit, über die wir jetzt gerade reden, über Arbeitsmarktpolitik, auch die Tourismuspolitik nicht ganz aus dem Auge zu verlieren.

(Beifall Ralf Grabow, FDP)

Immerhin haben wir deswegen auch das Ministerium Wirtschaft, Arbeit und Tourismus genannt und ich glaube, das war gut so. In diesem Sinne empfehlen wir die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und ich freue mich auf die dann folgende Debatte zu den Einzelheiten dieses Antrages. Da gibt es

sicherlich einiges, was dabei zu beachten ist, insbesondere, wie gesagt, auf keinen Fall irgendeine Gefährdung des ersten Arbeitsmarktes. Das muss verhindert werden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten  
der CDU und Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Es geht doch.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Löttge.

Für die NPD hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster das Wort.

**Stefan Köster,** NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mehr existenzsichernde Arbeit für mehr Menschen schaffen, das ist angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und in Mecklenburg-Vorpommern die zentrale Aufgabe von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Steuersenkungen für Besserverdienende und Abbau sozialer Leistungen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung haben zu einer Spirale nach unten geführt. Schwächung der Binnen- nachfrage, Wachstumsschwäche, höhere Arbeitslosigkeit und wachsende Defizite in den öffentlichen Haushalten des Bundes, der meisten Länder und der Kommunen sind die Folge.

Im Dezember 2006 waren offiziell bundesweit insgesamt vier Millionen Menschen in der Statistik als arbeitslos erfasst. Davon waren fast drei Millionen Menschen Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosengeld II nach dem Hartz-IV-Gesetz erhalten. Dies wurde von den etablierten Medien und den Versagerparteien in Berlin als großer Erfolg gewertet. Übersehen und ausgeblendet wurden allerdings ganz bewusst folgende Punkte: 330.000 Arbeitslosengeldempfänger wurden nicht als arbeitslos geführt, weil sie die vorruhestandsähnliche Regelung des Paragraphen 428 des Sozialgesetzbuches III in Anspruch nahmen, arbeitsunfähig waren, erkrankt waren oder sich in einer Trainingsmaßnahme befanden. Personen, die einen sogenannten 1-Euro-Job angenommen haben, werden unabhängig von der Dauer ebenfalls nicht als arbeitslos geführt. Wenn wir dies alles mit einrechnen, dann werden die richtigen Zahlen bei weit über fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland liegen.

Der erste Arbeitsmarkt wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, Vollbeschäftigung herzustellen. Deswegen brauchen wir neben dem ersten auch einen echten zweiten Arbeitsmarkt, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der Arbeitslosen wieder eine sinnvolle Erwerbsarbeit und eine Zukunftsperspektive vermittelt. Ein solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor muss so organisiert sein, dass er aus Sicht meiner Fraktion folgende wesentliche Kriterien erfüllt: Er muss sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse anbieten. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen im Bereich für die Gemeinschaft sinnvoller und notwendiger Arbeit angesiedelt sein, die derzeit weder von privaten Unternehmen noch von staatlicher Seite angeboten werden. Das ist im Bereich der Stadtteil-, der Jugend-, der Kultur-, der Umweltarbeit und auf vielen anderen Feldern möglich, wo bereits heute viel über un- oder unterbezahlte ehrenamtliche Arbeit läuft, wo es aber dringend einer Planungssicherheit bedarf. Die öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht dazu genutzt werden, bestehende reguläre Beschäftigungsverhältnisse auf dem ers-

ten Arbeitsmarkt zu ersetzen oder zu verdrängen. Solche Maßnahmen öffnen Spielräume für eine gemeinnützige Selbstorganisation, für die Entwicklung einer reichhaltigen und lebendigen sozialen und kulturellen Infrastruktur jenseits von reinem Markt und reinem Staat, aber mit öffentlicher Finanzierung für einen Sektor, der so weit wie möglich frei von staatlicher Bevormundung mit einem höchstmöglichen Grad an Selbstbestimmung der Beschäftigten ist.

Das Hartz-IV-Gesetz hat nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit geführt, im Gegenteil: Es verwaltet die Arbeitslosigkeit. Es erhöht den Druck auf die betroffenen Langzeitarbeitslosen. Es setzt viele auf die Rutschbahn in die Armut und hat gleichzeitig viele der bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente beseitigt. Die Strukturanpassungsmaßnahmen, die es für Sozialhilfeempfänger gab, sind im vergangenen Jahr abgelaufen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – hier kann man sicherlich über den tatsächlichen Sinn streiten – gibt es nur noch wenige. Im alten Bundessozialhilfegesetz gab es die Möglichkeit, die Mittel, die an die einzelnen Hilfeempfängerinnen und -empfänger ausgezahlt werden, zu bündeln und damit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für den Einzelnen zu schaffen. Aber das gibt es nicht mehr. Die Bundesregierung und die Arbeitsagentur setzen ihren arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt vielmehr auf kurzfristige Arbeitsgelegenheiten, die sogenannten 1-Euro-Jobs – in der Fachsprache: Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung.

In der Regel werden Langzeitarbeitslose für drei bis sechs Monate in einen solchen 1-Euro-Job vermittelt, wenn sie mit Qualifikation verbunden sind, auch länger. In der Zeit verschwinden sie zwar aus den Statistiken, ihr Problem, eine dauerhafte oder zumindest mit Zukunftsperspektiven verbundene Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, löst sich damit nicht. Sie haben keinen Arbeitsvertrag, unterliegen nicht dem üblichen arbeitsrechtlichen Schutz, sie sind nur pauschal sozialversichert. Die 1-Euro-Jobs sind gesellschaftlich stigmatisiert, auch wenn etliche Arbeitslosengeld-II-Empfänger mit solchen Jobs netto über mehr Einkommen verfügen können, als manche regulär Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnssektor.

Niemand darf in Deutschland mehr zu Dumpinglöhnen arbeiten. Die Modellprojekte sind sinnvoll und insofern wird die NPD-Fraktion sowohl dem Antrag als auch einer Überweisung in den Wirtschaftsausschuss zustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Regine Lück,** Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst zwei Vorbemerkungen, bevor ich noch einmal auf den Antrag zu sprechen komme: Diese einseitige Kritik an das Arbeitsministerium möchte ich ablehnen, denn wir haben, wenn Sie sich erinnern können, die Konferenz zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hier in Schwerin gehabt und da ist es der Bund gewesen, der sich sozusagen, Herr Minister, aus der Beantragung dieses Modellprojekts verabschiedet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Es ist also nicht so, dass wir in unseren acht Jahren Regierungsarbeit da nichts getan und nichts initiiert haben. Und zum anderen, muss ich sagen, ist es auch für mich ein ausgelatschter Schuh, wenn hier immer wieder auf diese acht Jahre Regierungsbeteiligung verwiesen wird und darauf,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:  
16 Jahre Helmut Kohl. –  
Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

was wir gemacht haben. Wir machen das in der Diskussion auch nicht, dass wir, wenn wir uns politisch auseinandersetzen, über Ihre acht Jahre Regierungsbeteiligung reden.

(Beifall Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, das machen wir nicht.)

Das möchte ich einmal in den Raum stellen. Da unterscheiden wir uns sachlich doch schon in der Diskussion erheblich.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich möchte auch, dass alle wieder wach werden, bevor ich anfangen, damit wir darüber reden können.

Und eins möchte ich auch noch klarstellen, wenn es um Statistikdiskussionen geht. Bei den Langzeitarbeitslosen gibt es einen Anstieg. Wir haben 56.584 Langzeitarbeitslose in unserem Bundesland und das sind auf jeden Fall mehr, als wir vorher hatten, wenn wir uns die vergangenen Zeiten betrachten. Aber es ist nun einmal so, dass die Reformen des Arbeitsmarktes vor allem an den Langzeitarbeitslosen vorbeigehen, und das ist mein Thema. Keine Verbesserung der Perspektiven, Verschlechterung bei Gesundheit und Bildung und Altersarmut sind vorprogrammiert. Und dann so nach dem Motto: „Seht mal zu, wie ihr zurechtkommt, die Leistungsgesellschaft hat keinen Platz für euch.“ Genau das ist der Punkt, den wir auch nicht in der gesellschaftlichen Debatte haben möchten. Eine mögliche Lösung, diesen Menschen eine Perspektive zu bieten, hat Rot-Rot meiner Meinung nach immer wieder unter Beweis gestellt, ich habe es bei der Einbringung des Antrages auch noch einmal gesagt, und das ist die gemeinwohlorientierte Arbeit in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Es hat mich schon aufhorchen lassen in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses, dass wir genau das wieder infrage stellen.

Ja, meine Damen und Herren insbesondere von der CDU – und in diesem Fall wende ich mich auch an den Unternehmerverband Mecklenburg-Vorpommern –, diesen Projekten, die wir hatten, gemeinwohlorientierte Beschäftigung, um es vornehm auszudrücken, standen Sie ja immer sehr skeptisch gegenüber. Viele Projekte sind dabei in Entwicklungskonzeptionen, Vorbereitungen von Existenzgründungen, Marketing und auch Projektentwicklung gegangen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
In Rostock haben sie mitgemacht.)

Selbst Unternehmerverbände waren Träger solcher Maßnahmen. Ich erinnere mich zum Beispiel an das Projekt „Gründerportal“ in Neubrandenburg, was auch sehr gerne durch den Unternehmerverband in Anspruch genommen wurde. Und wie viele Projekte haben zur Entwicklung und auch zum Ausbau von Kultur und Tourismus beigetragen

und dazu, die weichen Standortfaktoren maßgeblich zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls Arbeitsplätze gesichert und geschaffen hat der Initiativfonds, den das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung ins Leben gerufen hat. Ich freue mich darüber, in Ihrer Koalitionsvereinbarung zu lesen, dass der Initiativfonds weitergeführt wird. Transparenz beim ASP und Förderung des Unternehmergeistes waren wesentliche Pfeiler der Politik im Holter-Ministerium. Ich hoffe, dass diese Transparenz sich auch in den Regionalbeiräten der jeweiligen Gebiete umsetzen lässt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, ja, das müssen wir erst mal sehen.)

Das hoffen wir sehr.

Die Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit hat sich bewährt und wird fortgeführt. Wir haben zurzeit 620 Jugend- und Schulsozialarbeiter. Aber ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, wir hatten schon viel mehr Jugend- und Schulsozialarbeiter in unserem Land. Wir müssen unbedingt nicht nur diese Zahl halten, sondern wir sollten sie erhöhen, weil sie nämlich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Arbeitsplätze erhalten oder wir damit solche Arbeitsplätze schaffen. Und vor allen Dingen möchten wir auch, dass die Schulsozialarbeiter und die Jugendsozialarbeiter sich zu gleichen Maßen ausbauen, weil wir sie in beiden Bereichen für sehr wichtig halten.

Da sind wir dann auch bei dem grundsätzlichen Thema: Wie viel muss ein Staat leisten, um die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit diesem Staat zu sichern? Es steht also die Frage: Wie müssen die Schulen und die sozialen Sicherungssysteme ausgestaltet sein, wie muss die Arbeitsmarktpolitik gestaltet werden, damit sie nachhaltig wirkt, sowohl für die Betroffenen als auch für das Gemeinwesen? Nachhaltigkeit schafft man nicht durch Niedriglöhne und Arbeitsgelegenheiten. Diese Nachhaltigkeit schafft man nur durch sinnstiftende sozialversicherungspflichtige und für den Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin existenzsichernde Arbeit. Und in diesem Punkt stimme ich Ihnen auch zu, wie es in Ihrem Koalitionsvertrag heißt, ich zitiere: „Sie unterstützen die Bundesregierung bei ihren Bemühungen um existenzsichernde Löhne.“

Wir haben gerade eben eine Debatte zum Mindestlohn geführt. Ich möchte, weil in der Diskussion zu einem großen Teil immer dieses Beispiel von Sachsen-Anhalt gekommen ist, Ihren Blick auch auf Berlin richten. Berlin hat sehr interessante Modellprojekte, an denen zurzeit gearbeitet wird, und damit sollten wir uns unbedingt im Wirtschaftsausschuss befassen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und alles das, was wir getan haben, um jetzt auf die vergangenen acht Jahre zu kommen, in der Berufsfrühorientierung, bei den Schülerfirmen und auch die Tradition der Jugendbetriebe sollte weitergeführt werden. Wer von Ihnen war schon einmal in einem Jugendbetrieb? Es sind wirklich hervorragende Projekte. Produktionsschulen, die wir haben bei uns im Land, oder die Kinderbetreuung in Randzeiten, das sind alles Dinge, die man unbedingt hier bei uns fortführen sollte und auf die wir nicht verzichten möchten.

Abschließend möchte ich Sie aber noch auf ein weiteres Problem aufmerksam machen. Wir brauchen Angebote

und Lösungen auch für diejenigen, die wegen 10 Euro Einkommens zu viel bei der Berechnung keine Leistungen erhalten. Deshalb lenke ich den Fokus noch einmal auf die Nichtleistungsempfängerinnen und -empfänger. Wir dürfen meiner Meinung nach auch diese Menschen nicht diskriminieren, indem sie keine Möglichkeit des Zugangs zum Arbeitsmarkt haben. Es ist schon allein eine Diskriminierung, wenn wir eine Einteilung in den ersten, zweiten und jetzt sogar schon dritten Arbeitsmarkt vornehmen oder wenn wir an die Transferleistungen denken, die die Niedriglöhne aufbessern sollen. Da sagen wir, das kann es nicht sein. Mein Vorschlag ist, dass wir im Wirtschaftsausschuss ganz intensiv darüber weiterdiskutieren, und in diesem Sinne danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Lück.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/156 zur Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Neuregelung der Abwesenheitsregelung in vollstationären Pflegeeinrichtungen, Drucksache 5/148.

**Antrag der Fraktion der FDP:  
Neuregelung der Abwesenheitsregelung  
in vollstationären Pflegeeinrichtungen  
– Drucksache 5/148 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

**Ralf Grabow, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Diesen Antrag, das habe ich inzwischen herausbekommen, gab es schon einmal 1999, eingebracht von Frau Dr. Seemann. Insofern ist eine zufällige Gleichung da. Damals ist er an das Sozialministerium verwiesen worden, aber das Problem ist bis heute nicht geklärt. Ich sage gleich vorweg, ich beantrage heute auch die Überweisung in den Sozialausschuss mit der Bitte, dass der Minister uns bei der Umsetzung helfen möge.

Ich will kurz und mit einfachen Worten darauf eingehen, weil diese Abwesenheitsregelung nicht so einfach ist, wie sie ausgesprochen ist, weil sie mit vielen bürokratischen Hemmnissen untermauert worden ist. Vielleicht ist sie auch in den sieben Jahren nicht einfacher geworden, denn wir haben inzwischen den KSV, der sich ja nicht immer durch Flexibilität und Entbürokratisierung auszeichnet. Insofern wird es vielleicht noch schwerer werden, diese Idee der Bürger durchzusetzen.

Worum geht es? Wenn Sie ein Kind haben, was in eine SGB-XII-Einrichtung geht – ich nehme ein Beispiel aus einem Autistenwohnheim, was wir in Rostock betreiben mit zwölf schwer auffälligen Autisten –, dann haben diese Eltern nur das Recht, ihre Kinder 28 Tage aus der Einrichtung herauszunehmen. Wenn man nur von Arbeitstagen ausgehen würde, könnte man sagen, okay, es gibt viele Menschen, die auch nur 30 Urlaubstage haben, aber

hier ist es so, dass in diesen 28 Tagen der Sonnabend auch noch mit enthalten ist. Also da findet schon etwas Verkehrtes statt. Es müsste da eine Gleichbehandlung geben. Auf der anderen Seite ist es teilweise schizophoren, denn wir fordern, dass Angehörige sich ein Leben lang um ihre Angehörigen kümmern, Mütter, Väter und Geschwister. Auf der anderen Seite bestrafen wir sie. Dadurch entsteht oft eine soziale Härte und die Eltern müssen bezahlen.

Bei vielen großen Trägern ist es, meine ich, vielleicht nicht ganz so schlimm. Aber bei kleinen Trägern, wie ich zum Beispiel einem vorstehe, sind das im letzten Jahr 16.000 Euro gewesen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:  
Aber die Großen kassieren.)

Die Großen kassieren, sie setzen es auch rechtlich durch. Wir als kleiner Träger, wo Betroffene selbst im Vorstand sind, machen so etwas nicht, weil wir sagen, es geht nicht. Trotzdem fällt das bei vielen kleinen Trägern viel mehr ins Gewicht als bei den großen. Da wir Behinderteneinrichtungen mit oftmals zwischen 24 und 48 Betten haben, ist das auf lange Sicht ein richtiges Problem. Insofern möchte ich Sie bitten, diesen Antrag zu überweisen.

Ich hätte noch eine ganze Menge Facetten dieser Abwesenheitsregelung vorzubringen, aber man kann das ganz gut nachlesen, denn Frau Dr. Seemann hat das am 15. Dezember 1999 sehr ausführlich vorgebracht. Der Antrag hat sehr viele Punkte und ich würde es gut finden, wenn wir das mit Unterstützung des Ministers im Ausschuss diskutieren. Vielleicht schaffen wir es diesmal nach neun oder zehn Jahren. Viele Abgeordnete haben in den Pausen gesagt, es stimmt – im Petitionsausschuss war das Thema auch, inzwischen ist es beim Bürgerbeauftragten vorgebracht worden –, das Thema ist nach wie vor vakant. Die Bürger haben nach wie vor den Wunsch, ihre Angehörigen längerfristig aus den Einrichtungen herauszunehmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Grabow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Sozialminister Herr Sellering.

**Minister Erwin Sellering:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war eine sehr kurze Einbringungsrede und ich werde mich bemühen, mindestens genauso kurz zu antworten oder darauf einzugehen.

Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden, dass wir den Antrag überweisen sollten, um im Ausschuss im Einzelnen darüber zu reden. Das Problem hat es 1999 in der Tat schon gegeben. Frau Dr. Seemann ist da Spezialistin, weil sie das damals betreut hat. Inzwischen hat sich das eine oder andere geändert, und zwar dass das Sozialministerium nicht mehr direkt zuständig ist, sondern wir können den Prozess nur begleiten. Deshalb passt es auch nicht so hundertprozentig, wenn Sie sagen, wir sollten eine Richtlinie aufheben. Die ist längst aufgehoben. Es geht um andere Einrichtungen. Ich glaube, es wird deutlich, dass es kompliziert ist. Ich habe bisher auch keine Rückmeldung darüber, dass wir da wirklich ernsthafte

und schwierige Probleme haben. Das wird jetzt zwischen den Beteiligten ausgehandelt. Die Rückmeldung, die wir bekommen, ist, dass es da keine Probleme gegeben hat, die darauf hindeuten. Das muss aber nicht viel heißen. Ich würde anbieten, wir schauen uns das gemeinsam im Ausschuss an, denn es lohnt sich wahrscheinlich nicht, jetzt im Plenum hier diese Probleme und Fragen im Einzelnen anzusprechen. Überweisen wir den Antrag in den Ausschuss für eine vernünftige Lösung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Heydorn von der Fraktion der SPD.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Problem ist erörtert und vorgetragen worden. Es geht letztendlich darum, dass Menschen in Alten- und Pflegeheimen sich nicht ständig dort aufhalten, denn sie werden krank, müssen ins Krankenhaus, sie machen Urlaub mit Angehörigen oder sind aus sonstigen Gründen abwesend. Im Zeitraum dieser Abwesenheit fallen Kosten an. Diese Kosten müssen bezahlt werden. Die Abwesenheitsregelung, die wir heute haben, sieht so aus, dass im Jahr für 28 Tage der Abwesenheit 80 Prozent der Pflegekosten weitergezahlt werden. Für die Kosten der Unterkunft, das ist noch eine andere Sache, ist auch jeder selbst verantwortlich, die müssen auch weiterbezahlt werden. Wenn diese 28 Tage abgelaufen sind, tritt kein Sozialleistungsträger mehr für die Abwesenheitsgeschichte ein, sondern dann muss jeder dafür selber aufkommen. Das kann in dem einen oder anderen Fall zu Problemen führen, wenn Menschen, die pflegebedürftig sind, wenn sie länger als 28 Tage aus der Einrichtung raus sind, die Kosten selbst bestreiten müssen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist aber nicht die Regel. Der Minister hat gerade darauf hingewiesen, dass im Augenblick die Rahmenvereinbarungen zu dem entsprechenden Paragraphen des SGB XI im Land verhandelt werden. Die sind da schon relativ weit und haben sich im Rahmen dieser Verhandlungen in erster Linie mit Personalschlüsseln beschäftigt. Ich weiß jetzt nicht, ob und in welchem Umfang das Thema Bettenfreihaltgeld da eine Rolle gespielt hat.

(Vizepräsident Andreas Bluhm  
übernimmt den Vorsitz.)

Soweit ich es mitbekommen habe, ist es eher nicht aufgegriffen worden. Aber es ist eine wichtige Geschichte und es belastet letztendlich pflegebedürftige Menschen beziehungsweise ihre Angehörigen, wenn sie länger als 28 Tage aus dem Heim herausgenommen werden.

Auf der anderen Seite geht es bei dem Thema natürlich auch um öffentliche Mittel, denn die Beträge der Pflegeversicherung sind gedeckelt, sie reichen in der Regel nicht aus und eine Vielzahl von Leuten, die sich in der stationären Pflege befinden, sind auf Sozialhilfeleistungen im Rahmen des SGB XII angewiesen. Diese Sozialhilfeleistungen werden heute von den örtlichen Sozialträgern gewährt, das sind Landesmittel. Sie wissen, dass das Land im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe diese Beträge an die örtlichen Träger erstattet und dass zuständig heute für die Verhandlungen, die die überörtliche Sozialhilfe in dem Sektor führt, der Kommunale Sozialverband ist. Und der Kommunale Sozialverband

hat natürlich ein Interesse daran, diese Kosten gering zu halten. Das sind Landesmittel, also öffentliche Mittel, und die müssen ordentlich bewirtschaftet werden. Wir bewegen uns heute in dem Spannungsfeld, auf der einen Seite Pflegebedürftige nicht über Gebühr belasten zu wollen und auf der anderen Seite natürlich dabei auch die öffentlichen Mittel im Auge zu haben. Deswegen finde ich es richtig, dass man das noch einmal im Sozialausschuss erörtert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Fraktion wird einer Überweisung in den Sozialausschuss zustimmen.

Es erscheint Harry Glawe und brubbelt auch zum Thema.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir machen das, Harry.

(Heiterkeit bei

Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS,  
und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Harry, so machen wir das jetzt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Minister Dr. Till Backhaus: Harry,  
hol schon mal den Wagen!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Heydorn.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Dr. Marianne Linke,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es wurde schon gesagt, der Kommunale Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern wurde auf der Grundlage des Gesetzes zur Errichtung des Kommunalen Sozialverbandes vom 17.12.2001 im Januar 2002 gegründet, um als kommunaler Interessenvertreter die Aufgaben im Rahmen der überörtlichen Sozialhilfe wahrzunehmen.

Der Runderlass, der hier im Antrag genannt ist, auf den sich die Antragsteller beziehen, ist durch den KSV im Jahr 2002 außer Kraft gesetzt worden. Dennoch entstehen immer wieder die hier geschilderten Probleme und es ist so, dass bei längerer Dauer des Urlaubs finanzielle Belastungen und daraus auch Unmut bei den Betroffenen und bei den Trägern der Einrichtungen entstehen.

Das Problem der Abwesenheitsregelungen, aber vor allem auch das Problem der entsprechenden Kostentragung wurde in der Vergangenheit im KSV, im Sozialministerium und auch im Petitionsausschuss thematisiert. Mit den Landesrahmenverträgen gemäß Paragraf 75 SGB XI und Paragraf 79 SGB XII, die zwischen den Trägern von Einrichtungen und den Sozialhilfeträgern des Landes abgeschlossen wurden, können auch Lösungen des hier genannten Problems vereinbart werden. Nichtsdestotrotz gibt es eine Zunahme von strittigen Fällen, Herr Grabow hat darauf hingewiesen. Inwieweit die in den Rahmenverträgen skizzierten Spielräume den Erfordernissen des Lebens genügen, sollte tatsächlich genauer betrachtet werden. Namens meiner Fraktion stimme ich deshalb der Überweisung des Antrages zu. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS,  
FDP und Dr. Margret Seemann, SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Dr. Linke.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kuhn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Werner Kuhn,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Thema hat, denke ich, dadurch, dass sich die gesetzlichen Bestimmungen in den letzten Jahren doch schon enorm verändert haben, auch die Durchführungsbestimmungen und das, was die Kostenträger letztendlich innerhalb des Gesamtsystems an Erstattungsmöglichkeiten den Bewohnern in vollstationären Pflegeeinrichtungen ermöglichen, eine Dimension angenommen, dass wir auf fachlicher Ebene darüber diskutieren wollen. Der Minister hat daher auch den Vorschlag gemacht.

Wir müssen das Problem natürlich – so, wie Herr Grabow das in seinem Diskussionsbeitrag, in seiner Rede dargestellt hat – aus Sicht der Heimbewohner anfassen, aber auf der anderen Seite auch aus Sicht derer, die Träger solcher Einrichtungen sind. Und wenn wir konstatieren und sagen, durch 28 Tage Urlaub in einem Jahr kann ein Heimbewohner auch die häusliche Sphäre wieder genießen und dort an Feiertagen

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

und im gemeinsamen Urlaub mit seinen Verwandten die Freizeit verbringen, dann, denke ich, ist das ein Zeitraum, der sicher auch angemessen ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das glaub ich nicht,  
weil der Krankenhausaufenthalt auch dazuzählt.)

Wir müssen natürlich gerade im Bereich der stationären Pflege und auch der Altenpflege sehen, dass wir hier den Bereich der vollstationären medizinischen Versorgung im Auge behalten müssen. Das sind auch 21 Tage, die letztendlich in der Kostenerstattung mit dabei sind. Aber der Bewohner hat ein Wohnrecht in seinem Heim und wenn er sich länger aus unterschiedlichen Gründen, aus Krankheitsgründen oder aus Urlaubsgründen, nicht im Heim befindet, Personalstruktur, Betriebskostenstruktur und so weiter aber durch die jeweiligen Träger effizient da sein müssen, ist es darüber hinaus schwierig, dass die Qualitätsparameter erfüllt sind.

In diesem Spannungsfeld befinden wir uns und das werden wir gemeinsam im Ausschuss erörtern. Ich freue mich auf die fachliche Auseinandersetzung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Überweisung wird von unserer Seite, der CDU-Fraktion, zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Kuhn.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Stefan Köster,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heime sollen eine umfassende Versorgung und Betreuung gewähren. Damit stehen die Bewohnerinnen und Bewohner aber auch in einer besonderen Abhängigkeit vom Heimträger. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, genießt dieser Personenkreis besonderen rechtlichen Schutz durch das Heimgesetz und die zum

Heimgesetz erlassenen Rechtsverordnungen. Das Heimgesetz setzt Mindestbedingungen für die Vertragsgestaltung fest

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

und macht Vorgaben für die Beschreibung der Leistungen, ihrer Qualität und der verlangten Preise. Heime unterliegen einer staatlichen Überwachung durch die Heimaufsicht.

Einen alten Baum soll man bekanntlich nicht mehr verpflanzen. Dieses trifft leider häufig nicht auf alte Menschen in unserer Gesellschaft zu. Mit zunehmendem Alter wächst die Bedeutung des häuslichen Umfeldes. Menschen über 60 Jahre befinden sich durchschnittlich betrachtet nur drei Stunden pro Tag außerhalb des Wohnbereiches. Heime sind Lebensraum und sollen es ermöglichen, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner dort zu Hause fühlen. Behinderte Menschen wohnen oft viele Jahre im Heim, meist länger als ihre Zeit bei der Familie. Auch ältere Menschen verbringen teilweise mehrere Jahre im Heim. Durchschnittlich betrachtet wohnen sie drei Jahre dort. Trotz dieser Entwicklung steht es außer Frage, dass der Kontakt zu den Angehörigen eine wichtige Sache ist und alte Menschen auch vor Vereinsamung schützt. Als Legislative haben wir hier die Aufgabe, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es Heimbewohnern möglich ist, den Kontakt zu Angehörigen trotz Heimunterbringung intensiv zu pflegen.

Die Herausnahme der Angehörigen aus dem Heim und die Ermöglichung eines zeitbedingten Lebens bei den Angehörigen, also bei der Familie, ist hier ein entscheidender Punkt. An dieser Stelle ist es fraglich, wenn durch Runderlasse Regelungen geschaffen werden, welche diese Möglichkeit zu einer Frage des Geldbeutels der Angehörigen machen. Es ist ziemlich kurz gedacht, wenn 28 Tage Abwesenheit im Kalenderjahr nicht überschritten werden dürfen, da sonst das Freihaltgeld des Bettenplatzes nicht bezahlt wird. Es ist vor allem deshalb zu kurz gedacht, wenn diese Regelung für Kalendertage getroffen wird und nicht Werkzeuge beinhaltet. Hier werden soziale und finanzielle Belastungen geschaffen, welche dem Wohl der Heimbewohner widersprechen. Gerade finanzschwachen Familien werden hier Steine in den Weg gelegt, welche aus unserer Sicht unerklärlich sind. Eine Neuregelung des Runderlasses der Sozialabteilung Nummer 32 von 1998 ist daher aus unserer Sicht längst überfällig. Auch die NPD-Fraktion wird der Überweisung in den Sozialausschuss zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön.

Es hat jetzt noch einmal das Wort ...

(Der Abgeordnete Ralf Grabow verzichtet.)

Herr Grabow verzichtet. Damit ist die Rednerliste erschöpft, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf der Drucksache 5/148 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Nein zur Rente erst ab 67, auf der Drucksache 5/105.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Nein zur Rente erst ab 67  
– Drucksache 5/105 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Köster. Bitte schön, Herr Köster.

(Reinhard Dankert, SPD: Wenn Sie so weitermachen, schaffen Sie's aber nicht bis 67.)

**Stefan Köster, NPD:** Tja, das glauben Sie, Herr Dankert.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Die Rente ist sicher.“ Dieser Ausspruch stammt bekanntlich vom ehemaligen Bundesarbeits- und -sozialminister Norbert Blüm. Ich gebe zu, ich stehe der Wirtschaftsordnung und dem politischen Gefüge in der Bundesrepublik sehr kritisch gegenüber,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

unter anderem wegen dieser Aussprache, welche jahrelang für mich persönlich eine Lüge war. Aber mir ist mit dem neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Annäherung des Renteneintrittsalters die Erkenntnis gekommen, dass die Aussage von Herrn Blüm richtig ist. Was ich bislang nie bedacht habe, ist, dass durch die Verschiebung des Renteneintrittsalters, vielleicht demnächst auf 75 Jahre, die Rentenhöhe nun doch gesichert ist, zwar etwas später, aber immerhin.

Mit dem Beschluss zum Gesetz zur Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 erleben wir einen weiteren massiven Einschnitt in die Altersvorsorge der Menschen. Als Landtag müssen wir hier Stellung beziehen, da mit dem Beschluss auch die Menschen in unserem Land betroffen sind. Die Anhebung des Rentenalters ist somit nicht ein Vorgang, welcher im Bundestag einfach so widerspruchlos durchgepeitscht werden darf. Genau deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Der Landtag hat die Möglichkeit, die Landesregierung, was ihr Stimmverhalten angeht, politisch zu binden. Wir sind der Auffassung, dass die Entscheidung auch tatsächlich durch den Landtag getroffen werden sollte, da es sich hier nicht einfach um eine lapidare Gesetzesänderung im Bundestag handelt. Es sind nicht nur die vielen Rentnerinnen und Rentner, die Sorgen haben, sondern es sind auch die Arbeitnehmer und die Jugend. Die Kundgebungen und Demonstrationen in unserem Land sollten uns alle eine Mahnung sein und das Bild widerspiegeln, wie die Stimmungslage im Land ist, denn die Menschen haben folgende Perspektive: Sie können nur immer geringer werdende Rentenzahlungen erwarten und haben die Sorge – die Arbeitsmarktzahlen sind nun einmal so, wie sie sind –, dass sie mit 55 Jahren keine Arbeit mehr finden und unter Hartz IV fallen, ihre Ersparnisse für den Lebensabend aufbrauchen müssen sowie der Altersarmut nicht mehr entgehen können. Das ist eine sehr schlechte Zukunftsperspektive.

Sie, die selbsternannten demokratischen Fraktionen, wundern sich immer wieder darüber, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit dem Funktionieren dieser Demokratie, dieser sogenannten Demokratie, nicht mehr zufrieden ist. Und sogar zwei Drittel der Bevölkerung sagen, dass es hier ungerecht zugeht. Ihre Parteien und Sie sind es aber, welche zielsicher an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiarbeiten und dabei mehr Lobbyver-

treter als Volksvertreter sind. Die Einführung der Rente mit 67 ist für mich ein Beispiel dieser Politik. Die Anhebung des Renteneintrittsalters bedeutet nämlich im Wesentlichen Renten Kürzung für die älteren Menschen und zusätzliche Arbeitslosigkeit für die jungen Menschen.

Hier liegt dann auch das Problem der Vorschläge der Bundesregierung. Die Mehrheit in diesem Land will nämlich nicht, dass das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht wird. Ob wir die Mehrwertsteuererhöhung, ob wir den schlechten Gesundheitskompromiss von CDU und SPD nehmen, die Einführung des Euros, die Abstimmung über die EU-Verfassung, ob wir die Senkung der Körperschaftssteuer für die Deutsche Bank und andere Kapitalgesellschaften nehmen, ob wir die Reduzierung der Pendlerpauschale nehmen, alle diese Maßnahmen geschehen gegen die Mehrheit des Volkes.

Noch im SPD-Bundeswahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 wurde die Rente mit 65 von Ihnen verteidigt. Ich darf kurz zitieren: „Unser Ziel ist, das faktische Renteneintrittsalter an das gesetzliche Eintrittsalter von 65 Jahren heranzuführen.“ Von 67 Jahren habe ich dort nichts gefunden. Plötzlich ist bei Ihnen die Rente mit 67 das Richtige. Wie kommt dieser Gesinnungswandel zustande? War es vielleicht eine bittere Pille, welche Sie den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl ersparen wollten? Diese Unehrllichkeit wäre nicht neu und Teil des Politikverständnisses der etablierten Klasse in Berlin, aber auch hier in Schwerin.

Aber zurück zu den sozialen Unzumutbarkeiten, welche in unserem Antrag vor allem eine Intervention der Landesregierung aus unserer Sicht notwendig machen. Glaubt die Bundesregierung wirklich, dass der Deutsche Michel dieses Rentenchaos möglichst widerstandslos schluckt? Bei Fragen nach Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie bitte nicht die Bundesregierung! Sicherlich, die Menschen werden älter und beziehen demzufolge länger Rente. Daher ziehen Ihre Parteien daraus die Schlussfolgerung, dass die Menschen dann auch länger arbeiten können. Theoretisch ist das logisch, doch müssen wir uns der Wirklichkeit stellen. Zumindest sollten wir diesen Anspruch an uns haben. Daher müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Was bringt das? Die Sozialverbände geben mit ihren Schätzungen die Antwort: maximal einen halben Beitragspunkt. Dies ist eine nicht gerade berauschende Prognose. Bleiben wir also weiterhin in der Realität und bauen uns nicht irgendwelche Luftschlösser auf, bloß weil uns dies gerade mal so in den Kram passt.

Nicht wenige der heute Beschäftigten arbeiten aufgrund von physischen und/oder psychischen Belastungen überhaupt nicht bis zum 65. Lebensjahr. Haben Sie sich mit dieser Realität eigentlich schon einmal befasst? Welchen weiteren Einbußen beziehungsweise Gefahren sollen denn jene Großgruppen ausgesetzt werden, die sich nicht bis zum Renteneintrittsalter privat gegen das Risiko einer Berufsunfähigkeit versichern können? Die Bundesregierung brummt diesen einfach noch einmal zwei Jahre ohne Berufsunfähigkeitsschutz auf. Als Anreiz der Verabreichung der Medizin kam man auf die vermeintlich tolle Idee, diejenigen, welche auf ihre 45 Beitragsjahre kommen, mit 65 in Rente zu schicken. Wie viele Zimmerer oder Dachdecker, um ein Beispiel zu nennen, sind denn wirklich überhaupt fähig, diese schwere Tätigkeit bis 67 Jahre auszuüben? Hier wird dann auch schon wieder ein Holzweg beschritten, dessen Ende wir allerdings schon heute absehen können.

Ich möchte das Beispiel noch einmal konkretisieren. Nehmen wir einmal den Dachdecker, welcher nach der Schule seine Lehre macht und in den Beruf einsteigt. Dieser müsste doch dann recht schnell auf die 45 Beitragsjahre kommen und daher mit 65 Jahren in Rente gehen können. Dieser Dachdecker ist ein Phantom. Ein Blick in die Rentenzugangsstatisik öffnet da nämlich sehr schnell die Augen. Statistisch betrachtet müsste dieser Dachdecker aufgrund der durchschnittlichen Erwerbslosigkeitszeiten mit 9 Jahren beginnen, um seine 45 Beitragsjahre zu erreichen, um pünktlich mit 65 Jahren in Rente gehen zu können. Ein weiterer Blick in eine Studie der Deutschen Rentenversicherung zeigt die Ergebnisse dieses Holzweges auf. Dass Arbeitnehmer auch weiterhin abschlagsfrei mit 65 Jahren in Rente gehen können, bedeutet nach dieser Studie, ich zitiere, „eine Umverteilung von unten nach oben, das heißt von Schwächeren zu den Stärkeren“. Das heißt im Klartext, in den Genuss dieser Regelung werden selten Geringverdiener kommen, profitieren werden vor allem die Gutverdiener.

Was bedeutet dies nun für Mecklenburg-Vorpommern? In der „Ostsee-Zeitung“ vom 22. Januar konnten wir lesen, dass jeder sechste Arbeitnehmer hier trotz eines Vollzeitjobs kaum seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. In Zahlen bedeutet dies, dass 80.000 Menschen von 480.000 Beschäftigten in unserem Land von einem Bruttolohn unter 1.300 Euro leben müssen. In der Friseurbranche gibt es heute Arbeitgeber, die einen Stundenlohn von 2,50 Euro zahlen. Diese Leute leben heute von einem Hungerlohn und werden dann mit 65 oder mit 67 in die Altersarmut abgeschoben. Es ist nämlich eine Tatsache, dass der Anteil am Durchschnittsverdienst, den man als Rente bekommt, im Laufe der Jahre weiter zurückgeht und letztlich auf um die 46 Prozent sinken wird. Dies gibt im Übrigen selbst der Bundesarbeitsminister Müntefering zu. In den neuen Bundesländern dürfte sich dies noch dramatischer auswirken, da hier die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt doppelt so hoch ist. Hier wird es auch kaum Menschen geben, welche 45 Jahre lang Beiträge zahlen konnten. Auch hier in Mecklenburg-Vorpommern werden wir zukünftig massiv mit Altersarmut zu tun bekommen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung verschärft diese Dinge dann unnötig.

Nun komme ich aber abschließend noch einmal an den Anfangspunkt meiner Überlegungen zurück, nämlich zu der Frage: Was bringt das Gesetz? Hier berufe ich mich noch einmal auf die Studie der Deutschen Rentenversicherung, welche von einer bescheidenen Beitragspunkteersparnis von 0,2 bis 0,3 ausgeht, wenn man die Ausnahmeregelung einbezieht. Das ist eindeutig eine schmähliche Errungenschaft und löst wohl kaum die Probleme der Rentenversicherung.

Man muss auch mal die arbeitsmarktpolitischen Folgen für die nachwachsende Generation berücksichtigen. Dies wird gleich im Anschluss der Abgeordnete Birger Lüssow in einem zweiten Redebeitrag aufzeigen. Ich kann abschließend nur feststellen, dass die breite Ablehnungsfront der Deutschen gegenüber den Plänen der Bundesregierung nicht unbegründet ist, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Wie gewohnt lassen Sie heute vermutlich die Chance ungenutzt, um sich in der Sozialfrage auf die Seite der Mehrheit unseres Volkes zu stellen. Geben Sie der Landesregierung heute den Auftrag, einer völlig unsinnigen Veränderung des Renteneintrittsalters auf Bundesebene entgegenzutreten! Tun Sie sich selbst und Ihrer Glaubwürdigkeit einen Gefallen!

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Jörg Heydorn, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben dieses Thema inhaltlich gestern beim ähnlichen Antrag schon umfassend erörtert, sodass man auf viele Sachfragen heute vielleicht nicht mehr im Detail eingehen muss. Ich habe das gestern an dieser Stelle schon gesagt, natürlich ist das für die Menschen eine Härte, wenn sie länger arbeiten müssen und ihnen die Rente gekürzt wird. Das wird doch von uns überhaupt nicht in Abrede gestellt. Die Frage ist immer: Wo sind die Alternativen? Wenn man sich die Struktur der Rentenversicherung ansieht, so gibt es nur in begrenztem Umfang Stellschrauben, um das beeinflussen zu können.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Die Beitragshöhe wäre so eine Stellschraube, Eintritt ist so eine Stellschraube, Arbeitszeit ist eine solche Stellschraube, aber dann hört es auch bald auf und bei allem, was in diesem Zusammenhang heute und gestern vorgetragen wurde, bleibt immer die Frage offen: Wie soll es denn anders finanziert werden? Unsere demografische Situation ist, wie sie ist. Die Menschen im Land werden älter, die Menschen beziehen länger Rente. Wir haben nicht mehr das Potenzial an jüngeren Menschen zur Verfügung, die letztendlich die Rentner finanzieren. Wir finanzieren in ganz erheblichem Umfang, ich habe gestern schon darauf hingewiesen, und zwar 77 Milliarden Euro aus Steuermitteln in die Rente hinein, eher eine steigende Tendenz. Wo soll das hin? Also es gibt nicht nur das Thema „Belastung für Ältere“, sondern wir müssen die Frage beantworten: Welche Belastungen muten wir Jüngeren zu? Welche Belastungen muten wir der jüngeren Generation zu, die später perspektivisch Rentner zu finanzieren haben?

Und wenn man sich den Antrag der NPD anguckt, dann bietet dieser keine Alternativen. Er zählt allgemeine Bekanntheiten auf, wie sie gerade hier vorgetragen worden sind. Das weiß meine älteste Hose auch.

(Udo Pastörs, NPD: Wie Sie das gerade auch machen.)

Meine älteste Hose weiß das auch, Herr Pastörs.

(Stefan Köster, NPD: Ihre Partei hat doch die Sozialkassen geplündert.)

Das sind Dinge, die hier allgemein bekannt sind. Das sind doch Sprüche, die Sie sich schenken können. Die können Sie sich doch schenken.

(Stefan Köster, NPD: Das sind doch versicherungsfremde Leistungen! Rechnen Sie die doch mal auf!)

Ja, die versicherungsfremden Leistungen werden durch Steuermittel gegenfinanziert.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Wenn man nicht Bescheid weiß, mein lieber Herr Köster, dann sollte man die Bälle flach halten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

ansonsten blamiert man sich. Das ist nicht ohne.

(Udo Pastörs, NPD: Wie gut, dass Sie Bescheid wissen.)

Und wenn man sich diesen NPD-Antrag ansieht, dann muss man sagen, alle sollen einzahlen und möglichst viel. Nur dass das bedeutet, dass alle dann auch was raushaben wollen, das bleibt dabei unberücksichtigt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ja, alle wollen was raushaben. Und je mehr die Leute eingezahlt haben, desto mehr wollen sie auch raushaben. Das ist ein verfassungsmäßiger Grundsatz, nämlich das sogenannte Äquivalenzprinzip,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Das stimmt doch nicht.)

das heißt, es muss ein Verhältnis bestehen zwischen dem, was eingezahlt wurde, und dem, was man erhält. Aber ich habe mich gerade vertan, ich habe gesagt, alle sollen einzahlen. Das ist ja im Grunde genommen auch nicht ganz richtig, denn wenn man sich den Antrag genau ansieht, dann habe ich so für mich den Eindruck, es kriecht einem der Rassismus aus allen Knopflöchern entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Absolut.)

Der Rassismus kriecht einem aus allen Knopflöchern entgegen. Wenn man sich Punkt 3 beispielsweise ansieht, da steht drin: „die Erwerbsminderungsrente dahingehend zu reformieren,“ – und jetzt kommt's – „dass Deutschen, welche aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, der Zugang in die Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge erleichtert wird.“ Das bedeutet, für Menschen, die keine Deutschen sind, die hier vielleicht jahrelang gearbeitet haben,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

wird diese Möglichkeit von vornherein nicht in Erwägung gezogen. Das spricht für mich Bände.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heike Polzin, SPD: Ja, richtig. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und auch Punkt 4 hat es in sich, denn da heißt es: „die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Volksversicherung umzubauen, welche alle Bürger mit allen Einkommen ... in die Finanzierung der Gesundheitsversorgung einbezieht.“ Und da muss man mal gucken, alle Bürger im staatsrechtlichen Sinne heißt alle Menschen mit deutschem Pass.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: So ist es. – Udo Pastörs, NPD: Das ist Quatsch!)

Das ist denen wahrscheinlich auch noch zu weit gefasst, aber es kapriziert auf Deutsche. Auch hier werden Menschen mit anderer Nationalität in einer verachtenden Art und Weise von vornherein außen vor gelassen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Udo Pastörs, NPD: Das ist doch Unsinn!)

darum kümmert sich kein Mensch. Das ist deren Form von sozialer Verantwortung, das muss man an dieser Stelle immer wieder herausarbeiten und zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Raimund Borrmann, NPD: Wir haben doch  
auch nur die Verantwortung für Deutschland.  
Wir leben doch in Deutschland oder nicht?)

Und jetzt werden Vorschläge gemacht, aber diese bleiben auch sehr vage. Ich zitiere aus der Begründung: „Darüber hinaus gilt es, durch bewusste familienfördernde Maßnahmen eine Trendwende in der demographischen Entwicklung zu erreichen.“

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,  
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Die ganze Sache bleibt vage, da steht ja nichts drin.

(Heike Polzin, SPD:  
Aber wir verstehen das schon.)

Und wenn man aus der Begründung nichts entnehmen kann, dann muss man externe Quellen bemühen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD – Unruhe bei  
Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Fernseh- sendung unmittelbar nach der Wahl erinnern, als Herr Pastörs höchstselbst die Leistungen der NPD-Frauen gewürdigt hat,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD –  
Dr. Margret Seemann, SPD: Sie  
haben keine Ahnung! – Zuruf von  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

die darin bestanden, die Wäsche zu waschen und die Kameraden mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten  
der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP –  
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist die Realität.

(Udo Pastörs, NPD: Ihnen  
ist doch nichts zu billig.)

Jetzt würde ich gern, um die familienpolitischen Maßnahmen à la NPD noch ein bisschen zu untersetzen, aus dem „Nordkurier“ von heute zitieren. Ich zitiere wörtlich: „Pastörs lehnte die Emanzipation der Frau mit dem vermeintlichen Verlust der Weiblichkeit“

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

„und veränderter Entfaltung von Männlichkeit ab.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP –  
Udo Pastörs, NPD: Hab ich das gesagt? –  
Zurufe aus dem Plenum: Ja!)

„Nur durch die Unterordnung der Frau sei ein ‚gesundes Mannestum‘ und ein ‚gesundes Frauentum‘ zu pflegen. Nur so werde eine ‚gesunde Volksstruktur‘ erreicht.“ „Nordkurier“ wörtlich, Beitrag von heute.

(Heike Polzin, SPD: Original. –  
Udo Pastörs, NPD: Und wer sagt die Wahrheit?  
Lesen Sie das Protokoll nach! Da steht es ganz  
anders. – Unruhe bei Abgeordneten der SPD –

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben doch ein Interview im „Stern“ gegeben. Da steht das. –  
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Und jetzt machen wir doch mal den nächsten Schritt. Jetzt setzen wir das Gehörte in die Realität um. Wenn man sich nur die Geburtenquoten in den europäischen Ländern ansieht, dann wird Folgendes deutlich: Die Länder, die die höchste Frauenerwerbstätigkeit haben, haben die höchste Geburtenrate.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Schauen wir mal nach Island, schauen wir mal in einige skandinavische Länder, schauen wir mal nach Frankreich – hohe Bildung, hohe Frauenerwerbstätigkeit, hohe Geburtenquote. Wissen Sie, was Sie mit diesen Dingen erreichen?

(Stefan Köster, NPD: Sollen hier die  
Frauen keine Kinder mehr bekommen? –  
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Da erreichen Sie nur, dass unsere Geburtenrate noch weiter in den Keller schießt.

(Stefan Köster, NPD: Unterhalten Sie  
sich doch noch mal mit jungen Frauen! –  
Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD, und  
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS –  
Udo Pastörs, NPD: Ach,  
wie sie sich aalen können!)

Jetzt machen wir mal den nächsten Schritt und entlarven die Leute von Ihrer Gesinnung richtig. Sie stehen immer hier vorn und sagen, wir müssen uns um die Sozialschwachen kümmern, um die Benachteiligten und so weiter und so fort.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Eben nicht,  
eben nicht! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das sind die Töne, die hier heuchlerisch immer am Mikrofon vorgetragen werden.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Er glaubt an  
den gesunden und starken deutschen Mann.)

Nein, es geht um etwas anderes.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir haben heute über das Thema Bildung gesprochen. Es gibt eine Vielzahl von Untersuchungen, die für Deutschland Folgendes deutlich machen: Es gibt eine Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft von Kindern und ihren Partizipationsmöglichkeiten. Das ist bekannt, daran wollen die großen demokratischen Parteien arbeiten. Das Thema soziale Gerechtigkeit und Partizipationsmöglichkeiten ist für alle ein Thema. Wenn man sich aber Herrn Pastörs zu dem Thema anguckt, dann kann man in der SVZ vom heutigen Tag lesen: „Augenmerk auf Gesunde und Starke“.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Ich zitiere: „Die erklärte soziale Politik der SPD begleitete Pastörs so: ‚Sie sprechen von der Unterstützung benachteiligter Menschen ... Aber unser erstes Augenmerk hat den Gesunden und Starken zu gelten,“

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Pfuil!)

„dieses ist als erstes zu fördern und zu unterstützen.“

(Heike Polzin, SPD: So war es gestern. –  
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,  
und Stefan Köster, NPD)

Was hat das im Grunde letztendlich mit Chancengerechtigkeit zu tun und so weiter und so fort? Hier geht es nach meiner Auffassung darum,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch unseriös!  
Ohne Zusammenhang bringen Sie  
das, dieses Zitat, wissen Sie?!)

durch die Politik von den Herren rechts außen einer braunen Elite Vorschub zu leisten und nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihr Antrag ist für uns völlig unakzeptabel und wir werden ihn hier ablehnen, ablehnen, ablehnen!

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:  
Jawohl, ablehnen, jawohl!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Heydorn.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass solche Begriffe wie „Unsinn“, „Quatsch“ oder „heuchlerisch“ nichtparlamentarische Begriffe sind, und ich bitte das Haus, das auch in den Diskussionen und Zwischenrufen zu beachten.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS der Abgeordnete Herr Koplín. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Torsten Koplín,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf an die Rede von Herrn Heydorn nahtlos anknüpfen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zunächst noch einmal ein paar Worte zu dem Antrag, der gestern eine Rolle gespielt hat. Dieser Antrag ist keineswegs von dem Geist des Antrages, den wir hier gerade zur Debatte haben. Ich möchte noch einmal betonen, dass es uns in unseren rentenpolitischen Forderungen und Vorstellungen darum geht, dass das Solidarprinzip gilt in dieser Gesellschaft und auch das Prinzip der Wertschöpfung.

(Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Letzteres hat bei den Herrschaften der FDP und auch, wie gestern zu erfahren war, bei SPD und CDU nicht den besten Klang. Aber ich möchte einen Satz noch dazu verlieren, denn ich bin überzeugt, dass Sie einem Irrtum unterliegen, wenn Sie meinen, es handele sich hier um eine Lex Deutsche Bank, sondern das Wertschöpfungsprinzip, so, wie wir es verstehen, ist durchaus das Solidarprinzip der Unternehmen untereinander. Die Starken haben mehr zu schultern als die kleinen und die mittelständischen Unternehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Das können  
sie aber nur, wenn sie stark sind,  
und das meine ich unter anderem.)

Zu unseren rentenpolitischen Positionen, Herr Pastörs, gehört ebenfalls die Ablehnung des Renteneintrittsalters. Mit unserer Haltung stehen wir an der Seite der Schiffbauer von Wismar bis Wolgast, an der Seite der IG Metall und so sogar an der Seite, Herr Dankert, der Rostocker

SPD. Wie in den „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“ von gestern zu lesen war, gab es auf dem Parteitag der SPD in Rostock auch eine entsprechende Positionierung. Wenn wir die Rente mit 67 ablehnen, so treten wir jedoch keineswegs dem NPD-Antrag bei. Mehr noch, wir distanzieren uns ausdrücklich von dessen Geist, Herr Pastörs. Die säuberlich dahergepinselte Maskerade enthüllt die NPD an mehreren Stellen gleich selbst,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und zwar an den Stellen, Herr Köster, an denen Sie Ihre völkischen Parolen absondern, so im Punkt II. 2. und auch in der Begründung. Das ist aus meiner Sicht nicht verwunderlich, denn die NPD hat doch einen biologischen Volksbegriff,

(Udo Pastörs, NPD: Den hat sie.)

nachzulesen zum Beispiel im „Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2006“.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Grundlegend“, heißt es da, „für ein Volk seien: gemeinsame Abstammung, ... Kultur, Schicksal“ et cetera. Und aus dieser widerlichen Ideologie folgt natürlich:

(Udo Pastörs, NPD: 1913,  
Staatszugehörigkeitsrecht.)

Wer keine blutdeutschen Vorfahren hat, Herr Pastörs, gehört nicht in die Volksversicherung der NPD.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Für die Linkspartei.PDS gibt es kein Abwägen zwischen Leben und Leben und kein Abwägen zwischen Würde und Würde.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Wir verteidigen an dieser Stelle das Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und unteilbar.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie hingegen lassen über den NPD-Verband Pankow wissen, dass Sie das „ferngesteuerte System der BRD“ – das war auch so der Sinn der Rede von Herrn Köster heute – überwinden wollen. Und da sage ich: Verfassungsschutz aufgepasst, da ist doch was zu holen in Sachen Verbotverfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Stefan Köster, NPD: Damit kennen  
Sie sich ja aus. – Udo Pastörs, NPD:  
Mit Geheimdiensten kennen Sie sich  
ja aus. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Mit aller Deutlichkeit sage ich Ihnen: Ihre Ziele sind nicht unsere Ziele und Ihre Absichten sind nicht unsere Absichten. Sozialpolitik aus Sicht der Linkspartei.PDS zielt auf Integration und Teilhabe, Sozialpolitik à la NPD zielt auf Ausgrenzung und Selektion.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig. – Udo Pastörs, NPD: Ha!)

Und so heißt es in dem besagten Taschenkalender – ich komme immer wieder auf Ihre eigenen Quellen zurück –,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die sind gut. –  
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,  
und Stefan Köster, NPD)

dass man stets klare soziale Unterscheidung als Verschiedenheit von Leistung und – man höre und staune – Haltung machen müsse. Und das bedeutet im Klartext: Soziale Fragen sind für die NPD letztlich eine Frage der nationalen Gesinnung. Unter diesem Blickwinkel ist es zu sehen, wenn Sie wohlklingend von sozial gerechten Reformen – in Anführungsstrichen – schwadronieren. Sie täuschen uns jedoch nicht. Sie ernten allenfalls unsere Verachtung.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Jörg Heydorn, SPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Stefan Köster, NPD: Die haben wir gerne. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Koplín.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Lüssow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Reinhard Dankert, SPD: Der sieht gut erholt aus, der schafft die Rente mit 67.)

**Birger Lüssow,** NPD: Herr Präsident! Meine restlichen Damen und Herren! Die Diskussion in diesem Hause, welche ich mehr als erbärmlich finde,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Angelika Peters, SPD)

zeigt mir vor allem eins: Sie und Ihre Einheitsparteien bevorzugen eine Politik aus dem Bauch heraus, anstatt ihren Verstand zu benutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh, oh, Ausreden, Ausreden!)

Ihnen ist es völlig egal, was am Ende bei Ihrer Politik herauskommt und ob letztlich die Jugend bei Ihren Eskapaden auf der Strecke bleibt. Schauen wir uns einmal die arbeitsmarktpolitischen Folgen des Schnellschusses „Rente mit 67“ an. Genau dann, wenn das Renteneintrittsalter vollständig bei 67 Jahren liegt, kommen die geburtsstarken Jahrgänge der 60er Jahre ins Rentenalter. Wenn nun zu wenig Ältere aus dem Arbeitsleben ausscheiden, bedeutet dies für die Jüngeren Arbeitslosigkeit, es sei denn, dass an anderen Stellen neue Arbeitsplätze entstehen.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Diese Arbeitsplätze sehe ich und damit ein Großteil meiner Generation allerdings nicht. Ein Blick auf die katastrophale Wirtschafts- und Arbeitspolitik des etablierten Parteienkartells lässt mich jedenfalls keine Hoffnung schöpfen.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit hat einen Bedarf von drei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen errechnet. Angesichts der heutigen Lage auf dem Arbeitsmarkt wage ich hier die Prognose, dass die Einsparungen durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters spätestens dann an die Arbeitslosenversicherung ausgegeben werden müssen.

Meine Damen und Herren, können Sie sich ein Land vorstellen, in dem fast 600.000 Menschen unter 25 Jahren und 1,2 Millionen über 50-Jährige keinen Arbeitsplatz

finden und in dem die Regierung kurzerhand beschließt, das Renteneintrittsalter um zwei Jahre zu erhöhen?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Bei mir abgeschrieben.)

Was der klare Menschenverstand als widersinnig abtut, findet hiermit offensichtlich in stiller Sympathie und mit Zustimmung der Mehrheit dieses Hauses statt.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Sagen Sie dann den Bürgern bitte auch ungeschminkt, was Ihre Parteien mit der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters bezwecken: arbeiten bis zum Umfallen, noch mehr Rentenkürzung, noch weniger Arbeitsplätze für die Jugend! Diese Offenheit gehört auch zu einer ehrlichen Politik.

Meine Fraktion wird dieses Spiel nicht mit betreiben. Wir wissen, dass unsere Rente nicht sicher ist, wenn wir Ihren ausgetretenen Pfaden weiter folgen. Wenn Sie uns immer und immer wieder mit dem Argument der alternden Gesellschaft kommen, dann zeigen Sie deutlich, wie wenig Sie begriffen haben. Die Gesellschaft altert. Das stimmt und ist vor allem ein Produkt Ihrer miserablen Bevölkerungspolitik,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

welche seit Jahren die Fremden vorzieht und Deutschland zu einem kinderfeindlichen Land gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Ihre Parteien haben sich bis heute nicht zu einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik durchringen können, sondern führen sich auf wie Quacksalber, welche an den Auswirkungen rumpfuschen, ohne die Ursachen zu bekämpfen. Die Sicherheit unseres Rentensystems ist nur vordergründig ein Generationsproblem. Der entscheidende Faktor ist, wie viele Beitragszahler auf die Rentenbezieher kommen und wie hoch ihr Einkommen ist.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Lüssow, kommen Sie bitte zum Schluss, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Birger Lüssow,** NPD: Verlierer Ihrer Politik sind wieder einmal die Menschen im Land, welche nicht über eine dicke Geldtasche verfügen. Solch eine Politik ist asozial und ungerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Wir unterstützen daher das Vorhaben ...

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Lüssow, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Original abgeschrieben bei ver.di.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/105. Wer diesem Antrag zustimmen wünsche, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/105 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Für ein solidarisches und nachhaltiges Gesundheitskonzept, Drucksache 5/160.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:  
Für ein solidarisches und nachhaltiges  
Gesundheitskonzept  
– Drucksache 5/160 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Professor Methling. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dr. Wolfgang Methling**, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit mehreren Jahren arbeiten verschiedene Regierungen der Bundesrepublik Deutschland an einer Gesundheitsreform mit dem Versprechen, dass sie den Menschen zum Vorteil gereichen solle. Finanzierungsgrundlagen des Gesundheitssystems sollen langfristig gesichert, die Qualität und Effizienz der medizinischen Versorgung gesteigert, Transparenz geschaffen und Bürokratie abgebaut werden. Aber 80 Prozent der Bevölkerung lehnen – wie die Linkspartei.PDS und nicht nur die – diese Reform ab. Warum ist das so? Weil sie kaum eines der Probleme, die sie vorgibt zu lösen, tatsächlich einer Lösung zuführen wird. Sie ist, um mit der Ärztekammer zu sprechen – dazu ein Zitat –, „ein fauler Kompromiss auf Kosten der Patienten“. Und diese Einschätzung gibt es von vielen Seiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

An der Gesetzlichen Krankenversicherung, GKV, so, wie sie jetzt organisiert ist, gibt es sicherlich vieles zu kritisieren, aber noch bietet sie derzeit circa 90 Prozent der Bevölkerung weitgehende Absicherung im Krankheitsfall. Das Solidarprinzip ist trotz der in den vergangenen Jahren verursachten Risse und Löcher noch zu erkennen. Tritt das Wettbewerbsstärkungsgesetz, WSG, tatsächlich in Kraft, wird von Solidarität nur noch wenig übrig bleiben. Dieser Gesetzentwurf der Bundesregierung verfolgt kein geringeres Ziel, als auch das Gesundheitssystem dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu unterwerfen. Das höchste individuelle Gut, die Gesundheit, wird zunehmend marktwirtschaftlichen Kategorien unterworfen. Gesundheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aber keine Ware, sie ist ein lebensnotwendiges Gut. Ob wir krank werden, können wir nicht selbst entscheiden. Das ist ein Lebensrisiko, für das öffentliche Schutzfunktionen wahrgenommen werden müssen, zumal dann, wenn sich eine Gesellschaft sozial definiert.

Das GKV WSG sieht in allen Bereichen eine Privatisierung der Kosten und Leistungen vor. Gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge wird zusehends verdrängt, solidarische und soziale Ausgleichselemente werden geschliffen. Dieser Umbau, meine sehr geehrten Damen und Herren, spaltet die Gesellschaft in bisher kaum vorstellbarer Art und Weise und hat bedrohliche Folgen für Versicherte, Kranke und Beschäftigte. Das Schlagwort „mehr Eigenverantwortlichkeit“ zielt auf Entsolidarisierung und Schuldzuweisung an die Individuen. Privatversicherte sollen sich nach wie vor nicht am solidarischen Versicherungssystem beteiligen.

(Michael Roof, FDP: Falsch.)

Arbeitgeber und private Kapitalgesellschaften, die auf den lukrativen deutschen Gesundheitsmarkt schielen,

sind die eigentlichen Gewinner. Sie werden entlastet, wieder einmal, wie immer in den letzten Jahren bei den Gesundheitsreformen. Die Kassen sollen zukünftig insolvenzfähig werden.

(Harry Glawe, CDU: Sind sie heute schon. Sind sie heute schon.)

Sie sollen insolvenzfähiger werden. Sorry.

(Harry Glawe, CDU: Nein, sind sie heute schon.)

Ich habe mich korrigiert, Herr Glawe.

Man könnte vielleicht froh darüber sein, wenn man meint, 250 Kassen sind zu viel, und man kommt mit weniger aus. Insofern ist Insolvenz etwas Gutes. Aber auf wessen Rücken wird denn das wieder ausgetragen? Natürlich auf dem Rücken derjenigen, die bei diesen Kassen versichert sind. Das wissen wir, wie so etwas läuft. Es hat also weitreichende Folgen für die Versicherten. Wird es dann so weit kommen, dass Patienten nur noch gegen Bargeld behandelt werden, weil das sicher ist für die behandelnden Ärzte? Die Kosten im Gesundheitswesen steigen weiter. Allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer belastet die Kassen, so ihre Kalkulationen, mit knapp 1 Milliarde Euro. Hinzu kommt der reduzierte Bundeszuschuss, der mit einem Einnahmeverlust von 1,7 Milliarden Euro zu Buche steht. Weitere 2 bis 4 Milliarden Euro werden benötigt, damit die Kassen ihrer Verpflichtung nachkommen können, bis Ende 2007 möglichst schuldenfrei zu sein, deshalb die Beitragssteigerung der meisten Kassen zum Teil auf über 16 Prozent.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Politik der einseitigen Kostendämpfungsmaßnahmen fortgesetzt. Die führen dazu, das weitgehend funktionierende Netz, beispielsweise von Apotheken, Krankenhäusern, ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzten und der Hilfsmittelanbieter, zu zerschlagen. Was hier an Kosten gespart wird, müssen die Kranken über den Verlust von Qualität und wohnortnaher Versorgung teuer erkaufen.

Lassen Sie mich zwei Sätze zum geplanten Gesundheitsfonds sagen. Es gäbe durchaus Gründe, einen solchen Fonds einzuführen, allerdings im Rahmen einer Bürgerversicherung, wie wir meinen, und nicht nur wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Dann müssten allerdings auch weitere Elemente einfließen. Solche Elemente wären eine Festlegung auf einen umfassenden morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich, damit wirklich ein Wettbewerb, wenn man ihn denn haben will, gerecht sein kann, die Einbeziehung der Privatversicherten, ein Kontrahierungszwang für alle Kassen, eine Beitragserhebung für alle Einkommen und eine anteilige Steuerfinanzierung für die sogenannten versicherungsfremden Leistungen. Von all dem findet sich im Gesetzentwurf nichts. Ohne Risikostrukturausgleich, ich hatte das schon angedeutet, ist ein fairer Wettbewerb der Kassen nicht möglich. Viele werden dann in die Pleite getrieben. Ich hatte gesagt, wer diese Pleite auszuhalten hat.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt doch gar nicht, was Sie hier erzählen.)

Der Arbeitgeberanteil kann beliebig festgeschrieben werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Glawe, Sie können mich doch dann korrigieren. Ich bin schon gespannt darauf, was Sie an Perspektiven darlegen.

Der Arbeitgeberanteil kann beliebig festgeschrieben werden,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das wissen sie doch noch nicht.  
Sie streiten ja jeden Tag.)

für die zusätzlichen Kosten aber werden ausschließlich die Versicherten zur Kasse gebeten.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Was gestern war, ist heute nicht mehr wahr. –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Für die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung in Mecklenburg-Vorpommern werden die negativen Auswirkungen gravierend sein, da eine hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen und eine massive Abwanderung zu Buche schlagen. Dagegen ist das gern gebrauchte Argument einer Kostenexplosion aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland ein Mythos oder besser ein ideologisches Konstrukt, wenn man sich die Entwicklung in den letzten hundert Jahren anschaut. Es wird argumentiert, dass alte Menschen häufiger krank seien. Das stimmt natürlich so nicht. Es kommt darauf an, welche Gesundheitsfürsorge und -behandlung ihnen zugänglich ist. Das betrifft auf jeden Fall die unteren sozialen Schichten. Menschen aus der sogenannten Oberschicht können sehr gesund sehr alt werden. Es wäre hier daher eher über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu diskutieren, anstatt über ihr bloßes Alter. Es ist also ein ökonomisches, ein soziales und kein demografisches Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehe ich mir das an, was da als Gesundheitsreform daher kommen soll, sage ich: Helfen Sie mit, es einzustampfen und einen Neustart zu wagen, denn das, was in den letzten Minuten, in den Nächten in dieser Zeit entschieden wird, hat wohl kaum die Chance darauf, dass es ein Projekt ist, was in die Zukunft führt.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS und FDP)

Es geht um nicht weniger als die Gesundheitsversorgung für alle Menschen, die in der Bundesrepublik leben.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig, für alle.)

Stimmt die Mehrheit des Bundestages zum wiederholten Mal gegen die Mehrheit des Volkes ab, ist das ein weiterer Punkt, bei dem Staat und Demokratie in den Augen der Bevölkerung Schaden nehmen. Viele Expertinnen und Experten haben in allen Diskussionen zum vorgelegten Gesetzentwurf klar und deutlich ihre ablehnende Meinung, aber auch Alternativen dargelegt. Das sollten wir nutzen für ein nachhaltiges und soziales Gesundheitssystem. Es ist eine lösbare Aufgabe. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Professor Methling.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Sozialminister des Landes Herr Sellering. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Erwin Sellering:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die aktuelle Gesundheitsreform, das war ein schwieriger und zäher Verhandlungsprozess im Sommer letzten Jahres,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Der ist ja noch nicht beendet.)

das ist eine Nachtverhandlung mit den Spitzen der Koalitionsparteien

(Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Die 2003 auch schon.)

im Kanzleramt im September 2006. Das ist ein Gesetzentwurf mit einem Umfang von fast 600 Seiten,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:  
Die Menge macht's nicht.)

über 100 Änderungsanträgen im Dezember, parallel dazu ein Anhörungsmarathon, weitere Spitzengespräche im Januar, noch einmal 100 Änderungsanträge.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Das ist die Geschichte,

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:  
Tja, da sieht man die desolaten Zustände.)

das ist die Geschichte der aktuellen Gesundheitsreform. Und daran sieht man vielleicht, wie kompliziert die ganze Geschichte ist. Dass man daraus schließt, dass das, was jetzt vorgelegt worden ist, schlecht ist, das ist, glaube ich, ein bisschen kurzsichtig.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Jetzt sagen Sie mal was Gutes! – Heiterkeit bei  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Das werde ich gleich tun, Herr Professor Methling.

Sie alle wissen, dass die abschließende Beratung dieses Gesetzes erst für übermorgen im Bundestag angesetzt ist.

(Heiterkeit bei  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS –  
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:  
Es sind noch zwei Nächte. – Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Jetzt merken Sie, dass ich gestern die letzte Hand an die Rede gelegt habe. Das macht die Aussprache heute im Hause schwierig, da wir alle noch nicht wissen, in welcher Form diese Reform tatsächlich verabschiedet wird. Und da meine ich schon, Herr Professor Methling, das ist bei Gesetzesvorhaben so, dass in letzter Minute noch Dinge verhandelt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Glauben Sie wirklich an Wunder? – Heiterkeit  
bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Das macht die Dinge noch nicht per se schlecht.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Gucken Sie sich mal Hartz IV an!)

Also ich sage ganz klar: Diese Reform ist nun bei Weitem nicht so schlecht, wie sie von vielen, auch vielen Interessierten, die damit viel Geld verdienen, gemacht wird.

Dabei muss man sich vielleicht mal vor Augen führen, dass die Ausgangslage nicht ganz einfach war. Wir alle wissen, dass seit Jahrzehnten darüber nachgedacht wird, wie man das alles besser machen kann. Die beiden Koalitionäre, die das angepackt haben, kommen von sehr unterschiedlichen Ausgangslinien. Bürgerversicherung, Kopfpauschale, das schien alles schwer vereinbar, aber die Koalition hat ein Reformpaket geschnürt,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das die Strukturen neu ordnet, und zwar ohne auszugrenzen und ohne zu benachteiligen. Im Gegenteil, ich meine, diese Reform stärkt die Solidarität zwischen den Versicherten, und deshalb wäre es falsch, sie abzulehnen.

Sie haben eben gesagt, sagen Sie mal etwas Gutes über die Reform. Ich will das mit einigen Beispielen tun. Es gibt erstmalig in Deutschland die Versicherungspflicht für alle. Das ist ein sozialpolitischer Meilenstein. Zum ersten Mal ist sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger krankenversichert sind, und dabei ist die Bezahlbarkeit sichergestellt. Davon profitieren 200.000 Menschen, die sonst ohne Versicherung geblieben wären. Es gibt außerdem eine bessere Verteilung der Lasten

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

zwischen der gesetzlichen Krankenversicherung und der privaten. Jeder, der die Diskussionen in diesem Punkt in den letzten Wochen verfolgt hat, weiß, wie schwierig dieses Thema ist. Und da ist es natürlich als Oppositionspartei ohne Regierungsverantwortung leicht, einfach zu sagen, lasst uns doch mal die Beitragsbemessungsgrenze anheben, völliger Wegfall, das würde zu ganz massiven Verwerfungen führen. Und ich denke, die jetzigen Regelungen sind der realistischere Weg, um einen Einstieg in den sozialen Ausgleich – darum geht es uns –, den wir dringend brauchen, zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und privater Krankenversicherung herzustellen. Es werden jetzt erstmals im System der privaten Krankenversicherungen Regeln eingeführt, die nicht einfach versicherungsmathematischen Grundsätzen folgen, sondern die aus den privaten Krankenversicherungen echte Krankenkassen machen, die ihre Versicherten unabhängig vom jeweiligen Kostenrisiko auffangen müssen.

Ein weiterer Punkt der Gesundheitsreform, den ich positiv hervorheben möchte, ist: Es gibt einen Wegfall der massiven Unterschiede bei den Beitragssätzen, die es bisher gegeben hat, und es gibt eine Stärkung der gesamtstaatlichen Solidarität durch den Gesundheitsfonds. Das ist das Ziel des Gesundheitsfonds.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Damit wird ab 1. Januar 2009 für alle Beitragszahler der gleiche Beitragssatz gelten. Das ist dann so wie in den übrigen gesetzlichen Sozialversicherungen. Da gibt es auch einheitliche Beitragssätze. Das führt im Ergebnis zu mehr sozialer Gerechtigkeit, denn es sind hier oft gerade die Älteren, die weniger Flexiblen, die ihrem jetzigen System die Treue halten und dafür mit höheren Beitragssätzen bezahlen.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Minister, entschuldigen Sie bitte, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Ratjen?

**Minister Erwin Sellering:** Seit ich weiß, dass das von der Redezeit abgeht: Nein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Minister haben doch gar keine begrenzte Redezeit.)

Gerade sie werden durch diese Reform entlastet, während es für diejenigen schwerer wird, die sich durch den Wechsel von einer Kasse zur anderen der Solidarität entziehen wollen.

Ich will noch auf einen anderen wichtigen Punkt des Fonds aufmerksam machen. In dem Fonds werden die Einnahmen entsprechend der Einkommenshöhe der Versicherten erhoben. Die Auszahlungen, die Zuweisungen, Herr Ratjen, aus dem Gesundheitsfonds an die Versicherten erfolgt aber pro Kopf. Und wer sich die Lage in Mecklenburg-Vorpommern vor Augen führt, der muss sagen, das ist gut für uns. Berechnungen gehen davon aus, dass es Entlastungen gibt von etwa 12 Millionen im Jahr. Diejenigen, die das zahlen sollen, befürchten viel mehr. Also das Geschrei der sogenannten Geberländer zeigt, dass wir da eine Regelung haben, die sehr zu unseren Gunsten ist.

(Harry Glawe, CDU: Ja, und das ist gerade die Chronikerregelung, die Herr Methling vorhin nicht wahrhaben wollte.)

Ja, das wollen wir im Einzelnen noch alles aufzählen. Ich überlasse Ihnen die Chronikerregelung, Herr Glawe.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Welche Regelung? – Harry Glawe, CDU: Chroniker.)

Außerdem gibt es einen neuen Risikostrukturausgleich und dadurch mehr Solidarität. Krankenkassen, Herr Roof, die besonders viele Menschen mit hohem Risiko versichern, bekommen Zuschläge.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU, und Michael Roof, FDP)

Wenn ich das richtig sehe, Herr Glawe und Herr Roof, haben Ihre Parteien gleich noch Redezeit. Vielleicht könnten Sie das, was Sie beizutragen haben, von hier aus tun. Das wäre, glaube ich, für alle ein Gewinn.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Na, na!)

Es gibt Krankenkassen, die besonders viele Menschen mit hohem Risiko haben, und die müssen Zuschläge bekommen, damit das Rosinenpicken aufhört,

(Beifall  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

dass man Menschen sucht, die keinerlei Risiko haben und jung sind. Wenn wir das machen, dann wird auch die gesetzliche Solidarität gestärkt.

Es gibt außerdem einen Einstieg in eine teilweise Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die ganz sicher die gesetzlichen Krankenversicherungen haben, aus dem Bundeshaushalt.

(Harry Glawe, CDU: Das ist richtig.)

Mit diesem Einstieg wird die GKV auf eine langfristig stabilere und gerechtere Basis gestellt. Das ist eine grundlegende Neuerung, weil es jetzt auch langfristig möglich ist, die besonders gut Verdienenden an der solidarischen

Finanzierung zu beteiligen. Natürlich wird dadurch auch eine Entlastung der Lohnnebenkosten erreicht, was wir alle für sehr wichtig halten.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Möglichkeit der ambulanten Versorgung in den Krankenhäusern verbessert wird. Das ist ein Punkt, der für Mecklenburg-Vorpommern besonders wichtig ist. Ich habe da schon an anderer Stelle des Öfteren gesagt, wir werden große Probleme bekommen, in der Fläche die ärztliche Versorgung sicherzustellen als sehr dünn besiedeltes Land. Das werden wir nur schaffen durch medizinische Versorgungszentren, durch integrierte Versorgung, durch die Möglichkeit, dass ambulante Versorgung in Krankenhäusern verbessert wird. Es gibt außerdem gute Regelungen wie neue Regelungen zur Palliativversorgung, die es bisher nicht gab. Bei der Rehabilitation gibt es Änderungen. Vor allem gibt es die Stärkung der Wahlfreiheit der Versicherten. Das ist für jeden Versicherten gut, aber es ist ganz sicher auch für Mecklenburg-Vorpommern gut, denn wir haben sehr viele Einrichtungen, mit denen wir uns am Wettbewerb beteiligen. Und wenn die Versicherten selbst aussuchen können, werden wir mit Sicherheit davon profitieren.

Meine Damen und Herren, das waren in aller Kürze die wichtigsten Punkte. Herr Glawe wird gleich noch helfen und andere aufzeigen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Michael Rooff, FDP)

Ich finde, diese Punkte zeigen, dass die Reform deutlich besser ist als ihr Ruf. Es ist jetzt wichtig, dass wir die Gesundheitsreform unterstützen und nicht im Gegenteil, wie der Antrag es haben möchte, auf Unterstützung verzichten. Wir würden sonst auf vieles, was wir in den letzten Monaten im Gesetzgebungsprozess für uns als Land erkämpft haben, verzichten. Deshalb meine ich, dass wir den Antrag ablehnen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall Heike Polzin, SPD,  
und Jörg Vierkant, CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Rühls. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Günter Rühls, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gesundheitsreform steht für mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Eben, eben!)

und für weniger Bürokratie.

Zur Ausgangslage. Warum brauchen wir überhaupt eine Gesundheitsreform?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Ausgrenzung.)

Noch verfügt Deutschland über ein leistungsfähiges Gesundheitssystem,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:  
Das kriegt Ihr auch noch kaputt.)

das allen Versicherten unabhängig von ihrem Einkommen und unabhängig von der Schwere ihrer Erkrankung Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen

auf der Höhe des wissenschaftlichen Fortschritts bietet. Doch durch die demografische Entwicklung und den damit verbundenen wachsenden Anteil älterer Versicherter durch den medizinisch-technischen Fortschritt, der die Behandlung unheilbarer Krankheiten früher ermöglicht, und durch den Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse sind die Finanzierungsgrundlagen unseres Gesundheitssystems schon heute erheblich unter Druck geraten.

Um zu verhindern, dass der Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung künftig eine Frage des Einkommens ist, war eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens überfällig. Union und SPD ist es nach langen und sehr schwierigen Verhandlungen auf Bundesebene gelungen, ein zukunftsfähiges Konzept zur umfassenden Reform auf den Weg zu bringen. Viele unserer Überzeugungen sind berücksichtigt worden und das ist allemal besser, als Proteste hin und wieder glauben machen wollen. Für uns stand von Anfang an fest, neben substantziellen Einsparungen muss das Gesundheitswesen durch Transparenz und Wettbewerb insgesamt leistungsfähiger werden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Und warum spart man nicht an der richtigen  
Stelle? Das verstehe ich nicht.)

Die Einigung auf die Eckpunkte und ihre Ausgestaltung kommen diesem Ziel einer zukunftsweisenden Umgestaltung einen großen Schritt näher. Sie lässt sich insgesamt auf vier Stichpunkte bringen: mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Wahlfreiheit und weniger Bürokratie.

Was bringt die Reform den Versicherten und Patienten zuallererst?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Kosten.)

Der Bundestag wird eine Reform verabschieden, die nicht mit Einschnitten in den Leistungskatalog verbunden ist. In bestimmten Bereichen gibt es sogar zusätzliche Leistungen, wie in der Palliativmedizin, im Hospizbereich, bei Impfungen und bei Vater-Mutter-Kind-Kuren. Es entstehen mehr Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Tarifen. Wir bekommen mehr Transparenz bezüglich der Kosten und der Versorgungsangebote.

Ein weiterer ganz wichtiger Erfolg ist der Versicherungsschutz für alle. Niemand soll mehr ohne Krankenversicherung bleiben. Gleichzeitig entsteht aber keine Zwangsversicherung. Alle Personen ohne Absicherung erhalten im Krankheitsfall eine Rückkehrmöglichkeit in ihre letzte Versicherung, sei es eine gesetzliche oder auch eine private. Wer nicht versichert war, kann in einem Basistarif der privaten Krankenversicherung mit bezahlbarer Prämie oder aber in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden. Auch innerhalb der PKV kann durch Anrechnung der Altersrückstellungen zwischen Unternehmen leichter und nachteilsfrei gewechselt werden.

Was bringt die Einrichtung des Gesundheitsfonds? Durch die Einrichtung des Fonds werden die Finanzierungsstrukturen der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine neue Grundlage gestellt. Der Fonds garantiert die wirtschaftliche Verwendung von Beitrags- und Steuermitteln und intensiviert den Wettbewerb zwischen den Kassen. Durch Festlegung der Beiträge von Arbeitgebern und Mitgliedern können und müssen sich die Kassen in Zukunft im Wettbewerb darauf konzentrieren, ihren Versicherten eine möglichst zielgenaue, qualitätsgestützte und effiziente Versorgung anzubieten.

Das Fondsmodell stärkt die Position der Versicherten. Der Versicherte wird in Zukunft in der Lage sein, das Angebot seiner Kasse nach der Leistung und dem Preis zu beurteilen. Die jeweilige Kasse erhält aus dem Fonds für jeden Versicherten einen pauschalen Betrag. Kommt eine Kasse mit den ihr zugewiesenen Mitteln nicht aus, muss sie von ihren Versicherten einen Zusatzbeitrag verlangen, der ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens nicht überschreiten darf. Er wird bis zu einem Beitrag von monatlich 8 Euro ohne Einkommensprüfung erhoben.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist schlecht.)

Benötigt sie dagegen weniger Mittel, als sie aus dem Fonds erhält, kann sie dem Versicherten einen Bonus zahlen. An der Höhe des Bonus und des Zusatzbeitrages kann der Versicherte dann sehen, wie wirtschaftlich eine Kasse mit ihren Beiträgen umgegangen ist. Es ist schon ein Unterschied für den Versicherten, ob er 10 Euro dazuzahlt oder 20 Euro herausbekommt. Das ist ein wichtiger Transparenzgewinn. Außerdem wird so der Druck auf die Kassen erhöht, ihre Kosten zu senken.

(Michael Roof, FDP:  
Das haben Sie nicht erreicht.)

Was wollten wir und was haben wir erreicht?

1. eine nachhaltige Finanzierung und eine Abkopplung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen stehen nun auf mehreren Säulen, nämlich dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag, den Steuern und dem Zusatzbeitrag. Der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerbeitrag werden künftig gesetzlich festgelegt. Das heißt, es gibt keine automatische Beitragserhöhung, wenn die Ausgaben im Gesundheitswesen steigen. Das heißt auch, zusätzliche Kosten für demografische Entwicklung, medizinisch-technischen Fortschritt und beitragsfreie Mitversicherung der Kinder sollen künftig nicht mehr den Faktor Arbeit belasten, sondern werden über Steuern oder über den Zusatzbeitrag finanziert.

2. mehr Transparenz und Wirtschaftlichkeit durch mehr Wettbewerb

Bei keiner Reform zuvor wurden so viele Wahlmöglichkeiten für die Versicherten eingeführt,

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

nämlich Kostenerstattungstarife, Selbstbehalttarife und Hausarzttarife wird es künftig ebenso geben wie Wahlmöglichkeiten bei Vorsorge- und Reha-Einrichtungen. Damit wird der Wettbewerb intensiviert. Eigenverantwortung wird gestärkt und am Bedarf orientierte medizinische Versorgung gefördert. Auch durch die Vertragsmöglichkeiten der Kassen wird der Wettbewerb gestärkt. Erstmals können die Kassen mit den Arzneimittelherstellern über Preise verhandeln. Sie können mit Ärzten oder Arztgruppen Verträge schließen.

3. mehr Effizienz

Bei Arzneimitteln wird zum ersten Mal eine Kosten-Nutzen-Bewertung eingeführt. Bei teuren und risikoreichen Arzneimitteln und Therapien wird eine Zweitmeinung eingeholt. An der Schnittstelle zwischen stationärer und ambulanter Behandlung sowie der Pflege wird ein Versorgungsmanagement eingeführt. Außerdem soll es bei

besonderen ärztlichen Vergütungen Qualitätszuschläge geben.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

4. mehr Eigenverantwortung

Bei chronisch Kranken wird therapiegerechtes Verhalten belohnt. Das heißt, wer sich nicht an Behandlungsvorgaben hält oder Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrnimmt, muss mehr zuzahlen als derjenige, der sich gesundheitsbewusst verhält. Es gilt dann die Belastungsgrenze von zwei Prozent statt einem. Für nicht medizinisch notwendige Eingriffe wie Schönheitsoperationen, Tätowierungen oder Piercings müssen die Patienten die Folgekosten künftig selbst tragen.

5. weniger Bürokratie

Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei Ärzten werden vereinfacht und reduziert. Im zahnärztlichen Bereich wird die Bedarfsplanung abgeschafft. Verträge zu Chronikerprogrammen werden von ungefähr 1.500 derzeit auf 10 zurückgeführt. Statt sieben Spitzenverbänden der Krankenkassen, die auf Bundesebene viele Bereiche gemeinsam und einheitlich geregelt haben, wird es nur noch einen Bundesverband geben, der weniger Aufgaben hat und auch nicht in den Wettbewerb eingreifen soll. Er soll sich nämlich auf die Rahmenrichtlinien beschränken, damit sich der Wettbewerb auf Landes- und Kassenebene besser entfalten kann.

6. Erhalt der privaten Krankenversicherung

Die PKV bleibt als Vollversicherung erhalten. Gleichwohl wird sie künftig einige neue Solidarleistungen tragen. Ein Handwerker, der wegen Insolvenz seinen Beitrag nicht mehr zahlen konnte, fiel bislang aus der PKV heraus. Jetzt werden Nichtversicherte zu bezahlbaren Prämien, dem Basistarif, wieder aufgenommen. Auch freiwillig GKV-Versicherte mit Gesundheitsrisiken müssen in diesen Basistarif der PKV aufgenommen werden. Vor dem Wechsel in die PKV gilt allerdings eine vorherige dreijährige Verweilzeit in der gesetzlichen Krankenkasse. Insgesamt wird für PKV-Versicherte der Wechsel in eine andere private Versicherung durch Anrechenbarkeit der auf den Basistarif bezogenen Altersrückstellungen vereinfacht.

Die Vorteile auf einen Blick:

- mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen
- mehr Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten im Versicherungsschutz
- mehr Transparenz der Kosten
- wirtschaftliche Verwendung von Beitrags- und Steuermitteln
- mehr Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern, zum Beispiel Ärzten, Krankenhäusern und Arzneimittelherstellern
- Versicherungsschutz für alle
- Belohnung gesundheitsbewussten Verhaltens
- statt Leistungskürzung Schließung von Versorgungslücken
- bessere Wechselmöglichkeit und Rückkehrmöglichkeit in die PKV

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Linkspartei.PDS, wir lehnen aus diesen genannten Gründen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Rühls.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Ratjen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Sebastian Ratjen,** FDP: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Minister Selling, Ihre Redezeit wird nicht gekürzt, wenn ich Ihnen eine Frage stelle, sie wird der Opposition nur dazugegeben.

(Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Und das ist gut für uns, meinen Sie?! – Zuruf  
von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei.PDS, es wird Sie nicht wundern, dass wir teilweise unterschiedliche Gründe haben, um diese Gesundheitsreform abzulehnen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist so. Das wundert uns nicht.)

Nichtsdestotrotz möchte ich heute nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame ansprechen,

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist gut.)

weshalb wir dem ersten Absatz Ihres Antrages bedingungslos zustimmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Gemeinsam ist uns nämlich das Entsetzen, mit welcher Verantwortungslosigkeit der Umgang mit der gesamten Gesundheitsversorgung einer Bevölkerung gepflegt wird sowie der Umgang mit den Arbeitsplätzen von Zigtausenden. Wer heute Morgen gelesen hat, was für Zustände gestern im Bundesgesundheitsausschuss geherrscht haben – 81 Tischvorlagen, die Abgeordneten haben diese nicht einmal lesen dürfen

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Und da soll noch was Gutes bei rauskommen?!)

und es wurde den Abgeordneten eine Pause verweigert, um die Tischvorlagen zu lesen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Jetzt wird alles gut. – Zuruf von  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Die Fachleute der Regierungskoalition, insbesondere übrigens der SPD, Herr Minister Selling, haben sich geweigert, in den Ausschuss zu kommen, und haben sich durch Nichtfachleute vertreten lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Damit das fertig werden kann. – Zurufe von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,  
und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Herr Struck droht den renitenten Fachleuten mit Konsequenzen und denkt darüber nach, sie durch weniger qualifizierte Leute im Ausschuss ersetzen zu lassen.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Nein, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, würden die Ärztinnen und Ärzte unsere Patienten so behandeln wie

die Regierung das Gesundheitssystem, wären die Friedhöfe in unserem Land wesentlich voller.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS  
und FDP – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mecklenburg-Vorpommern möchte Gesundheitsland Nummer eins werden. Wir haben eine älter werdende Bevölkerung – auch älter als im Bundesdurchschnitt – und einen immer größer werdenden Ärztemangel. Jetzt hat der Sozialminister so eine Art Hilfswerk für Landärzte erfunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der richtige Schritt, aber auf dem falschen Weg. Wir brauchen nicht 33 verschiedene Hilfswerke, wir brauchen ein Gesundheitssystem, was vernünftig funktioniert!

(Beifall bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Abgeordnete Grabow, der Vorsitzender des Gesundheits- und Sozialausschusses ist, und ich waren gestern in Demmin auf einer gesundheitspolitischen Debatte. Uns sind dort 109.000 Unterschriften gegen diese Gesundheitsreform übergeben worden,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und NPD)

109.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Übrigens hat man bereits versucht, es der Präsidentin Frau Bretschneider zu übergeben. Sie hat sich geweigert.

Herr Minister, ich möchte Sie bitten, im Anschluss an diese Debatte draußen im Foyer diese Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes entgegenzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Vielleicht lassen Sie sich noch erweichen, im Bundesrat dieses Gesetz abzulehnen. Es ist für Mecklenburg-Vorpommern, es ist für die Patientinnen und Patienten einfach nur schädlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Harry Glawe, CDU: Es wird nicht  
abgelehnt, Herr Ratjen. – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Ratjen.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte schön, Herr Köster.

**Stefan Köster,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wohin der Wettbewerb, den sich die SPD und die CDU so gern wünschen, führt, zeigt uns zum Beispiel der Gasmarkt. Für ein solidarisches und nachhaltiges Gesundheitskonzept möchte sich die Linkspartei.PDS in dem vorliegenden Antrag einsetzen. Ich werde mich hier allerdings nur sehr kurz fassen, da ich grundlegende Aussagen über unsere gesundheitspolitischen Ansichten in unserem eigenen Antrag, der noch auf der Tagesordnung steht, behandeln werde.

Meine Damen und Herren der Linkspartei.PDS, offensichtlich agieren Sie hier unter dem Motto: Alles ist schon gesagt, aber nur noch nicht durch mich. Sie bringen hier einen Antrag ein, welcher zwar gewisse Dinge konkretisiert, wohl aber aus der Not heraus geboren zu sein scheint, hier die einzige soziale Opposition spielen zu wollen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Oh, geht das schon wieder los!)

Dieses nehmen Ihnen die Menschen im Land nicht mehr ab.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Zur Gesundheitsreform selbst: Diese Gesundheitsreform wird wenige Probleme lösen. Es werden mit der Gesundheitsreform aber viele neue unüberwindliche Probleme geschaffen werden. Die Zeche werden nicht nur die Organisationen zahlen, die von Ihnen angeführt werden, die Zeche werden insbesondere die Versicherten und die Kranken bezahlen. Deswegen unterstützen wir den Protest, der sich nicht nur, aber auch hier in Mecklenburg-Vorpommern gegen diese Gesundheitsreform formiert.

Als Erstes möchte ich auf den Gesundheitsfonds eingehen. Dabei handelt es sich um eine Reformattrappe, die eigentlich nur geschaffen wurde, damit SPD und CDU ihre Gesichter wahren konnten. An der Organisation der Versicherung wird damit nichts verbessert, zusätzliche Verwaltungskosten werden entstehen. Die jetzt schon absehbare Unterfinanzierung wird zur Beitragserhöhung führen. Ich habe da noch einen Ausspruch der Gesundheitsministerin im Kopf, die bei der letzten Reform schon angekündigt hatte, dass sie nur wenige Jahre halten wird und man sich dann in den nächsten Jahren wieder zusammensetzen muss. Die Reformen, die Sie auf den Weg bringen, sind nichts für Gesetze in diesem Land, sie sind eigentlich nur noch was für den Rundordner, das will heißen für den Papierkorb.

Meiner Meinung nach ist aber am gravierendsten, dass zwischen Arzt und Patienten neben der kassenärztlichen Vereinigung noch eine weitere zusätzliche bürokratische Hürde geschoben werden wird. Damit wird nicht mehr Wettbewerb erzeugt, vielmehr wird der Wettbewerb in diesem Bereich vernichtet werden. Diese Reform leistet überhaupt keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzierung. Sie erreicht nicht die nötige Abkopplung von den Arbeitskosten. Die Probleme einer alternden Bevölkerung und der dadurch steigenden Kosten, die auf das Gesundheitswesen zwangsläufig zukommen, ignorieren Sie doch. Wir könnten darüber streiten, wie die steigenden Kosten verursacht durch eine alternde Gesellschaft zu bewältigen sind, aber die Reform geht das Problem schlichtweg gar nicht an. Stattdessen werden die Lasten in diesem Umlagesystem weiter auf die Zukunft verschoben.

Jetzt kommt die Forderung aus den Reihen der SPD und CDU, es müssten mehr Steuergelder in das Gesundheitswesen gesteckt werden. Sie wollen damit nur kurzfristig die Löcher stopfen, die Sie selbst aufgerissen haben. Den Zuschuss aus der Tabaksteuer haben Sie selbst im letzten Jahr gestrichen. Mit der Mehrwertsteuererhöhung belasten Sie die Krankenkassen um 900 Millionen Euro. Das ist alles andere als planungssicher und nachhaltig.

Wenn Frau Merkel jetzt angesichts steigender Steuereinnahmen mehr Geld für die Krankenkassen fordert, aber Herr Steinbrück die Haushaltsrisiken und die Mehrausgaben für Auslandseinsätze und damit keine Möglichkeit für mehr Steuergelder für die Krankenversicherung sieht, dann können wir erkennen, worauf wir uns die nächsten Jahre einstellen können.

Ich muss leider zum Schluss kommen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das wird auch Zeit.)

Kein einziges Problem ist gelöst. Strukturen, die keinen Wettbewerb vorsehen, werden verfestigt. Das Reformwerk der Bundesregierung ist nur abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön.

Es hat jetzt das Wort für die Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Dr. Marianne Linke,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Abgeordneter Ratjen hat auf sehr eindrucksvolle Weise die Situation bezüglich der Debatte um die Gesundheitsreform im Land geschildert.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Werner Kuhn, CDU)

Nichtsdestotrotz hat die große Koalition angesichts der heftigen Proteste gegen dieses Gesetzeswerk dessen Verabschiedung zu einer Prestigefrage hochstilisiert und, komme, was da wolle, den 01.04.2007 zum Tag der Einführung erklärt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren Minister, haben Sie einfach den Mut, lehnen Sie im Interesse der flächendeckenden, wohnortnahen, bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung, wie wir sie im Lande im Augenblick haben, dieses Gesetzeswerk im Interesse des Erhaltes dieses Gesundheitswesens ab!

(Harry Glawe, CDU: Nein, machen wir nicht.)

Und lassen Sie es mich mit den Worten eines SPD-Bundestagsabgeordneten sagen: „Der Erhalt der Solidargemeinschaft ist wichtiger als der Erhalt der großen Koalition.“

Wir wissen sehr wohl, dass veränderte gesellschaftliche Bedingungen auch neue und zeitgemäße Lösungen in den Sozialversicherungssystemen erfordern. Wir haben es gestern am Beispiel der Rente diskutiert und Gleiches gilt für die gesetzliche Krankenversicherung. Die neuen Lösungen allerdings sind in dem vorgelegten Gesetzeswerk überhaupt nicht erkennbar. Vielmehr wird der seit 2003 eingeschlagene Weg der Entsolidarisierung konsequent fortgesetzt. Die Linkspartei.PDS bleibt mit ihrer Ablehnungsempfehlung dieses Gesetzes insofern konsequent bei ihrer Forderung nach Erhalt und Ausbau eines solidarischen Prinzips der Sozialversicherungen. Bereits 2003 hat die rot-rote Landesregierung allein wegen der einseitigen Belastung der Versicherten durch erhöhte Zuzahlungen und Praxisgebühr dem Reformwerk die Zustimmung versagt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Experten sprechen davon, dass aus dem paritätischen System der Finanzierung mittlerweile eine Finanzierung von etwa 65 zu 35 Prozent geworden ist. Denken Sie nur an die 0,9 Prozent Beitragspunkte für Zahnersatz und Krankentagegeld, die allein von den Versicherten zu tragen sind. Damit wurde bereits ein weiterer Aspekt der Solidarität, nämlich der zwischen den Arbeitgebern und den versicherten Arbeitnehmern, aufgegeben.

Das Kernstück der heutigen Reform, nämlich der Gesundheitsfonds, bringt weitere entscheidende Umwälzungen mit sich. Künftig werden die Beitragssätze der GKV nicht mehr in einem Abstimmungsprozess zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, die oftmals sehr zähe Prozesse waren, festgelegt, sondern die Beiträge werden

staatlich durch Rechtsverordnungen der Bundesregierung bestimmt. Gerade dieser zähe Abwägungsprozess zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat dazu geführt, dass die Beitragssätze relativ gering gehalten werden konnten, sodass Deutschland ein relativ gutes und kostenoptimiertes Gesundheitswesen im internationalen Maßstab hat. Künftig werden die staatlich festgesetzten Beiträge an einen Fonds überführt. Jede Kasse erhält aus diesem Fonds entsprechend der Zahl der Versicherten dann einen entsprechenden Beitrag.

Verehrter Herr Minister Selling, das entscheidende Problem ist doch, dass die Kriterien für die Verteilung aus diesem Fonds gar nicht feststehen. Es ist ein Wunschenken, wenn Sie hoffen, Mecklenburg-Vorpommern erhält künftig mehr Geld aus dem Fonds, als es selbst hineingibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Schauen Sie sich das Gutachten von Rürup an! Schauen Sie nicht auf die Wertungen, schauen Sie auf die Zahlen und dann erkennen Sie, dass das tatsächlich ein Trugschluss ist!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Die Zeit ist weitergegangen, Frau Linke.)

Der Fonds bedeutet aber auch Aufkündigung der Solidarität zwischen den Versicherten. Wer will denn schon eine hohe Prämie zahlen, Herr Glawe? Das frage ich Sie mal.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sind Sie gesetzlich krankenversichert? Wer will eine höhere Prämie zahlen?

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Der Zusatzbeitrag als kleine Kopfprämie wird den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen um die guten Risiken in einer bisher nicht gekannten Art und Weise verstärken und damit weiter das Prinzip der Solidarität aushebeln.

(Harry Glawe, CDU: Der Herr Selling hat seine Rede deutlich besser gesprochen als Sie. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Diese neue Doppelstruktur – einerseits staatlich, andererseits über die Selbstverwaltung organisiert – wird den Verwaltungsaufwand, Herr Glawe, unübersichtlich gestalten. Denken Sie an die Worte, heute ist der 1. Februar,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja, hören Sie doch auf!)

denn die nächsten Beitragssteigerungen kommen. Ich sage nur einfach: Hartz IV lässt grüßen!

(Harry Glawe, CDU: Sie hatten jahrelang die Aufsicht dazu.)

Ein Grundpfeiler der GKV, ein Erfolgsrezept seit ihrer Einführung – ich erinnere daran, die gesetzliche Krankenversicherung, das älteste Kind unter unseren Sozialversicherungen –,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

geht auf eine kaiserliche Botschaft von vor 125 Jahren zurück und hat sich in diesen Jahren als solidarisch und paritätisch sehr bewährt,

(Harry Glawe, CDU: Ja, das war Bismarck. Ja, das war Bismarck.)

solidarisch deshalb, weil es eine Versicherung von Arbeitslosen und In-Arbeit-Stehenden, von Gesunden und Kranken, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von alten und jungen Menschen ist.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es lebte davon, dass alle im Risikofall Krankheit füreinander einstehen. Davon wird nun abgerückt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Glawe, bitte lassen Sie die Rednerin hier reden. Wenn Sie reden wollen, können Sie gern noch ans Mikrofon kommen. Das ist jetzt langsam das Maß, was die Verträglichkeit überschreitet.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und NPD – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Der brabbelt immer so in seinen Bart rein.)

**Dr. Marianne Linke,** Die Linkspartei.PDS: Selbstbehalte, Beitragsrückerstattungen – all das klingt gut, aber es kündigt das Prinzip der Solidarität auf. Es entsteht der Eindruck, Krankheit und Gesundheit würden im Ermessen eines Menschen stehen. Es entsteht der Eindruck, man könne eine Krankheit ausschlagen wie ein Angebot im Supermarkt. Herr Minister Selling, das wollen Sie doch nicht im Ernst?! Deshalb sollten wir dieser Seite der Gesundheitsreform auf keinen Fall zustimmen. Meine Partei plädiert konsequent für eine stabile Beitragsfinanzierung, indem die Wachstumsschwäche der beitragspflichtigen Einnahmen dadurch beseitigt wird, dass wir alle Frauen und Männer, die an einem gesunden Leben interessiert sind, auch an der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligen. Wir plädieren dafür, im Interesse des Erhalts unseres flächendeckenden, wohnortnahen, bedarfsgerechten Gesundheitswesens hier auch die Beitragssätze zu erhöhen, um die Kassen zu stärken.

Bezüglich der solidarischen Finanzierung stimmt meine Partei vollkommen mit der Erklärung des SPD-Landesparteiirates vom 27. Juni 2006 überein. Fast alle Mitglieder dieses Gremiums sind auch Mitglieder dieses Parlamentes. Ich hoffe, das erleichtert Ihnen die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Werner Kuhn, CDU: Ihr seid nicht mehr in der Koalition. Sie brauchen sich gar nicht so anzustrengen. – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Was nicht ist, kann ja wieder werden, Herr Kuhn.)

Die kostenmindernden Möglichkeiten, die mit dem Gesetz denkbar und auch realisierbar sind, wurden nicht eingeführt. Wir plädieren weiter dafür, die Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf sieben Prozent zu senken, um die echten Kostentreiber im System zu reduzieren. Wir plädieren für die Einführung einer Positivliste, um auch hier kostenmindernde Maßnahmen einzusetzen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Linkspartei.PDS hält auch an der Forderung fest, das duale System der Krankenhausfinanzierung zu erhalten, um das System der bedarfsgerechten Krankenhausplanung in der Hand des Landes zu belassen und gerade die Krankenhäuser als wichtige Elemente des Gesundheitswesens zu stärken.

(Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Bundesgesundheitsministerin begründet den vorgelegten Gesetzentwurf mit der Notwendigkeit, einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu finden. Wenn dabei allerdings die eigentlichen Zielstellungen verloren gehen, sind Kompromisse nichts wert. Es geht nicht um den Nachweis von Kompromissfähigkeit von Politikern, sondern um den Nachweis, Antworten und Lösungen auf drängende Fragen unserer Zeit zu finden. Dieser Nachweis ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht erbracht, was nicht zuletzt die Turbulenzen – Herr Ratjen hat es erwähnt – in der heute Nacht zu Ende gegangenen Sitzung des Gesundheitsausschusses des Bundestages verdeutlicht. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag und beantrage die getrennte Abstimmung der beiden Punkte.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Was, Harry will nicht drankommen?! –  
Harry Glawe, CDU: Nein. –

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:

Das ist ja langweilig. – Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Brabbelt hier immer rum und will nicht  
reden. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Professor Methling, Herr Glawe, können wir jetzt zur Abstimmung schreiten, wenn Sie Ihre Debatte beendet haben? – Danke schön.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist vom Antragsteller beantragt worden, die beiden Ziffern des Antrages getrennt abzustimmen. Wir kommen demnach zur getrennten Abstimmung.

Ich rufe auf den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/160, hier Ziffer 1. Wer der Ziffer 1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 1 bei Zustimmung durch die Fraktionen der Linkspartei.PDS, FDP und NPD sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Ziffer 2 des Antrages. Wer stimmt der Ziffer 2 zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 des Antrages bei Zustimmung durch die Fraktion der Linkspartei.PDS, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD und drei Stimmenthaltungen der Fraktion der FDP ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Nichtrauchererschutz, auf der Drucksache 5/161.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:  
Nichtraucherschutz  
– Drucksache 5/161 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke.

Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Hans Kreher  
übernimmt den Vorsitz.)

**Dr. Marianne Linke,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Als ehemalige Sozialministerin begründe ich sehr gern den von meiner Fraktion vorgelegten Antrag. Mit diesem Antrag setzen wir unsere gesundheitspolitische Linie fort und nutzen natürlich alle Anregungen aus der breiten öffentlichen Debatte der letzten Monate, um die Konturen unseres Anliegens zu schärfen.

Mit Freude habe ich heute Morgen in meiner Tageszeitung die Nachricht gelesen, dass Frankreich von diesem Donnerstag an eines der strengsten Rauchverbote Europas einführen wird. Eine ähnliche Botschaft wurde am Montag in der Stadt Schwerin auf den Weg gebracht und auch in Hamburg wurde die SPD-Opposition entsprechend aktiv.

Das Thema Rauchen hat uns in diesem Hause schon des Öfteren beschäftigt. Meine Fraktion und ich als ehemalige Ministerin waren immer sehr unglücklich über den engen Tunnelblick der CDU-Abgeordneten,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

die sich beim Rauchen stets nur mit der Verbotskeule auf dem Schulhof im Kreise drehen mochten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Rauchen ist ein gesellschaftliches Problem. Rauchen ist ein Problem, das vor allem durch Ältere, die Erwachsenen gepflegt und an die junge Generation weitergetragen wird. Kein Raucher, auch niemand unter Ihnen, wird leugnen, dass es die schädigende Wirkung des Tabaks und dessen Inhaltsstoffe auf seine Gesundheit gibt. Auch die schädigenden Auswirkungen auf die Passivraucher sind unbestritten. Das verdanken wir einer guten Aufklärungsarbeit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, das verdanken wir den Forschungsergebnissen des Krebsforschungszentrums in Heidelberg, das verdanken wir auch der guten Arbeit der entsprechenden Einrichtungen und Arbeitsgemeinschaften in unserem Land. Ja und trotzdem wird geraucht.

Aus den Erkenntnissen um die Wirkungen des Rauchens ergibt sich die Forderung nach einem umfassenden Gesundheitsschutz der Nichtraucher. Daraus folgt geradezu das Gebot, die umfassende Pflicht zum Schutz der Nichtraucher. Diese Erkenntnis findet bereits in verschiedenen rechtlichen Regelungen ihren Niederschlag, unter anderem in der Arbeitsstättenverordnung zum Schutz von Nichtrauchern am Arbeitsplatz, aber auch im Paragraphen 10 des Jugendschutzgesetzes. Diese Norm verpflichtet die Erwachsenen, im Interesse des Schutzes von Kindern und Jugendlichen dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nicht rauchen. Das sind Einzellösungen, womit man jedoch der Lösung des gesellschaftlichen Problems Rauchen bisher nicht ausreichend gerecht wurde, weil sie einfach zu viele Möglichkeiten offenlassen, sich dieser Regelung zu entziehen. Deshalb sind wir auch gegen jede weitere Einzellösung, die immer nur eine Insellösung sein kann. Daher plädieren wir als Linkspartei.PDS für einen umfassenden und konsequenten Nichtrauchererschutz durch das Untersagen in all den Räumlichkeiten, die wir in unserem Antrag genannt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Jetzt sorgen sich einige Mitbürger, dass ein derartiger Alleingang in unserem Lande uns schaden könnte, und bemühen gar den Begriff des „Flickenteppichs“. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht wie ein Flecken auf dem Teppich Deutschland kleben. Was für ein Bild! Hier geht es doch nicht um vogelgrippeähnliche Erscheinungen bei Zugvögeln. Raucher sind doch keine Schwäne, die fröhlich umherflattern und auf Order des Landwirtschaftsministers eingesammelt werden müssen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das riecht doch hier nach Rauch.)

Eher sind doch Raucher bewegungsfaul und qualmen uns in geschlossenen Räumen die Bude voll.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Heike Polzin, SPD: Es riecht hier nach Qualm.  
Jetzt ist es aber genug! – Heiterkeit bei  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Mit anderen Worten, Raucher sind durchaus in ihrem Freiheitsdrang zu beeinflussen, ja, ich möchte sagen, im Interesse der Gesundheit der Nichtraucher auch in diesem Freiheitsdrang zu beeinträchtigen. Daran sollten wir denken, wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern über Gesundheitsschutz sprechen und den Anspruch, Gesundheitsland Nummer eins in der Bundesrepublik sein zu wollen. Wir sollten anfangen, wir sollten ganz einfach mutig und entschlossen vorgehen und damit ein Beispiel für die anderen Länder der Bundesrepublik liefern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Nichtrauchererschutz in diesem Sinne ist ein Plädoyer für eine gesunde Lebensweise und die beginnt nun einmal bei Kindern und Jugendlichen mit Bildern, die wir Erwachsenen durch unsere Haltung produzieren, mit denen wir Vorbild sind. Für ebenso notwendig erachtet meine Fraktion deshalb ein konsequentes Werbeverbot für Zigaretten, sei es durch Plakatwerbung oder Darstellung von Raucherinnen und Rauchern in Film und Fernsehen. Die Tabakwerbung, die bewunderten und rauchenden Liebblingsschauspieler oder Liebingsmusiker ermutigen Kinder und Jugendliche ebenso wie rauchende Eltern, mit dem Rauchen anzufangen. Rauchen gilt durch diese Bilder und Vorbilder als normal, es gilt als cool und es schafft eine Stimmung, in der Zigarettenkonsum als Ausdruck von Selbstbestimmung, Gruppenzugehörigkeit und Individualität erscheint.

Deutschland tut sich schwer mit dem von der EU geforderten Werbeverbot. Minister Seehofer braucht die Unterstützung der Landesregierung gegenüber der Tabakindustrie.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Wieso, ist der Gesundheitsminister?)

Die Tabakindustrie nimmt bis heute deutlichen Einfluss auf die Gesundheitspolitik in Deutschland und den effektiven Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ach, er ist Verbraucherschutzminister.)

Durch Lobbymaßnahmen wurde das bisher verhindert. Zu diesem Schluss kam nicht etwa nur die Linkspartei.PDS, nein, zu diesem Schluss kam auch eine Studie der University of California im Auftrag des Deutschen Krebsforschungszentrums und der WHO. So hat die Tabakindustrie gerade nach dieser Studie ein Regierungshandeln zum Schutz der Bürger verhindert. Zeigen

wir in Mecklenburg-Vorpommern, zeigen Sie, verehrte Landesregierung, dass es auch anders geht! Setzen Sie sich im Interesse der Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen, der Gesundheit aller Nichtraucherinnen und Nichtraucher für die Umsetzung eines umfassenden Werbeverbots ein! Schauen Sie auch in dieser Beziehung nach Frankreich!

Ich bin froh, dass wir in der öffentlichen Debatte um den Nichtrauchererschutz endlich den Schulhof verlassen und die Erwachsenen im Blick haben. Gerade eine gesunde Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen setzt neben einer überzeugenden Vorbildwirkung der Älteren auch eine intensive Präventionsarbeit voraus. Ja, trotz des Wissens um die gesundheitsschädigende Wirkung von Zigaretten gelingt es nur wenigen Rauchern, abrupt das Rauchen zu beenden, weil Nikotin neben Heroin zu den stärksten Suchtmitteln gehört. Nikotin befördert überdies den Einstieg in andere Drogen wie Alkohol, Heroin, Tabletten oder synthetische Drogen. Rauchen darf deshalb nicht allein im Blick von Medizinern bleiben und auf seine die Organe schädigende Wirkung reduziert werden. Es gehört in den Blick von Eltern, Pädagogen, Politikern gleichermaßen.

Sucht, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, hat viel mit Sehnsucht, Mangel an Zuwendung, Mangel an Selbstverwirklichung zu tun. Hier konzeptionell anzusetzen, Bestehendes weiterzuentwickeln, halten wir für die schwierigste, langfristig aber effektivste Maßnahme im Kampf gegen Drogen. Diese Präventionsarbeit gegen den Konsum von Drogen setzt Vertrauen, Kontinuität, Langfristigkeit der Konzepte gleichermaßen voraus. Es ist ein Prozess, der vor allem in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen angesiedelt ist und natürlich mit jeder Kindergeneration immer wieder neu gestaltet werden muss. Kinder stark machen, das ist die Devise.

Ein breites Spektrum von interessanten Freizeitangeboten, von Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung Kindern anzubieten, damit sie in Konfliktsituationen nicht den Ausweg in Aggression oder Drogen suchen, das ist ein weiteres Anliegen unseres Antrages. Deshalb haben wir im Punkt 3 darum gebeten, dass die Landesregierung über die Umsetzung des Landesaktionsplanes und die sich hieraus ergebenden weitergehenden Schlussfolgerungen vor dem Landtag berichten möge.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Dr. Linke.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich gehe erst mal eine rauchen. – Heiterkeit  
bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat um das Wort gebeten der Sozialminister Herr Sellering.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Aber das muss ich noch anhören. – Heiterkeit  
bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Eigentlich muss er jetzt was zur Deregulierung sagen, ne. – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:

Das ist auch nicht mehr sein Thema. –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Oh ja! – Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS)

**Minister Erwin Sellering:** Herr Präsident! Meine Damen  
und Herren!

Liebe Frau Borchardt, meine Damen und Herren, nichts  
ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
Linkspartei.PDS – Zuruf von

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

und, meine Damen und Herren, liebe Raucherinnen und  
Raucher, liebe Nichtraucherinnen und liebe Nichtraucher,  
es sieht ganz danach aus,

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

als sei die Zeit gekommen für einen wirklich wirksamen  
Nichtraucherschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:

Das stimmt. –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja.)

Darüber freue ich mich sehr. Es spricht alles dafür, dass  
unser Nichtrauchererschutzgesetz eine breite Mehrheit  
hier in Mecklenburg-Vorpommern findet und hoffentlich  
auch das Muster wird für den Abstimmungsprozess für  
die einheitliche Lösung in ganz Deutschland, die wir uns  
alle wünschen.

Auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS,  
stimmen inzwischen glücklicherweise inhaltlich mit uns  
überein.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Also! –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Aber das ist eine Verdrehung!)

Es hat ja Zeiten gegeben ...

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS – Zuruf von  
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Lassen Sie uns doch einen Augenblick ehrlich sein. Ich  
kann mich an Reden meiner hoch verehrten Kollegin  
Linke erinnern, die ganz anders klangen.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU,  
und Jörg Vierkant, CDU – Zuruf von  
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS)

Aber ich glaube, auch daran erkennt man, wenn die Zeit  
einer Idee gekommen ist, dass sie plötzlich ganz viele  
Väter und Mütter hat.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Nicht richtig gelesen. – Zurufe von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS,  
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS –  
Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich freue mich darüber und ich denke, wir sollten in die  
Zukunft blicken, gemeinsam voranblicken und nicht  
nachtragen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Über Ihren Antrag freue ich mich sehr. Das ist eine sehr  
erfreuliche Begleitung des Gesetzentwurfes, den ich vor  
einigen Tagen in die Ressortabstimmung gegeben habe,

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

und ich sehe dafür deutlich eine breite Mehrheit hier im  
Haus. Lediglich die FDP, meine Damen und Herren von  
der FDP, immerhin sind Sie noch zu 40 Prozent, nein, ich  
weiß nicht genau, nein, doch etwas weniger, anwesend ...

(Sebastian Ratjen, FDP:  
Gucken Sie mal hinter sich!)

Dann sind wir über 40 Prozent.

..., lediglich die FDP ist wohl noch auf der Linie, als Libe-  
rale sozusagen der Freiheit der Willensentscheidung des  
Rauchers zum Erfolg verhelfen zu wollen. Da möchte ich  
aber doch deutlich sagen: Ganz klar ist, Freiheit endet  
da, wo andere beeinträchtigt werden. Und ich denke  
auch, mit der Freiheit der Willensentscheidung des Rau-  
chers ist es am Ende so ganz doll nicht bestellt. So viel  
Freiheit ist da wohl nicht. Also überlegen auch Sie ein-  
mal, vielleicht können Sie sich in den Ausschüssen, wenn  
wir das alles erörtert haben, noch der allgemeinen Linie  
anschließen.

(Ralf Grabow, FDP: Da werden  
wir noch bisschen was ändern dran.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige  
sachliche Punkte sagen. Ziel unseres Nichtraucher-  
schutzgesetzes ist der Schutz der Nichtraucher vor den  
Gefahren und Beeinträchtigungen des Passivrauchens.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Es geht uns nicht nur darum, dass es unangenehm für  
Nichtraucher ist, wenn sie passiv rauchen müssen, also  
Einatmen von Tabakrauch, sondern das ist eine erheb-  
liche Gesundheitsgefährdung. Tabakrauch enthält eine  
Vielzahl giftiger, krebserregender Substanzen: Ben-  
zol, Formaldehyd, Phenol, Akrolein, Kadmium, Nickel,  
Chrom, Arsen.

(Dr. Wolfgang Mehtling, Die Linkspartei.PDS:  
Oh, oh, oh! – Unruhe und Heiterkeit bei  
Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich finde, das hört sich sehr beeindruckend an.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:  
Da kriegt man ja richtig Gänsehaut. –  
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Interessante ist, dass es einen Abhängigen nicht  
wirklich stört. Es gibt keine Dosis von Tabakrauch, von  
der man sagen könnte, dass sie ungefährlich ist. Das ist  
so.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Der Ministerkollege verlässt jetzt den Raum.)

Studien belegen – liebe Frau Borchardt, Sie müssen sich  
damit auseinandersetzen –,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

dass Personen, die Tabakrauch ausgesetzt sind,

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

die gleichen akuten und chronischen Erkrankungen erleiden können wie Raucher. Ich finde, dann wird es schon ein bisschen unfair. Dann geht es nicht mehr um Toleranz, sondern es geht wirklich darum, dass man jemanden diesen Gesundheitsrisiken aussetzt. Und Nichtraucher sind den gleichen Risiken ausgesetzt wie Raucher, wenn auch weniger häufig und in geringerem Ausmaß.

Kinder, Frau Borchardt, sind sehr häufig gedankenlos Tabakrauch ausgesetzt und für die besteht nun wirklich ein Gesundheitsrisiko.

(Beifall Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Deswegen habe ich auch aufgehört.)

Nachgewiesene Dinge sind Mittelohrentzündung, Beeinträchtigung der Lungenfunktion, Asthma und dergleichen mehr. Aber es ist auch die Grundlage für chronische Erkrankungen, Schlaganfall, Lungenkrebs und so weiter. Ich will das gar nicht alles aufzählen. Raucher schreckt es am Ende sowieso nicht. Das zeigen alle Untersuchungen.

(Heiterkeit bei Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

Die meisten der Raucher, die ich kenne, sind inzwischen schon so rücksichtsvoll, dass sie – jedenfalls zu Hause – auf den Balkon gehen, und dann, denke ich, könnten wir ihnen das auch in der Kneipe zumuten.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Wenn die einen Balkon haben.)

Der Grund dafür ist nun auch, dass Untersuchungen zeigen, dass an den Folgen des Passivrauchens, nicht des Rauchens, des Passivrauchens jedes Jahr über 3.000 Menschen in Deutschland sterben. Das ist nicht mehr zum Lachen.

Wir haben den Anspruch, Gesundheitsland Nummer eins zu sein, und da geht es nicht nur um den Schutz der eigenen Bevölkerung, sondern wir haben eine besondere Verantwortung auch gegenüber den Gästen, die hierher kommen, vor allem Familien, gesundheitsbewusste, ältere Menschen, die den Wunsch haben, hier in einer besonders gesunden Umgebung ihren Urlaub zu verbringen.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht einen sehr weitreichenden Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher vor. Künftig soll in Behörden des Landes, in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, in Krankenhäusern und Heimen, aber auch in Restaurants, Diskotheken, Hotels und Gaststätten das Rauchen grundsätzlich verboten werden. Um den Interessen der Raucher Rechnung zu tragen, soll es möglich sein, Raucherräume einzurichten, wenn die abgeschlossen sind.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist gut.)

Ich will auch ganz deutlich sagen: Bei den Diskussionen um das Gesetz ist klar geworden, wir führen hier keinen ideologischen Krieg gegen Raucher, sondern es geht um den Schutz von Nichtrauchern.

(Beifall  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Es gehört, glaube ich, auch dazu, wenn man Raucher nicht verteufelt, was ich nicht tue, dass man auf diejenigen Raucher, die aufhören möchten – die gibt es –, eingeht und Angebote macht. Eine Alternative zu dem sehr weitreichenden Schutz, den wir in dem Gesetz vorsehen, wäre, dass wir in Restaurants, Diskotheken und so weiter auf ein gesetzliches Rauchverbot verzichten und den Schutz der Nichtraucher versuchen zu gewährleisten durch Maßnahmen unterhalb von gesetzlichen Maßnahmen.

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Da gibt es zwei Möglichkeiten

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja? Welche?)

und diese beiden Möglichkeiten sind leider nicht wirksam. Es gibt keinen wirksamen Schutz.

Ausgewiesene Nichtraucherzonen zum Beispiel sind in Wirklichkeit, wenn man genau hinschaut, ausgewiesene Passivraucherzonen, denn der Rauch zieht natürlich da hin. Dann gibt es die Überlegung, wenn ich eine tolle Ventilation habe, dann werden die Leute nicht belästigt. Auch Unsinn. Selbst wenn man ausrechnet, dass die Luft sozusagen mit der Wucht eines Tornados da durchfegt, bleiben Partikel in der Luft. Deshalb ist ein wirksamer Schutz für Nichtraucher nur durch ein Rauchverbot auch in diesen Einrichtungen zu gewährleisten. Daran kann aus fachlicher Sicht kein Zweifel bestehen. Es gibt aber Einwände aus wirtschaftlicher Sicht. Diese Einwände werden vor allem von Betreibern der getränkegeprägten Gaststätten vorgebracht. Sie befürchten massive Umsatzrückgänge bis hin zur Existenzgefährdung.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Die Bierkneipe nebenan. –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Klar.)

Und da muss ich sagen, diese Befürchtungen nehme ich genau wie der Wirtschaftsminister, mit dem ich mich in dieser Frage sehr eng abgestimmt habe, sehr ernst.

(Heiterkeit bei  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das hört er sehr gerne, wie man sieht.)

Deshalb gibt es auch die feste Vereinbarung zwischen den Koalitionspartnern, dass wir erst aufgrund der Anhörungsergebnisse, wo wir das alles einbeziehen werden, entscheiden werden, wie weit das Rauchverbot am Ende tatsächlich gehen soll.

Ich weise allerdings jetzt schon auf eines hin: Die bisher vorliegenden Studien zu den wirtschaftlichen Auswirkungen eines Rauchverbots zeigen, dass diese Befürchtungen unberechtigt sind. Im Gegenteil, die gestiegene Attraktivität für Nichtraucher in den Kneipen, die heute da nicht mehr hingehen, weil sie hinterher furchtbar stinken, könnte zu höheren Umsätzen führen. Es gibt Studien aus Irland, Norwegen, Italien und Kanada, die zeigen, dass es zwar nach der Einführung eines Rauchverbots zwischenzeitlich zu einem kurzen Absinken der Umsätze kommen kann, aber in der Regel sind nach sechs bis neun Monaten Umsatzsteigerungen zu verzeichnen, die mittelfristig über dem Ausgangspunkt liegen und die am Ende sogar zu einem Zuwachs an Beschäftigung führen. In den USA und Australien gab es sogar von der Einführung an Umsatzsteigerungen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Deshalb ist davon auszugehen, dass ein umfassender Nichtraucherenschutz in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur zu einem Imagegewinn, sondern mittelfristig auch zu einer steigenden Nachfrage im Gesundheitstourismus und zu einem Zuwachs an Beschäftigung führt. Ich glaube, die Zeit ist reif für einen wirksamen und weitgehenden Nichtraucherenschutz. Begleiten und unterstützen Sie unseren Gesetzentwurf! – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Die Demos, die Massen ergreifen. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Minister Selering.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ratjen von der FDP.

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Na, Herr Doktor, was wird denn jetzt? Er ist zum Glück Zahnarzt, er muss das wissen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Sebastian Ratjen,** FDP: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Eins zu Anfang, liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS-Fraktion: Bitte vergleichen Sie nicht auf so unsachliche Art und Weise zwei höchstgefährliche Drogen. Der Vergleich von Drogen und ihr Abhängigkeitspotenzial lassen sich immer nur in Bezug auf das Individuum und sein persönliches Potenzial zu dieser Droge durchführen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Alkohol hat auf mich überhaupt keine Anziehungskraft, Schokolade hingegen ist wirklich gefährlich für mich.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Oh, oh, oh! – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ist aber keine Droge.)

Professor Methling, Sie würden sich wundern, ...

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sie wollen doch keinen Vortrag über Pharmakologie halten?!)

Sie werden sich wundern, was alles das Potenzial zur Droge hat. Macht und Politik können übrigens auch zur Droge werden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Dem sind Sie auch erlegen. – Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Das wird sich zeigen.

Nein, wer dies tut, begeht auch einen logischen Fehler, denn wer Nikotin und Heroin so vergleicht, muss entweder Nikotin sofort verbieten oder Heroin sofort legalisieren.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Ich glaube, dass wir weder das eine noch das andere wollen, denn Tabak ist immer noch in Deutschland ein legales Genussmittel und als solches auch anerkannt.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Weil's Steuern einbringt.)

Sie sehen uns sofort als Partner, wenn es darum geht, in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, überall, wo Menschen hingehen müssen, ...

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Landtag.)

Hab ich auch kein Problem mit, Kollegin Borchardt.

... das Rauchen einzuschränken und zu verbieten. Bei Gaststätten, also Orten, die erstens privat sind und wo zweitens niemand hingehen muss, würde ich doch um differenziertere Behandlung bitten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Ralf Grabow, FDP)

So gab es, wie Ihnen in der PDS auch bekannt sein dürfte, zu DDR-Zeiten in bestimmten Gaststätten Zeitkorridore, wo geraucht werden durfte und wo nicht geraucht werden durfte.

(Jörg Vierkant, CDU: Ja.)

Ich muss Ihnen eins ganz ehrlich sagen: Das Kind, was sich nach 22.00 Uhr noch in der Gaststätte befindet, hat andere Probleme als das Passivrauchen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das ist auch wahr. – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Außerdem lässt sich mit Sicherheit auch differenzieren zwischen Nahrungsmittelgaststätten und Kneipen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist eine bedauerliche, aber wahre Tatsache, dass das Leben tödlich ist und dass nicht alles, was Spaß macht, gesund ist. Der Besuch einer Kneipe ist nun mal nicht unbedingt Bestandteil eines Wellnessprogramms,

(Heiterkeit bei Detlef Müller, SPD)

trotzdem tut er uns gut und wenn wir es nicht zu häufig machen, schadet er uns auch nicht. Warum also nicht unterscheiden zwischen Rauchverbot in einer Nahrungsmittelgaststätte, aber Erlaubnis dazu in einer Kneipe? Das Ziel einer solchen Institution ist nun mal ein völlig anderes. Und wir sind uns, glaube ich, einig, dass Kinder in solchen Einrichtungen nichts zu suchen haben. Wir lassen auch gerne mit uns darüber reden, ob man das Rauchen erst ab 18 erlaubt. Ich kann nicht verstehen, warum das ab 16 erlaubt ist. Darüber lasse ich gerne mit mir reden.

Und zum Letzten, Werbeverbote. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Werbeverbote sind nicht akzeptabel, weil sie die Bürger bevormunden, und außerdem glauben Sie doch bitte nicht, dass Sie damit irgendjemanden vom Rauchen abhalten. Es gibt auch keine Werbung für Kokain

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

und trotzdem nimmt der Konsum täglich zu, muss man bedauerlicherweise schon sagen. Ich glaube, dass wir damit nichts erreichen, dass wir aber unsere Bürgerinnen und Bürger bevormunden. Ich bin eher dafür, dass wir durch stärkere Aufklärung zum allgemeinen verantwortungsvollen Umgang mit Genussmitteln aufrufen, dann haben wir viel mehr erreicht als so. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP  
und Jörg Vierkant, CDU)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Ratjen.

Es hat jetzt um das Wort gebeten der Wirtschaftsminister Herr Seidel. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

**Minister Jürgen Seidel:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn man es manchmal gar nicht glauben will, aber in der Tat ist es so, dass das Rauchen seit Jahren immer mehr an Attraktivität verliert. Der Duft der großen weiten Welt hat sich gewandelt und ich würde es mal so formulieren: Frische saubere Luft hier im Nordosten Deutschlands, das ist eigentlich jetzt das Motto, was uns alle tragen sollte. Und etwas locker formuliert, ich erinnere mich noch gut, was wir so ein bisschen spaßig zu Touristen gesagt haben in früheren Jahren, die zum Beispiel aus Bitterfeld kamen: Seien Sie vorsichtig, ein Luftzug und Sie fallen tot um, weil Sie zu viel Sauerstoff in der Luft haben.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist das beliebteste Sommerreiseziel in ganz Deutschland. Unser Land hat sicher viel zu bieten. Da nennen wir immer an erster Stelle die unverbrauchte Natur, eine hochmoderne touristische Infrastruktur, vielfältige, differenzierte Angebote für Aktivurlauber, Kunstinteressierte, Familien, junge Leute. Eigentlich müssten wir dann auch sagen, dass der blaue Dunst da nicht ganz hineinpasst. Ich würde es mal so formulieren: Beim Tagungs- und Kongresstourismus sollen die Köpfe rauchen und nicht die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Gesundheitstourismus verbietet sich ohnehin bei Wellness und Wohlbefinden der Glimmstängel von selbst, umso mehr noch beim Medical-Wellness. Ich habe mir so etwas gerade auf der Insel Rügen angeschaut. Da muss man schon sagen, wir haben in der Tat nicht nur 5-Sterne-Einrichtungen, sondern 5-Sterne-Plus-Einrichtungen, und dazu passt es nicht, wenn wir beim Thema Rauchen eventuell in die hinteren Wagen eines Zuges einsteigen würden. Urlauber und Gäste, die nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, sollen sich bei uns wohlfühlen. Selbstverständlich sollen sich auch die Bürger des eigenen Landes wohlfühlen.

Nun habe ich wiederum gehört, dass Mecklenburg-Vorpommern die höchste Raucherquote in Deutschland hat.

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Auch das sollte uns wirklich Anlass sein, ernsthaft über unsere Gewohnheiten nachzudenken. Aus diesem Grunde hat für mich – und das sage ich nicht schlechthin nur hier als Mensch, sondern auch in meiner Funktion als Minister für den Bereich der Wirtschaft, des Tourismus und, und, und – Nichtraucherschutz eine hohe Priorität und wir sollten darauf achten, dass wir das, was wir immer sagen – was draufsteht, muss auch wirklich drin sein –, auch bieten.

Ich will der Vollständigkeit halber nur noch erwähnen, dass es in 90 Ländern der Erde ein solches Nichtraucherschutzgebot gibt. 14 der 15 Staaten der Europäischen Union, die berühmten Gründungsmitglieder, sind ebenfalls dabei. Unterschiedliche gesetzliche Regelungen sind sehr wohl vorhanden, das weiß ich. Aber ich glaube in der Tat, dass wir hier zu Aktionen aufgerufen sind. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass vor Weihnachten die Verständigung der Bundeskanzlerin mit den

Ministerpräsidenten stattgefunden hat, wo man nicht mehr gesagt hat, wir machen das jetzt alles so weiter, wie es bisher war, sondern man hat sich in der Tat zu gesetzlichen Regelungen vom Grundsatz her verständigt.

Wenn man einmal zurückdenkt, im März 2005 vereinbarten das Bundesministerium für Gesundheit und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Maßnahmen der deutschen Gastronomen zum Nichtraucherschutz. Sie galten vor allem für Nichtraucherbereiche in Speisegaststätten einer bestimmten Größenordnung. Nun gab es da unterschiedliche Angaben. Der DEHOGA sagte, dass das Platzangebot, was dort vereinbart wurde, die vereinbarte Quote knapp überschritten ist. Na ja, es gibt viele andere, die behaupten genau das Gegenteil. Ich glaube in der Tat, dass die Ergebnisse einer kritischen Prüfung nicht standhalten. Und genau deshalb haben wir uns in der Koalition zum Erschrecken mancher Medien sehr vernünftig und sehr ordentlich und, wie ich finde, auch sehr – ich hätte schon fast gesagt, kameradschaftlich, ich weiß nicht, wie ich es jetzt besser ausdrücken soll, ...

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Freundschaftlich. – Zuruf aus dem Plenum: Vorsichtig.)

Nee, da brauche ich überhaupt nicht vorsichtig zu sein.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Koalitionär.)

Ich halte es für sehr vernünftig, dass man sich in der Art und Weise verständigt und keinen Streit vom Zaun bricht, dass wir uns in Mecklenburg-Vorpommern ausgehend von den Erkenntnissen auf einen sehr weitgehenden Nichtraucherschutz verständigen wollen. Allerdings, auch das ist oberster Grundsatz, wollen wir, dass die Betroffenen genügend Möglichkeiten haben, in diesen Prozess mit einbezogen zu werden, dass auch miteinander gesprochen wird und dass auch die Zeit besteht, diese Diskussion zu führen. Deswegen haben wir gesagt, Umsetzung dessen, was im Koalitionsvertrag steht, relativ schnell in 2007 und ein Rauchverbot in Gaststätten dann 2008, um diese Diskussion zu ermöglichen.

Es ist sicherlich so, dass eine solche Forderung in größeren Restaurants, von den Sternen her höherwertigen Restaurants eher umzusetzen ist als in der berühmten kleinen Kneipe. Aber ich denke, auch hier besteht die Möglichkeit, tatsächlich in der Diskussion solche Sorgen sehr ernst zu nehmen.

Mir ging es darum – und ich glaube, das können wir jetzt realistisch darstellen –, dass hier kein Schnellschuss passiert, sondern dass die Branche ernst genommen wird und die Diskussion gemeinsam geführt wird. Es gibt die Prognosen, ich will nicht darüber hinwegreden, dass es zu Umsatzverlusten kommen soll. Es gibt die Gegenprognosen, die sich auf Irland beziehen oder, wie gesagt, auch andere Länder ins Feld führen, wo genau das nicht passiert ist. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern sogar auch freiwillige Versuche. In Stralsund haben fünf Wirte ihre Gaststätten freiwillig zum zweiwöchigen Nichtraucherbetrieb erklärt. Auch dort kann es nicht so ganz furchtbar gewesen sein. Man achtet jetzt schon immer darauf, wenn man in der Gaststätte sitzt. Ich gestehe, dass ich gestern kurz die Gelegenheit hatte.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Kneipe oder Gaststätte?)

Nee, das war eher schon ein Restaurant, also so ein Zwischending, würde ich mal sagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Auch dort kann man schon jetzt sehen, dass es eine andere Haltung der Menschen zueinander gibt. Man achtet einfach ein bisschen mehr darauf. Und ich habe es beobachtet, an einem großen, langen Tisch mit ungefähr 20 Menschen war nur noch eine ausgedrückte Zigarette im Aschenbecher. Man hätte dort rauchen können, aber wie man sieht, die Menschen richten sich ein Stück weit doch schon nach der Umwelt aus. Ich glaube, das ist auch ein Effekt, den darf man an dieser Stelle ruhig mit ins Kalkül ziehen.

(Heiterkeit und Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Also, meine Damen und Herren, wir wollen erreichen, dass wir eine Regelung mit Augenmaß, aber – und da bin ich sehr dafür – eine klare und eindeutige Regelung finden müssen. Das ist im Übrigen auch eine Forderung der Wirte, die sagen, also wenn es wirklich zu einer gesetzlichen Regelung kommt und möglichst noch deutschlandweit, dann wollen sie, dass es gleichbehandelt geschieht und nicht, dass da Unterschiede gemacht werden. Alles andere wäre verheerend und würde am Ende wieder zu Bürokratie führen. Insofern wird dieser Gesetzentwurf jetzt vorgelegt, die Argumente können ausgetauscht werden.

Ich will zum Abschluss meiner Ausführungen Goethe zitieren. Der hat nämlich einem Freund gegenüber gesagt, dass er „im Rauchen eine arge Unhöflichkeit“ sieht. Er nennt es „eine impertinente Ungeselligkeit“. Und da wir alle gesellige Typen sind, sollten wir eine Möglichkeit finden, Goethe zu entsprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Nieszery von der SPD.

**Dr. Norbert Nieszery, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich ein Problem, diese Rede zu halten.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Das glaube ich. – Heiterkeit bei Michael Roof, FDP)

Ich könnte Ihnen meine Rede, die ich ausgearbeitet habe, hier vortragen, klar, das kann ich machen, aber das werde ich aus zwei Gründen nicht tun: Erstens haben alle vor mir Redenden schon die wesentlichen Fakten auf den Tisch gelegt und zweitens wissen Sie alle, dass ich Raucher bin, und Sie würden mir das, was ich hier sage, ohnehin nicht glauben.

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Udo Pastörs, NPD: Das tun wir auch so nicht.)

Herr Pastörs, was Sie glauben oder nicht glauben, ist mir vollkommen egal.

(Heiterkeit bei Sebastian Ratjen, FDP – Udo Pastörs, NPD: Mir auch.)

Da können Sie hier machen, was Sie wollen.

Ich weiß aber natürlich wie wir alle, die wir rauchen, dass Rauchen unsere Gesundheit gefährdet.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Wir alle rauchen nicht.)

Das wissen wir alle. Und wir wissen auch, dass wir unseren Mitmenschen in Räumlichkeiten, wo wir rauchen, unter Umständen die Gesundheit gefährden. Auch das wissen wir.

Ich kann für mich behaupten, dass ich das respektiere und vor allen Dingen natürlich auch unterstütze, was zwischen den Ministern Selling und unserem Wirtschaftsminister seitens der Regierung ausgehandelt wurde, dass man sich darum bemüht, einen richtig guten Nichtraucherschutz hinzubekommen. Das werde ich unterstützen. In diese Richtung, meine Damen und Herren, zielt letztendlich auch der Antrag der PDS, der im Wesentlichen die Punkte benennt, die Herr Selling hier vorgestellt hat in seinem Konzept. Insofern denke ich, dass eine breite Mehrheit der Gesellschaft diesen Nichtraucherschutz auch mittragen wird, und dem ordne ich mich natürlich unter und mit mir meine Fraktion. Deswegen, denke ich, können wir den Antrag ruhigen Gewissens in den zuständigen Ausschuss überweisen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS, und Michael Roof, FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Nieszery.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Borrmann von der NPD.

**Raimund Borrmann, NPD:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Nationaldemokratische Partei nimmt zum vorliegenden Beschlussentwurf wie folgt Stellung:

1. Das regelmäßige aktive und passive Rauchen und die damit verbundene Aufnahme von Nikotin, einem der stärksten Zellgifte, führen zu einer dauerhaften Schädigung des menschlichen Organismus.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wie kommen Sie denn darauf?)

2. Wir Nationaldemokraten sehen in einer Vermeidung des regelmäßigen freiwilligen oder unfreiwilligen Genusses von Tabakwaren eine Möglichkeit zur Stärkung der Volksgesundheit.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber nur der deutschen, nur der deutschen.)

3. Ein allgemeines und vollständiges Verbot des Rauchens ist nach unserem Dafürhalten weder bei Erwachsenen noch bei Jugendlichen umzusetzen, wenn sie denn rauchen wollen.
4. Auch lehnt die NPD eine Hysteriekampagne gegen das Rauchen und die Raucher ab. Es ist ein Faktum, dass circa 30 Prozent der Bevölkerung Raucher sind. Es gibt keine grundgesetzliche Handhabe, Raucher aus dem öffentlichen Raum auszuschließen. Auch für Raucher gilt Artikel 2 des Grundgesetzes.
5. Für 70 Prozent der Bevölkerung, die Nichtraucher sind, muss jedoch ein wirksamer Nichtraucherschutz gewährleistet sein.
6. Das Regelungsproblem besteht darin: Wie ist ein ausreichender Nichtraucherschutz zu gewährleisten, ohne die Rechte der Raucher zu verletzen?
7. Raucher sind dort zu schützen, wo sie sich a) von Zeit zu Zeit aufhalten müssen, dies ist regelmäßig in öffent-

lichen Einrichtungen wie Behörden, Schulen, Bibliotheken, Schwimmbädern, Gesundheitseinrichtungen, der Fall oder wo b) für sie keine ausreichenden Wahlmöglichkeiten existieren, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dazu zwei Beispiele:

Erstens. In einer Stadt existiert nur ein Kino. Hier gibt es keine Wahlmöglichkeit und das Interesse von Nichtrauchern ist unbedingt schützenswürdig zu stellen.

Zweitens. In dieser Stadt existieren zehn Gaststätten. Hier ist davon auszugehen, dass der Markt reguliert, wenn nicht eine entsprechend hohe Nachfrage nach Nichtrauchergaststätten von Nichtrauchern gewünscht wird. Dann haben jene Gastwirte von den zehn Lokalitäten einen Wettbewerbsvorteil, der diesem Wunsch entspricht.

8. Ein weiteres Problem des Nichtraucherschutzes besteht für Angestellte der Gastronomie, denn die Rechtsnormen, wonach die Angestellten in Firmen fordern können, dass nicht geraucht wird, gilt allgemein bis auf eine Ausnahme – der Gastronomie.
9. Die Nationaldemokraten haben folgende Empfehlung an die Landesregierung: Sie möge auf die Bundesregierung dahin gehend einwirken, dass die Rechtsnorm, die Arbeitsschutzverordnung zum Nichtraucherschutz, auch auf die Gastronomie ausgedehnt werde, allerdings unter folgender Maßgabe:
  - a) Wenn alle Mitarbeiter mit einer Gestattung des Rauchens einverstanden sind, so darf geraucht werden.
  - b) Wenn einer der Mitarbeiter einen Nichtraucherschutz begehrt, so zeigt er dieses Begehren unter Preisgabe seiner Identität und dem Nachweis einer Beschäftigung sowie der Rechtmäßigkeit des Begehrens beim zuständigen Gesundheitsamt an.

Dieses Amt teilt dem Arbeitgeber dann mit, dass einer seiner Mitarbeiter – ohne Namensnennung, um ein Mobbing zu verhindern, um eine Diskriminierung zu verhindern – Rauchfreiheit des Arbeitsplatzes begehrt hätte, woraufhin diese gastronomische Einrichtung für allgemein rauchfrei erklärt wird. Eine solche Prozedur der Anonymisierung des Nichtraucherbegehrens ist zur Vermeidung dieser genannten Diskriminierungsmaßnahmen am Arbeitsplatz zwingend erforderlich.

10. Wir gehen davon aus, dass mit einer solchen Regelung die Rechte aller Beteiligten angemessen respektiert würden.
11. Die vorliegende Regelung wird von uns als unausgewogen und hysterisch abgelehnt.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat um eine Auszeit von zehn Minuten gebeten. Ich unterbreche deshalb die Sitzung für zehn Minuten. Wir setzen nachher die Debatte fort. – Danke schön.

**Unterbrechung: 15.01 Uhr**

**Wiederbeginn: 15.12 Uhr**

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, die zehn Minuten sind sogar schon etwas überschritten.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Aber Herr Glawe ist noch nicht da. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir setzen die Debatte fort und ich hoffe, dass der erste Redner, den ich jetzt aufrufen werde, ... Da ist er ja. Der erste Redner ist der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

**Harry Glawe, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nichtraucherschutz steht auf der Tagesordnung der politischen Agenda. Ich will noch darauf hinweisen, dass Nikotin die Einstiegsdroge Nummer eins ist. Insgesamt, denke ich, ist in der Gesellschaft das Handeln da. Wir wollen Gesundheitsland Nummer eins sein. Die Koalitionäre haben sich auf Eckpunkte zu einem neuen Gesetz geeinigt. Das hat der Herr Minister Sellingering eindrucksvoll vorgetragen und auch mein Landesvorsitzender. Deswegen werden wir jetzt nach dieser Auszeit der Überweisung des Antrages der PDS zustimmen, obwohl ich hier auch eindeutig sage, eigentlich hätte es sich gehört,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dass Sie dem zustimmen.)

dass man einen Gesetzentwurf, den man vereinbart hat, dann auch bringt, und zwar als Koalitionäre, und nicht sozusagen der PDS hinterherläuft, die am 01.04. alles aufgeschrieben haben will.

Meine Damen und Herren, der Bund und die Länder haben sich verständigt, bis zum März eine gemeinsame Linie zu erarbeiten. Wir als CDU insgesamt haben seit Jahren den Nichtraucherschutz gefordert. Die PDS hat seit Jahren nur über die Freiwilligkeitsschiene diskutiert und auch die Frage „Rauchverbot an Schulen“ torpediert, meine Damen und Herren,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Na, na, na, na! Da kommen wir nachher noch drauf. – Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

und heute stellen Sie sich hier hin und erklären glatt das Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Stimmt nicht! – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, ich will auch Ihnen von der PDS natürlich unterstellen, dass Sie lernfähig sind, und das vielleicht jeden Tag. Und ich freue mich, dass Sie in dieser Frage nun endlich auch das Ziel erreicht haben, dem Nichtraucherschutz den Weg zu bahnen. Allerdings sage ich ganz klar: Wir lassen uns von Ihnen das Schrittmäß nicht vorschreiben. Wir werden in diesem Jahr die Rauchfreiheit in den Schulen einführen.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Wir werden das Rauchverbot in den Krankenhäusern und öffentlichen Einrichtungen des Landes durchsetzen und im nächsten Jahr auch die Frage der Gaststätten regeln. Dieses wird der Gesetzentwurf vorsehen, den der Sozialminister vorlegen wird. – Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Reinhard Dankert, SPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke schön, Herr Glawe.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Bluhm von der Linkspartei.PDS.

**Andreas Bluhm,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal freue ich mich, dass wir zu den Punkten 1 bis 3 im Ausschuss weiter miteinander verhandeln und beraten können, aber ich will auch einer Legendenbildung etwas widersprechen. In der Tat, Herr SELLERING, ist es richtig; die damalige Sozialministerin wie auch die Sprecher der Fraktion der Linkspartei.PDS haben sich damals gegen eine Insellösung an den Schulen ausgesprochen, und zwar unter sich heute völlig ganz anders darstellenden Rahmenbedingungen:

Erstens war damals schon die Diskussion im Gange, wie denn auf der Grundlage der entsprechenden bundespolitischen Gesetzgebungsbefugnis ein Nichtrauchergesetz für Gesamtdeutschland in Kraft gesetzt werden soll, und wir von daher gesagt haben, es bringt uns nichts, jetzt kurz vor Ultimo noch eine Nichtraucherregelung nur für Schulen einzuführen, die ohnehin schwierig zu kontrollieren ist, wie es zum Beispiel die Ergebnisse in anderen Bundesländern – siehe Berlin – zeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Und zweitens ist es so, dass der Antrag, so, wie er hier heute vorliegt, deswegen auch mit dem Gaststättenrauchverbot sozusagen explizit für den Gesetzentwurf formuliert ist, weil zu dem Zeitpunkt, als die Fraktion über diesen Antrag befunden hat, die Koalition sich noch nicht einig war, ob man es denn in den Gaststätten in Angriff nehmen will.

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Also von daher kommt alles immer konkret in Raum und Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und ich denke, dass der Grundkonsens, für die Nichtraucherschutzproblematik mehr zu tun als bisher, sicherlich gut ist, aber wahr muss bleiben, was wahr ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Und was die Insellösung zum Tabakverbot oder Rauchverbot nur an Schulen betrifft, will ich an der Stelle sagen, dass ich da immer skeptisch war, weil ich auch um diese Teilerfolge weiß, die es hier gibt. Und was auch immer den Widerstand von Lehrerinnen und Lehrern beispielsweise hervorgerufen hat, die Frage war offen, wie es denn sein wird mit der Umsetzung eines solchen Verbotes ohne eine gesetzliche Regelung, ohne die entsprechende Handhabung von rechtlichen Mitteln an den Schulen selbst.

Vorredner/-innen haben in ihren Ausführungen auf Statistiken und Forschungsergebnisse, also Erkenntnisse, die nicht beiseite geschoben werden dürfen, hingewiesen. Ich will mich da einreihen und nur ein Beispiel nennen, nämlich aus der kürzlich veröffentlichten Studie der Deutschen Gesellschaft für Nikotinforschung. Hier wird darauf hingewiesen, dass in Deutschland täglich 383 Menschen an Tabakrauch sterben, im Vergleich etwa 15 im Durchschnitt durch Verkehrsunfälle. Die Schädigung von Keimzellen durch Tabakrauch ist wissenschaftlich belegt und jährlich würden etwa 750.000 Kilogramm krebserregende

Substanzen durch das Rauchen in die Luft geblasen, ein Mehrfaches als über den Feinstaub bei Dieselfahrzeugen, meine Damen und Herren. Ganz besonders häufig rauchen junge Erwerbslose, was sich bei ihnen zusätzlich zu allen Sozialnachteilen auch noch negativ auf die Gesundheit auswirkt. Und unter den Berufstätigen gibt es auch sehr unterschiedliche Nikotingebräuche, bei Ärzt/-innen, Apotheker/-innen und Lehrer/-innen vergleichsweise selten – etwa 15 bis 20 Prozent –, dagegen raucht unter den Berufskraftfahrern sowie bei den Hotel- und Gaststättenbeschäftigten etwa jeder Zweite.

Rund elf Millionen Menschen in Deutschland sind mittlerweile ehemalige Raucher/-innen. Ich gehöre derzeit dazu und möchte es auch bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Und Herr NIESZERY rufe ich zu genauso wie dem Fraktionsvorsitzenden: Einfach anfangen! Nicht zu rauchen ist der richtige Weg,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

so schwierig, wie das auch sein mag.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ich hab heute früh schon angefangen. – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Die meisten von diesen elf Millionen haben es, nach ihren eigenen Angaben jedenfalls, fast ganz allein geschafft ohne fachliche Hilfe, quasi von heute auf morgen. Der schließlich erfolgreiche Versuch war nur selten der erste, fast immer geht dies mit einer langen Zeit von Unzufriedenheit und Frustration einher, es doch wieder nicht geschafft zu haben.

Es gibt die verschiedensten Möglichkeiten, das anschaulich zu tun, ich will an der Stelle ein Beispiel schildern: Es ist die Hochzeit der einzigen Tochter der Familie. Alle Verwandten, Freunde und Bekannten befinden sich in der Kirche bei der Trauung und der Raucher hat nichts weiter im Sinn, als sich zu fragen: Wann ist das endlich zu Ende? Ich muss jetzt eine rauchen. Und alle anderen, die die Feier einfach als schön empfinden, sind doch dem Raucher weit überlegen in dieser Denkweise.

(Heiterkeit bei  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Wir haben aber auch die Situation, dass beispielsweise in einer Grundschule aus den Kellerräumen, wo die Grundschullehrer rauchen, der Qualm in das Obergeschoss zieht und die Schülerinnen und Schüler der ersten bis vierten Jahrgangsstufe sich fragen, was denn da im Keller passiert. Und so mancher von uns weiß aus seiner Schulzeit, welche Wolken immer so aus den Lehrerzimmern quöserten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Auch von den Jungstoiletten. – Zuruf  
aus dem Plenum: Nicht nur gute Wolken.)

Also von daher wissen es nicht nur Eltern beziehungsweise nicht nur Lehrerinnen und Lehrer oder Ärzte, wie auch kleine Kinder, wenn sie in den Kindergarten kommen, nach kaltem Rauch riechen. Die Sachen und auch der Körper riechen in den Familien, wo wirklich viel geraucht wird. Von daher, denke ich, müssen wir dafür sorgen, dass immer mehr Menschen es schaffen, mit

dem Rauchen aufzuhören. Ich meine, das, was durch Herrn Minister Seidel gesagt wurde in Bezug auf die Restaurants und Gaststätten, ist eine nachvollziehbare Argumentation.

Vielleicht noch zwei Begebenheiten aus der Geschichte. Der Bildungsausschuss war einmal in Italien. Es war eine Zeit, in der ich wieder versuchte, Nichtraucher zu werden,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Du warst beim Papst. – Heiterkeit bei  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

und den ganzen Ausschuss drangsalierte und während der Busfahrten zwischen den Veranstaltungen Auszüge aus einem Buch vorlas, bis die Raucher sagten: Bluhm, nun hör doch endlich auf damit! Aber vielleicht hat es zumindest teilweise geholfen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich glaube, dass wir auch in Bezug auf die Frage der Umsetzung von Rauchverbot in Restaurants vom Positivum ausgehen müssen. Es gibt viele Menschen, die sagen: Ich gehe deswegen nicht mehr ein Bier trinken, weil es unerträglich ist, dass die Klamotten am nächsten Morgen so nach Qualm stinken. Ich mag einfach nicht mehr in ein Restaurant oder eine Gaststätte gehen. Ich denke, das, was andere Länder können, wie zum Beispiel Italien – und das im Übrigen, obwohl die Italiener sozusagen schon fast kulthafte Raucher zum Espresso sind –, sollte auch bei uns funktionieren. Dort gehen nämlich ohne Diskussion alle, die eine rauchen wollen, vor die Tür, rauchen ihre Zigarette, kommen wieder herein und finden es wirklich alle zusammen toll.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,  
und Jörg Vierkant, CDU)

Und von daher wünsche ich den Beratungen und dem Auf-den-Weg-Bringen des Gesetzentwurfes viel Erfolg und alles Gute.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/161 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Das ist die große Mehrheit. Ich frage trotzdem noch nach den Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so überwiesen worden.

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt. Die Beratung des Tagesordnungspunktes 22 entfällt, da der Antragsteller den Antrag auf Drucksache 5/147 zurückgezogen hat.

(Beifall  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Den Entwurf des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV im Bundesrat ablehnen, Drucksache 5/145.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Den Entwurf des Gesetzes  
zur Stärkung des Wettbewerbs  
in der GKV im Bundesrat ablehnen  
– Drucksache 5/145 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster.

**Stefan Köster,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute hier zwar schon über dieses Thema unterhalten, aber es gibt trotzdem noch vieles zu besprechen. Seit Jahren werden die Menschen dieses Landes mit einem Begriff regelrecht drangsaliert. Ich meine den Begriff „Reformen“ beziehungsweise „Reformpolitik“. Immer wieder, wenn dieser Begriff in das Bewusstsein der Menschen rückt, bedeutet es in allererster Linie einen Griff in ihre Taschen. Gerade die finanziell schlechter gestellten Menschen empfinden heute beim Begriff „Reformen“ nur noch Zukunftsangst. Dies ist eigentlich schade, da Reformen doch im eigentlichen Sinne Veränderungen zum Guten, ja, Verbesserungen beinhalten sollen. Diese Verbesserungen bleiben Sie und Ihre Politik den Menschen schuldig.

Nun hat sich die große Koalition in Berlin zu einer Gesundheitsreform aufgemacht. Bevor dieser Weg allerdings zu Ende gebracht wurde, möchte man feststellen, dass es besser gewesen wäre, auf halber Strecke umzukehren und die Pläne zur Gesundheitsreform still zu beerdigen. Es stimmt: Nur dann, wenn man etwas tut, ändert sich etwas. Aber die von der Koalition vorgesehenen Änderungen wirken sich, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, zum Nachteil der Versicherten und im Übrigen auch der Unternehmen sowie Ärzte aus. Oder glauben Sie im Ernst, dass, wenn die Verfechter der Reform recht hätten und die Änderungen tatsächlich positiv wären, alle anderen zu dämlich sind, um das zu begreifen?

Interessant in diesem Zusammenhang ist dann auch, dass nur die Pharmaindustrie keine Kritik übt. Für den überwiegenden Teil der Betroffenen allerdings kann man ungeschminkt feststellen, dass mit der Gesundheitsreform ein weiterer Anschlag auf die soziale Gerechtigkeit und damit auch ein Schritt in die weitere Zerstörung des Gemeinschaftsgeistes unseres Volkes unternommen werden soll.

Immer und immer wieder wird den Bürgerinnen und Bürgern über die verschiedenen Kanäle Ihrer Massensuggestion eingetrichtert, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass es erhebliche Finanzierungsprobleme beispielsweise in der gesetzlichen Krankenversicherung gibt. Sie reden in diesem Zusammenhang gern von einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Auch hier sei dann kurz daran erinnert, dass der massive Kostenanstieg im Bereich der Arzneimittel zu finden ist. Daher schweigt sicherlich die Pharmaindustrie so vornehm. Doch hängt die Nichtfinanzierbarkeit des Gesundheitswesens vor allem mit der Massenarbeitslosigkeit und den niedrigen Lohnquoten zusammen. Genau hier spreche ich dann auch wieder die Politik an, spreche ich Sie alle an. Sie haben nämlich die grundlegend verfehlte Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu verantworten. Genau hier können Sie sich nicht so einfach aus der Verantwortung stehlen und so tun, als wenn diese Entwicklung quasi Zwangsläufigkeiten sind.

Doch noch einmal zurück zur Kostenexplosion. In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten sind die Ausgaben der

gesetzlichen Krankenversicherung gemessen am Bruttoinlandsprodukt relativ moderat gestiegen, nämlich von 5,57 Prozent im Jahr 1977 auf 6,39 Prozent im Jahr 2003. Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung Mitte der 70er Jahre sind von rund 10,4 Prozent auf 14,4 Prozent gestiegen.

Einen weiteren Punkt sollte man unter diesem Thema beleuchten, da Sie sich diesen bitte an die Fahnen Ihrer Parteien heften müssen. Wären die Beiträge aus der gesetzlichen Krankenversicherung bestimmungsgemäß verwendet worden, dann würden wir heute vermutlich gar nicht vor diesem Problem stehen. Doch haben Sie aus der gesetzlichen Krankenversicherung Verschiebebahnhöfe gemacht, welche Sie dann ehrlicher Weise auch politisch verantworten müssen. Ihre Parteien haben die Sozialversicherungen immer und immer wieder zu systemwidrigen Entlastungen des Staatshaushaltes missbraucht. Allein durch die Gesetzgebung der Bundesregierung in den Jahren 1989 bis 2002 ergibt sich eine kumulierte Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung bis einschließlich 2003 von über 30 Milliarden Euro, meine Damen und Herren, und durch die Arbeitsmarktgesetze Hartz I bis Hartz IV eine jährliche Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem letzten Jahr von etwa 3,57 Milliarden Euro – Tendenz steigend.

Und um noch mal ein letztes Beispiel der Unverfrorenheit deutlich zu machen, die für die Politik des Bundes steht: Die Mehrwertsteuererhöhung seinerzeit von 14 auf 16 Prozent hat zu einer jährlichen Mehrbelastung der gesetzlichen Krankenversicherung von etwa 1,7 Milliarden Euro geführt. Sie setzen jetzt noch eines drauf, denn wenn wir seit Anfang dieses Jahres die 3-prozentige Mehrwertsteuererhöhung haben, werden die Krankenversicherungen zusätzlich belastet. Wer nach solcher Politik dann meint, es gebe eben das reine irgendwoher stammende Systemproblem, der will von seiner eigenen Verantwortung in dieser Frage ablenken. Schon 2004 hat die damalige Bundesregierung am Gesundheitswesen herumgepfuscht und brachte das sogenannte Gesundheitsmodernisierungsgesetz auf den Weg.

Was brachte diese sogenannte Jahrhundertreform? Milliarden Einsparungen waren geplant, aber realisiert wurden diese durch Leistungsausgrenzung, zum Beispiel von nicht mehr erstattungsfähigen Arzneimitteln, durch Einschränkung des Leistungsanspruchs bei Sehhilfen, durch Einschränkung ambulanter Fahrkosten. Dafür kamen höhere Zuzahlungen für Medikamente und die Praxisgebühr sowie ein Sonderbeitrag von 0,9 Prozent und die Absenkung des Arbeitgeberbeitrages zur Schaffung vorgeblich von Arbeitsplätzen.

Die Folgen schon dieser Reform sind eigentlich nur fatal und sie werden wiederum von der Mehrheit der Versicherten am Ende bezahlt. Die Belastungen für Kranke und Versicherte steigen seitdem zu einer jährlichen Mehrbelastung von 11 Milliarden Euro gegenüber dem Jahr 2003. Das sind die Ergebnisse der letzten Reform, die wir auf diesem Gebiet haben.

Doch, und das halte ich unter den hier aufgezeigten Aspekten für ebenso beleuchtungswürdig, wie sieht es im Gegenzug in der Steuerpolitik des Bundes aus? Zum 1. Januar 2008, und das soll sich fortsetzen, will die Bundesregierung eine entsprechende Reform der Unternehmensbesteuerung sowohl für Körperschaften als auch für Personengesellschaften umsetzen, und das, und hier kommen wir doch erneut zu den Finanzierungsfragen, angesichts der Tatsache, dass das Einkommen

aus Gewinn und Vermögen in diesem Land seit 2002 um 23 Prozent gesteigert werden konnte, während die Arbeitnehmerentgelte auf ihrem Niveau verharren und teilweise sogar rückläufig sind. Fangen Sie doch bitte in Ihren Parteien erst einmal mit einer vernünftigen Steuerpolitik an, bevor Sie den Menschen dreist zur Finanzierung Ihres fabrizierten Unsinn in die Taschen greifen.

Jetzt komme ich noch einmal zu dem Gesundheitsfonds, der eingeführt werden soll. Es wird hier aber kaum kommuniziert, dass alle gesetzlichen Krankenkassen, die sich diesem Fonds anschließen müssen, auch entschuldigt sein müssen. Es gibt aber Krankenkassen mit erheblichen Altschulden. Wie sollen sie diese Schulden tilgen? Dafür gibt es nur einen Weg: die Erhöhung der Beiträge, und zwar sowohl für die Versicherten als auch für die Unternehmen. Das betrifft wiederum die sogenannten Lohnnebenkosten, die in Wirklichkeit eine Abgabe der Unternehmen für die sozialen Sicherungssysteme sind. Daher werden die Versicherungsbeiträge weiter erheblich steigen und die angegebenen 0,5 Prozentpunkte bilden hier den Einstieg. Nicht umsonst hat die AOK Mecklenburg-Vorpommern ihre Beiträge zum 1. Januar um einen Prozentpunkt erhöht. Das wird in der Diskussion seitens der großen Koalition aber mit keinem Satz erwähnt. Das ist nicht in Ordnung, denn diese Belastung kommt auf die Unternehmen und die Versicherten zu.

Des Weiteren sollen die Beiträge der Unternehmen ab 2009 eingefroren werden, nicht aber die der Versicherten. Nach der geplanten Regelung haben die gesetzlichen Krankenkassen das Recht, von dem Versicherten einen Zusatzbeitrag zu fordern, wenn die Mittel aus dem Gesundheitsfonds nicht ausreichen. Hier kommt wieder die alte Kopfpauschale der Union zum Vorschein.

Die Koalition hat aber die Menschen mit zwei Regelungen verwirrt. Alle denken, der monatliche Zusatzbeitrag dürfe nur 8 Euro betragen. Das ist aber ein Irrtum. Bei 8 Euro muss lediglich nicht darauf geachtet werden, ob die Grenze von einem Prozent des Haushaltseinkommens überschritten wird. Wenn die gesetzlichen Krankenkassen einen höheren Zusatzbeitrag von den Versicherten verlangen, dann muss die Grenze von einem Prozent des Haushaltseinkommens berücksichtigt werden. Der Zusatzbeitrag kann also sehr viel höher als 8 Euro liegen. Wenn das alles nicht reicht, dann ist in dem Gesetzentwurf geregelt, da schweigt man sich aber besser aus, dass die Regierung die Beiträge erneut festsetzen darf, und zwar sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber. Seitens der Koalition hingegen wird behauptet, dass das Gesetz nicht zu Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen führen werde. Entweder haben Ihre Parteivertreter in Berlin ihren eigenen Gesetzesentwurf nicht richtig gelesen oder sie sagen nicht die Wahrheit, denn das Gegenteil ist richtig. Wenn eine gesetzliche Krankenkasse in Zukunft vor der Entscheidung steht, ob sie die Beiträge für die Versicherten erhöhen soll, dann muss sie dabei berücksichtigen, dass viele Versicherte nach einer angekündigten Erhöhung austreten und zu einer anderen gesetzlichen Krankenkasse wechseln werden.

Ich muss leider wieder zum Schluss kommen.

Die Bürger und auch meine Fraktion hätten sich daher mehr Einsatz in diesen Fragen gewünscht. Selbst in der Sitzung des Bundesrates am 15. Dezember 2006, wo der Gesetzentwurf behandelt wurde, war das Wort Mecklenburg-Vorpommerns nicht zu vernehmen. Wir können uns angesichts der Wichtigkeit dieses Themas nicht vorstellen, dass diese Sitzung dieses Gesetz besiegelt

haben soll, obwohl noch viele Fragen offen und ungeklärt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Rühls von der CDU-Fraktion.

**Günter Rühls, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Herren von der NPD, im Gegensatz zu Ihnen favorisieren wir das Handeln für die Bürger und nicht das blanke Polemisieren. Nun haben wir gehandelt und das Ergebnis ist die Gesundheitsreform. Sie steht für mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung, weniger Bürokratie und Versicherungsschutz für alle. Union und SPD ist es nach langen und schwierigen Verhandlungen auf der Bundesebene gelungen, ein Konzept zur Reform auf den Weg zu bringen, das viele Überzeugungen berücksichtigt.

Im Übrigen, sehr geehrte Herren von der NPD, lehnen wir Ihren Antrag ab, weil es Ihnen eben nicht um das Wohl aller Versicherten geht in Deutschland, sondern um Polemik und, ich meine, gefährliche Ideologie.

Gestern haben Sie sich desavouiert. Sie haben Ihre Maske fallen lassen. Ihre Vorstellungen zum Gesunden und Starken sind kein Witz, sie sind eine Drohung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wer solche Gedanken hegt, ist nicht weit von Wünschen nach einer Selektion. Das erinnert mich an das finsterste Kapitel deutscher Geschichte.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und das Unheil geschah auch vor dieser Haustür, zum Beispiel auf dem Sachsenberg oder in meiner Heimat am Tollensesee,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da gibt es ja auch nichts zu lachen, Herr Pastörs!)

in Alt Rehse, einem idyllischen Ort, nationalsozialistisches Musterdorf und Reichsärzteschule. Dort wurde Euthanasie gelehrt und Ärzte und Schwestern wurden entsprechend geschult.

Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitssystem, welches Versicherungsschutz für alle garantiert. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Abgeordneter Rühls.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Koplín von der Linkspartei.PDS.

**Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Beschäftigung mit dem Thema habe ich ein Buch von Brecht zurate gezogen und einen Text aus dem März 1936 gefunden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr schön.)

überschrieben „Über die Frage, ob es Hitler ehrlich meint“: „Die Frage, ob Hitler ehrlich ist, wird häufig gestellt und viele tun so, als hinge von ihrer Beantwortung viel ab.“

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

„Man kann natürlich ebenso fragen, ob ein Negermediziner, der verkündet, daß erst wieder Regen kommen wird, wenn ein bestimmter Mann aufgefressen ist, es ehrlich meint. Im Allgemeinen wird man nur dann dazu neigen, den Mediziner für unehrlich zu halten, wenn er mit dem Mann, den er zu essen empfiehlt, nichts persönlich zu tun hat, also weder verwandt noch verschwägert noch geschäftlich liiert noch sonst irgendwie verfeindet ist. Der betreffende Mann selber wird ihn aber auch dann nicht für ehrlich halten, und auch wenn er ihn für ehrlich halten würde, so würde er doch gefressen werden, und zwar ohne, daß dadurch ein Regen kommt.“

Warum zitiere ich diesen etwas kompliziert daherkommenden Text? Weil ich denke, er ist hilfreich im Umgang mit dem Antrag der NPD, der so scheinbar makellos daherkommt. Der betreffende Mann, wie Brecht meint, oder, wie es hier zutreffenderweise heißen müsste, wir Abgeordneten müssen uns die Frage vorlegen: Können wir ehrlichen Herzens diesem Antrag zustimmen, weil es die NPD ehrlich meint und sie gut für die Menschen in diesem Land sein will?

(Stefan Köster, NPD: Sind Sie ehrlich?)

Für die Linkspartei.PDS darf ich das dreimal beantworten: Nein, nein und nochmals nein! Und alle drei Nein werde ich begründen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das erste Nein, und da bin ich sehr dicht bei Herrn Rühls: Eine gesetzliche Krankenversicherung, die ihren Namen verdient, muss solidarisch sein. Was die NPD unter Solidarität versteht, hat sie gestern verdeutlicht. Herr Pastörs, da kommen Sie nicht mehr heraus aus der Nummer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Linkspartei.PDS und FDP)

Sie haben die Maske fallen lassen, indem Sie gesagt haben, dass das Augenmerk den Gesunden und Starken gelten müsste.

(Udo Pastörs, NPD: Denen auch! –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Stehen Sie mal zu Ihrem Wort! Seien Sie mal ein Mann! –  
Heinz Müller, SPD: Jetzt will er es nicht mehr wahrhaben! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da sage ich Ihnen, wer dem ...

Nein, nein, ich gebe das indirekt wieder und das ist mir eigentlich hier keine Wortklauberei wert. Es geht um den Sinnzusammenhang. Und wer Ihrem Antrag zustimmt, legitimiert über den Umweg dieses Antrags eine auf Selektion beruhende, also menschenfeindliche Politik.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Es ist menschenfeindlich, wie Sie agieren. Es ist menschenfeindlich, was Sie hier von sich geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Und das zweite Nein: In Worten und tatsächlich geht die NPD nicht auf Distanz zum Faschismus der Jahre 1933 bis 1945. Davon zeugen Ihre Schuldkulparolen, Herr Pastörs,

(Udo Pastörs, NPD: Faschismus gab es nicht in Deutschland. In Italien gab's das!)

und Ihre Internetveröffentlichung unter der Überschrift „Drittes Reich statt Dreisatz?“

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Bei Letzterem wird gewarnt, dass deutsche Jugendliche überflüssige Schuldgefühle eingetrichtert bekämen. Aber ich sage Ihnen, wer die Vergangenheit nicht kennt, kommt nicht umhin, sie zu wiederholen. Und da stellt sich die Frage: Wollen Sie das seitens der NPD? Ich denke, die NPD will die Gegenwart nicht durch die Vergangenheit stören, und komme zu dem Schluss, fehlende Distanz zum Faschismus bedeutet auch fehlende Distanz zu den Verbrechen der Naziärzteschaft. Und wer die Medizinverbrechen der Nazis nicht verurteilt, soll vom Solidarprinzip in der GKV schweigen.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Und ein Drittes: Im Aktionsprogramm der NPD heißt es zur Sozialpolitik wörtlich: „Wer den Sozialstaat will, muss sich zur Volksgemeinschaft bekennen.“

(Stefan Köster, NPD: Jawohl.)

Was es zu Ihrem völkischen Müll zu sagen gibt, habe ich vorhin geäußert.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die Linkspartei.PDS hat mit Ihnen von der NPD und mit Ihren Bekenntnissen nichts am Hut,

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

auch nicht, wenn dieses durch einen Antrag maskiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Koplín.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Pastörs von der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Da freuen wir uns drauf!)

**Udo Pastörs,** NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder einmal eine fruchtlose Diskussion, wie wir alle vernehmen konnten. Offensichtlich meinen Sie in Ihrer politischen Arroganz, Sie hätten einen großen Wurf gemacht. Wenn es so wäre, dann hätten wir sicherlich nicht mit denen von Ihnen herbeigeführten Problemen zu kämpfen.

Die politischen Komplizen aller Parteien haben sich der Erosion des Gesundheitssystems nicht entgegengestellt. So erleben wir heute eine soziale Kahlschlagpolitik, welche sicherlich noch nicht den Höhepunkt erreicht hat. Wieder einmal wird denen in die Tasche gegriffen, die ohnehin schon in den letzten Jahren die Folgen Ihrer Politik ertragen mussten. Wieder einmal sehen die Menschen, dass sie zahlen sollen für Leistungen, die ihnen einst versprochen wurden, dass diese abgedeckt seien durch ihre Beiträge in die Kassen. Heute versprochen,

morgen gebrochen, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man da nur sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Mit dieser Politik der einseitigen Belastung der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen als Melkkuh des Establishments sind wir nicht einverstanden. Für uns ist nicht einzusehen, dass wieder einmal ausschließlich das Großkapital Nutznießer dieser Reform ist, während Arbeitnehmer, Rentner und chronisch Kranke die Zeche bezahlen sollen. Für uns ist genauso wenig einzusehen, dass deutsche Krankenkassen aufgrund von fragwürdigen Abkommen auch für Familienangehörige zahlen müssen, die noch niemals deutschen Boden betreten haben.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Na, da haben wir es doch wieder! – Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Haben Sie auch eigene Vorschläge zur Gesundheitsreform, Herr Pastörs?  
Oder können Sie nur kritisieren?)

Wenn es sich die Altparteien leisten können, ganze Ausländerclans durch kostenlose Mitfinanzierung ihrer Familienangehörigen im Ausland gegenüber Deutschen zu bevorzugen, dann sind offenbar noch genug finanzielle Spielräume vorhanden, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo sind denn Ihre Vorschläge, Herr Pastörs? Wir warten!)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht einzusehen, dass hier wieder einmal diejenigen bluten sollen, die sich gegen solch widersinnige Vereinbarungen nicht wehren können. Während deutschen Krankenversicherten die Einbeziehung von Eltern in die Familienversicherung verwehrt wird, sind Eltern von hier versicherten Ausländern im Ausland mitversichert.

Bevor die Bürger durch die Pläne der Gesundheitsreform noch stärker zur Ader gelassen werden

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist Blödsinn!  
Sie reden die Unwahrheit, Herr Pastörs!)

sollten die Systemparteien bitte erst einmal solche Ungerechtigkeiten beseitigen, meine Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Sie reden die Unwahrheit!)

Nicht das deutsche Gesundheitssystem pfeift heute aus dem letzten Loch, sondern die Politik, die Sie in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, tut dieses.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Dass Sie das hier offensichtlich anders sehen, verwundert mich überhaupt nicht. Offensichtlich können oder wollen Sie nicht erkennen, dass dieses Gesetz verhängnisvoll ist, weil es wiederum nur ein Spargesetz sein wird. Es greift im Wesentlichen bei denen zu, die weniger als 3.900 Euro Einkommen im Monat erzielen, und lässt die darüber hinaus, also die, die mehr Einkommen haben, außen vor.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war schon immer so, Herr Pastörs!)

Ich komme leider zum Schluss, hätte Ihnen noch das eine oder andere gerne mitgeteilt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vielleicht mal ein paar eigene Vorschläge!)

Wir benötigen wieder ein öffentlich getragenes und solidarisch finanziertes Gesundheitssystem mit umfassendem Versicherungsschutz für alle Menschen. Deshalb ist ein Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung, der bis hin zu einer Absicherung bis weit hinein ins hohe Alter ohne Zuzahlung führt, die Grundvoraussetzung einer Zustimmung vonseiten der NPD. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –  
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ratjen von der FDP.

**Sebastian Ratjen, FDP:** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Manchmal wird einem braun vor Augen, wer einen so alles unterstützt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der NPD-Fraktion! Nein, Kolleginnen haben Sie ja nicht.

(Zuruf aus dem Plenum: Die sind alle zu Hause!)

Ja, die neue Rolle der Frau.

Sie haben mit Sicherheit einige Mängel der Gesundheitsreform aufgelistet. Das ist aber auch nicht schwer.

(Udo Pastörs, NPD: Wahrlich nicht.)

Ich glaube Ihnen nur leider nicht und ich kann Ihnen einfach nicht glauben, dass Ihnen dabei der Patient und die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung in erster Linie am Herzen liegen. Ich habe leider das dumme Gefühl, Sie nutzen diese Systemfehler nur aus, um Ihr eigenes nationalistisches Süppchen daraus zu kochen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und da, werter Herr Pastörs, unterscheiden wir uns. Wir lehnen das Gesundheitsreformpaket auch ab, aber wir lehnen es differenziert ab, wir betrachten es differenziert und wir argumentieren hier nicht mit Plattitüden, die platter sind als die norddeutsche Tiefebene.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Sehr geehrte Damen und Herren von der NPD, ich habe eine dringende Bitte – wenn Sie das jemals schaffen, dann wäre ich sehr glücklich –: Beweisen Sie uns allen hier im Haus, dass Sie nicht an die politischen Zeiten vor 1945 anknüpfen wollen, und wir werden uns mit Ihren Vorschlägen inhaltlich beschäftigen. Aber ich glaube, das wird Ihnen schwerfallen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Stefan Köster, NPD: Ich bin 1973 geboren. –  
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Ratjen.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/145. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der NPD und Ablehnung aller anderen Fraktionen ist damit dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Förderung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten in Meck-

lenburg-Vorpommern und Brandenburg zur Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses von Schülerinnen und Schülern, Drucksache 5/158. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/202 vor.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:  
Förderung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zur Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses von Schülerinnen und Schülern  
– Drucksache 5/158 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der NPD  
– Drucksache 5/202 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Bluhm.

**Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:** Julius Fučik, „Reportage, unter dem Strang geschrieben“: „Menschen, ich hatte Euch lieb. Seid wachsam.“

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geschichte ist eine kollektive Erbschaft, die man annehmen muss. Sie ist nicht mehr zu verändern. Auch wenn man sie nicht mehr verändern kann, so muss man sich jedoch immer wieder neu mit ihr auseinandersetzen und versuchen, aus ihr zu lernen. Tut man es nicht, so ist die Gefahr groß, Fehler zu wiederholen. Dabei geht es nicht vordergründig um Ereignisse, sondern vielmehr um Ursachen, die zu diesen Ereignissen geführt haben. Nur dann ist es möglich, Schlussfolgerungen zu ziehen und sein Verhalten und seine Entscheidungen danach auszurichten.

Besonders für junge Menschen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte wichtig. Dabei erwerben sie wesentliche Grundlagen für ihre persönlichen Einstellungen zu solchen wesentlichen gesellschaftlichen Lebensfragen wie Demokratie, Freiheit, Solidarität, Toleranz und Menschlichkeit. Das Unterrichtsfach Geschichte an unseren Schulen ist gerade deshalb von so enormer Bedeutung. Und wir alle kennen das geflügelte Wort von der Geschichte, die erlebbar gemacht werden soll. Der pädagogische Grundsatz der Anschauung durch eigene Wahrnehmung gilt natürlich für alle Fächer, aber besonders für Geschichte. Museen, Gedenkstätten, Denkmäler oder aktuelle Ausstellungen gibt es vor allem deswegen, und nicht nur für jüngere, auch für ältere Menschen.

Die Verbrechen der Nazidiktatur waren in ihrer Dimension so unmenschlich, dass die Vorstellung von Ausmaß und Folgen mit menschlichem Verständnis nur schwer zu ermessen ist. Das Lesen von Büchern, der Vortrag der Lehrerin oder des Lehrers beziehungsweise das Betrachten von Bildern allein vermittelt einen nur sehr eingeschränkten Eindruck von dem, was wirklich geschah. Dokumentar- und Spielfilme können das sicher eher leisten. Der Besuch einer Mahn- und Gedenkstätte in einem ehemaligen Konzentrationslager aber macht das Grauen und die Menschenverachtung des Nazisystems authentisch. Und es ist schon beklemmend, durch das gusseiserne Tor mit der demagogischen Schrift zu gehen und auf dem sogenannten Appellplatz anzukommen. Solche Besuche sind eine Möglichkeit, die Orte zu zeigen, an denen die Nazis ihre perfide und unmenschliche Vernichtung von Millionen Menschen wegen ihrer politischen Anschauung, ihres religiösen Bekenntnisses oder ihrer ethnischen Herkunft staatlich organisiert haben. Wo sonst wäre die Dimension dieser Verbrechen deutlicher und plastischer als zum Beispiel auf den Mau-

ern einer Baracke oder angesichts des weiß gefliesten Sezierbeckens?

Meine Fraktion hat in den letzten Legislaturperioden Schulklassenfahrten in solche Mahn- und Gedenkstätten ermöglicht. Es wurde sehr rege davon Gebrauch gemacht und von dem häufig kolportierten Bild, Jugendliche seien nur an Spaß und Fun interessiert, blieb bei diesen Besuchen nichts übrig. In den Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern stellten wir eine große Bestürzung, tiefes Nachdenken und auch Trauer fest. Die Verarbeitung der Eindrücke bei diesen jungen Menschen, aber auch bei denen, die sie begleitet haben, war förmlich mit den Händen zu greifen.

Allerdings ein Besuch in einer solchen Mahn- und Gedenkstätte allein wird nicht ausreichen. Eine gründliche Vor- und Nachbereitung sind genauso unerlässlich wie ein entsprechendes Alter der Schülerinnen und Schüler, damit sie diese Eindrücke auch vernünftig verarbeiten können. Es sind solche Fragen zu beantworten wie die Frage nach dem Warum Menschen überhaupt so etwas tun, die Frage nach der Verantwortung, die Frage danach, warum war das nicht zu verhindern, die Frage nach Tätern, Mitwissern und Mitläufern und letztlich danach, was man heute tun muss, um so etwas künftig zu verhindern.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geschichtsbewusstsein hilft, Demokratieverständnis, Toleranz und Urteilsvermögen zu entwickeln. Anschauliche, also mit eigenen Augen gesehene Geschichte, verstärkt dieses. Mit dem Besuch von Mahn- und Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern soll aber nicht nur Geschichtsbewusstsein gestärkt, sondern auch ein Beitrag zur politischen Bildung geleistet werden. Der Vorteil der Institution Schule bei der politischen Bildung besteht ja bekanntlich darin, dass sie fast alle jungen Menschen erfassen kann. Eine solche Möglichkeit bietet sich nach der Schulzeit nur selten.

Um die Verzahnung zwischen Schule und politischer Bildung herzustellen, möchten wir die Verantwortung für diese Fahrten der Landeszentrale für politische Bildung übertragen. Wir stellen uns eine enge Kooperation zwischen der Landeszentrale und den Schulen vor. Dabei geht es sowohl um die organisatorische wie auch die inhaltliche Ausgestaltung dieser Klassenfahrten. Und die Orientierung auf eine Klassenstufe hat neben dem schon erwähnten Alter das Ziel, alle Schülerinnen und Schüler zu erfassen, bevor sie die Schule verlassen, und möglichst zeitnah die Behandlung der Zeit des Faschismus im Unterricht zu unterstützen.

Hinsichtlich der Finanzierung stellen wir uns vor, mindestens einen Zuschuss zu den Fahrkosten zu ermöglichen. Da wissen wir natürlich um die Finanzsituation des Landes. Es könnte über eine Kilometerpauschale, über einen Fahrkostenzuschuss erfolgen. Es wären verschiedene Möglichkeiten denkbar, die Mittel aufzubringen, bereits vorhandene zu bündeln, aber sozusagen es generell zum Bestandteil des Lehr- und Rahmenplans für Geschichte zu machen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Wer eine Fluglinie finanzieren kann,  
kann auch dieses finanzieren.)

Und die Beschränkung auf die Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hatte eben finanzielle Gründe, andere wären natürlich wie in Hamburg oder Berlin durchaus denkbar.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie sicher bemerkt haben, sind mit dem Antrag nicht alle Fragen abschließend geklärt. Das gilt sowohl für die inhaltlichen, aber auch für die organisatorischen und finanziellen Fragen. Uns ist das Anliegen wichtig, umso wichtiger, dass doch alle Fraktionen zumindest einen breiten Konsens der demokratischen Parteien in diesem Hohen Hause erreichen können, und wollen darum den Antrag in die zuständigen Ausschüsse überweisen.

Da ich in meiner Einbringungsrede viel über Geschichte und Geschichtsbewusstsein geredet habe, möchte ich bezogen auf das Thema mit einem Zitat von Nikolaus Cybinski, einem Lehrer, enden: „Der Gedanke, dass die Falschen das Falsche aus der Geschichte gelernt haben, ist so beklemmend wie die Vorstellung, dass sie unbelehrbar sind.“ Wenn also nicht alle demokratischen Kräfte bei den jungen Menschen mehr tun, das Richtige aus der Geschichte zu vermitteln, dann überlassen wir jenen das Feld, die das Falsche lehren wollen, um zu wiederholen, was schon unmenschliche Geschichte ist.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Es hat um das Wort gebeten der Bildungsminister Herr Tesch. Herr Tesch, Sie haben das Wort.

**Minister Henry Tesch:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir, meine Ausführungen mit folgendem Gedicht zu beginnen:

Batsheva Dagan

„An die, die zögern zu fragen

Fragt heute,  
denn heute  
ist das Gestern  
von morgen.

Fragt heute,  
denn morgen  
entdeckt ihr plötzlich,  
dass es schon zu spät ist!

Fragt heute,  
denn heute  
gibt es noch Zeugen!

Fragt heute,  
denn morgen  
wird es nur Literatur sein  
oder Auslegung.

Was fehlen wird wenn das Morgen kommt,  
ist Blickkontakt und Erwidern  
eine Antwort auf jede Frage  
in Worten oder Miene.

Fragt nochmals!  
Fragt immer wieder!  
Jetzt ist es Zeit!  
Gestern kehrt nicht wieder.“

Frau Batsheva Dagan ist eine Überlebende der Hölle von Auschwitz und Ravensbrück. Sie wurde 1925 geboren, gelangte zu Beginn der Machtübernahme der National-

sozialisten nach Deutschland und arbeitete zwangsverpflichtet als Dienstmädchen hier in Schwerin, bevor sie verhaftet und deportiert wurde. Ich hatte bereits mehrmals die große Ehre, diese sehr beeindruckende Frau zu treffen. Und ich weiß auch, dass die geehrte Frau Landtagspräsidentin Bretschneider einen engen Kontakt zu Frau Dagan pflegt und sie bereits mehrmals hier ihr Gast in Schwerin war.

Warum habe ich diese Worte vorangestellt? Ein Anliegen aller Überlebenden und dabei insbesondere von Frau Dagan, das weiß ich aus persönlichen Gesprächen mit ihr, ist es, ihre schrecklichen Erfahrungen weiterzugeben, besonders mit jungen Leuten ins Gespräch zu kommen, über Gedanken, Gefühle, Befindlichkeiten zu reden, aber auch Lebensfreude und Optimismus zu verbreiten, zu motivieren und zum Handeln anzuregen, aufzufordern, sich einzumischen, sich auseinanderzusetzen, heute zu fragen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Am Montag dieser Woche waren der Bundesratspräsident, der Ministerpräsident unseres Landes Dr. Harald Ringstorff und ich zur Gedenkstunde des Deutschen Bundestages anlässlich des 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, in Berlin. Bundestagspräsident Dr. Lammert betonte in seiner Ansprache, wie wichtig der Kontakt zu den Zeitzeugen ist, die noch für uns da sind, und machte sinngemäß deutlich, dass die Zahl derer, die uns über Vergangenes Auskunft geben können, nur noch begrenzt ist, dass hier die fortschreitende Zeit gegen uns arbeitet. Ich selbst möchte deshalb hinzufügen, dass es für uns von großer Wichtigkeit und Bedeutung ist, dass sich diese Zeitzeugen erinnern, dass sie uns von ihrem Schicksal erzählen können. Und wir müssen versuchen zu erfassen, was dieses Leid für sie bedeuten muss. Wir werden zu begreifen haben, zuletzt werden die, die zu jener Zeit Kinder waren und überlebten, werden diese Zeitzeugen die Letzten sein, die den Nachgeborenen davon erzählen können.

Es ist wichtig, dass die junge Generation sich dieser Aufgabe stellt, dass sie sich in der Zukunft mit dieser Zeit auseinandersetzt, darüber ins Gespräch kommt, an Projekten arbeitet, langfristig und auch fachübergreifend, dass sie sich mit Schülern anderer Länder trifft und auch in diesem Rahmen den Projektgedanken aufgreift. Dabei geht es um nichts anderes, als ein entsprechendes Geschichtsbewusstsein zu entwickeln, Überlieferungen aus der Vergangenheit, gedeutete Geschichte und Geschichten zu hinterfragen, Erfahrungen mit der eigenen Rolle in der Geschichte, generell mit geschichtlichen Zusammenhängen von Welt und Mensch zu machen. Es geht um das historische Denken in allen Bereichen, angefangen beim außer- und vorschulischen alltagsweltlichen Geschichtsdenken der sogenannten Laien über das schulische Geschichtslernen, die historische Projektarbeit, die Erinnerungs- und Geschichtskultur bis hin zu universitärer Forschung und Lehre.

Und genau an dieser Stelle kommen die Gedenkstätten mit ihrem Potenzial in unser Blickfeld. Die Arbeit der Mitarbeiter an solchen historischen Orten ist von enormer Wichtigkeit, natürlich immer in enger Zusammenarbeit mit den Pädagogen, die für eine entsprechende Vor- und Nachbereitung Sorge tragen sollen und müssen. Schulwanderungen und Schulfahrten können einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Auftrages der öffentlichen Schulen zur Demokratie- und Friedenserziehung unserer

Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern leisten. Wir müssen die jungen Menschen mit dem konfrontieren, was an Gräueltaten während des Nationalsozialismus verübt worden ist. Wir sollten jedoch immer die Wahl der Mittel überprüfen, mit denen wir das erreichen können, vor allem, um eine lang anhaltende Wirkung zu erreichen. Dafür gibt es kein Allheilmittel, keine einfache und schon gar nicht nur eine Antwort. Dieses weiß ich aus eigener Erfahrung.

Es wird Sie vielleicht überraschen, aber leider existierte ein entsprechender Haushaltstitel für Fahrten zu solchen Orten im Haushaltsplan des Bildungsministeriums in den letzten acht Jahren nicht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das stimmt.)

Wir hätten ihn gerne fortgeführt. Auch momentan gibt es keine Stelle im Haushaltsplan.

(Udo Pastörs, NPD: Vielleicht impfen Sie die jungen Leute – dann brauchen Sie nicht so viel zu arbeiten – alle durchgehend.)

Die Regierungsfractionen beziehungsweise die Landesregierung haben die neue Legislaturperiode damit begonnen, CDU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt,

(Udo Pastörs, NPD: Was haben die Kinder damit zu tun?)

dass die politische Bildung zu einem verpflichtenden Bestandteil der Lehreraus- und -fortbildung wird und die politische Bildung in allen Schulprogrammen zu verankern ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist widerlich, das Dazwischenrufen, verdammt noch mal!)

Die Landeszentrale für politische Bildung ist in das Bildungsministerium integriert. Demokratie zeichnet sich aus durch Vielfalt. So müssen wir den jungen Menschen diese Vielfalt deutlich machen und ihnen vermitteln, wie sie damit am besten im gegenseitigen Respekt umgehen. Wir wollen auch das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ zügig umsetzen.

Den Schülerinnen und Schülern muss ein breites Angebot für die persönliche Auseinandersetzung mit bestimmten Epochen unserer jüngeren Vergangenheit unterbreitet werden, um sie für das Thema zu sensibilisieren und ihnen die Werte der Demokratie und des Friedens näher zu bringen. Hierzu werden an den Schulen unseres Landes entsprechende Projekte durchgeführt, die auch unter Einbeziehung von Zeitzeugen einen realistischen Hintergrund vermitteln können. Es bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung und intensiven Nachbereitung solcher thematischen Schulfahrten durch die verantwortlichen Lehrkräfte unter Einbeziehung der Eltern und Familien.

In diesem Zusammenhang ist es für mich wichtig zu erwähnen, dass es sich bei diesen Fahrten nicht um Pflichtveranstaltungen für unsere Schülerinnen und Schüler handeln darf.

(Udo Pastörs, NPD: Wieso nicht?)

Ein verordneter Gedenkstätten-tourismus würde, wie hinlänglich aus DDR-Zeiten bekannt, nicht zum gewünschten Erfolg führen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Fachleute aus der Gedenkstättenarbeit fordern vielmehr ein differenziertes, individuelles Herangehen an dieses Thema. Ich habe die große Bitte an die demokratischen Parteien in diesem Parlament, in einer gemeinsamen Anstrengung eine Lösung zu finden, die dem von mir dargestellten gesellschaftlichen Anliegen wirklich gerecht wird. Gegenwärtig wird der Nachtragshaushalt beraten und der neue Doppelhaushalt 2008/2009 erstellt. Es besteht also eine Chance für die Förderung dieses Anliegens zur Stärkung der politischen Bildung.

Der Antrag der Linkspartei.PDS muss aus meiner Sicht qualifiziert und ein wenig quantifiziert werden.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU)

Der Bildungsausschuss könnte zum Beispiel mit eigenen Empfehlungen, die an die letzten Empfehlungen zur politischen Bildung anschließen, hier konsequent die begonnene Arbeit fortsetzen. Dieses halte ich für einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. So könnte man zum Beispiel auch überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, modellhaft bereits Studenten in der ersten und zweiten Ausbildungsphase erste Erfahrungen machen zu lassen in der Zusammenarbeit mit Schulen und Gedenkstättenarbeit, also lange bevor sie in der Schule arbeiten werden. Überlegenswert wäre in diesem Zusammenhang auch einmal, den Stiftungsgedanken aufzugreifen. Hier könnten sich sowohl die Landespolitik, Landtagsfraktionen, das Bildungsministerium als auch weitere gesellschaftliche Kräfte, Firmen und Privatpersonen einbringen und damit Gesicht zeigen.

Es würde mich sehr freuen, wenn hier kurzfristig eine gute Lösung gefunden werden kann, und zwar im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen und der Entwicklung eines entsprechenden Geschichtsbewusstseins und natürlich auch im Sinne der Überlebenden, die es noch gibt.

Lassen Sie mich dies mit den Worten von Victor Klemperer sagen, die er kurz nach Kriegsende äußerte: „Damit es Tag werde in den Köpfen, wird heute die geistige und damit die menschlichste Nahrung in Deutschland benötigt. Denn nimmt man die Verdunklung, unter der wir im Krieg gelitten haben, als Symbol, denkt man an die Köpfe statt an die Fenster, so haben wir nicht sechs, sondern reichliche zwölf Jahre der Verdunklung hinter uns. Und nun gibt es kaum einen wichtigeren Mann im Lande als den Schulmeister, und nun kann es für uns, auf welchem Katheder auch immer wir stehen, es kann für uns nichts Wichtigeres geben, als für Entdunklung zu sorgen, für klare Tageshelle, für Aufklärung.“

Daneben und darüber hinaus würde ich anregen nachzudenken, inwieweit es ebenfalls sinnvoll erscheinen kann, weitere Möglichkeiten im Sinne, und ich betone, im Sinne einer Demokratie- und Friedenserziehung zu nutzen.

Es gibt viele Orte in Mecklenburg-Vorpommern, die dazu beitragen können, sich mit diesem Thema intensiv auseinanderzusetzen, zum Beispiel das Gefangenenlager in Fünfichen, das auch von den Russen als Gefangenenlager genutzt wurde, die ehemalige Synagoge in Hagenow, das KZ-Außenlager/Kriegsgefangenenlager in Barth oder auch die Internationale Jugendbegegnungsstätte Golm des Volksbundes, übrigens die einzige auf deutschem Boden. Sie bietet entsprechende Möglichkeiten für Friedenserziehung, Völkerverständigung und individuelles Lernen über die Folgen von Krieg und Gewalt. Über 23.000 Gräber von Soldaten und Opfern der Bombenangriffe vom 12. März 1945 auf Swinemünde werden hier von jungen Menschen gepflegt.

„Fragt heute,  
denn heute  
ist das Gestern  
von morgen.  
...“

Fragt heute,  
denn morgen  
wird es nur Literatur sein  
oder Auslegung.  
...“

Fragt nochmals!  
Fragt immer wieder!  
Jetzt ist es Zeit!  
...“

Lassen Sie es uns gemeinsam in Angriff nehmen!

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

**Heike Polzin, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt Themen und es gibt Reden, bei denen man sich fragt, muss man überhaupt noch irgendetwas ergänzen oder kann man sagen, beide Vorredner haben im Grunde das dargestellt, was auch meine Fraktion bewegt.

Ich meine, dies ist ein solcher Punkt und man kann es nicht besser sagen vom Anliegen her. Man kann auf ein Prozedere hinweisen. Wir haben mit diesem speziellen Thema der Gedenkstättenarbeit, der Erinnerungsarbeit einen Aspekt aufgegriffen, der uns ja schon seit mehreren Jahren hier fraktionsübergreifend begleitet: Erziehung zur Demokratie und Toleranz. Da sind wir mit einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, PDS in einer Programmverständigung aus der Legislatur herausgegangen und es ist natürlich völlig selbstverständlich, dass hier eine Untersetzung, eine Erweiterung, eine Umsetzung erfolgt.

Ich meine, die Rahmenbedingungen dieses Programms öffnen auch die Wege für das, was die PDS uns hier speziell als Untersetzung vorschlägt, denn wir haben die Gleise so gelegt, dass politische Bildung an Schulen besser und effizienter stattfinden kann. Ich darf daran erinnern, dass wir im letzten Doppelhaushalt 100.000 Euro pro Jahr für politische Bildung an Schulen eingestellt haben. Ich darf erinnern, dass wir politische Bildung an Schulen auch vom Alter her für freie Träger überhaupt erst ermöglicht haben, und ich darf daran erinnern, dass wir in einem großen Konsens in diesem Hause uns damals einig waren, dass hierzu viele Facetten gehören, unter anderem auch die Gedenkstättenarbeit in dem Sinne. Insofern wird aus meiner Fraktion zum Anliegen dieses Antrages kein Fragezeichen kommen und auch kein Nein.

Ich bin sehr dankbar, dass Herr Bluhm selbst angeboten hat zu sagen, dass der Antrag an sich noch nicht ganz rund ist, was die Finanzierung anbelangt, was den Umfang anbelangt, was die Intention anbelangt. Der Minister, meine ich, hat schon sehr gute Vorschläge gemacht zu dem Thema.

Insofern kann ich für unsere Fraktion nur dafür plädieren, dass wir in der Tat diesen Antrag verweisen federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den

Finanzausschuss, obwohl ich nicht einmal glaube, dass wir zusätzliche Mittel brauchen, wenn wir nämlich sehr intelligent die vorhandenen, schon erhöhten Mittel nutzen und uns vor allem in den Bereichen „Pädagogische Konzepte“ und „Verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale für politische Bildung und den Schulen“ unserer Möglichkeiten besinnen. – In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Polzin.

Das Wort für die FDP erhält jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Kreher.

**Hans Kreher, FDP:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich selbst war mehrfach mit Kindern, mit Jugendlichen an verschiedenen Orten der Erinnerung. Ich habe erlebt, wie Kinder, die anfangs noch auf dem Hinweg alberten, sich gegenseitig schubsten, wie diese Kinder beim Ansehen, beim Erleben dieser historischen Orte immer ruhiger wurden, immer nachdenklicher, wie sie plötzlich durch dieses visuelle Erlebnis nachfühlen konnten, was es bedeutet, wenn Menschen gequält und gefoltert werden. Deshalb, meine Damen und Herren, dieses Anliegen, dass wir uns mit unserer Geschichte auseinandersetzen, dass wir das, was Erfahrungen unserer Vorgenerationen waren, weitergeben, damit wir nicht Fehler der Vergangenheit wiederholen. Das, meine Damen und Herren, sollten wir alle unterstützen.

Dabei geht es nicht vordergründig, meine Herren von der NPD-Fraktion, nur gegen rechtsextreme Gewalt, sondern es geht, meine Damen und Herren, vordergründig darum, dass wir uns für Menschenrechte, für Vielfalt auch in unserer Gesellschaft, für die Menschenwürde grundsätzlich, auch für die Gleichberechtigung von Kranken, Behinderten, für die Gleichberechtigung einsetzen, dass wir dafür den Blick öffnen. Es geht also nicht grundsätzlich gegen eine Art von Gewalt, sondern grundsätzlich um eine friedliche, demokratische Gesellschaft in unserer Gesellschaft.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das, meine Damen und Herren, ist wichtig. Aber, Herr Pastörs, gegenwärtig ist eben die Bedrohung unserer demokratischen, weltoffenen, freiheitlichen Gesellschaft durch gerade dieses Leugnen von Dingen der Vergangenheit, die uns nach 1945 erst in diese Situation gebracht haben, offensichtlich. Dadurch ist es doch so notwendig, das immer wieder zu verdeutlichen.

Trotzdem, es geht auch nicht um die Einengung unserer Geschichte auf zwölf Jahre.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Die deutsche Kultur hat wesentlich mehr geleistet zur europäischen Kultur als das, was auch Sie in zwölf Jahren nicht vernichten konnten. Gott sei Dank, die deutsche Kultur hat viel tiefere Wurzeln. Das ist auch damals nicht gelungen, trotz dieser rechtsextremen Gewalt.

(Udo Pastörs, NPD: Ich habe da noch nicht gelebt, Herr Kreher. Ich habe da noch nicht gelebt.)

Trotzdem, meine Damen und Herren, der Antrag der Linkspartei.PDS findet insofern unsere Unterstützung, als wir ihn, wie hier schon gesagt wurde, auf jeden Fall einbringen werden in die Ausschüsse. Das werden wir

unterstützen. Dabei sind verschiedene Inhalte noch zu klären, vor allem auch die Frage der Organisation, einschließlich der Methodik, die wir dazu brauchen. Wir werden vor allem aber auch die Frage der Finanzierung klären. Und der Vorschlag, das mit Hilfe einer Stiftung zu machen, also die Frage, wie wir auch die Bürgergesellschaft aufmerksam machen können, nicht nur immer über staatliche Mittel, sondern durch Eigenengagement, durch Selbstverantwortung an die Sache heranzugehen, das, meine Damen und Herren, Herr Minister, würden wir sehr unterstützen. Da sind wir aber wirklich alle aufgerufen, wie der Minister das auch schon sagte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Das können wir nicht einfach abschieben, das ist unsere Verantwortung. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

**Marc Reinhardt, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist viel Wichtiges und vor allem auch viel Wahres gesagt worden.

Herr Bluhm, ich kann Ihren Ausführungen fast uneingeschränkt zustimmen, auch denen des Ministers. Aber ich will es an der Stelle vielleicht auf das Primat der Jugend bezogen in einer Sache doch etwas deutlicher sagen. Ich will das zu Anfang einmal mit drei spezifischen Fragen zu Ihrem Antrag untermauern. Wir fragen uns: Warum die Einschränkung beziehungsweise die Vorgabe,

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

welche KZ-Gedenkstätten vorrangig besucht werden sollen? Eine erste Frage.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Warum sollen nur KZ-Gedenkstätten zur Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses gut sein? Und als Drittes frage ich mich: Hat denn die Landesregierung – und wir haben es gehört, Frau Gramkow, diesen Titel hat es eigentlich so nicht gegeben, obwohl es den Titel bei der Landeszentrale für politische Bildung gibt –, hat die Landesregierung in den vergangenen acht Jahren etwa nichts zur Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses von Schülern getan? Das werden Sie mit Sicherheit verneinen wollen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Davon gehe ich aus. Insofern glaube ich, Herr Bluhm, es hätte Ihnen hier sehr gut zu Gesicht gestanden, wenn Sie nicht nur auf die KZ-Gedenkstätten, sondern vielleicht auch auf die Gedenkstätten, die in Ihrer eigenen Geschichte und Verantwortung liegen, gleich in dem Antrag mit eingegangen wären.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das wäre ehrlicher und aus meiner Sicht auch besser gewesen.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, Sie brauchen gar nicht zu klatschen. Ihre einzige historische Leistung besteht bisher darin, dass Sie Deutschland erheblich kleiner gemacht haben, dass Sie für den Tod von mehreren Millionen ...

(Udo Pastörs, NPD: Ich?)

Sie nicht persönlich, aber Leute Ihres Geistes.

(Udo Pastörs, NPD: Seien Sie vorsichtig mit Ihren Formulierungen, junger Mann!)

Ich bin nicht vorsichtig. Ich kann das durchaus so sagen, und dass Sie dafür verantwortlich sind, dass ein ganzer Kontinent in Schutt und Asche lag. Das ist bisher die historische Leistung Ihrer Gesinnungsgenossen. Das will ich hier ganz klar feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. So ist es, ja.)

Ich will noch auf drei, vier kleine Sachen eingehen, weil ansonsten auch schon vieles dazu beigetragen worden ist. Es ist so, in Mecklenburg-Vorpommern existieren bereits personell und materiell gut ausgestattete Institutionen staatlicher Gedenkstätten, besser gesagt, nicht staatliche Gedenkstätten, sondern staatliche Stätten für politische Bildung: die Landeszentrale für politische Bildung, der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen und so weiter. Es kommen hinzu Gedenkstätten und historische Orte in Landesträgerschaft und kommunaler Trägerschaft, die wir alle, denke ich, in diese Sache einbeziehen sollten. Es existiert auch, und Sie wissen es alle, eine Vielfalt von freien Trägern mit politischer Bildungsarbeit, wo sehr viel gut ausgebildetes und motiviertes Personal vorhanden ist, das viel mit Schülern in den Schulen und in den Projekten zusammenarbeitet.

Auch die Rahmenpläne für Geschichte und Sozialkundeunterricht in den Schulen sind aktualisiert und eigentlich, wie ich finde, mittlerweile auf einem guten Niveau. Das kann man ja ganz ehrlich so sagen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus findet dort statt. Und sie muss dort aus meiner Sicht auch noch mehr mit dem Rest der deutschen Geschichte stattfinden, weil wir dürfen sie tatsächlich nicht, wie Herr Kreher gesagt hat, auf zwölf Jahre reduzieren.

Ich bin der Meinung – und das haben ja auch Sie gesagt, Herr Bluhm, Ihre Fraktion hat Fahrten organisiert –, hier ist jeder Abgeordnete alleine in der Pflicht. Wir machen das auch. Wenn wir nach Berlin fahren, gehen wir zum Beispiel nach Hohenschönhausen in die Stasigedenkstätte. Wir fahren auch mal in ein Konzentrationslager. Das gehört alles dazu. Und da ist auch jeder von uns in der Pflicht, so etwas mit Schülern zu unternehmen. In diesem Sinne, denke ich, tragen wir, die CDU, selbstverständlich die Verantwortung für die geschichtliche Auseinandersetzung, aber mit allen Diktaturen. In diesem Sinne verstehen wir diesen Antrag, wenn wir ihn heute überweisen. Und wir verbinden das mit dem Anschlag für eine gewisse Neuordnung der politischen Bildung, werden uns dann im Bildungsausschuss damit beschäftigen und, wie ich denke, auch zu einer allumfassenden Lösung kommen, die uns allen gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt für die NPD der Abgeordnete Herr Lüssow.

**Birger Lüssow, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Linkspartei.PDS fordert ja nahezu einen Änderungsantrag herbei. Durch Ihren Antrag wollen Sie offensichtlich die Verbrechen der SED-Diktatur verschleiern, indem Sie den Schulen kostengünstige Lehrausflüge ermöglichen wollen,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Wir wollen nur keine Gleichsetzung mit denen des Faschismus!)

die einseitig ausgerichtet sind. Hunderttausende Opfer des sowjetischen Besatzungsregimes nach Ende des Zweiten Weltkrieges werden durch Ihren Antrag regelrecht verhöhnt.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Ihre einseitige Vergangenheitsbewältigung und der von Ihnen betriebene einseitige Schuld kult wird von der deutschen Jugend so nicht mehr akzeptiert.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Beifall bei Abgeordneten der NPD – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Für meine Kinder sprechen Sie jedenfalls nicht! – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass auch wir Deutsche enorme Opfer zu beklagen haben. Beispiele liegen direkt vor unserer Tür.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Nehmen Sie zum Beispiel die in Sachsenhausen nach 1945 internierten 60.000 Deutschen, wovon alleine 12.000 auf bestialische Art und Weise den Tod gefunden haben.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Auch das wird den Schulklassen da erläutert. – Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

In Ihrem Schuld kult wahn wollen Sie uns wohl weismachen, dass zum Beispiel die Torpedierung der „Wilhelm Gustloff“ und weiterer 200 versenkter Flüchtlings schiffe Akte der Befreiung gewesen sein sollen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann doch wohl nicht wahr sein! – Reinhard Dankert, SPD: Wer hier wohl ablenkt?! – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Hunderttausendfach wurden deutsche Flüchtlinge von ihrem Leben befreit. Sie von den Altkommunisten wollen auch weiter leugnen, dass die DDR ein Gefängnis war.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Menschen wurden erschossen, nur weil sie von Deutschland nach Deutschland wollten.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Reden Sie mal zum Thema! Sie sind ein Spinner höchsten Grades, entschuldigen Sie bitte!)

Vor einigen Tagen suchte ich das Gespräch mit einigen Schülern über den derzeitigen Geschichtsunterricht an unseren Schulen.

(Zuruf von der SPD: Nimmt ihm mal einer den Zettel weg, dann ist er hilflos!)

Es ist erschreckend. Bei vielen beginnt Geschichte erst nach dem Ersten Weltkrieg, wie wir es ja heute auch vorhin gerade noch mal bestätigt bekommen haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ein gesundes Geschichtsbewusstsein kann und wird sich nicht entwickeln, indem wir die kommenden Generationen von über tausend Jahren deutscher Geschichte nur einen Bruchteil lehren und selbst aus diesen zwölf Jahren nur Bruchstücke herauslösen, sodass daraus ein gemeinsamer Schuldskult entsteht. Das ist kein Geschichtsbewusstsein, sondern geschichtliche Ohnmacht.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Sie haben ja gar nichts gelernt.)

Klassenfahrten zu Gedenkstätten der Geschichte sind grundsätzlich in Ordnung. Aber solche Fahrten sollten dann auch zu den Gedenkstätten durchgeführt werden, wo Deutsche Opfer der DDR-Diktatur und der Sowjetdiktatur wurden. Ihr Ziel ist wohl ein Demokratieverständnis, wonach die Schüler, nachdem sie von kommunistischen Agitatoren in einen Zustand maßloser Betroffenheit versetzt wurden, bei einem Fahnenappell unter Hammer, Sichel und Ehrenkranz ein rotes Halstuch umgebunden bekommen.

(Zuruf von Regine Lück, Die Linkspartei.PDS –  
Vizepräsident Hans Kreher  
übernimmt den Vorsitz.)

Derartige Zustände gilt es zu verhindern. Die Zeiten, in denen der Besatzungsapparat der DDR die Bevölkerung des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates zum kollektiven Anschauen von Propagandafilmen abkommandieren konnte, sind vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Wir dürfen nicht zulassen, dass in der Geschichte deutsche Opfer als Opfer zweiter Klasse verunglimpft werden.

(Angelika Peters, SPD: Er weiß  
es ganz genau. Er war dabei.)

Der polemische Antrag ist deshalb zu versachlichen. Niemand hat etwas gegen die staatliche Förderung von Lehrausflügen, sie ist sogar begrüßenswert,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sie tragen zur Versachlichung bei.)

aber dann doch bitte wertfrei zu allen Gedenkstätten und nicht nur zu solchen einer offensichtlich bevorzugten Opferklasse. Wird der PDS-Antrag geändert, stimmen wir ihm gerne zu. Wird er nicht geändert, erfährt er nur unsere schärfste Ablehnung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, das können wir gerne machen.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Ritter von der Linkspartei.PDS.

**Peter Ritter,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der von Naziideologie tiefenden Rede des selbst ernannten Oppositionsführers gestern hier im Landtag war auch zu hören: „Jedem das Seine.“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Es ist ein Spruch eines alten griechischen Philosophen. Ich gehe aber davon aus, dass diese geistige Tiefe bei Ihnen nicht Ausgangspunkt dieses Zitats war.

(Udo Pastörs, NPD: Nur bei Ihnen!  
Nur bei Ihnen, Herr Ritter!)

Bewusst haben Sie eher eine andere Quelle gewählt, Herr Pastörs. Dieser Spruch findet sich nämlich missbräuchlich auch am Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und das, meine Herren von der NPD, das ist das Credo Ihrer Politik, damals wie heute. So etwas hat in Mecklenburg-Vorpommern nichts zu suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Kollege Andreas Bluhm hat in seiner Einbringung bereits darauf verwiesen, dass die Abgeordneten der früheren PDS-Landtagsfraktionen zahlreiche Fahrten in Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager organisiert, begleitet und finanziell unterstützt haben. Ich weiß, dass auch andere Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen und vielfach auch die Schulen des Landes dieses in Eigeninitiative in den letzten Jahren taten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Zuruf  
von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und, Herr Minister, ich hätte mir natürlich auch schon seit 1990 eine solche Haushaltsstelle gewünscht, aber ich sehe heute in der Debatte, wir sind auf einem guten Weg, und wir sollten diesen Weg erfolgreich zu Ende führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder, der einmal eine Schulklasse nach Ravensbrück oder Sachsenhausen begleitet hat,

(Udo Pastörs, NPD: Oder an die Mauer, wo die  
Toten aus dem Stacheldraht gezogen wurden.)

mit den Schülerinnen und Schülern an konkreter Projektarbeit teilgenommen und Gespräche mit Zeitzeugen verfolgt hat, wird festgestellt haben, wie intensiv und wie ernsthaft sich die Schülerinnen und Schüler mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte auseinandergesetzt haben.

Zu hinterfragen ist natürlich die Nachhaltigkeit eines solchen einzelnen Besuches. Wichtig ist daher, dass wir solche Klassenfahrten als Bestandteil eines breiten Spektrums der Aufklärung über die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und seiner Nachfolger begreifen und ausgestalten.

(Udo Pastörs, NPD: Und  
seiner Nachfolger in der DDR.)

Zu Recht haben wir daher in dem von SPD, CDU und Linkspartei in der vergangenen Wahlperiode gemeinsam beschlossenen Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ festgestellt, dass „Schule noch mehr zu einem Ort der Erziehung demokratischer und toleranter Menschen werden (muss)“. Weiter heißt es: „In der Schule muss über bloße Wissensvermittlung hinaus auch der Vermittlung ethischer Prinzipien mehr Raum gegeben werden.“

Dazu, meine Damen und Herren, gehört eben auch die Aufklärung über die Abgeordneten des Landtages, die im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Nazibarbarei

vom einseitigen Schuld kult faseln, wie eben wieder zu erleben war, und die Opfer des Holocaust damit erneut erniedrigen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gedenken und Gedenkstätten haben etwas mit Denken zu tun,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nachdenken über die Ursachen von Rassenwahn und Krieg und Nachdenken über die Folgen dieses schrecklichen Krieges. Und, lieber Kollege Reinhardt, so war es bei den von uns mitorganisierten Besuchen in den KZ-Gedenkstätten eben auch immer üblich und wichtig, die Zeit nach der Befreiung nicht auszublenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Udo Pastörs, NPD)

Deshalb, Herr Lüssow, sind Ihr Änderungsantrag und Ihre Begründung dazu gequirter Quark und werden von uns abgelehnt. Denken und Nachdenken – diesem Ansatz folgend müssen wir mithelfen, Gedenkstätten zu Orten des Lernens zu gestalten, Orte, an denen aus der Vergangenheit lernend für die Ausprägung von Demokratie und Toleranz gewirkt wird. Und es sind eben nicht nur die Orte, die wir natürlich nur exemplarisch in unseren Antrag aufgenommen haben. Es gibt die Synagoge in Röbel, es gibt Peenemünde, Prora oder Alt Rehse. Hier ist zum Beispiel Landespolitik aufgefordert mitzuhelfen, diese Orte als Zeitzeugen zu erhalten, als Stätten der politischen Meinungsbildung zu entwickeln und nicht nur bloßen touristischen Plänen zum Opfer fallen zu lassen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt die ehemaligen KZ-Außenlager in Neustadt-Glewe, in Barth oder Neubrandenburg, es gibt auch ganz in der Nähe unseres Landes die Gedenkstätte in Neuengamme, es gibt das ehemalige Wehrmachtsgefängnis in Anklam, es gibt die Cap-Arcona-Gedenkstätte in Grevesmühlen – Orte, die das Schicksal tausender Menschen in sich tragen. Wir wissen, auch das ist bereits erwähnt worden, dass die Zeitzeugen dieser Epoche künftig immer weniger zur Verfügung stehen werden, und gerade deshalb erlangen die Gedenkstätten als authentische Orte eine immer größer werdende Bedeutung. Uns dieser Bedeutung bewusst werdend müssen wir dafür Sorge tragen, dass der heranwachsenden Generation die Möglichkeit geboten wird, sich an diesen authentischen Orten Geschichte in ihrem Zusammenhang und Zukunft selbst zu erarbeiten. Der von uns vorgelegte Antrag soll dabei helfen, diese Möglichkeiten zu eröffnen. Und ich würde mich daher freuen, wenn wir in der weiteren Bearbeitung Verbesserungen des von uns eingebrachten Antrages und dafür eine gemeinsame Plattform der demokratischen Fraktion finden können. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Abgeordneter Ritter, ich muss leider sagen, dass ein Ausdruck wie „gequirter Quark“ nicht unbedingt zu den parlamentarischen Ausdrücken gehört.

(Heinz Müller, SPD: Der gehört in die Küche. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich finde, gerade in einer solchen Debatte, wo es um sehr ernsthafte Probleme geht, sollten wir so etwas unterlassen.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit die Aussprache.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/202 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der NPD und Ablehnung der großen Mehrheit aller anderen Fraktionen ist dieser Änderungsantrag ...

(Zurufe aus dem Plenum: Einstimmig!)

Alle haben abgelehnt, außer NPD. So habe ich es auch sagen wollen, dann habe ich es falsch ausgedrückt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Etwas präziser bitte, Herr Präsident.)

Bei Zustimmung der NPD und Ablehnung aller anderen Fraktionen ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/158 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer für diesen Überweisungsantrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die große Mehrheit. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Ablehnung der NPD-Fraktion

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und Zustimmung aller anderen Fraktionen ist dem so zugestimmt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 25** auf: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Entschließung „Informationsfreiheitsgesetz bürgerfreundlich umsetzen“, Drucksache 5/159.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:  
Entschließung „Informationsfreiheitsgesetz  
bürgerfreundlich umsetzen“  
– Drucksache 5/159 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Linkspartei.PDS.

**Barbara Borchardt,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, es gehört gewiss nicht unbedingt zur Rolle des Parlaments, von der Regierung die Änderung einer Verordnung zu verlangen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Nee, wirklich nicht.)

Das ist im Prinzip nicht sein Brot, denn der Landtag ist bekanntlich kraft Verfassung die erste, die gesetzgebende Gewalt sowie oberste Stätte der politischen Willensbildung. Anders ist Artikel 20 Absatz 1 unserer Landesverfassung wohl nicht zu interpretieren. Das ist seine wichtigste Aufgabe. Zugleich übt der Landtag, so steht es auch in Artikel 20 Absatz 1, die Kontrolle über die Tätigkeit der Landesregierung und die Landesverwaltung aus, und zwar ausnahmslos. Und darum geht es uns. Der Antrag hat einen Fall der Kontrolle der Exekutive im Auge, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Sicher, es ist im Allgemeinen nicht üblich und war und ist auch bei uns nicht parlamentarischer Alltag, dass der Landtag eine Regierungsverordnung erörtert beziehungsweise kritisiert oder gar deren Änderung verlangt. Dennoch ist es legitim, wie Sie im Artikel 20 Absatz 1 der Landesverfassung nachlesen können. Es gehört durchaus zum Kontrollauftrag des Landtages, sich darum

zu kümmern, wie die Landesregierung mit den Verordnungsermächtigungen, die ihr der Landtag erteilt hat, umgeht. Bekanntlich gibt es keine Blankoermächtigung für die Regierung zum Erlass von Verordnungen, was übrigens eine der wichtigsten Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik ist.

Meine Damen und Herren, in Paragraf 13 Absatz 2 des Informationsfreiheitsgesetzes ist dem Innenministerium bekanntlich auf die übliche Weise die Ermächtigung erteilt worden, Gebührentatbestände und die Höhe von Gebühren sowie auch die Auslegungserstattung festzulegen. Dem ist der Innenminister mit der Verordnung vom 28. September 2006 – am ersten Donnerstag nach der Landtagswahl – nachgekommen. Allerdings reibt man sich nicht nur verwundert darüber die Augen, sondern mehr darüber, wieso die Verordnung rückwirkend in Kraft gesetzt wurde, nämlich per 29. Juli 2006. Ganz und gar ins Grübeln kommt man dann aber, wieso diese Verordnung am 30. Juni 2008 – also bereits nach weniger als zwei Jahren – wieder außer Kraft gesetzt werden soll. Da fragt man sich wohl besorgt, was da geplant oder gedacht ist. Die einfachste Antwort wäre natürlich „gar nichts“, aber so einfach ist das wohl nicht. Bekanntlich sind derartige Verordnungsermächtigungen in der Regel nötig, um die praktische Arbeitsteilung zwischen Exekutive und Legislative zu klären und um auch der Regierung Spielräume für eigenverantwortliches exekutives Handeln zu belassen. Es ist ferner mit der Ermächtigungserteilung zugleich das stillschweigende Eingeständnis des Landtages gegeben, dass er sich die Einzelheiten des Gesetzesvollzuges nicht selber auf den Tisch ziehen möchte. Das soll auch bei dieser Verordnung so bleiben. Und insoweit ist die Verordnung überhaupt nicht zu beanstanden.

Die Krux des Satzes in Paragraf 13 Absatz 2 zur Gebühren- und Kostenregelung liegt darin – und das kritisieren wir –, dass eben mit dieser Verordnung grundsätzlich nicht die Ausführung des Gesetzes beziehungsweise das Nähere geregelt wird. Es folgt nämlich etwas ganz anderes: Es wird aus unserer Sicht nicht gerade auf legitimen Ordnungswege der Wille des Landtages in sein Gegenteil verkehrt und ihm förmlich das Wort im Munde umgedreht, denn Sinn des Gesetzes war und ist es – so steht es im Gesetzentwurf –, den freien Zugang zu den in den Behörden vorhandenen Informationen bürgerfreundlich, großzügig und unbürokratisch zu ermöglichen. Nicht anders ist jedenfalls der Paragraf 1 des Informationsfreiheitsgesetzes gemeint und so liest man es denn auch in der Begründung des Gesetzestextes.

Was erleben wir aber mit der Informationskostenverordnung? Nun, neben dem Gestrüpp von Ausnahmen des Gesetzes selbst, dass beispielsweise im Prinzip kein Informationszugang gewährt wird, wenn fiskalische Interessen des Landes berührt sind, findet sich als zusätzlicher Drahtverhau jetzt auch noch die Erhebung saftiger Gebühren und die Geltendmachung ebenso saftiger Auslagen.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Nein, meine Damen und Herren, das war mit dem Gesetz nicht gewollt,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

als die Schaffung des Bürgerrechtes auf Informationsfreiheit beschlossen wurde und zugleich dem Innenminister die besagte Verordnungsermächtigung eingeräumt wurde. Wir haben die Ziele und Motive des Informationsfreiheits-

gesetzes in unserem Antrag noch einmal als Ausgangspunkt gesetzt. Es mag aus Ihrer Sicht überflüssig sein. Wir haben damit die Hoffnung verbunden, dass die CDU den Sinn des Gesetzes wenigstens zur Kenntnis nimmt.

Ich will auch nicht verhehlen, dass wir bereits zum Zeitpunkt der Beschlussfassung Zweifel und Pessimismus dahin gehend geäußert hatten, wie der Vollzug dieses Gesetzes erfolgt, also die praktische Umsetzung, bei den vielen Ausnahmeregelungen und Auslegungshintertüren, die als Ergebnis der Verhandlungen nun vorlagen. Auf die entsprechenden Fallstricke, Tücken und Hintertüren des Gesetzes im Einzelnen haben wir bereits im Gesetzgebungsverfahren hingewiesen, denn wir kannten und kennen schließlich, wie man so sagt, unsere Pappenheimer in der Verwaltung und auch höheren Orts. Und dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, dieses Gesetz nicht wollten, ist kein Geheimnis, aber es wurde beschlossen.

Interessant ist nun gerade auch aus heutiger Sicht, dass in den Landtagsdebatten und auch sonst öffentlich der damalige Innenminister davon sprach, mit dem Gesetz wäre ein Paradigmenwechsel eingetreten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat er gesagt.)

Er sagte damals: „Ich glaube, das kehrt das Verhältnis von Bürger und Staat um und stellt es vom Kopf auf die Füße.“ Die Botschaft hörten wir wohl, und ich kann nur hoffen, Sie auch. Denn ich kann doch wohl davon ausgehen, dass Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die bereits in der 4. Wahlperiode hier Verantwortung trugen, diese Botschaft unterstützten. Oder hatte sie nur eine Halbwertzeit? Es geht hier auch nicht um Glaubensfragen oder Glaubensbekenntnisse, sondern um Tatfragen und um Realität. Und von dem Paradigmenwechsel, den Herr Dr. Timm noch vor einem halben Jahr annahm, sind wir weit entfernt.

Die Fraktion der Linkspartei hat bekanntlich besonders in den Debatten die Kostenregelung als erhebliches Risiko und offene Flanke des Gesetzes benannt. Uns schwante bereits damals angesichts der aktuellen Kostenregelung zum Bundesinformationsfreiheitsgesetz sowie zu den Landesgesetzen in Hamburg und Schleswig-Holstein, dass auch unsere Landesregelung die gute Absicht des Gesetzes infrage stellen könnte. Leider haben wir uns darin nicht getäuscht. Unsere Ahnung hat uns nicht betrogen. Diese Verordnung ist schlimmer als die des Bundes.

Entsprechend deutlich sind darum auch Stellungnahmen verschiedener Bürgerrechts- und Journalistenorganisationen zur Kostenregelung unseres Landes. Ich will nur einige Stimmen nennen. So erklärte Ulrike Maercks-Franzen von der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union: „Hier wird durch eine ungenaue dehnbare Verordnung der Verwaltung Sinn und Anliegen eines vernünftigen Gesetzes ausgehebelt und ins Gegenteil verkehrt.“ Und Dr. Christoph Bruch von der Humanistischen Union stellte fest: „Wir fordern vom Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern, die Kostenverordnung zu überarbeiten. Sie darf nicht zum Killer der Informationsfreiheit werden.“

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Genauso sehen auch wir es, meine Damen und Herren. Und Sie haben mit der Zustimmung zu unserem Antrag die Gelegenheit, das zu verändern. Nutzen Sie diese! – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Borchardt.

Um das Wort hat der Innenminister Herr Caffier gebeten. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

**Minister Lorenz Caffier:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Nachdem der Landtag im vergangenen Jahr das Informationsfreiheitsgesetz auf Initiative der Linkspartei.PDS beschlossen hat – das möchte ich noch mal ganz deutlich herausstellen, wie die Entwicklung des Gesetzes ist,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Danke! Darauf legen wir auch Wert. –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Danke!)

weil es ja hier immer etwas anders ist –

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Danke!)

und das Innenministerium dahin gehend aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung eine Kostenverordnung erlassen hat, möchte die Linkspartei.PDS nunmehr über den Landtag meine Behörde auffordern, diese Kostenverordnung unverzüglich den Vorstellungen der Linkspartei.PDS anzupassen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Na, nicht nur unseren! Nicht nur unseren!)

Lassen Sie es mich deutlich vorweg sagen: Nach meiner Auffassung ist die Kostenverordnung nicht nur geboten, ja, sogar unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten mit nicht absehbaren Gefahren verbunden, wenn sie nicht existent wäre. Doch dazu im Einzelnen später.

Der Entschließungsantrag enthält in den Ziffern 1 und 2 zunächst allgemeinpolitische Erwägungen. Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass es einer solchen Erklärung des Landtages nicht bedarf, denn der Landtag hat sich durch die Beschlussfassung des Gesetzes im Sommer des vergangenen Jahres bereits genau in diesem Sinne erklärt, wie es die Linkspartei.PDS jetzt wieder fordert. Eine Erklärung, so meine ich, sollte ausreichen,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Aber  
Wiederholung ist die Mutter der Weisheit.)

zumal das Informationsfreiheitsgesetz selbst eine Evaluierung dieses Gesetzes in den Jahren 2010/2011 fordert. Sich zu diesem Zeitpunkt mit dem Gesetz oder einzelnen Regelungen erneut zu befassen, erscheint aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse sinnvoll und legitim.

Nun zu dem Thema, das mich und meine Behörde konkret angeht, die Kostenverordnung. Zunächst möchte die Linkspartei.PDS, dass eine Höchstgebühr von 250 Euro festgelegt wird.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist auch in Ordnung.)

Ob die Einführung einer solchen Kappungsgrenze tatsächlich bürgerfreundlicher ist, möchte ich jetzt einmal dahingestellt sein lassen. Auf jeden Fall – und das ist für mich das entscheidendere Kriterium – ist die Verwaltung gehalten, kostendeckend zu arbeiten. Das ergibt sich bereits aus der Verfassung und ist in der Kommunalverfassung – Sie wissen das aufgrund der Erfahrungen anderer Bundesländer, Landkreise und Kommunen, die der Hauptadressat von Informationsbegehren sind –

nochmals spezialgesetzlich geregelt. Im öffentlichen Kostenrecht richten sich die Gebühren nun einmal nach dem Aufwand. Das Finanzministerium gibt Jahr für Jahr einen Finanzerlass heraus, nach dem sich die Aufwandskosten problemlos ermitteln lassen. Wie anders als durch Rahmengebühren, die im konkreten Einzelfall mithilfe des Finanzerlasses spitz berechnet werden können, sollen Gebühren in einem Rechtsgebiet festgelegt werden, in dem der Aufwand zwischen einem kurzen Telefonat und einer umfangreichen Aktenrecherche variieren kann. Gerade im letzten Fall sind die Behörden verpflichtet, Gebühren auf der Grundlage des tatsächlichen Aufwandes zu erheben, welche im Einzelfall natürlich auch die Höhe von 250 Euro übersteigen können. Alles andere wäre ein Verstoß gegen das Kostendeckungsprinzip, was ich als für das Verwaltungsrecht zuständiger, aber vor allem als Kommunalminister nicht mittragen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU  
und Heinz Müller, SPD –  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, allorts wird über die Personalstrukturreform gesprochen. Ich muss Ihnen nicht erklären, worum es dabei geht. Nun wird durch das Informationsfreiheitsgesetz ausgerechnet in diesen Zeiten den Behörden eine zusätzliche Aufgabe und ein zusätzlicher Aufwand aufgebürdet. Es erscheint daher auch unter diesen Gesichtspunkten recht und billig, wenn die Behörden den zusätzlichen Aufwand auf einer sauberen gesetzlichen Grundlage erstattet bekommen, und eine solche Grundlage besitzt das Land.

Auf die weiteren Änderungsvorschläge der Linkspartei.PDS will ich kurz eingehen. Die Differenzierung der verschiedenen Arten des Aufwands in der Kostenverordnung entspricht der Praxis anderer Bundesländer und der Kommunalliteratur. Ich verweise auf die Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage der Abgeordneten Kollegin Borchardt von der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/51, aus der sich ergibt, wie im Einzelnen die Differenzierung vorzunehmen ist.

Aus meinen Überlegungen zum Kostendeckungsprinzip ergibt sich bereits, dass eine Gebührenfreiheit bei Ablehnung eines Antrages auf keinen Fall in Betracht kommt, denn oftmals ist gerade in diesen Fällen der Aufwand besonders hoch, insbesondere dann, wenn ein Dritter zu beteiligen ist, beispielsweise wenn dessen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Gegenstand des Informationsbegehrens sind. Dass in den Fällen des Paragraphen 14 Absatz 2 Verwaltungskostengesetz keine Gebühren erhoben werden sollen, ergibt sich bereits aus genau dieser Vorschrift, denn das gesamte Verwaltungskostengesetz bleibt neben der Kostenverordnung anwendbar, worauf die Verordnung in Paragraph 1 Absatz 3 ausdrücklich hinweist. Doppelregelungen wollen wir doch wohl vermeiden.

Derzeit besteht die Verpflichtung der Behörden, dem Antragsteller kostenlos eine vorläufige Kostenaufstellung zu übersenden, wenn die Kosten voraussichtlich höher als 200 Euro ausfallen. In den von meinem Ministerium herauszugebenden Durchführungshinweisen wird die Empfehlung ausgesprochen werden, in allen Fällen eine Kostenaufstellung zu übersenden, das heißt, auch dann, wenn niedrigere Kosten als 200 Euro anstehen.

Meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, ich bitte zu überlegen, ob eine solche, wenngleich nicht bindende Empfehlung Ihrer Intention nicht noch eher

nahekommt, denn ein Großteil der Informationsbegehren betrifft Rechtsgebiete, die den Selbstverwaltungsangelegenheiten zuzuordnen sind.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

Lassen Sie uns mal im Ausschuss darüber reden.)

Für diese Bereiche gilt die Kostenverordnung nicht, da das Land insoweit aus rechtlichen Gründen gehindert ist, regulierend einzugreifen. Eine Empfehlung richtet sich selbstverständlich auch an die Behörden, die Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen.

Die von der Linkspartei.PDS geforderte Kleinbetragsregelung würde nach meiner Auffassung zu Unübersichtlichkeiten in den Behörden führen. Nach der Landeshaushaltsordnung werden Kosten nicht erhoben, wenn sie 5 Euro nicht übersteigen. Diese Vorschrift kennen die Verwaltungen. Nunmehr eine einzelne von hier abweichende Regelung zur Kostenverordnung zu schaffen, erscheint mir dann doch unter Deregulierungsgründen nicht sinnvoll.

Zuletzt: Die Einführung einer Billigkeitsklausel lehne ich ab. Auch ein Ermessen bindet die Verwaltung. Ich sehe hier durchaus die Gefahr, dass sich beispielsweise mittellose Antragsteller von Interessengruppen instrumentalisieren lassen könnten und für diese den Antrag stellen, wenn die Behörden einmal aus Billigkeitsgründen einen Antrag kostenfrei beschieden haben. Hier müssen wir wirklich ohne Not kein Tor öffnen, das die Behörden unter Umständen verpflichtet, ohne Gegenleistung umfangreiche Arbeiten zu erbringen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, ich sehe keinen Bedarf, dem Entschließungsantrag der Linkspartei.PDS zuzustimmen. Insbesondere die Änderung der Kostenverordnung wird von mir abgelehnt. Warten wir die Evaluierung in drei, vier Jahren ab.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Was sich bis dahin möglicherweise als unpraktikabel oder nicht bürgerfreundlich herausgestellt haben sollte, kann dann angepasst werden. Heute ist nicht der Zeitpunkt für eine solche Entschließung.

Und, Herr Ritter, zu Ihrem Zwischenruf, ein Schelm, der Böses dabei denkt. Wenn das in dieser Form ausgeübt wird, wie es jetzt gerade erfolgt, dass ein Abgeordneter dieses Hohen Hauses Ihrer Fraktion zunächst eine Kleine Anfrage an den Landtag stellt

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

und die auch ordnungsgemäß beantwortet bekommt, was Ihnen nicht genügt,

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

und anschließend das gleiche Ansinnen aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes stellt, dann kann ich nur sagen: Ein Schelm, der Schlechtes dabei denkt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Da bin ich gespannt, was ich für eine Antwort kriege.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Caffier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der SPD.

**Heinz Müller, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich diesen Entschließungsantrag der Linkspartei.PDS in die Hand bekommen habe – und ich möchte hier nur noch mal zur allgemeinen Erinnerung darauf verweisen, dass ich dem Informationsfreiheitsgesetz seinerzeit im Landtag zugestimmt habe –, als ich diese Entschließung in die Hand bekommen habe, muss ich sagen, dass ich sehr verwundert gewesen bin.

Zunächst einmal die Ziffern 1 und 2. Herr Minister, Sie haben gesagt, das seien allgemeinerpolitische Darstellungen gewesen. Minister pflegen sich diplomatisch auszudrücken, auch in diesem Fall. Unter Parlamentariern nennt man so etwas Lyrik,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Deshalb heißt es ja Entschließungsantrag.)

mit der Anträge angereichert werden, bis man dann zum eigentlichen Gehalt kommt. Ich glaube, diese beiden Punkte erfüllen diese Eigenschaft der Lyrik absolut. Setzen wir uns also mit den Punkten 3 bis 5 auseinander. Darum geht es doch eigentlich in diesem Antrag.

Frau Borchardt,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Ja?)

ich bin ja sicherlich weit davon entfernt, unter einem Mangel an Selbstbewusstsein zu leiden,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Ein Schelm, der Böses dabei denkt. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

und ich leide auch nicht unter einem Parlamentsverständnis, das dem Parlament eine untergeordnete Rolle zubilligt und der Regierung immer nur hinterherrennt. Im Gegenteil, ich bin jemand, der gerne der Regierung sagt, nun mal langsam, hier ist das Parlament gefragt. Aber wer so denkt und wer so redet, der muss allerdings auch umgekehrt sagen, wo die Regierung dran ist, ist eben die Regierung dran,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

und da muss das Parlament auch einmal schweigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Wenn Sie darauf verweisen – und da haben sie abstrakt gesehen natürlich recht, dass es Aufgabe des Parlamentes ist, die Regierung zu kontrollieren –,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Sehen Sie.)

dann stimme ich Ihnen in der Allgemeinheit dieser Aussage zu. Aber wenn ich mir diese Verordnung angucke,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Das ist das Problem. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

dann geht das doch über Kontrolle weit hinaus, sondern versucht, selbst zu gestalten, indem beispielsweise Beträge festgesetzt werden, die von geltendem Recht abweichen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das ist doch nicht ausgeschlossen, oder?)

Wenn ich also beispielsweise – der Minister hat darauf verwiesen – den Minimalbetrag auf 10 Euro heraufsetze im Unterschied zum bisher geltenden Recht, dann mache

ich wesentlich mehr als reine Kontrolle, dann versuche ich zu gestalten, und das sollte sich das Parlament bei Verordnungen verkneifen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Dann müssen wir es beim nächsten  
Mal ins Gesetz schreiben.)

Aber nun zum weiteren Gehalt. Meine Damen und Herren, ich bin kommunalpolitischer Sprecher meiner Fraktion, und wir reden hier über Kommunen. In einem sehr hohen Prozentsatz geht es darum, dass Kommunen solche Auskunftersuchen zu beantworten haben. Ich bin auch dafür, dass sie sie beantworten, wenn es irgend geht. Aber wenn ich in die Kommunalverfassung schaue, dann sehe ich dort einen Grundsatz, der sagt, es gibt bei der Finanzierung von Maßnahmen der kommunalen Verwaltung eine Hierarchie. Der Einsatz von Steuermitteln ist nachrangig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich muss zunächst versuchen, denjenigen, die einen Vorteil von meinem Verwaltungshandeln haben – und dann heißt es in der Kommunalverfassung „soweit vertretbar und geboten“ –, ein spezielles Entgelt abzunehmen, um die Handlung der kommunalen Verwaltung zu finanzieren. Ich glaube und hoffe, dass von diesem Grundsatz, im kommunalen Jargon „Entgelte vor Steuern“ genannt, hier niemand abweichen möchte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig.)

Von daher, meine Damen und Herren, ist es begründet, eine solche Verordnung zu machen. Deswegen haben wir das ins Gesetz hineingeschrieben. Darum ist es aber auch begründet, dass wir für eine solche Verordnung und die daraus entstehenden Gebühren die allgemeinen Gebührengrundsätze anwenden. Diese allgemeinen Grundsätze für Gebühren finden wir landesrechtlich beispielsweise im Kommunalabgabengesetz oder im Verwaltungskostengesetz unseres Landes. Und die Philosophie, die da drinsteckt – wir können das am Text gerne nachvollziehen –, heißt: Gebühren sollen die Kosten decken, nicht mehr, aber, zumindest in der Mehrheit der Fälle, auch nicht weniger, also auf keinen Fall mehr. Das heißt, ich gehe davon aus, dass hier diese Verordnung einen Rahmen setzt und dass die Kommune im konkreten Fall nach pflichtgemäßem Ermessen die konkrete Gebühr innerhalb dieses Rahmens festsetzen wird. Und ich möchte, das betone ich als kommunalpolitischer Sprecher, hier nicht ohne Not einen Deckel einziehen, weil ich nämlich weiß, dass sehr wohl ein Aufwand auf der kommunalen Ebene für die Beantwortung von Fragen entstehen kann, der die Grenze von 250 Euro übersteigt, und da möchte ich den Kommunen die Möglichkeit geben, auch solche Gebühren zu erheben.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Linkspartei, in dem Rahmen, den die Verordnung setzt, einen Missbrauch und eine Knebelung oder Ähnliches sehen,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Nicht nur wir.)

dann, meine Damen und Herren, frage ich mich,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Herr Müller, nicht nur wir.)

welches Bild haben Sie eigentlich von dem Handeln unserer kommunalen Gebietskörperschaften,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU,  
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

wenn Sie hier sozusagen stillschweigend unterstellen, dass die unberechtigt hohe Gebühren nehmen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

einfach um Informationsersuchen abzuwürgen. Das Bild von unseren Kommunalverwaltungen halte ich nicht für zutreffend.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Genau andersherum haben wir es gesagt,  
Herr Müller. Das wissen Sie ganz genau.)

Und ein Letztes: In diesem Hause haben verschiedene Parlamentarier verschiedene Aufgaben

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

und von daher verschiedene Verhaltensweisen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Schieben Sie das jetzt nicht auf die Kommunen!)

Es gibt einzelne unter uns – und ich möchte hier namentlich den Kollegen Ringguth nennen, die Kollegin Měšťan nennen, aber auch mich selbst –, die in den letzten Jahren immer wieder das Gleiche getan haben, über alle Fraktionsunterschiede hinweg. Wir haben uns nämlich immer wieder um kommunale Finanzen gekümmert und wir haben uns immer wieder um den Grundsatz der Konnexität gekümmert.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und, Herr Kollege Leonhard, ich kann mir gut vorstellen, dass wir in diesem politischen Ansatz zukünftig nicht zu dritt, sondern zu viert sein werden – es sollte mich jedenfalls freuen –, die sich um die Einhaltung des Konnexitätsprinzips kümmern. Wir haben das sehr grundsätzlich betrieben, alle drei,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und haben uns gelegentlich dem Vorwurf ausgesetzt, wir seien das, wofür Herbert Wehner einen Begriff hatte, den ich hier nicht zitieren will, Herr Präsident,

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

weil ich mir sonst einen Ordnungsruf einhandele. Deswegen nenne ich das plattdeutsche Wort „Pinnenschierter“ als Bezeichnung, wie man uns bezeichnet hat, weil wir dieses eben sehr grundsätzlich genommen haben.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und wir haben nicht nur dort, wo offenkundig das Konnexitätsprinzip berührt war, dieses ins Feld geführt, sondern wir haben ganz oft gesagt: Wir wissen es ja nicht so genau, aber wir müssten hier eigentlich mal prüfen, ob nicht das Konnexitätsprinzip berührt ist.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, was ist eigentlich hier? Sie wollen mit Ihrem Entschließungsantrag Einnahmen von Kommunen begrenzen und sagen, wir wollen Missbräuche verhindern, wir wollen verhindern, dass berechnete Informationsbegehren abgewürgt werden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das haben wir nicht gesagt.)

Aber ich finde keinen einzigen Ton, nicht einen einzigen Gedanken über die Frage,

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

wer denn die Kosten eigentlich trägt, wenn die Kosten höher sind als der Deckel, den Sie hier gerne einziehen möchten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es, richtig.)

Es kann nur einen geben, der diese Kosten trägt, und das ist die betroffene Gemeinde oder der betroffene Kreis.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Deswegen, meine Damen und Herren, tut es mir sehr leid,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Das glaube ich nicht.)

wir werden diesen Antrag nicht in einem Ausschuss diskutieren, sondern ich glaube, wenn Sie wenigstens den Ernst gehabt hätten, diesen Gedanken noch mit reinzunehmen, wer trägt denn dann eigentlich die Kosten, ist hier nicht etwa das Konnexitätsprinzip berührt, dann hätte ich Sie ernst genommen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Darum haben wir gemeinsam gestritten,  
Herr Müller. Das wissen Sie ganz genau.)

In diesem Fall halte ich den Antrag – entschuldigen Sie das harte Wort – für einen populistischen Antrag. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Sie wissen genau, dass wir darum gestritten  
haben. Das waren nicht alleine Sie.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Müller.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Leonhard von der FDP.

**Gino Leonhard,** FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Werter Kollege Methling, meine Vorredner haben damit begonnen und ich will es auch sagen: Für uns erscheint es als Fraktion doch sehr paradox, wenn man am 27. Juni 2006 ein Gesetz beschließt und am heutigen Tag wieder zur Diskussion stellt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Nicht das Gesetz, Herr Leonhard,  
nicht das Gesetz. – Zuruf von  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Noch paradoxer wird es, wenn man sich anguckt, welche Mehrheitsverhältnisse es damals gegeben hat, sowohl in diesem Hause als auch in der Landesregierung. Ich will nicht verhehlen, dass Sie einen Antrag eingebracht haben, der dem urliberalen Thema der Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger auf allen politischen Ebenen und in allen öffentlichen Verwaltungen entspricht, und ich will auch nicht verhehlen, dass Ihre Feststellungen zum Teil richtig sind. Teilnahme und Teilhabe sollen allerdings nicht explizit ermöglicht werden, sondern Transparenz und Kontrolle. Ob Korruption dadurch aufgedeckt wird, ist mehr als fraglich.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Das glaube ich aber auch.)

Unser Grundkonsens besteht darin: mehr Transparenz und Teilhabe am Aktenwissen in allen öffentlichen Verwaltungen. Wir können auch durchaus damit leben, dass wir in den ...

(Tonstörungen)

Wir können uns auch vorstellen, in einer der nächsten Innenausschusssitzungen einmal zu diesem Thema eine weitere Diskussion und Beratung durchzuführen. Allerdings, der Innenminister hat es ausgeführt, es ist im Gesetz explizit geregelt, wann eben zu diesem Thema eine Evaluierung stattfinden soll.

(Tonstörungen)

Auch der Punkt 2 ist völlig in Ordnung.

(Tonstörungen – Dr. Armin Jäger, CDU:  
Geben Sie das Handy doch mal her! –  
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU,  
Linkspartei.PDS, FDP und NPD)

Auch wir wollen einen unbürokratischen und kostengünstigen Zugang zu allen Daten, zu allen Informationen. Für eine Veränderung im Detail ist es aber aus unserer Sicht viel zu früh. Wir brauchen zunächst einmal die Evaluierung. Ich denke, dass wir da den Datenschutzbeauftragten in enger Zusammenarbeit mit einbeziehen sollten. Folgende Fragen sind zu klären: Wie oft wird es überhaupt genutzt? Was steht gegen die Auskunft? Wann verwehrt und warum? Welche Kosten? Und wie oft haben hohe Kosten die Auskunft verhindert? Wir sehen, und mein Kollege hat es angesprochen, natürlich auch das Problem bei den Kommunen. Wir können nicht einfach die Kommunen bei dieser Frage außen vor lassen. Unter Punkt 4 und Punkt 5 sind Themen angesprochen, die durchaus unterstützenswert wären. Aber ich will hier deutlich machen, dass wir pauschal diesem Antrag nicht zustimmen werden, und ich will eindeutig sagen, dass wir uns einer offenen und sachlichen Diskussion in einer der nächsten Ausschusssitzungen des Innenausschusses stellen werden, aber mit der Fraktion der FDP gibt es keine Unterstützung.

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Leonhard.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Ringguth von der CDU.

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

**Wolf-Dieter Ringguth,** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Fleiß das einzige Kriterium wäre, dann würden SPD- und CDU-Fraktion sicherlich darüber nachdenken, ob man diesem Entschließungsantrag im Zweifel auch zustimmen könnte, aber, meine Damen und Herren, es geht um Inhalte.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:  
Auf jeden Fall!)

Und weil es um Inhalte geht, kann ich Ihnen allen eine Freude machen. Der Herr Innenminister und auch mein hoch verehrter Kollege Müller haben alles, aber auch alles, was irgendwie zu diesem Antrag,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Da haben wir schon mal andere Töne gehört.)

meine liebe Frau Borchardt, zu sagen wäre, gesagt. Und deswegen, meine Damen und Herren, sage ich nur noch eins, weil ich das für wichtig halte und gut: Ich finde es großartig, wie ein Innenminister Lorenz Caffier einer

Rechtsverordnung, die sein Vorgänger am 28. erlassen hat, zur Durchsetzung verhilft. – Danke schön.

(Beifall bei  
Abgeordneten der SPD, CDU und FDP –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist ganz selbstverständlich. –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Vielleicht kann er gar nicht anders?!)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Ringguth.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Borrmann von der NPD.

**Raimund Borrmann,** NPD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Antrag der Linkspartei.PDS in Drucksache 5/159 nimmt die NPD-Fraktion wie folgt Stellung:

1. Bezweifelt jemand, dass die Empfänger von Arbeitslosengeld II und andere Bürger mit ähnlich niedrigem Einkommen nicht in der Lage sind, die Rundfunkgebühren aufzubringen? Möchte jemand diese Befreiung dem Ermessen der GEZ überlassen? Selbstverständlich nicht.
2. Warum soll für die Gebühren etwas anderes gelten als für die Erteilung von Auskünften, die nach dem Informationsfreiheitsgesetz anfallen? Ursprünglich sah die von der verflorenen rot-roten Regierung formulierte Verordnung über die Gebühren und Auslagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz eine Höchstgebühr von 1.000 Euro vor. Diese sollte zwar nur bei äußerst umfangreichen schriftlichen Auskünften und Verwaltungsaufwand verlangt werden, aber welcher Bürger kann schon überblicken, welchen Aufwand eine von ihm beantragte Auskunft erfordern könnte? 1.000 Euro stehen als Drohung im Raum, sie wirken abschreckend und das sollen sie wohl auch.
3. Wie lange muss ein Hartz-IV-Betroffener wohl sparen, bis er die nötigen Rücklagen gebildet hat? Vergessen wir die merkwürdige Auffassung des Bundessozialgerichts, wonach man vom Regelsatz selbstverständlich nicht nur in üppiger Weise am kulturellen Leben teilnehmen kann, sondern sich natürlich auch in kürzester Zeit eine ansehnliche Kollektion von Sparstrümpfen zulegen kann!
4. Wenden wir uns der Realität zu, in der der Arbeitslosengeld-II-Empfänger froh sein kann, wenn am Monatsende 10 Euro übrig bleiben, falls er von der Praxisgebühr, der Medikamentenzuzahlung und Ähnlichem verschont bleiben sollte. Dann braucht er vielleicht 100 Monate, bis er sich für den schlimmsten Fall gerüstet hat, den die Gebührenverordnung für ihn bereithält. Eine Aktenauskunft ist für ihn genauso unerreichbar wie ein Urlaub in Florida, den man übrigens schon für deutlich weniger als 1.000 Euro bekommen kann.
5. An diesem Elend ändert der Antrag der PDS-Linkspartei gar nichts. Sie will aus der für den Hartz-IV-Empfänger unerreichbaren Höchstgebühr von 1.000 Euro eine ebenso unerreichbare von 250 Euro machen. Ob etwas, was man nicht unmittelbar zum Überleben braucht, nun 1 Million, 1.000 oder 250 Euro kostet, das ist bei einem Regelsatz von 345 Euro nun wirklich völlig egal.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider  
übernimmt den Vorsitz.)

6. Weiter möchte die Linkspartei den Behörden ein Ermessen einräumen, aus Gründen der Billigkeit und des öffentlichen Interesses in besonderen Fällen von der Erhebung der Gebühr abzusehen. In besonderen Fällen! Seit wann sind denn Hartz-IV-Empfänger sowie Menschen, die weniger als 60 Prozent ihres mittleren Einkommens verdienen und damit offiziell als arm gelten, und sie sind es, in Mecklenburg-Vorpommern besondere Fälle? Ist es das, was Hilfesuchende in der PDS-Hartz-IV-Sprechstunde zu hören bekommen: Halb so wild, zwar geht es dir schlecht, aber tröste dich, so etwas wie du hier im Land ist ein ganz seltener Ausnahmefall, sonst ist hier alles super?!

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Was erzählen Sie denn da für einen  
Müll? Das ist ja unerträglich! – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

7. Ohne Frage sind Arbeitslose und Geringverdiener in Mecklenburg-Vorpommern die Norm. Es darf keine Frage des Ermessens sein, sie von den Gebühren freizustellen. Sie sind einfach freizustellen.
8. Ansonsten könnte man das Gesetz auch gleich umbenennen in „Privilegierten-Informationsfreiheitsgesetz“.
9. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Borrmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Linkspartei.PDS.

**Peter Ritter,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Innenminister, mit Ihrer letzten Bemerkung haben Sie die Notwendigkeit des Informationsfreiheitsgesetzes noch einmal ganz deutlich unterstrichen. Denn wenn die Landesregierung nicht in der Lage oder willens ist, den Abgeordneten dieses Landtages ordentliche Antworten zu geben,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

dann muss ich natürlich andere Mittel und Möglichkeiten nutzen. Es steht doch wohl nirgendwo geschrieben, dass ein Mitglied des Landtages nicht die Gesetze des Landes in Anwendung bringen darf. Und wenn Sie etwas Arges bei einer Anfrage über das IFG vermuten, machen Sie deutlich, dass Sie jedem Fragesteller etwas Unwürdiges unterschieben. Schönen Dank für diese Argumentation!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: 1:0!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wir wollen dem Bürger den Zugang zur öffentlichen Verwaltung erleichtern. Die Staatsverwaltung ist traditionell nach dem Ressortprinzip ausgerichtet. Heute müssen wir aber mehr vom Bürger her denken. Die Menschen wollen mehr Freiraum – und eine Verwaltung, die ihnen hilft, noch mehr Eigeninitiative zu entfalten.“ Das sagte ein Minister, Herr Reinhardt, der bayerischen Staatsregierung, nämlich Herr Huber. Und wenn Sie meinen, das ist der blanke Hohn, dann schreiben Sie ihm das bitte.

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Wenn ich jedenfalls Bayer wäre und auch noch in der CSU, wäre für mich klar, wer nur der einzig würdige Nachfolger von Herrn Stoiber sein kann.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Aber Spaß beiseite, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn beim Betrachten der Gebührenordnung, und es geht um die Gebührenordnung und nicht um das Informationsfreiheitsgesetz selbst, beim Betrachten der Gebührenordnung vergeht einem das Lachen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Denn mit ungeahntem Schöpferfatum hat das damalige Innenministerium die Höchstsätze für Gebühren hochgeschraubt.

(Harry Glawe, CDU: In Bayern können Sie als Exot auftreten.)

Nun hören Sie bitte zu: Überall, wo in der Bundesverordnung ein Höchstsatz von 500 Euro festgeschrieben ist, sind in der Landesordnung 1.000 Euro festgehalten. Warum, frage ich Sie, Herr Ringguth. Ich sage, das wird die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht gerade ermutigen, Anträge zu stellen. Darüber hinaus wird mit Paragraf 3 ein zusätzlicher Tatbestand geschaffen, den es in der Bundesverordnung gar nicht gibt. Und der Innenminister hat gerade gesagt, es geht darum, Doppelungen zu vermeiden. Da frage ich mich: Warum dieser zusätzliche Tatbestand? Es soll demnach möglich sein, über den Rahmen von 1.000 Euro noch hinauszugehen. Das ist möglich, lieber Herr Müller, wenn ein außergewöhnlicher Aufwand, so heißt es in der Gebührenverordnung, beziehungsweise ein deutlich höherer Aufwand beziehungsweise ein umfangreicher oder außergewöhnlicher Aufwand vorliegt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Unbestimmte Rechtsbegriffe.)

Was das aber sein soll, das ist in der Gebührenordnung nicht beschrieben und das weiß kein Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und mit diesen Umschreibungen, Herr Müller, haben Bürgerinnen und Bürger des Landes überhaupt keine Klarheit mehr, was alles an Gebühren auf sie zukommen kann. Das alles klingt nach dem Motto: Störe meine Kreise nicht oder stelle lieber keine Fragen, es könnte dich teuer zu stehen kommen!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das will ich Ihnen noch mal ganz deutlich sagen, das war nicht im Sinne der Erfinder oder, besser gesagt, im Sinne des Kompromisses, den die damaligen Koalitionspartner – zu Ihrer Erinnerung: im Paket zur SOG-Änderung und Beschlussfassung des Informationsfreiheitsgesetzes – getroffen haben. Das widerspricht sämtlichen Absprachen, und das nur zur Warnung an den neuen Koalitionspartner.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Vielleicht, nein, ganz sicher war das auch der Grund dafür, dass diese Verordnung sechs Tage nach der Landtagswahl erlassen und dafür rückwirkend zum 29. Juni in Kraft trat. Die erstaunte Öffentlichkeit und also auch die Fraktion der Linkspartei.PDS haben von diesem Erlass aus den Medien erfahren. Sicher, Ministerverordnungen

müssen nicht durch das Kabinett oder den Landtag. Politisch anständig wäre es aber allemal gewesen, den Koalitionspartner über die Absicht in Kenntnis zu setzen oder einzubeziehen. Aber offenbar hatte man sich schon vorher innerlich abgesetzt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, soll deshalb in dieser Frage nicht noch mein letztes Quäntchen Vertrauen gegenüber der Verlässlichkeit der SPD verloren gehen, verschließen Sie sich unserem Antrag nicht, denn diese Verordnung widerspricht auf der ganzen Linie dem Ziel und Anliegen dieses Gesetzes. Sie erschwert und bürokratisiert den Informationszugang. Es besteht daher dringender, es besteht daher dringender Änderungsbedarf – und nicht erst 2011, wenn die Evaluierung vorliegt. Es ist hier vielfach gesagt worden: Lassen Sie uns doch mal im nächsten Innenausschuss über diese Frage debattieren, ja, lassen Sie uns darüber debattieren, lassen Sie unseren Antrag dafür als Grundlage in den Innenausschuss überweisen! Ich bitte also um Überweisung unseres Antrages. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ritter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/159. Wer dem Antrag ...

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Überweisung!)

Im Rahmen der Aussprache ist soeben beantragt worden, den Antrag in den Innenausschuss zu überweisen. Da das der weitergehende Antrag ist, lasse ich zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer ist dafür, dem Überweisungsvorschlag in den Innenausschuss zu folgen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag auf Überweisung des Antrages auf Drucksache 5/159 bei Zustimmung der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über diesen Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/159 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/159 bei Zustimmung der Fraktion der Linkspartei.PDS und Gegenstimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – 2007 – „Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle“ – auch in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/154.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: 2007 – „Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle“ – auch in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/154 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion der Linkspartei.PDS. Frau Müller, Sie haben das Wort.

**Irene Müller**, Die Linkspartei.PDS: Sehr verehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Parlamentes! Ja, wer von Ihnen hat es eigentlich bemerkt,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Ich!)

bevor diese Beschlussvorlage auf Ihren Tischen lag? Im Juni des Jahres 2006 hat das Europäische Parlament das Jahr 2007 zum Jahr der Chancengleichheit für alle ausgerufen. Das ist nach dem Jahr 1997, welches das Jahr gegen Rassismus war, und dem Jahr 2003, welches das Jahr der Menschen mit Behinderungen war, das dritte Mal, dass die Europäische Union versucht, die Integration von Menschen unterschiedlicher Lebenssituationen in die Gesellschaft zu befördern, zu unterstützen, das Verständnis für sie in der Bevölkerung zu vermehren. Das begrüßen wir uneingeschränkt.

Leider sind Diskriminierung und auch Mehrfachdiskriminierung abhängig von der Lebenssituation der Menschen in den Ländern der EU und auch darüber hinaus noch an der Tagesordnung. Menschen, die ihre Rechte auf Gleichstellung, auf Gleichbehandlung, auf gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wahrnehmen wollen, müssen sich dieser Rechte natürlich bewusst sein.

Wer ist mit dem Jahr der Chancengleichheit für alle gemeint? Das Europäische Jahr hat sehr weit ausgeholt: Chancengleichheit für alle, das bedeutet, es gilt für Menschen unterschiedlicher Rasse, unterschiedlicher ethnischer Herkunft, unterschiedlicher Religion, unterschiedlicher Sexualität, es gilt für Männer und Frauen, für Kinder und Jugendliche, für Senioren und Seniorinnen, für alle. Das Ziel ist, einmal in diesem Jahr zu sensibilisieren, nämlich die, die noch nicht vergegenwärtigt haben, dass Menschen in unterschiedlicher Lebenssituation auch unterschiedliche Rahmenbedingungen und Möglichkeiten brauchen, um gleichgestellt zu sein, und auch für die, die für diese Gruppen spezifische Verbände, Organisationen gebildet haben, um darauf hinzuweisen, dass es Defizite gibt.

Das Jahr ist dazu da, den verschiedenen Menschen klarzumachen, dass sie einen gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Bildung, zur Weiterbildung, zu Kultur und Freizeit, einfach zu den Dingen haben, die uns ständig umgeben. Natürlich gehören dazu auch Gesundheits- und Sozialwesen und so weiter, Dinge, die wir debattiert haben an den beiden Tagen, wo es mehr oder weniger immer wieder um die Würde des Menschen ging, um die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Aber wir müssen alle etwas dafür tun. Integration von Menschen unterschiedlichster Lebenssituationen bedeutet Erhalten der Vielfalt, und zwar Erhalten der Vielfalt in seiner Unterschiedlichkeit in 27 verschiedenen Ländern der EU. Dieser Erhalt der Vielfalt wird von der Europäischen Union als Gewinn veranschlagt, davon sprachen wir aber schon.

Die Diskriminierung im Alltag, die wir tagtäglich noch bemerken, ist eine Sache, die in diesem Jahr in den Vordergrund gerückt werden soll mit den verschiedensten Initiativen. Der Gipfel zur Eröffnung dieses Jahres ist bereits gewesen, und zwar vorige Woche Dienstag und Mittwoch. Ich denke, das war ein Gipfel, der wirklich alle möglichen Menschen – danke, Herr Glawe, dass Sie so laut plappern – zusammengeführt hat aus der EU, aus dem Bund und aus den verschiedenen Ländern. Wir wollen – und diesen Begriff nehme ich ganz bewusst in den Mund – auch den Randgruppen, den sogenannten

Randgruppen der Gesellschaft die Möglichkeit geben, in diesem Jahr Initiativen zu gestalten, um zu helfen, sie aus dem Rand herauszubekommen. „Randgruppe“ braucht kein diskriminierender Begriff zu sein, denn wenn der Teller keinen Rand hätte, würden alle, die in der Mitte sind, herunterfallen.

Wir wollen einen Dialog zwischen den Menschen in die Wege leiten, zwischen den Menschen und den Gruppen, Vereinigungen, Verbänden, Organisationen, die bestimmte Menschengruppen vertreten. Chancengleichheit ist nicht Gleichmacherei, das wissen wir. Aber wie gestalten wir Chancengleichheit? Wir möchten, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft, in unseren EU-Staaten teilnehmen zu können. Wir möchten, dass Gewalt und Vorurteile in den Staaten der Europäischen Union zurückgedrängt werden, nicht mehr vorkommen. Wir möchten, dass Diskriminierung und Doppeldiskriminierung bekämpft werden, von innen heraus. Wir möchten, dass die solidarische Gesellschaftsordnung in den Staaten der Europäischen Union und ihre Zukunftsorientierung neu und prägnanter definiert werden. Das ist ein großes Ziel und die Europäische Union, der Bund, also Deutschland, die Bundesregierung, haben für dieses Ziel bestimmte Vorhaben bereits benannt.

Auf den Eröffnungsgipfel habe ich bereits hingewiesen, weitere große zentrale Veranstaltungen werden in Köln, in Magdeburg, Bad Pyrmont, Frankfurt am Main und noch zweimal in Berlin sein sowie in Leipzig. Die unterschiedlichsten Themen sind bei diesen Veranstaltungen zugrunde gelegt. So wird ein Thema sein Chancengleichheit und gesellschaftliche Partizipation für Jugend und Kinder, ein weiteres Thema wird sein das Sozial- und Gesundheitswesen, ein weiteres Thema wird sein die geschlechterspezifische Finanzgestaltung und Haushaltsgestaltung in der EU, also Geld. Es wird einen Kongress geben zur Sozialwirtschaft und so weiter und so fort.

Was hat mich und die Fraktion zu diesem Antrag bewogen? Bis zum 24. Januar, und wir haben noch mal recherchiert, auch bis zum heutigen Tag, können wir auch in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten nichts, aber auch gar nichts finden, was auf Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle hinweist. Weder die Staatskanzlei noch das Sozialministerium, auch nicht das Wirtschaftsministerium, wo ja auch Tourismus verankert ist, wie wir heute schon gehört haben, haben in irgendeiner Weise irgendwelche Initiativen gestaltet, um dieses Europäische Jahr zu begleiten, und das, nebenbei bemerkt, obwohl Geld von der Europäischen Union mit Geld vom Bund zusammengeführt wurde, um Projekte zu gestalten.

Hat denn überhaupt jemand aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern die Chance ergriffen, da irgendwie tätig zu werden? Ja, es wurden bereits Chancen ergriffen. Es gibt umfangreiche Pläne von Verbänden und Organisationen, die sich schon Gedanken gemacht haben, inwieweit sie das Jahr der Chancengleichheit für alle für sich gestalten. So werden die Frauen, die Schwulen und Lesben, die Menschen mit Behinderungen und die Migrantinnen und Migranten eine gemeinsame Veranstaltung im Sommer dieses Jahres gestalten. Was machen wir? Was machen wir als Landesregierung, als Vertreter von Mecklenburg-Vorpommern?

Ich bitte Sie darum, dem Antrag der Linkspartei.PDS zu folgen. Ich bitte Sie darum, sich noch kräftig Gedanken

zu machen, auf welche Art und Weise wir dieses Jahr, dieses Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle mit Leben erfüllen können, auch wir in Mecklenburg-Vorpommern, denn wir haben ja schließlich gehört, dass Mecklenburg-Vorpommern die Welt begrüßt. Wieso also auch nicht das Europäische Jahr? – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

**Minister Erwin Sellering:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle, meine Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin, ist das Herzstück einer Rahmenstrategie der Europäischen Union, mit der Diskriminierung wirksam bekämpft werden soll, die Vielfalt als positiver Wert vermittelt und Chancengleichheit für alle gefördert werden soll. Dieses Jahr ist der Impuls für eine uneingeschränkte Anwendung der Diskriminierungsvorschriften der EU. Wir müssen leider sagen, bisher,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Der Antidiskriminierungsvorschrift.)

bisher, Frau Müller, sind diese Antidiskriminierungsvorschriften der EU leider noch zu wenig beachtet und auch in der Bevölkerung zu wenig bekannt. Hauptanliegen ist die Stärkung des Bewusstseins deshalb in der Gesellschaft für die positiven Aspekte von Vielfalt, Respekt, Anerkennung und Toleranz. Strategien zum Abbau von Ungleichheit und Diskriminierung können nur erfolgreich sein, wenn sie nicht nur von den staatlichen Stellen verfolgt werden, sondern wenn sie auch von der Zivilgesellschaft getragen werden. Ziel ist es, verschiedene mögliche Diskriminierungsmerkmale in den Blick zu nehmen, wie Geschlecht, Rasse, ethnische Herkunft, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung oder sexuelle Orientierung.

Inhaltliche Schwerpunkte des Jahres der Chancengleichheit bilden vier Themen:

Erstens geht es um die Bewahrung der Rechte des Einzelnen. Dazu brauchen wir eine Sensibilisierung für das Recht auf Gleichbehandlung und für das Recht auf Nichtdiskriminierung. Vieles läuft viel zu selbstverständlich.

Zweitens brauchen wir eine Unterstützung der gesellschaftlichen Präsenz. Deshalb geht es um die Anregung einer Debatte über die Möglichkeit, die Teilhabe von Gruppen, die bisher benachteiligt sind, zu verstärken.

Es geht um Anerkennung der andersartigen Menschen. Es geht darum, Vielfalt zu würdigen und zu berücksichtigen.

Und es geht viertens um Respekt und Toleranz, es geht darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle baut auf den Erfahrungen der vergangenen europäischen Jahre, insbesondere dem europäischen Jahr gegen Rassismus 1997 und dem europäischen Jahr der Menschen

mit Behinderungen 2003. Frau Müller hat das eben schon erwähnt.

Ziel der Landesregierung ist es, die Chancengleichheit insgesamt zum politischen Prinzip zu machen, das bei allen Entscheidungen im Blick behalten werden muss.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:  
Ein gutes Ziel.)

Es darf nicht, ja, es darf nicht um einmalige Aktivitäten gehen, nicht darum, jetzt irgendwie etwas Besonderes zu veranstalten oder schnell plakative Dinge zu machen, sondern wir brauchen einen Prozess, den wir gemeinsam mit langem Atem bearbeiten wollen.

(Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Und, Frau Müller, das klingt ja eben bei Ihnen so ein bisschen kritisch an, aber ich denke, die Landesregierung kann durchaus auf Dinge zurückblicken, die wir, auch mit Ihrer Beteiligung, als Grundlage geschaffen haben und mit denen wir Weichen gestellt haben, wenn ich an das Landesgleichstellungsgesetz denke, an das Behindertengleichstellungsgesetz, an die Konzeption zur Umsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, das Landesintegrationskonzept für Migrantinnen und Migranten,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das haben wir euch alles abgerungen.)

sicherlich auch das KiföG, das wir gemacht haben, das Kinder- und Jugendprogramm, auch das Programm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, ein großes Thema für die kommenden Jahre, und das bisherige Schulgesetz, was wir dort verankert haben und was wir weiter beachten müssen in diesem Bereich.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Und das hat alles Frau Dr. Linke gemacht.)

Die Thematik Chancengleichheit zieht sich wie ein roter Faden durch diese Gesetze, durch die Programme und Konzeptionen. Und ich denke, wir werden im Jahr der Chancengleichheit vor allem gut daran tun, dass wir nicht von uns aus sagen, wir als Staat setzen einmalige Aktionen, sondern dass wir all diejenigen unterstützen, die hier angesprochen worden sind, verschiedene Gruppen, die etwas veranstalten wollen, die aufmerksam machen wollen auf Probleme. Denn das Wichtigste ist, glaube ich, dass die Bürger selbst in ehrenamtlichem Engagement zeigen, um welche Probleme es geht. Dann müssen sie staatliche Unterstützung bekommen. Das werden wir tun. Wir werden auf diesem Weg weitermachen und wir werden auch den Schwung nutzen, den uns das Europäische Jahr der Chancengleichheit verleiht. Ich lade Sie alle ein, dabei mitzumachen. Allerdings sollten wir nicht schon wieder einen neuen Bericht beschließen, wie Sie vorgeschlagen haben. Die Landesregierung legt dem Landtag zu Beginn eines jeden Jahres, in der Regel im März, den Europabericht vor und in diesem Bericht wird dieses Mal das Europäische Jahr der Chancengleichheit ein Schwerpunkt sein.

(Beifall  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut.)

Im Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern sind Maßnahmen, Expertisen, Analysen und Berichte zum Thema Chancengleichheit geplant. Das wird auch finanziell untersetzt. Die Koalitionsvereinbarung hat gesagt, wir werden einen Bericht

zur sozialen Lage bekommen, wo all das genau besprochen wird. Durch die Koordinierungsgruppe des Bundes für das Jahr der Chancengleichheit werden ebenfalls von uns Berichte erstellt. Ich denke, das reicht, um ein wirklich vollständiges Bild zu bekommen.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Das denke ich aber ganz und gar nicht.)

Wir sollten nicht für viel Geld weitere Doppelungen machen. Ansonsten denke ich, dass wir im Hause sehr einig sind, dass wir die Chancen ergreifen müssen, die uns das Europäische Jahr der Chancengleichheit bietet. – Vielen Dank.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Dann sollten Sie erst mal die Chance ergreifen und das Geld nehmen, das zur Verfügung steht.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Sebastian Ratjen von der Fraktion der FDP.

**Sebastian Ratjen,** FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der PDS-Fraktion, es gibt Zahnärzte, die behandeln mit Hypnose.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:  
Das hätte ich auch mal gerne.)

Ich mache das nicht, ich glaube nicht an Hypnose.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sie könnten das aber ganz bestimmt. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Nicht dass Hypnose schädlich wäre,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Aber?)

aber ich bin auch nicht davon überzeugt, dass sie nützt. So geht es mir ein bisschen mit Ihrem Antrag.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Na!)

Wer ist schon nicht gegen Diskriminierung gerade als FDP-Politiker? Wie oft bin ich als FDP-Politiker diskriminiert worden.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja, davon reden tut jeder. Handeln ist aber etwas anderes. –  
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Genau, aber die Randgruppe wächst, Frau Polzin.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Minister Dr. Till Backhaus: Oh, nein, Mitleid fordern, das war auch Hypnose, was?!)

Aber irgendwie will mir Ihr Antrag nicht mitteilen, wo er denn wirklich reell helfen möchte. Irgendwie habe ich auch die Angst, dass unser Kampf gegen Diskriminierung irgendwo unter Zwischenberichten, Abschlussberichten, Papers und Nonpapers untergeht. Das ist nun mal bei solchen Sachen einfach öfter der Fall.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Sie dürfen nicht nur die letzte Zeile lesen, sondern auch das, was davor steht.)

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir noch einmal reeller in den entsprechenden Ausschüssen über maßgebliche inhaltliche Möglichkeiten gegen Diskriminierung diskutieren könnten

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Ja, das sehen wir auch so, ja.)

und dann etwas weniger hypnotisch und etwas mehr mit Bohrer und Zange

(Beifall und Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

an dieses Thema herangehen könnten. – Danke.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Beifall)

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das war aber ein guter Beitrag.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ratjen, für den kurzen Beitrag.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Frau Dr. Seemann für die Fraktion der SPD.

**Dr. Margret Seemann,** SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass inzwischen, auch ohne dass dieser Antrag auf der Tagesordnung steht, alle mitbekommen haben, dass die Europäische Kommission das Jahr 2007 zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle erklärt hat. Wer aufmerksam die Presse verfolgt hat, der wird festgestellt haben, dass am 30. und 31. Januar eine europaweite Konferenz zum Thema „Diskriminierung und Chancengleichheit“ und der erste europäische Gleichstellungsgipfel in Deutschland, nämlich in Berlin, stattgefunden haben. Am heutigen Tage und morgen findet ein vom BMBF geförderter Fachkongress „Job-Chance-Internet. Frauen gestalten Zukunft“ statt, der ein konkreter Beitrag des BMBF zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit ist und der gerade auch die Förderung von Frauen mit zum Inhalt hat.

Ziel des Europäischen Jahres ist es, mit Hilfe des Aktionsjahres die Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU insgesamt zu fördern. Chancengleichheit für alle heißt Chancengleichheit für alle Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, von Alter und Geschlecht sowie sexueller Ausrichtung oder einer eventuellen Behinderung. Es geht, kurz gesagt, um die Umsetzung von ganz banalen Menschenrechten und es ist nach meinem Menschenbild eigentlich unverständlich, dass es immer noch solcher Aktionsjahre bedarf.

Ein großer Teil der Europäer ist der Meinung, dass Diskriminierung in ihrem Land verbreitet ist. Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft wird als am weitesten verbreitet angesehen, und zwar von fast zwei Dritteln der Europäer. Etwa jeder zweite Europäer hält Diskriminierung aufgrund einer Behinderung und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung für weit verbreitet. Dass Diskriminierung aufgrund des Alters, der Religion oder der Überzeugung und des Geschlechts vorkommen, wird ebenfalls wahrgenommen. Eine breite Mehrheit der europäischen Bürger glaubt, dass behindert zu sein, älter als 50 Jahre zu sein oder eine andere ethnische Herkunft zu haben als das übrige Land ein Nachteil in ihrem jeweiligen Land ist. Die Beispiele für Alltagsrassismus, Diskriminierung von Menschen aufgrund von Alter, Sexualität und Geschlecht ist täglich zu verfolgen. Das wurde hier heute schon mehrfach angesprochen. Wir haben gestern auch ein Lehrstück für Diskriminierung hier bei uns im Hohen Hause gehabt. Ich sage es an dieser Stelle noch

einmal ganz deutlich, ich habe es auch in meiner Pressemitteilung gesagt, dass Vokabular und Duktus Ihrer Rede, Herr Pastörs, mich an dunkelste Nazizeiten erinnert haben, in der Millionen von Menschen dem ideologischen Wahn von Über- und Untermenschen zum Opfer gefallen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Und das Traurige – für mich jedenfalls – dabei ist, dass die alten und neuen Nazis nicht irgendwelche umnachteten Geisterfahrer sind oder Spaßnazis, habe ich auch gesagt, sondern sie stehen in Tradition dieser Nazi-ideologie, wie die Ausführungen zum Frauentum, Mänbertum und gesunden und, wie war das, starken Menschen gezeigt haben.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Die Gesunden und Starken.)

Für mich hat gestern, und dann beende ich das jetzt auch, eigentlich nur noch das direkte Wort „Euthanasie“ gefehlt. Dann, denke ich, wäre die Richtung ganz klar gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht auch das noch. Ich habe mich in Forschungsarbeiten mit der Weimarer Republik hier in Mecklenburg beschäftigt und habe mir auch Reden in dem Zusammenhang aus der Endzeit der Weimarer Republik angeguckt. Und, Herr Pastörs, es ist schon erschreckend:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau das.)

Sie übernehmen direkt Worte, die in diesen Jahren gebraucht worden sind. Diese Worte übernehmen Sie, um uns hier Ihre Ziele deutlich zu machen. Sehr schön ist es allerdings, dass dadurch ...

(Udo Pastörs, NPD: Wahrscheinlich waren wir im selben Archiv, Frau Seemann.)

Sehr schön ist es allerdings, dass dadurch vor allen Dingen, denke ich, auch Frauen und Menschen mit Behinderungen deutlich geworden ist, welche menschenverachtenden Ziele Sie hier verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt nahe, dass ich mich in meinem Beitrag mit der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts vorrangig beschäftige, ohne die anderen Sachen auszublenden. Und ich kann hier nur den Bemühungen der Europäischen Union zustimmen, im Zuge des Fahrplans für die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU, wie er im letzten Jahr beschlossen worden ist, auch dieses Aktionsjahr zu nutzen.

In Mecklenburg-Vorpommern haben wir die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung im Range einer Parlamentarischen Staatssekretärin seit 1994

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist auch gut!)

und es wird kontinuierlich in unserem Land an der Umsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf allen Politikfeldern gearbeitet. Ich denke, das wurde sehr deutlich auch in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten gestern, in der Wirtschaftspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Bildungspolitik, im Gesund-

heitsbereich und so weiter. Nicht zuletzt haben die Verabschiedung der Gleichstellungskonzeption im Jahre 2000 und ihre Fortschreibung im Jahre 2004 dafür gesorgt, dass die Chancengleichheit für Männer und Frauen nicht nur Sache der Parlamentarischen Staatssekretärin ist, sondern aller Ressorts.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Und ich sage es hier an dieser Stelle ganz deutlich: Ich hatte in der vergangenen Legislatur bei der Umsetzung meines Politikfeldes unseren damaligen Koalitionspartner, die PDS, immer ganz fest an meiner Seite und ich gehe davon aus, dass das in der Zukunft so bleiben wird.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Darauf können Sie sich auch verlassen.)

Für die konsequente Weiterführung dieser Politik steht allerdings auch mit unserem neuen Koalitionspartner die Koalitionsvereinbarung, die wir natürlich gemeinsam umsetzen werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Darauf werde ich achten.

Die Indizien für die Diskriminierung nach dem Geschlecht haben sich in der letzten Zeit wenig geändert. Nur 30 Prozent der Existenzgründungen sind von Frauen, nur fünf Prozent Frauen sind in Topführungspositionen in den großen Unternehmen. Eine paritätische Gremienbesetzung in allen Bereichen ist noch längst nicht erfolgt. Frauen verdienen im Schnitt nur 77 Prozent des Einkommens von Männern und weibliche Führungskräfte im Schnitt 27 Prozent weniger als ihre Kollegen. Und, Herr Köster, es wäre doch mal interessant gewesen, wenn Sie darauf bei der Rentenproblematik eingegangen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Aber da Sie ja Frauen lieber nach Ihrer Mutterkreuzideologie zu Hause lassen wollen, interessiert Sie offensichtlich überhaupt nicht, wie diese in der Rente versorgt werden.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles widerspricht der Chancengleichheit von Frauen und Männern und hat vielfältige Ursachen,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Wir konnten keine Frau fragen, sie war gerade in der Küche.)

denn – darauf hat Frau Polzin heute Morgen schon hingewiesen – Frauen haben die höheren schulischen Abschlüsse, beenden erfolgreicher Studium und Lehre und trotzdem begegnen wir dem oben genannten Phänomen in der Berufswelt, nämlich dass Frauen ihren Bildungsvorsprung nachher in ihrer beruflichen Tätigkeit oder in ihrem weiteren Leben einfach nicht umsetzen können.

Vielleicht auch noch ein Hinweis auf die Diskussion heute Morgen. Ich stehe dazu, dass wir im schulischen Bereich aufgrund der unterschiedlichen Lernergebnisse zwischen Mädchen und Jungen auch in dem Bereich etwas tun müssen. Es geisterten in der letzten Zeit viele Untersuchungsergebnisse umher, aber ein Ergebnis hatten immer alle zusammen, nämlich dass eine Ursache darin gesehen wird, dass im Kindergartenbereich und im Grundschulalter so sehr viele Frauen unterrichten und kaum Männer. Das Phänomen ist richtig, bloß man muss

dann fairerweise auch an die Ursache herangehen. Wir alle wissen, dass im Bildungsbereich in den oberen Jahrgängen die Tätigkeiten am besten bezahlt werden, sprich Gymnasiallehrer. Ich bin der festen Überzeugung, wenn man auch die unteren Bereiche besser bezahlen würde, dass sich dann auch mehr Männer finden würden, die in den Bereichen tätig wären.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Das Phänomen haben wir in ganz anderen beruflichen Gruppen auch. Dort, wo schlecht bezahlt wird, haben wir kaum Männer in der Tätigkeit. Aber eine wesentliche Ursache für diese Schere zwischen Qualifizierung und Chancen besteht darin, dass die Tatsache, Mutter zu werden, eventuell Angehörige pflegen zu müssen, die beruflichen Chancen von Frauen reduziert und damit letztendlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihre Chancen auf ein eigenes Einkommen und auf ein selbstbestimmtes Leben.

So hat auch die neue Regierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik eine besondere Stellung eingeräumt. So hoch und so eigenständig ist Frauen- und Gleichstellungspolitik in keinem anderen Bundesland in Deutschland angesiedelt. Im Koalitionsvertrag hat die Gleichstellungspolitik ein eigenes Kapitel: Gender Mainstreaming. – Kommt gar kein Lächeln mehr? Das ist dann schon ein Fortschritt.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt! Das stimmt! –  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das haben wir verinnerlicht.)

Ich bin schon sehr froh, dass in der Zwischenzeit in diesem Hohen Hause dieses Wort ganz viele sprechen können.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Der Minister hat gelächelt, er konnte das gar nicht ernst nehmen, das habe ich heute Morgen schon gesehen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Beim Minister teste ich das immer zuerst. Ich bin schon sehr froh, dass viele Gender Mainstreaming in der Zwischenzeit sprechen können. Ich glaube, wenn ich einigen einen Zettel geben und sie bitten würde, das aufzuschreiben, wäre es ein Problem. Und mit der Umsetzung, glaube ich, hapert es noch mehr.

Aber Gender Mainstreaming, das möchte ich hier auch noch einmal sagen, ist ein internationaler Begriff, von der Weltfrauenkonferenz geprägt. Und wir tun uns ganz einfach mit Outsourcing und E-Gouvernement, obwohl wir da 1:1 deutsche Übersetzungen haben. Aber bei einem internationalen Begriff, wo es um Chancengleichheit geht, da tun wir uns schwer und machen ihn zum Teil lächerlich.

(Harry Glawe, CDU: Da sind wir bei Ihnen.)

Ich glaube, das sollten wir auch längst überwunden haben und uns konstruktiv mit Gender Mainstreaming, mit der Strategie des Gender Mainstreaming beschäftigen.

Gender Mainstreaming wird als politische Querschnittsaufgabe und gleichstellungspolitische Strategie von der jetzigen Regierung fortgeschrieben. Ziel ist es, dass am Ende dieser Legislaturperiode in allen Fachressorts in den nachgeordneten Einrichtungen dieses auch praktiziert werden kann, denn nur dann ist eine Politik der Chancengleichheit für Frauen und Männer erfolgreich. Daher wird auch das Jahr 2007 in Mecklenburg-Vorpommern ein Jahr der Chancengleichheit werden.

Insofern ist für mich das Europäische Jahr der Chancengleichheit auch eine Bestätigung meiner Arbeit. Ich unterstütze diesen Gedanken und auch die Notwendigkeit, mit Aktionen auf Diskriminierungen aufmerksam zu machen. Dabei ist der Europäische Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter, beschlossen vom Europäischen Rat im Mai 2006, eine sehr wichtige Grundlage. In diesem Europäischen Pakt werden Maßnahmen aufgelistet, die auf der Ebene der Mitgliedsstaaten und der Union in folgenden Bereichen unterstützt werden sollen: zum einen beim Abbau geschlechtsspezifischer Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt – hier einige Stichworte: gleiches Entgelt für gleiche Arbeit, höhere Erwerbstätigkeit von Frauen, Teilhabe von Frauen an allen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen – und zum Zweiten Maßnahmen zur Förderung der verbesserten Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Privatleben für alle, und zwar für Männer und Frauen. Das wird auch Grundlage dafür sein, woran die Umsetzung des Querschnittziels Chancengleichheit in der neuen EU-Strukturfondsperiode gemessen wird. Dieses Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf nicht nur auf dem Papier bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Die Ressorts stehen in der Pflicht, dieses auch umzusetzen. Der Gleichstellungsaspekt muss durchgängig berücksichtigt werden, die nach Geschlechtszugehörigkeit aufgeschlüsselten Statistiken und Indikatoren müssen weiterentwickelt und die Auswirkungen bei entsprechenden Maßnahmen berücksichtigt werden.

Neben der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts müssen natürlich auch – und darauf haben Frau Müller und der Sozialminister hingewiesen – die anderen Diskriminierungsformen bekämpft werden. Die vorher von mir genannte Umfrage kam zum Ergebnis, dass unter den EU-Bürgern breite Zustimmung zur Umsetzung von Maßnahmen besteht, die Chancengleichheit im Bereich Beschäftigung für jedermann herzustellen. Sie reicht von 87 Prozent bei speziellen Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen bis hin zu 66 Prozent bei speziellen Maßnahmen, wenn es um die sexuelle Orientierung geht. Wir sollten das Europäische Jahr der Chancengleichheit nutzen, um auch unseren Bürgerinnen und Bürgern im Land deutlich zu machen, dass wir es ernst nehmen mit der Schaffung von Chancengleichheit für alle Menschen, denn im Durchschnitt denken 51 Prozent der Europäer, dass in ihrem Land nicht genügend Anstrengungen unternommen werden, Diskriminierung zu bekämpfen.

Wir hier in Mecklenburg-Vorpommern sollten diese Gelegenheit nutzen, um die Anstrengungen der Landesregierung, der Koalitionsfraktionen und, ich denke, auch der anderen demokratischen Fraktionen hier im Landtag deutlich zu machen, und zwar denke ich in diesem Zusammenhang an die Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes. Diejenigen, die in der letzten Legislatur schon im Landtag waren, wissen, welche schwierige Geburt es gewesen ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Aus finanzieller Sicht.)

Jetzt sind wir alle gefordert, dass es vernünftig umgesetzt wird. Aber, ich denke, wir sind einen vorwärtsweisenden Schritt gegangen, als wir den Integrationsförrat gebil-

det haben. Wir sollten den Integrationsförrat weiter sinnvoll nutzen, um zukunftsweisend sofort zu gucken, wo gibt es bei Entscheidungen eventuell Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen, damit wir sie von vornherein ausschließen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion und – das wurde eben auch in der Rede des Sozialministers deutlich – der Sozialminister werden sich weiter dafür einsetzen, dass wir in der aktuellen Sozialpolitik Diskriminierungsaspekte selbstverständlich ausschließen und insbesondere die aktive Teilhabe aller Altersgruppen am Leben und die Solidarität der Generationen fördern sowie jeder Form der Altersdiskriminierung mit Nachdruck begegnen. Im Gegenteil, die langjährige Lebenserfahrung Älterer soll stärker in den Aufbau des Landes mit einbezogen werden.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Ich bin zum Beispiel der Auffassung, ob bestimmte Regelungen zu Altersgrenzen nicht letztendlich dazu führen, dass es zu einer Diskriminierung von älteren Menschen mit ihren umfangreichen Erfahrungen kommt. Insofern begrüße ich es auch, dass die Landesregierung weiterhin den Landesseniorenbeirat als wichtigen Ratgeber bei Entscheidungen mit hinzuziehen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Aber ich denke auch, dass Aktionismus uns nicht unbedingt weiterführen wird. Ich habe jetzt einige Beispiele aufgeführt, in denen wir bereits tätig sind. Wichtiger als Aktionismus ist meines Erachtens Kontinuität. Das Engagement der Landesregierung in Bezug auf die Umsetzung der Chancengleichheit sollte nicht durch Extrakonzeptionen und Extraberichte und vielleicht noch in einem Extrazwischenbericht bewiesen werden, sondern – darauf hat der Sozialminister hingewiesen – in dem Europabericht 2007 und 2008. Deshalb empfehle ich, dass der vorliegende Antrag in den Sozialausschuss, den Europa- und Rechtsausschuss und in den Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen wird und wir dort vielleicht auch weitere Impulse bekommen, was wir und wie wir es im Europäischen Jahr der Chancengleichheit machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Torsten Koplín von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Torsten Koplín,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktionskollegin Frau Müller hat das Anliegen des Antrages „2007 – „Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle““ und unseren Antrag somit schon ausführlich erläutert. Ich bin insofern jetzt ein bisschen irritiert, denn wenn ich mich nicht verhöhrt habe, sagte Herr Minister Selling, der Antrag käme ihm irgendwie plakativ vor.

(Minister Erwin Selling:  
Nein, das habe ich nicht gesagt. –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das würde er nicht sagen.)

Nein, dann danke ich für die Richtigstellung, weil Frau Dr. Seemann für die SPD-Fraktion –, das freut mich

sehr – deutlich gemacht hat, mit welcher Ernsthaftigkeit die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion dieses Thema behandeln und auch empfohlen haben, es in den Ausschuss zu überweisen.

Ich möchte auf zwei wichtige Aspekte eingehen: Es ist aus unserer Sicht ein lobenswertes Ziel, dass im neuen Koalitionsvertrag mit der neuen Partnerin CDU, Herr Glawe, erneut formuliert wurde, Mecklenburg-Vorpommern zum familienfreundlichsten Land entwickeln zu wollen. Einiges an Vorarbeit ist in den letzten acht Jahren dazu geleistet worden und doch ist es nicht die Zeit und auch nicht angemessen, diese bereits geleistete Vorarbeit schönzufärben und schönzureden, denn der Bericht der Landesarmutskonferenz aus dem Herbst vergangenen Jahres zeigt ein Bild, das bedenklich stimmen muss, wenn es um die Situation von Kindern und Jugendlichen in unserem Land geht. Dort, im Herbst vergangenen Jahres – Herr Glawe, Sie waren mit dabei, Herr Grabow war mit dabei –, war die Rede davon, dass Kinder ohne Frühstück und Mittag in der Schule sind, davon, dass Kinder an Klassenfahrten nicht teilnehmen können, dass Kinder und Jugendliche bezogen auf die Witterung unangemessen gekleidet sind, und es war auch die Rede von fehlenden Zukunftsaussichten in der eigenen Heimat.

Das macht im Übrigen deutlich, dass wir natürlich hier im Land große Anstrengungen unternehmen müssen, aber auch können. Diese jedoch würden ins Bodenlose versinken, wenn sie durch die Bundesgesetze torpediert werden, und dazu führen, dass auch in unserem Bundesland die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Das hier zu sagen ist auch Ausdruck unserer Überlegung und unserer Meinung, dass es sich hier um etwas handelt, wovon wir warnen müssen angesichts der Entwicklung. Damit möchte ich auch Bezug nehmen auf die 15. bundesweite Shell-Jugendstudie vom September vorigen Jahres, die das bereits Gesagte leider zum wiederholten Male bestätigt. Aber sie bekräftigt auch Punkte, die die Hebelwirkung mit sich bringt, wenn man die Situation verändern will, und zwar weist sie darauf hin, dass Bildung über Lebensperspektiven entscheidet, der Schulabschluss der Schlüssel zum Erfolg ist und bleibt. Bildungschancen vererben sich und die Bildungswelten driften in einer Gesellschaft weiter auseinander, in der der Geldbeutel darüber entscheidet, ob ich die Talente meines Kindes fördern lassen oder auch nur annähernd die Möglichkeit dafür schaffen kann, dass mein Kind ohne Diskriminierung und Ausgrenzung die Schule besuchen kann, oder ganz zu schweigen davon, dass das Kind ausreichend und gesund ernährt wird, um noch mal auf gestern einzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auf einen zweiten Punkt möchte ich eingehen, wenn es um diesen Antrag geht, und zwar die ehrenamtliche Arbeit. Dabei geht es mir insbesondere um die Anerkennung der Arbeit, die hier geleistet wird, um die Rahmenbedingungen, unter denen sie geleistet wird. Nach wie vor sind diese Rahmenbedingungen verbesserungswürdig. Es geht mir aber auch, wenn ich dieses Thema anreiß, um die Grenzen ehrenamtlicher Arbeit, denn es hat nichts mit Chancengleichheit zu tun, wenn haupt- und ehrenamtliche Arbeit zunehmend gleichgesetzt werden. Ich halte es für unverantwortlich, wenn der Staat sich immer mehr aus der Verantwortung stiehlt und das Ehrenamt vor das entstehende Loch schiebt. Lassen Sie uns gemeinsam schauen, wie wir das Vorhandene noch besser an das Notwendige und Wünschenswerte heranführen können im Interesse der Chancengleichheit und einer guten Ent-

wicklung mit einer guten Perspektive für alle Menschen in diesem Land. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Koplin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

**Beate Schlupp, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Kommission, nicht, wie im Antrag mehrmals zu lesen ist, das Europäische Parlament, hat das Jahr 2007 zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle erklärt. Die Kommission schlägt für das Europäische Jahr vier zentrale Themen vor. Der Sozialminister hat sie in seiner Rede bereits ausgeführt. Ich möchte an dieser Stelle keinen Zweifel daran lassen, dass die CDU-Fraktion diese von der EU-Kommission angesprochenen Themen für außerordentlich wichtig hält.

Mit Ihrem Antrag allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Linkspartei.PDS-Fraktion, ist das eine andere Sache. Heute war schon einmal von Lyrik die Rede. Diese Systematik setzt sich in Teilen Ihres Antrags fort. So ist unter Punkt 1. Ihres Antrags zu lesen: „Der Landtag ... begrüßt, dass das Europäische Parlament das Jahr 2007 zum ‚Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle‘ ausgerufen hat.“

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:  
In Mecklenburg-Vorpommern. –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut!)

Eine kurze Internetrecherche zeigt auf, dass das Jahr 2007 auch noch mit anderen Attributen ausgestattet ist: Für ver.di ist es das Jahr der Lohnerhöhungen, für die Wissenschaft das Jahr der Geisteswissenschaften. Es ist das Jahr der Patientensicherheit und das internationale heliophysikalische Jahr.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Und für Sie?)

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es das Jahr der sozialen Symmetrie

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
In diesem Antrag geht es aber um das  
Europäische Jahr der Chancengleichheit.)

und für unseren Ministerpräsidenten das Jahr von Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, wir sind eben Europäer.)

Wollen wir auch dieses alles begrüßen

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, kommt drauf an.)

oder zeigen wir etwa durch Nichtbegrüßung,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist aber eine schwache Argumentation.)

dass diese Themen nicht wichtig sind?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Was ist denn das für eine Argumentation?)

Und die Attribute sind damit noch nicht ausgereizt. Nachfolgend eine kleine Auswahl:

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Oh, oh, oh! – Zurufe von  
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS,  
und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Für Niedersachsen ist 2007 das Jahr der Kinder und Familien, für die UNESCO das Mevlana-Jahr, für das BSH das Jahr der Meerespolitik, und wenn wir in den Bereich der Natur wechseln, für die UNO das Jahr des Delphins, für den NABU das Jahr des Elchs, in Deutschland das Jahr des Turmfalken und der Weißkiefer.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Bei Bedarf ließe sich diese Aufzählung mühelos fortsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ist ja Klasse, Ihr Beitrag.)

Unter Punkt 2. sollen wir die bisherigen Bemühungen der Landesregierung um Verbesserungen in diesen Bereichen anerkennen. Auch hier stellt sich die Frage: Was ist mit den vielen anderen Politikfeldern? Folgen jetzt für alle anderen aus Ihrer Sicht anerkanntswerten Bereiche eigene Anträge oder gibt es ansonsten nichts anzuerkennen?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Schlupp,  
Sie vertreten diese Politik doch bereits! –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Oder erkennen wir vielleicht bei thematisch passenden Anträgen grundsätzlich an, was in der Vergangenheit an Positivem geleistet wurde?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Wir machen  
doch hier keine Anträge für alles. – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Das könnte dann fast auch noch ein eigener Antrag werden.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Etwas praktikabler ist Punkt 3. Er hätte auch völlig gereicht.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Dann hätten Sie gesagt, das reicht alles, peng.)

Ich will mich jetzt allerdings nicht auf die Betrachtung des Antrags beschränken,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Sagen  
Sie doch was zur Chancengleichheit!  
Das wäre ganz nett.)

sondern der Wichtigkeit des Themas durch eigene Gedanken gerecht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sind aus meiner Sicht für unser Gemeinwesen die Basis für seine Weiterentwicklung, für unseren Fortschritt und Wohlstand. Jeder soll die gleichen Startchancen für seine persönliche Entwicklung erhalten. Nur so ist ein gerechter Leistungswettbewerb möglich, der jeden zu Höchstleistungen motiviert und anspricht. In unserer Gemeinschaft sind aber neben dem Wettbewerb um die besten Ideen auch der tägliche Respekt und die alltäglich gelebte Toleranz entscheidende Gesichtspunkte für ein gutes Zusammenleben.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Schön wäre es ja, wenn es so wäre!)

Gesetze sind hierbei wichtig,

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

schaffen sie doch den rechtlichen Rahmen, geben Sicherheit. Doch Gesetze haben wir inzwischen zahlreiche.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wichtig ist daher deren Umsetzung im Alltag. Wir können als Gesetzgeber im Land, im Bund oder aber in der EU noch so gute Gesetze machen und noch so viele institutionalisierte Vertretungen schaffen, wenn im Alltag Anerkennung und Respekt sowie ein toleranter Umgang miteinander nicht praktiziert werden,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Vielleicht könnten Sie sich mal bemühen,  
den anderen zu verstehen!)

laufen sie mehr oder weniger ins Leere. Dieser Umgang miteinander setzt jedoch einen Lernprozess voraus.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Jawohl.)

Dieser Lernprozess muss bereits im frühen Kindesalter, im Elternhaus, in der Kita und in der Schule beginnen.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Einfach anfangen!)

Hier müssen wir ansetzen und die Voraussetzungen schaffen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte ferner auf unseren Koalitionsvertrag verweisen, der zum Thema der Frauen- und Gleichstellungspolitik

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Da steht  
über das Europäische Jahr auch nichts drin.)

zahlreiche Aussagen und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog enthält, der weit über den Text des hier vorliegenden Antrags hinausgeht. Gleichwohl sollten wir uns in den Ausschüssen des Landtages mit diesen Themenkomplexen noch einmal vertiefend befassen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

Es gilt nun, aus den inzwischen sehr zahlreichen Ideen ein kompaktes Programm für das laufende Jahr im federführenden Europa- und Rechtsausschuss sowie in den weiteren mitberatenden Ausschüssen zu erarbeiten.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Aber schnell, der Januar ist schon vorbei!)

Hierbei sollten wir aber immer bedenken, dass Europa durch seine Bürger lebt. Der europäische Gedanke muss mit Leben erfüllt werden.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:  
Die Bürger und Bürgerinnen!)

Daher ist es mir auch wichtig, dass, noch stärker als in der Vergangenheit bereits geschehen, das Thema Europa Eingang in die ehrenamtliche Arbeit findet. Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement sind untrennbar miteinander verbunden. Es gilt daher, das Ehrenamt zukünftig weiter zu stärken und aufzuwerten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch, wieder etwas mehr Ruhe zu bewahren und auch den letzten beiden Rednern zuzuhören.

Sie haben das Wort, Herr Borrmann.

**Raimund Borrmann, NPD:** Danke.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die NPD-Fraktion nimmt zum Antrag der Linkspartei.PDS wie folgt Stellung:

(Zurufe von der Linkspartei.PDS: Erstens!)

1. Einer ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS)

Einer Entschließung können wir Nationaldemokraten nur zustimmen, wenn wir sie kritisch untersucht und dargelegt haben.

2. Kritik ist nach Immanuel Kant die Prüfung der Möglichkeit eines Dinges überhaupt. Die Prüfung des Antrages umfasst zweierlei:

a) Ist es möglich, dass die Linkspartei.PDS einen derartigen Antrag stellt und sich zugleich als linke Partei bezeichnet, die sozialistische Ministerstelle, die Kapitalismuskritik üben wolle und deren Abgeordnete sich mit Stolz Kommunisten nennen?

b) Ist es möglich, dass eine Chancengleichheit dadurch hergestellt wird, indem lediglich die individualrechtliche Diskriminierung, nicht aber die materielle beseitigt wird?

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr  
Borrmann, Ihre Fliege sitzt nicht richtig.)

3. In der sozialistischen Weltanschauung galt die EU vor der Wende als ein Zusammenschluss von kapitalistischen Staaten, die in ihrem höchsten imperialistischen Stadium in Konkurrenz zu den sozialistischen Staaten standen

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

und den Profitinteressen einer Ausbeuterklasse entsprachen. Für die SED war die EU vom ersten Tage an ein Gegner im weltweiten Klassenkampf, erinnern wir uns.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Und umgekehrt auch. – Zuruf von  
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

4. Es gibt keine theoretische Erklärung der Linken, der Marxisten oder anderer Vertreter dieser Denkrichtung, die es als begründet ansieht, dass linke Politik, dass kommunistische Weltanschauungen von dieser früheren Auffassung mit Notwendigkeit abrücken müssen.

5. Welchen Charakter hat die hier dargelegte Chancengleichheit? Die große französische Revolution ab 1789 beendete die Dominanz der austeilenden Gerechtigkeit, die besagt, sozial ungleiche Personen haben ungleiche Rechte. An die Stelle der Privilegien und Patente für Adel und Klerus trat die Gleichheit

aller Bürger vor dem Gesetz, die Dominanz der ausgleichenden Gerechtigkeit.

6. Mit der Revolution hörte jedoch das Bürgertum auf, homogener Träger allgemeiner Interessen zu sein. Die Avantgarde des Fortschritts spaltete sich:

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

- a) Sie spaltete sich in die Apologeten bürgerlicher Verhältnisse, die das soziale Elend durch die bloße Rechtsgleichheit beseitigt sah. Die weiter bestehenden Verwerfungen der Gesellschaft wurden angesehen als Überbleibsel des alten Systems, der Muttermale der neuen Gesellschaft oder als eine noch fehlende Vollkommenheit des Neuen, die durch Engagement und guten Willen herzustellen sei.
- b) Der andere Teil der Avantgarde sah in der bloßen Dominanz der ausgleichenden Gerechtigkeit, der bloßen Durchsetzung formal bürgerlicher Rechte keine hinreichende Lösung für die bestehenden sozialen Missstände, für die Herstellung von Chancengleichheit und stellte die Frage nach den Folgen der materiellen Verhältnisse der Gesellschaft, deren Beantwortung den transitorischen Charakter der bürgerlichen Zustände hervorhob.

(Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: C.)

7. Die Ablehnung der bestehenden bürgerlichen Zustände ging von der Kritik des Eigentums – Eigentum ist Diebstahl – über zur Entfremdungsproblematik hin zur Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die als Hauptgrund eines antagonistischen Klassengegensatzes von Ausbeutern und Ausgebeuteten den Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung nachzuweisen suchte.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Haben Sie Ihr ganzes Grundwissen in eine Antwort gepackt? –  
Zurufe von Harry Glawe, CDU, und  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Dieser Antagonismus könne nur durch die Expropriation der Expropriateure in einem weltrevolutionären Akt der ausgebeuteten Arbeiterschaft erfolgen, so Karl Marx.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Herr Borrmann, Ihre Fliege sitzt schief. –  
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

8. Eine Chancengleichheit innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft kann es aus Sicht der Kommunisten nicht geben,

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

da die materiellen Verhältnisse der Ausbeuterklasse ihnen einen substanziellen Vorteil,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

sei es durch bessere Anwälte oder Herrschaftsnetzwerke,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Können Sie mal zum Thema reden?)

sei es durch Bestechung und Korruption, verschaffen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Sie verstehen das nicht.)

9. Es ist daher die Frage zu stellen, wie die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD und der EU aus Sicht der Linkspartei.PDS prinzipiell zu würdigen sind.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Da können wir ja drüber reden.)

- a) Die Verhältnisse werden weiterhin als kapitalistisch angesehen. Eine Lösung der Chancengleichheit kann nur durch eine proletarische Revolution mit einer Errichtung der Diktatur des Proletariats

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Linkspartei.PDS)

und einer Enteignung aller Kapitalisten erfolgen.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sie hinken der Zeit weit hinterher, Herr Borrmann. –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das muss ein altes Buch gewesen sein. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dann ist der vorliegende Antrag nur eine temporäre Verschleierung dieser Absichten in Anbetracht einer fehlenden akuten revolutionären Situation.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Haben Sie in den Unterlagen von Carthago nachgeschlagen?)

- b) Die Verhältnisse werden zwar weiterhin kapitalistisch zu werten sein, doch haben die hier vertretenen Abgeordneten ihre Idee verraten, sich zu Bütteln des Kapitals gemacht und wollen sich mit dem Antrag dem System als willige Vollstrecker von Kapitalinteressen andienen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Haben Sie endlich Ihre Ausführungen beendet?)

Es existiert ein Widerspruch zwischen Parteiführung und Basis, wie schon im Offenen Blatt in der Diskussion um die Kommunalreform angedeutet worden war.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,  
Dr. Armin Jäger, CDU, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

- c) Die gegenwärtigen Verhältnisse sind nicht mehr kapitalistisch,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Wie lange darf er eigentlich sprechen?)

sondern durch die real existierende Demokratie in gesellschaftlicher Aneignung transformiert.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Dass Sie so ein Spaßvogel sind, hätte ich ja nicht gedacht. –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dann gäbe es keinen Kapitalismus mehr. So, wie es keine Kapitalismuskritik ohne Kapitalismus geben kann, so kann es auch keinen wie auch immer gearteten Faschismus ohne Kapitalismus geben.

10. Aufgrund seiner inneren Widersprüche lehnen die Nationaldemokraten den vorliegenden Antrag ab.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Elftens.  
Ende. – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Elftens. Setzen! Thema verfehlt! –  
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Danke, Herr Borrmann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Angelika Gramkow,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Borrmann, erstens

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

sind Sie eine Partei, die gegen die Emanzipation ist, in der es Mitglieder gibt, die Frauen schlagen, und die gegen die Gleichstellung von Mann und Frau ist. Zweitens sollten Sie in dieser Debatte den Mund halten und schweigen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch Frau Schlupp – leider muss ich eine Kritik auch an Sie richten –,

(Harry Glawe, CDU: Aber nicht so heftig bitte.)

am 1. Juni 2006 hat die Europäische Kommission die Entscheidung des Rates und des Parlamentes

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Bestätigt.)

zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle begrüßt.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Ich finde es schade, dass eine Kollegin, also eine Frau und dann auch noch eine gleichstellungspolitische Sprecherin nicht die Chance nutzt, bei diesem Thema inhaltlich zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS  
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Und ich will mich bei diesem Antrag, auch wenn ich „Fanin“ vom Handball bin,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

doch noch einmal zu einem Aspekt äußern, der mit der Chancengleichheit von Männern und Frauen zu tun hat. Hier ist viel gesagt worden und seit 1990 ist in diesem Land auch viel passiert. Frauen und Männer haben aus der Zeit der DDR positive Erfahrungen mit Gleichstellung und Emanzipation mitgebracht.

(Udo Pastörs, NPD: In den LPGs,  
im Kuhstall die Frauen.)

Und wir haben es geschafft, trotz schwieriger Bedingungen seit 1990 uns dieses Selbstbewusstsein zu erhalten.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das hat sich seit dieser Zeit in der Politik aller Landesregierungen und aller Parlamente gezeigt und das wollen wir auch nicht kleinreden. Aber wir haben zurzeit eine neue Debatte und diese heißt kurz zusammengefasst: Das Selbstbewusstsein, die Eigenständigkeit von Frauen,

welche manchmal Männer sogar an uns lieben, und das Bewusstsein von Männern für diese Situation gibt uns die Schuld an der demografischen Situation. Wir sind schuld und deshalb sagen viele in öffentlichen Medien unkommentiert, es wäre doch besser, die drei K wieder in die Debatte einzubringen.

(Harry Glawe, CDU: Sind Sie vorher  
in der Küche gewesen, oder was?)

Deshalb müssen wir auch dieses Jahr nutzen, um nicht zuzulassen, dass Chancengleichheit für Männer und Frauen zurückentwickelt wird, sondern wir müssen sie verteidigen und weiterentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und an dieser Stelle war es mir zu wenig, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gestern nur auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hingewiesen hat. Ich kenne Ihre Koalitionsvereinbarung und finde sie bemerkenswert. Ich kann da auch laut sagen, sie ist in dieser Frage unterstützenswert.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben ja auch hart verhandelt, Frau Gramkow. – Heiterkeit und Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Wir haben gute Bedingungen für diese Vereinbarkeit, aber vergessen wir bitte nicht – und das hat mit Emanzipation und Gleichstellung zu tun –, ich muss mir nur Sorgen um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie machen,

(Rudolf Borchert, SPD: Das war  
die kürzeste Verhandlung überhaupt.)

wenn ich Arbeit habe, also müssen wir uns auch um die Frage kümmern, wie Frauen und Mädchen, wie Männer und Jungen zu Arbeit kommen. Deshalb habe ich ein gewisses Grundvertrauen, Herr Minister, aber überzeugt bin ich eben nicht, ob in der Neujustierung der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik die Interessen von Frauen und Mädchen weiter berücksichtigt werden,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

ob die Projekte in dem Umfang gefördert werden, wie sie zu fördern sind.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Es steht die Frage nach den unterschiedlichen Ansätzen, wie wir sie heute Morgen diskutiert haben, wenn 14.100 Frauen und Mädchen aufgrund der Situation, dass sie in einer Partnerschaft Einkommen haben, keine Ansprüche haben auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und wir uns darauf verlassen sollen, dass sie durch die Arbeitsagentur vermittelt werden, denn wir kennen doch die Realitäten.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Wir müssen in diesem Zusammenhang über Personalpolitik reden, über Führungskräfte in der Landesregierung, bei den Abteilungsleitern.

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir doch alles schon gemacht. Dazu haben Sie doch Zeit gehabt. Das hätten Sie doch schon machen können.)

Wir sind aber in dieser Situation noch nicht am Ende, Herr Glawe. Ich sage, nach wie vor wird an den Stellen für die Gleichstellungsbeauftragten gekratzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir haben keine ordentliche Ausfinanzierung in den Kommunen,

(Harry Glawe, CDU: Das ist alles unter Ihrer Regie passiert, Frau Gramkow. Sie haben das doch gemacht.)

wir haben Hälftstellen und wir haben die Finanzsituation, dass insgesamt die Strukturen für Frauen- und Gleichstellungsprojekte die ersten sind, die mit in die Haushaltskonsolidierungsdebatte gestellt werden.

(Harry Glawe, CDU: Dann haben Sie acht Jahre nicht aufgepasst.)

Damit negiere ich nicht ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich habe mich doch blind auf Sie verlassen.)

Damit negiere ich doch nicht, Herr Dr. Jäger, dass wir gemeinsam etwas erreicht haben, aber ...

(Harry Glawe, CDU: Aber irgendwann müssen Sie doch was übersehen haben in den acht Jahren, sonst könnten Sie das doch jetzt nicht feststellen.)

Nein.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das können Sie bei Frau Gramkow ausschließen.)

Mein Problem ist ganz genau, dass offensichtlich Männer für diese Frage den Blick nicht genügend geschärft haben, Herr Glawe,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das werde ich aber entschieden bestreiten.)

denn wenn wir jetzt diese Fragen diskutieren, dann fordere ich nur ein, was Frau Dr. Seemann gesagt hat und was man aus den Reden des Ministers auch erkennen kann.

Wenn die Koalition es ernst meint mit den Ansetzungen zur Gleichstellung, dann wird sich das in den nächsten Haushaltsberatungen erst beweisen müssen, und deshalb ist es richtig, dass meine Fraktion fragt: Was wird in der Neujustierung passieren mit dem, was wir aufgebaut haben? Gemeint ist hier überparteilich und nicht eine Schublade. Und da heißt es auch bei der Personalpolitik, dass nicht nur Stellen, auf denen Frauen sitzen, im Überhang landen, zum Beispiel bei der Umsetzung des Personalkonzeptes des Landes.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das merken Sie jetzt schon?! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber wir haben auch noch andere Punkte, die wir heute diskutiert haben. Wir haben Gesundheit diskutiert, die Gesundheitsreform.

(Harry Glawe, CDU: Ja. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, dann lassen Sie uns darüber reden, dass es egal sein muss, ob ich eine Frau oder ein Mann bin, um ganz bestimmte Prämien oder Vereinbarungen bei privaten Krankenkassen beziehungsweise bei Unfallversicherungen zu bekommen. Weil ich Frau bin, zahle ich nämlich höhere Prämien

(Egbert Liskow, CDU: Nein, weil sie älter werden. – Heiterkeit auf der Ministerbank)

und muss mehr Geld aufwenden. Das sind solche Fragen, die wir mitberücksichtigen müssen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Pflege ist weiblich. Das hat eine wichtige Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten festgestellt. Lassen Sie uns gemeinsam in der Novellierung der Pflegepflichtversicherung im Bund,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

aber auch hier bei uns im Land dafür sorgen, dass wir, wenn die Pflege einen weiblichen Anteil hat, die Bedingungen, um sie ausüben zu können, gemeinsam verändern. Und deshalb, sage ich, ist dieses Thema eigentlich viel zu ernst, um sich nicht darüber klarzumachen, in welchen unterschiedlichen Politikansätzen, Herr Glawe, wir insgesamt innerhalb des Landes Gleichstellungspolitik umsetzen sollten.

(Harry Glawe, CDU: Das ist schon umgesetzt.)

Das sollte nicht nur den Frauen oder nicht nur den Männern, sondern uns allen am Herzen liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Damit es auch so bleibt, haben wir eingefordert:

1. Anerkenntnis des Jahres
2. Information darüber, was die Regierung vorhat
3. gemeinsame Arbeit daran

Und daran kann ich bitte nichts Schlechtes erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Gramkow.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/154 zur federführenden Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanz- und an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der NPD angenommen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die heutige Sitzung schließe, möchte ich die, die es noch nicht wissen, darüber informieren, dass der Halbzeitstand beim Handball 12:11 für Frankreich ist. Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Sie haben also die Gelegenheit, vielleicht die zweite Halbzeit noch sehen zu können. Ich wünsche Ihnen für die anstehenden freien Tage, für die, die sie haben, gute Erholung und berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 28. März 2007, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Schönen Abend noch.

**Schluss: 18.14 Uhr**

Es fehlte der Abgeordnete Volker Schlotmann.